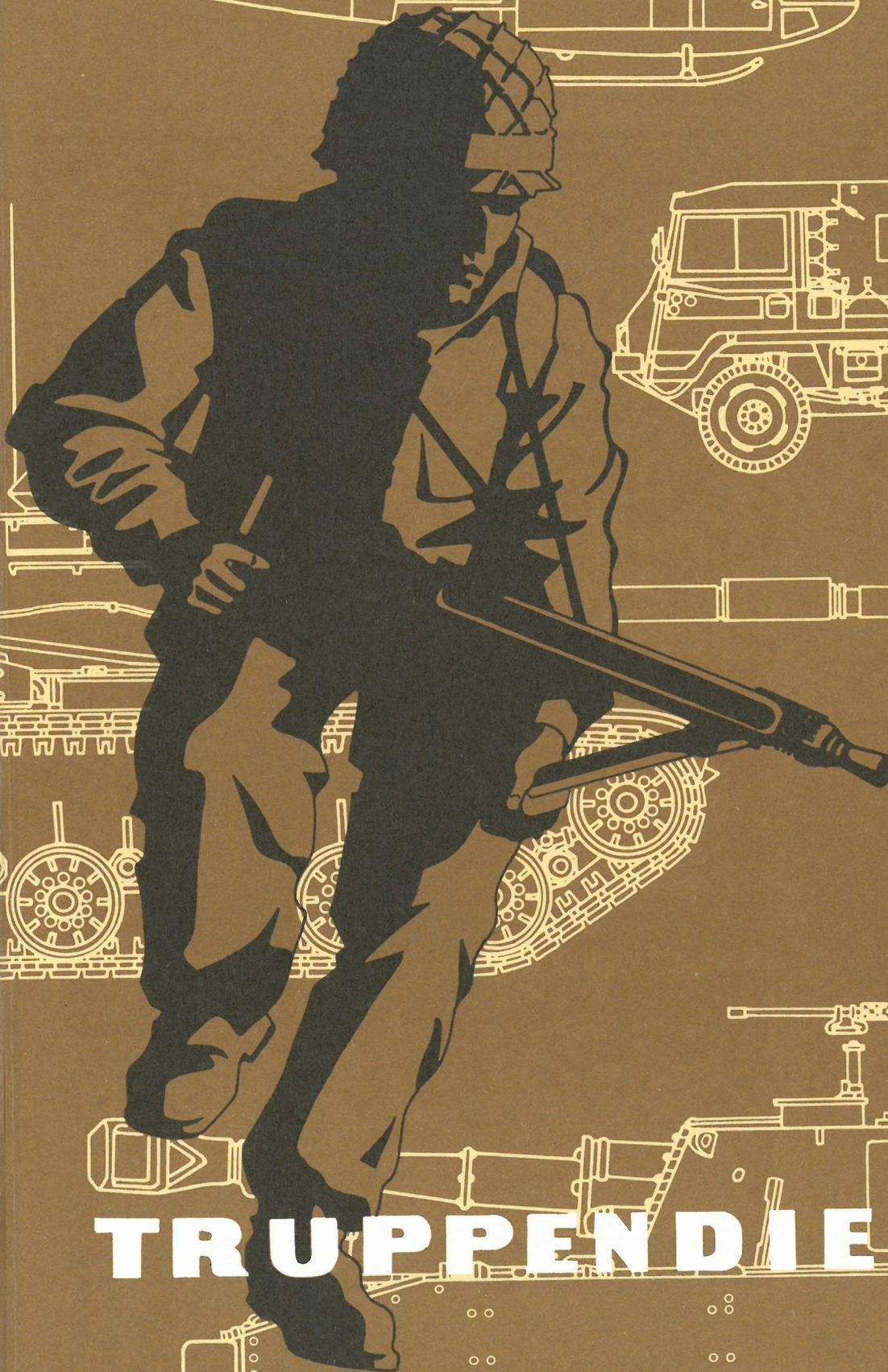


ZEITSCHRIFT FÜR
FÜHRUNG UND AUSBILDUNG
IM BUNDESHEER



TRUPPENDIENST

1990 **4**

BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

Appell der Offiziere und Unteroffiziere des österreichischen Bundesheeres

Getragen von der Sorge um den Weiterbestand der Sicherheit der Republik Österreich und den Schutz der Bevölkerung erachten wir Offiziere und Unteroffiziere es als notwendig, zu Fragen der Bundesheer-Reformdiskussion mit aller Entschiedenheit öffentlich Stellung zu nehmen:

Bedrohung und Landesverteidigungsplan

Die aktuelle politische, wirtschaftliche und militärische Lage in Europa hat sich verändert. In einer Zeit eines labilen sicherheitspolitischen Zustandes mit der erhöhten Gefahr regionaler und nationaler Konflikte sowie von Umweltkatastrophen mit Auswirkungen auf Österreich leistet das Bundesheer seinen notwendigen Beitrag zur Stabilität in Europa.

Wir warnen ausdrücklich davor, die derzeitigen Ankündigungen und Bemühungen um eine Truppenreduktion in Ost und West als bereits vollzogen zu beurteilen und daraus die Forderung nach Verringerung der eigenen Heeresstärke, Verkürzung der Wehrdienstzeit und Verzicht auf moderne Waffensysteme zu Lande und in der Luft abzuleiten. Die neue Lage erfordert vielmehr die Fähigkeit, mit entsprechend strukturierten, ausgerüsteten und ausgebildeten Kräften vornehmlich grenznah den Schutz des Staatsgebietes zu gewährleisten. Räumlich begrenzte Angriffe sind abzuwehren und die Gebietshoheit ist wiederherzustellen. Hiefür sind die erforderlichen Kräfte im jeweils bedrohten Raum zu konzentrieren.

Mit Nachdruck wird festgestellt, daß diese Aufgabenerfüllung mit der in Aussicht genommenen Heeresstärke gemäß „Heeresgliederung 87“ möglich, eine Verteidigung Österreichs gegen eine wiederentstehende Gesamtbedrohung mit diesen Stärken jedoch nicht möglich ist. Die Neustrukturierung des Bundesheeres sollte auch vom Grundsatz geleitet sein, die Basis für einen Ausbau als Reaktion auf eine Gesamtbedrohung zu bilden.

Wir sehen keinen Grund, vom international anerkannten und in der Bevölkerung verankerten Raumverteidigungskonzept abzugehen. Der Landesverteidigungsplan wird unter Bedachtnahme auf die geänderte Bedrohung und auf neue Aufgaben zu aktualisieren sein. Das Milizsystem als Garant für eine demokratische Armee ist beizubehalten. Darüber hinaus sind präsenzte Truppen im notwendigen Umfang verfügbar zu halten. Diese sollten über den militärischen Einsatz hinaus auch zur internationalen Hilfeleistung und zur Bewältigung von Umweltkatastrophen befähigt sein.

Wehrdienstzeit

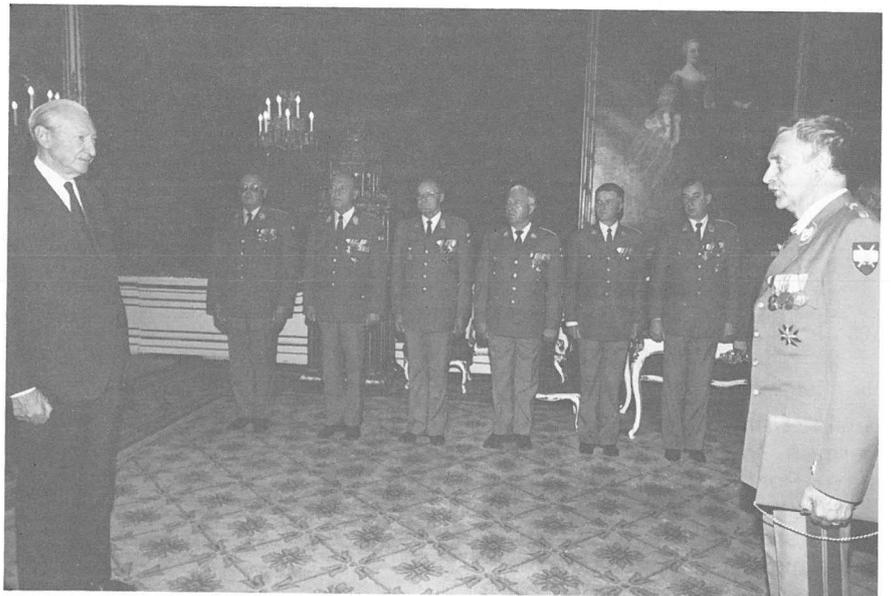
Wir fordern die Beibehaltung der Gesamtwehrdienstzeit von acht Monaten mit mindestens sechs Monaten Grundwehrdienst (sie ist europaweit die kürzeste) als absolutes Minimum zur Sicherstellung der notwendigen Ausbildung und des erforderlichen Heeresumfangs. Es ist unmoralisch und nicht verantwortbar, mangelhaft ausgebildete Soldaten im konkreten Anlaßfall einzusetzen.

Budget

Wir halten die Sicherstellung der erforderlichen finanziellen Mittel für eine moderne und effiziente Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung der österreichischen Armee als unbedingt notwendig, um die Auftragserfüllung bei allen Bedrohungen, einschließlich der neuen Umweltgefahren, zu gewährleisten.

Ausbildung und Ausbilder

Neben der bereits laufenden Verbesserung der Ausbildungsorganisation muß vor allem der Stellenwert des Ausbilders angehoben



Armeekommandant, General Hannes Philipp, mit hohen Truppenoffizieren bei Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim.

werden. Der einem Lehrer vergleichbare Ausbilder muß diesem auch tatsächlich hinsichtlich Ansehen, Bezahlung und der entsprechenden Ausbildung angeglichen werden, um die bessere Identifikation mit seinem Beruf zu erreichen.

Verwaltung und Führungsstruktur

Reformen innerhalb des Bundesheeres werden nicht nur von den Medien und der Öffentlichkeit, sondern auch von uns als dringend notwendig erachtet. Diese sind vor allem in folgenden Bereichen geboten:

- klare Führungsstruktur auf allen Ebenen;
- Vereinfachung der Verwaltungsabläufe;
- Delegation von Entscheidungskompetenzen und Finanzmitteln bis zur Ebene Truppenkörper;
- Ersatz der für die Systemerhaltung eingesetzten Soldaten sowohl durch kostengünstigere Zivilbedienstete als auch durch weitere Strukturänderungen in unserem Bereich.

Wir Offiziere und Unteroffiziere des österreichischen Bundesheeres stellen unser ganzes Wissen und Können zur Verfügung und werden loyal, selbstlos, risiko- und opferbereit gemäß unserem Gelöbnis handeln und helfen, wo immer es auch notwendig sein mag, so wie wir das bei unzähligen Einsätzen im In- und Ausland unter Beweis gestellt haben.

Wir appellieren daher mit aller Eindringlichkeit und der gebotenen Besonnenheit, die angekündigte Reform in der vorangestellten Art und Weise und mit dem notwendigen staatspolitischen Verantwortungsbewußtsein durchzuführen. Die österreichische Bevölkerung insgesamt und besonders unsere wehrpflichtige Jugend erwarten dies und haben darauf ein Anrecht.

General Hannes Philipp, Armeekommandant

Es wird angesichts der vor einiger Zeit abgelaufenen Medienberichterstattung über die Präsentation des Appells beim Bundespräsidenten besonders darauf hingewiesen, daß auch der Generaltruppeninspektor, General Othmar Tauschitz, als ranghöchster Offizier des Bundesheeres erklärt hat, uneingeschränkt hinter dem Inhalt der Resolution zu stehen.

Die Redaktion

Stellungnahme zur „Bundesheer-Reformdiskussion“

Maßgebendes Problem des österreichischen Bundesheeres ist durch alle Jahre immer das Auseinanderklaffen zwischen Auftrag und Mitteln geblieben.

In diesem Zusammenhang waren mehrere grundlegende Verhaltensmuster führender Vorgesetzter erkennbar: Anpassung – ohne Aktivität; ehrliches Bemühen, aus den Vorgaben das Beste zu machen; massiver Protest; und bei wenigen auch die Bereitschaft, persönliche Konsequenzen zu ziehen und zu gehen.

Bis zu einem gewissen Grad mag die Hoffnung auf eine positive Veränderung der Bedingungen dabei mitgewirkt haben, an sich unhaltbare Zustände über längere Zeit zu ertragen, nur die Geschichte fordert immer ihre Stunde der Wahrheit.

Auf Dauer wird die Diskrepanz zwischen Soll und Ist, Funktion und Realität, einem kritischen Beobachter nicht verborgen bleiben.

Die Veröffentlichung des Landesverteidigungsplanes machte das Erkennen dieses Mißverhältnisses einem breiten Publikum zugänglich.

Der Primat der Politik weist die Verantwortung dafür eindeutig zu, entlastet aber damit keineswegs die militärische Führung, so daß Rufe nach Reformen des Bundesheeres auch von einem großen Teil der Offiziere und Unteroffiziere begrüßt werden.

Nur brachte schon die „Reform“ 71 außer einer wahlwirksamen Wehrdienstzeitverkürzung ein weiteres Auseinanderklaffen der Schere zwischen Auftrag und Mitteln.

Der neueste „Reformvorschlag“ („Vier Monate sind genug“) läßt jedoch keinen Spielraum mehr offen, weil er für eine sachliche Beurteilung die Grenze des Akzeptablen überschreitet.

Abgesehen von der Polemik, mit der die sogenannte Bundesheerdiskussion in einigen Medien geführt wird, hat bei einer Verkürzung der Wehrdienstzeit auf vier Monate, ohne entsprechende Verlängerung begleitender Übungen und nicht grundlegender Änderung des Auftrages gemäß Landesverteidigungsplan, meiner Ansicht nach die Militärische Landesverteidigung endgültig ihre Glaubwürdigkeit verloren, und damit ist auch ein Fortbestand des Bundesheeres in seiner derzeitigen Form nicht mehr vertretbar.

Es darf jetzt für niemanden mehr eine Flucht aus der Verantwortung geben. Zu lange haben diverse Hintertüren offengestanden, durch die sich manche davonstellen konnten, wenn die Menge wieder einmal „Sündenböcke“ belud.

Gerade jene Kräfte, welche dem Bundesheer ohne weiteres ein Hungerbudget zumuten, kritisieren jetzt am heftigsten seine Uneffektivität. Wohl wissend, daß die verordnete Übernahme ziviler Verwaltungsvorgänge, die Systemerhaltung als finanzielles Problem und als empfundener Leerlauf usw. von dieser Uneffektivität geführt haben. Das Paradoxon: Für den bestehenden Auftrag zu wenig Mittel – daher geringe Chancen – daher noch weniger Mittel – wird so zum Gesetz.

Die Schuld der militärisch Verantwortlichen liegt darin, die „Parkinsonschen Gesetze“ in der Verwaltung geduldet, zu allen diesen Entwicklungen – sei es aus Opportunismus, „vorausgehendem Gehorsam“ oder einfach aus falsch verstandener vornehmer Zurückhaltung – zu lange geschwiegen zu haben.

Als Pionier und ehemaliger Kommandant einer Einheit, welche sich einige Male im Katastropheneinsatz bewähren mußte, weiß ich, welchen Aufwand eine Ausbildung erfordert, die es dem einzelnen Mann ermöglicht, in einem derartigen Einsatz ohne allzu große Gefährdung seiner persönlichen Sicherheit zu bestehen.

Wenn ich im Zuge der „Bundesheerdiskussion“ lese, was alles für den Präsenzdiener als unzumutbar gewertet wird: wie beispielsweise zu geringe Bezahlung, zu wenig Freizeit, abgewohnte Kasernenunterkünfte usw., dann ist es in erster Linie unzumutbar, junge österreichische Staatsbürger schlecht ausgebildet in einen Einsatz zu schicken.

Für bestimmte Aufgaben gibt es bekanntlich empirische Werte, welche nicht, ohne die Erfüllung der Aufgabe in Frage zu stellen,



Foto HBF

abgeändert werden können. Dazu zählt die Anzahl der Männer, die ein Gruppenkommandant in Einsatz noch unmittelbar führen kann, dazu zählt auch für ein vorgegebenes Ziel die erforderliche Ausbildungszeit!

Das österreichische Bundesheer könnte trotz der Schwachstellen derartiger Institutionen hohe Erlebniswerte vermitteln.

In Form einer Abenteuer- oder Abenteueraus- bildung, wie sie im zivilen Bereich zu erheblichen Preisen angeboten wird, könnte der junge Staatsbürger wieder lernen, einsatzbezogen in und mit der Natur zu leben, ihre Einfachheit zu ertragen, im Kameradenkreis seine persönlichen Wünsche den Gruppenzielen unterzuordnen, aber auch das Gefühl zu erleben, sich von der Gemeinschaft gehalten und getragen zu wissen.

Die derzeit geführten Auseinandersetzungen um das Bundesheer, aber auch um andere Einrichtungen unseres Gemeinwesens, erscheinen mir fast wie Teilbereiche einer Destabilisierung der Handlungsfähigkeit unseres Staates, mit dem Fernziel, die legitime Kontrolle gerade über jene Kräfte, welche diese Destabilisierung betreiben, zu verhindern. Der Weg dazu erscheint demokratisch, das Ziel jedoch ist radikal. Es ist unmoralisch, einer für die Sicherheit unseres Staatswesens verantwortlichen Institution einen Auftrag zu geben – und ihr gleichzeitig die Mittel und Wege zur Erfüllung dieses Auftrages vorzuenthalten.

Wirtschaftliche Probleme bei der Abstimmung zwischen Auftrag und Erfordernissen werden verstanden und akzeptiert.

Verstanden und akzeptiert wird auch noch das Verschleiern dieses Sachverhaltes aus Gründen der Staatsräson.

Nicht verstanden aber wird die Tatsache, das Bundesheer im Regen stehen zu lassen, wenn es aus geduldigem Ertragen dieses öffentlichen Mißverhältnisses zum „Prügelknaben“ wird, zum Prügelknaben der Parteien, Kirchen und der zivilen Öffentlichkeit.

Jeder politischen Partei, Kirchengemeinschaft, Interessensgruppe, jedem Verein wird in den Medien die Möglichkeit geboten, sich zu artikulieren, nur das Bundesheer hat hier kaum eine Stimme.

Bei gleichzeitiger Zunahme von Skandalen, Korruption und Betrug ist es anscheinend unehrenhaft geworden, den Rock des Soldaten zu tragen, denn sonst wäre die Distanz der Repräsentanten unseres Staates, der Schule, der Kirche usw. zu diesem Thema schwer verständlich.

Ein offenes Bekenntnis aller Verantwortlichen, Ja oder Nein zur Institution Bundesheer mit allen Konsequenzen, ist unumgänglich geworden. Es wäre auch unmoralisch, junge österreichische Staatsbürger weiter für eine Berufslaufbahn als Offizier oder Unteroffizier zu motivieren, welche bereits in sehr jungen Jahren eine hohe Verantwortung fordert, aber die Betreffenden, von höchsten Funktionären unwidersprochen, in der Öffentlichkeit, damit vor allen Untergebenen, als unnötig und als Zivilversager zu bezeichnen.

Ich selbst kann mir nicht vorstellen, daß ich mich unter den derzeit herrschenden Bedingungen – trotz aller Begeisterung –, damals, als gerade frischgebackener Tiefbautechniker mit attraktiven Firmenangeboten, für den Offiziersberuf entschieden hätte.

Eine gelungene Hilfeleistung im Katastropheneinsatz auf der Basis einer guten Ausbildung ist noch immer die beste wehrpolitische Aktivität. Das Scheitern solcher Einsätze aber kann durch Lastkraftwagenladungen von wehrpolitischem Informationsmaterial nicht aufgewogen werden.

Sollte diese „Heeresreform“ wieder nicht über eine flüchtige Kosmetik eher unwichtiger Bereiche hinausgehen, aber mit dem handfesten wahlwirksamen Ergebnis einer neuerlichen Wehrdienstzeitverkürzung ohne entscheidende Änderungen des Auftrages gemäß Landesverteidigungsplan, enden, dann sehe ich mich außerstande, die Sinnhaftigkeit des Bundesheeres in dieser Form weiterhin zu vertreten.

Wir leben in einer Demokratie, und wenn wir unsere Meinung äußern, riskieren wir weder Kopf noch Kragen, vielleicht aber Annehmlichkeiten und das Wohlwollen einzelner Vorgesetzter.

Ich glaube fest daran, daß die Menschheit eines Tages Konfliktlösungsmodelle finden wird, die sich von denen der Urhorde unterscheiden, aber heute sind wir noch weit davon entfernt.

Gäbe es einmal die Garantie für den immerwährenden Frieden, dann könnte jeder verantwortungsvolle Soldat die Waffen aus der Hand legen und seinen Rock zurückgeben; zur Zeit ist dies eine Illusion.

Es ist mir bewußt, daß meine Stellungnahme kaum einen Einfluß auf weitere „Entwicklungen“ ausüben wird, aber als Angehöriger des österreichischen Bundesheeres, in dem ich gerne gedient habe, kann und will ich dazu nicht schweigen.

Oberst Ing. Hugo Schuller
2700 Wiener Neustadt

Zeit für das Schreiben von Stellungnahmen investieren

Täglich erscheinen in den Zeitungen Leserbriefe, deren Inhalt sich gegen das Bundesheer, gegen die Umfassende Landesverteidigung und somit gegen die Republik Österreich richtet.

Leider erfolgt nur ganz selten eine Gegenantwort bzw. Zurückweisung der entgegengebrachten Anschuldigungen durch (meist

dienstgradhohe) Angehörige des Bundesheeres.

Wo bleibt die Reaktion der „Basis“ des Bundesheeres? Gerade die Personengruppe, die am häufigsten angegriffen wird, die große Anzahl der Ausbilder, schweigt! Warum? Darum meine Aufforderung: Kameraden, wehrt Euch gegen die ungerechtfertigten Anschuldigungen, investiert doch die Zeit für das Schreiben von Stellungnahmen und weist die gegen Euch und gegen das Bundesheer gerichteten Verleumdungen in den Leserbriefen energisch zurück!

Beweisen wir doch alle unsere positive Einstellung zur Landesverteidigung und zur Republik Österreich. Nur so können wir die positiven Kräfte in unserer Politik unterstützen, welche für eine sinnvolle Reform unseres Heeres eintreten!

Ing. Hanspeter Kleindienst
8580 Köflach

Die berufliche Laufbahn der Truppenoffiziere des Dienststandes

(Oberst Karl Stainer, TRUPPENDIENST, Heft 1/1990)

Vorerst Dank dem Autor und der Redaktion, daß sie sich des ungeliebten Themas mit Offenheit angenommen haben.

In einer Stellungnahme im TRUPPENDIENST, Heft 2/1990, bittet Oberst Stainer sogar um Verständnis und Vergebung. Um Vergebung sollten jedoch eigentlich jene bitten, die es in den vergangenen Jahrzehnten in voller Absicht hintertrieben haben, daß die Truppenoffiziere besser gestellt werden.

Sinnvolle Anstöße für deren Besserstellung gab es bereits 1972, als eine „Studienkommission zur Ausbildung und Laufbahn des Offiziers“ (Ministerweisung Nr. 9/1972) einen vernünftigen Vorschlag unterbreitete. Unser heutiger Armeekommandant war damals einer, der die Probleme klar erkannte und eine sinnvolle Lösung vorgeschlagen hat. Er ist damals, genauso wie vor etwa zwei Jahren, an der ministeriellen Personalbürokratie, am Desinteresse der Personalvertretung und am Unwillen des Bundeskanzleramtes gescheitert.

Sowohl die Sektion II/BMLV als auch die Gewerkschaft sehen sich infolge gesetzlicher Bestimmungen nicht in der Lage, Verbesserungen vorzunehmen. So hört man es! Daß man Gesetze auch ändern könnte, wurde möglicherweise nie ernsthaft in Erwägung gezogen.

Im Zusammenhang mit dieser Problematik ist die Stellung der Militärakademie und der Landesverteidigungsakademie zu beleuchten.



Foto HBF

Man nennt sich Akademie – und gliedert sich in Institute. Hört sich alles recht universitär an! Doch der Schein trügt! In der Masse produziert der hochqualifizierte Lehrkörper nicht mehr als eine Ausbildung, die vom finanziellen Wert her der Verwaltungsdienstprüfung „B“ entspricht. So meine ich, daß es auch an der Zeit wäre, wenn die Kommandanten der Akademien und ihre Lehrkörper das Ergebnis und die Folgen ihrer Arbeit einer kritischen Betrachtung unterziehen sollten. Sie liefern hochqualifizierte Ausbildung, deren Ergebnis aber unterbewertet bleibt. Hier wird man sich ohne Zweifel um eine Angleichung des Ergebnisses an die Qualität der Ausbildung bemühen müssen.

Obwohl in den Anfängen des Bundesheeres – also 1955 und 1956 – „nur“ eine verkürzte Offiziersausbildung stattfand, waren – um die Funktion Brigadekommandant zu erlangen – 43 Offiziersausbildungsmonate nötig. Diese „zehn Semester“ Offiziersausbildung – für das Bundesheer sicher wichtig – sind leider nicht mehr wert als die bereits zitierte Verwaltungsdienstprüfung „B“.

Sicher ist diese – von den Truppenoffizieren entfachte – Diskussion in den Wirren einer zu erwartenden Bundesheerreform der militärischen Führungsspitze unangenehm, trotzdem wird gerade in dieser erwarteten Reform auch das Problem endlich gelöst werden müssen. Schließlich wird den Offizieren des Generalstabdienstes die Militärakademie angerechnet, da wahrscheinlich der Generalstabskurs mit seinen vier bis fünf Semestern allein kaum reichen würde, eine Überstellung in die Verwendungsgruppe A bzw. H1 zu erreichen.

Also warum nicht gleiches Recht für alle? Von der militärischen Führung, von der Sektion II, aber auch von der Personalvertretung und der Gewerkschaft dürfen positive Reaktionen erwartet werden. Schließlich steht im Hintergrund die Differenz in der Lebensverdienstsumme zwischen H1 und H2 von angeblich vier Millionen Schilling.

Oberst Manfred Flödl
4063 Hörsching



Foto BMwVg

Vorerst danke ich dem Autor dafür, daß er die „uralte“ Problematik neu aufgegriffen und vor allem einen detaillierten Überblick über den „Ist-Stand“ gegeben hat. Eine Patentlösung für dieses Problem konnte und wollte er sicher vorerst nicht geben.

Hier nun meine Überlegungen als Beitrag zur Diskussion:

1. Offizier sollte nur sein, wer die Militärakademie absolviert hat und in einer „Offiziersfunktion“ tätig ist.
2. Daher sollten die „höheren Dienste“ wie Ingenieure, Ärzte, Veterinäre, Pfarrer, Wissenschaftler und auch die Intendanten nicht Offiziere, sondern zivile Beamte (in A-Laufbahn) sein. Die Militärakademie wäre daher für die Intendanten dann nicht mehr bindend.
3. Offiziere wären demnach die Generalstabs- und die Truppenoffiziere. Für diese wäre ein „Staffel-Gehaltsschema“ (wie bei der PTV gem. § 82a GG) einzuführen.
4. **Laufbahnbild** (vorgeschlagener ungefährer Anhalt):
 - Trennung des Dienstgrades von der gehaltsmäßigen Einstufung.
 - Einstufung des ausgemusterten Offiziers (Leutnant) in Staffel 3 (analog PT 3). Dienstgrade vorerst ausschließlich von den tatsächlichen Offiziersdienstjahren abhängig, etwa
 - nach zwei Jahren Oberleutnant,
 - nach sechs Jahren Hauptmann,
 - nach zwölf Jahren Major (für alle Laufbahnen).
 - Nach Absolvierung des Stabsoffizierskurses (etwa nach acht Offiziersdienstjahren) Aufsplitterung der Laufbahn in

Generalstabslaufbahn:

Bedingungen:
Freiwilligkeit;
mindestens zwei Jahre Kompaniekommandant;
Eignung (Ergebnis Stabsoffizierskurs);
Eignung (Aufnahmeprüfung);
Eignung (Beurteilung durch Vorgesetzte).

	Zentralstelle (militärische Sektion)	Kommanden	Stäbe
Sta 1	Sektionsleiter und Stellvertreter Gruppenleiter und Stellvertreter Abteilungsleiter und Stellvertreter (soweit diese Generalstabs-offiziere sind) bestimmte Hauptreferats- und Referatsleiter	Armeekommandant und Stellvertreter Korpskommandanten und Stellvertreter Divisionskommandanten und Stellvertreter Akademiekommandanten und Stellvertreter Militärkommandanten	alle Chefs der Stäbe alle Generalstabsoffiziere
Sta 2	stellvertretende Abteilungsleiter bestimmte Hauptreferats- und Referatsleiter Waffeninspektoren	stellvertretende Militärkommandanten Brigadekommandanten und Stellvertreter Schulkommandanten und Stellvertreter Regimentskommandanten und Stellvertreter Bataillonskommandanten und Stellvertreter	alle Stellvertreter der Generalstabsoffiziere alle S 3 ab mittlere Führung alle Waffenoffiziere ab Militärkommando
Sta 3	sonstige Referatsleiter		Leiter Ergänzungsabteilung/Militärkommando alle sonstigen Stabs-offiziere

Ausbildung:
zwei Jahre Generalstabskurs; anschließend Übernahme in die Generalstabslaufbahn und Überstellung in Staffel 1 (analog PT 1). (nicht mehr als zehn Prozent aller Offiziere).

Kommandantenlaufbahn:

Bedingungen:
Freiwilligkeit;
mindestens zwei Jahre Kompaniekommandant;
Eignung (Ergebnis Stabsoffizierskurs);
Eignung (Aufnahmeprüfung);
Eignung (Beurteilung durch Vorgesetzte).

Ausbildung:
ein Jahr Truppenkommandantenkurs; anschließend Übernahme in die Kommandantenlaufbahn und Überstellung in Staffel 2 (analog PT 2).

Diese Laufbahn sollte nicht nur für Kommandanten, sondern auch für bestimmte Stabsfunktionen (z. B. S 3, Hauptlehroffizier usw.) bindend sein (siehe auch beiliegende Übersicht!), jedoch nicht mehr als 30 Prozent aller Offiziere betreffen.

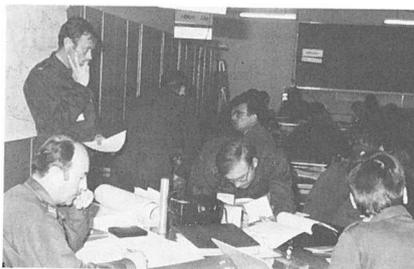


Foto HGF

Stabsoffizierslaufbahn:

Bedingungen:
keine

Ausbildung:
diverse Fachoffizierskurse, Verbleib in Staffel 3 (analog PT 3). In dieser Laufbahn verbleiben 60 Prozent der Offiziere.

Nun trennen sich die Laufbahnbilder (Ernennung zu einem höheren Dienstgrad) nach Verwendung bzw. Dienstposten, Leistung usw., doch sollte eine „Mindestwartezeit“ von etwa drei bis fünf Jahren in jedem Dienstgrad eingehalten werden.

Mit der Verwendung verbunden – wieder analog dem PTV-Schema (gem. § 82c GG) – ist eine Dienstzulage, die bis zu 50 Prozent des Gehaltes ausmachen kann und einen erheblichen Leistungsanreiz bzw. eine Attraktivität bestimmter (wichtiger) Dienstposten bildet. (Vorschlag siehe beiliegende Übersicht).

Beendigung der Laufbahn:

Eine vorzeitige Beendigung der Laufbahn und Pensionierung sollte bei Berufsunfähigkeit gegeben sein. Diese Berufsunfähigkeit muß auf den jeweiligen Arbeitsplatz bezogen gesehen werden.

Beispiel: Für Regimentskommandanten (Landwehrstammregiment) wird u. a. verlangt: „... er muß schweren körperlichen Strapazen gewachsen sein...“ Diese Fähigkeit wäre beispielsweise durch regelmäßige Körpertests nachzuweisen. Bei wiederholtem Nichtbestehen des Körpertests wäre Berufsunfähigkeit gegeben.

Mit 60 Jahren wäre die Berufsunfähigkeit in jedem Fall anzunehmen.

5. Vorteile des vorgeschlagenen Systems

- weniger Offiziere und vor allem weniger Angehörige der Dienstklasse VIII;
- Fixierung der Offizierslaufbahnen zu einem nicht zu frühen Zeitpunkt (vergleiche die gegenwärtig zu frühe Auswahl zum Generalstabsoffizier!);
- leistungsfördernd durch Dienstzulagen und raschere Beförderung bei wichtigen Funktionen;
- finanzielle Besserstellung für die meisten Offiziere;
- Vermeidung der extremen Schere Alter – Dienstgrad;
- Pensionierung spätestens mit 60 Jahren;
- nicht jeder Offizier muß – aus sozialen Gründen – Oberst oder Brigadier werden.

6. Nachteile des vorgeschlagenen Systems

- Verursachung höherer Kosten;
- Benachteiligung der Generalstabsoffiziere (im Dienstgrad) zu ihrer bisherigen Laufbahn;
- erfordert „Umdenken“ für alle;
- Benachteiligung der bisherigen „höheren Offiziere“ durch Verlust ihrer Offiziersfunktion.

Oberst Ing. Helmut Weber
1140 Wien

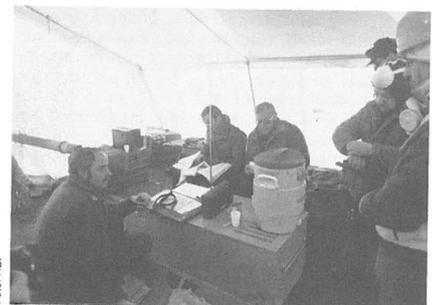


Foto HGF

Den sehr informativen Artikel meines Jahrgangskameraden habe ich mit großem Interesse gelesen und gratuliere ihm zu dieser sachlichen und moderaten Darstellung. Ich hoffe, er läßt sich nicht entmutigen und macht weiter.

Ein Problem, welches von einem Betroffenen in einer offenen und ordentlichen Form dargestellt wird, kann und darf nicht Anlaß von Verärgerung von Vorgesetzten bzw. von mit der Materie befaßten Sachbearbeitern sein.

Als ein verärgerter Teilnehmer des im Artikel angesprochenen H2-Seminars in Baden merke ich an, daß der Dienstposten des bei diesem Seminar anwesenden Brigadiers der Verwendungsgruppe H2, Dienstklasse VIII, nach dessen Ruhestandsversetzung durch einen Beamten der Verwendungsgruppe B besetzt wurde. Das bedeutet: zur Zeit hat kein H2-Offizier die Chance auf diesem Dienstposten Brigadier zu werden.

Nach meinem Wissensstand wurden unter der Ministerschaft von Karl Lütgendorf die „H2/VIII-Dienstposten“ der Waffeninspektoren dem Bundeskanzleramt zur Verfügung gestellt.

Allerdings hatte ich mir als Reaktion auf den Artikel eine Aussage eines Dienstgebervertreters etwa in folgender Form vorgestellt:

„Das Problem dieser Berufsgruppe ist seit Jahren bekannt. Alle Bemühungen, etwas für die Berufsgruppe zu tun, scheiterten unter anderem am Widerstand des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Finanzen aus verschiedenen Gründen. Trotzdem wird sich das Bundesministerium für Landesverteidigung weiterhin bemühen, für diese Berufsgruppe der H2-Offiziere eine Besserstellung zu erzielen. ...“

Als erste Maßnahme, so meine ich, wäre im Bereich GTI/GStb ein Referat für Militärpersonen mit Angelegenheiten von H1-/H2-Offizieren und Unteroffizieren einzurichten. Hauptaufgaben dieses Referates wären Personalführung/Personalpflege und Koordinierung aller damit im Zusammenhang stehenden Aktivitäten.

Meiner Meinung nach geht die Personalführung/Personalpflege über die Durchführung der konkreten und gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen, die in der Sektion II klaglos durchgeführt werden, hinaus.

Zur Personalführung/Personalpflege gehören unter anderem:

- Erstellung der Laufbahnbilder;
- Planung der Ausbildung;
- Sozialangelegenheiten;
- Vertretung der berufsspezifischen Bedürfnisse nach „außen“;
- rechtzeitige Bekanntgabe von Bewerbungsmöglichkeiten;
- Personalauswahl;
- Koordinierung von Schulungen/Ausbildung;
- Bekanntgabe von entsprechenden Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten;
- Vorschläge für verschiedene Laufbahnen oder deren Veränderungen;
- berufsspezifische Angelegenheiten;
- allgemeine Informationen (regelmäßig!);
- Koordinierung aller Bemühungen zur Aufwertung und Stellung der „Schulen“ nach „außen“ und „innen“;
- Ausrüstungs- und Angelegenheiten.



Foto: HBF

Ich glaube, als H2-Offizier kenne ich die heranstehenden Probleme und kann mir auch vorstellen, daß es zur Zeit wichtigere Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Landesverteidigung gibt.

Trotzdem muß man damit leben und sein Bestes für den Dienst geben.

Die Offiziere müßten aber auch erwarten können, daß seitens des Dienstgebers in verständnisvoller Form die berechtigten Wünsche behandelt werden, denn die Personalführung/Personalpflege ist eine der wichtigsten Aufgaben eines jeden Dienstgebers.

Oberst Otto Tiefenbrunner
1030 Wien

Zu dem Artikel scheint es sinnvoll, einige Gedankengänge über dieses Thema aus der Sicht eines jungen, von dieser Problematik betroffenen Truppenoffiziers zu ergänzen.

Ein junger Mann, der die Entscheidung trifft, die Berufsoffizierslaufbahn einzuschlagen, macht sich in diesem Stadium in den seltensten Fällen Gedanken über Zukunftsprobleme wie Postenbesetzungen, Strichposten, Dienstrechtskurse, Vorrückungen und dergleichen mehr. Er befaßt sich vielmehr vorrangig mit den Problemen, die mit dem Erringen des Leutnantssternes verbunden sind. Und doch werden bereits in dieser Phase die Weichen für eine Zukunft gestellt, die für einen Truppenoffizier mehr Nachteile als Vorteile zu bieten hat. Und diese Probleme treffen ihn dann spätestens als Hauptmann, wenn er als junger Familienvater, womöglich gerade beim Bau eines Eigenheimes oder bei der Beschaffung einer Eigentumswohnung, mit eklatanten Benachteiligungen gegenüber vergleichbaren Berufsgruppen konfrontiert wird. Der erste Nachteil zeigt sich in der Unterbezahlung der Leistung und Verantwortung des Truppenoffiziers. Das Verantwortungsspektrum reicht vom Kompaniekommandanten, der jährlich 20 Mal mit 100 Anfängern Scharfschießen durchführt, Material und Gerät oft in Millionenhöhe verwaltet, auf unterster Stufe Personalentscheidungen mit all ihren Auswirkungen trifft und für die Ausbildung – deren Qualität im Einsatzfall über Leben und Tod entscheidet – von jungen Menschen verantwortlich ist, bis zum Regimentskommandanten, der unter Zeitdruck weitreichende Entscheidungen in Personal- und Materialverwaltung zu treffen hat und im Einsatzfall militärische und menschliche Verantwortung für große Gebiete mit der gesamten militärischen und zivilen Infrastruktur zu tragen hat. Zudem sind die Anforderungen im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit an die oben genannte Gruppe noch ein gutes Stück höher, als unser „hauptberuflicher“ Apparat für Wehrpolitik und Öffentlichkeitsarbeit überhaupt zu ahnen in der Lage ist. Da helfen dem strapazierten Truppenoffizier auch die besten, umfangreichsten und farbigsten Stundenbilder nur wenig. Stellt man die Anforderungen und die mindestens 16jährige Aus-



Foto: HBF

bildung bis zum Leutnant (von der Volksschule bis zur Ausmusterung) der Entlohnung gegenüber, ist der Vergleich mit der Entlohnung eines Briefträgers sicher nicht an den Haaren herbeigezogen.

Aber die grundsätzlich schlechte Bezahlung der H2-Offiziere ist nicht der einzige Nachteil in der Laufbahn der Truppenoffiziere. Wesentlich nachteiliger wirkt sich die nicht leistungsorientierte Honorierung der Arbeit aus. Einerseits wirken sich bestandene Kurse und sonstige Ausbildung (Einheitskommandantenkurs, Stabsoffizierskurs, Fachkurse usw.) nicht in der Besoldung aus, andererseits steht die Bezahlung nicht im direkten Verhältnis zu der erbrachten Leistung bzw. zum Arbeitsaufwand. Als Gegenbeispiele seien hier die Bundespost und die Bundesbahn angeführt, die sehr wohl – trotz Beamtenstatus – den jeweiligen Arbeitsplatz auf die Arbeitsintensität hin beurteilen und die Honorierung darauf ausrichten. Womit wir wieder beim bereits oben genannten Briefträger gelandet sind. In der Laufbahn des Truppenoffiziers spielt es offensichtlich keine Rolle, ob ein Oberst als S 5 im Fachstab im Militärkommando tätig oder als Regimentskommandant für die Ausbildung und Führung von 500 Soldaten im Frieden und 5 000 Soldaten im Einsatz verantwortlich ist. Ein derartiges „leistungsorientier-

tes“ Entlohnungsschema muß sich zwangsläufig negativ auf die Leistungsbereitschaft der Truppenoffiziere auswirken – oder zumindest die Arbeitsfreude empfindlich dämpfen.

Der Weg des Truppenoffiziers ist mit künstlich eingebauten Hürden gepflastert, die darauf abzielen, sein Fortkommen zu bremsen. Einige Beispiele seien hier angeführt:

Worin liegt die logische Begründung, daß ein Offizier, der in die Dienstklasse IV (Hauptmann) ernannt wird und dabei nur eine Planstelle der Dienstklasse IV (Zugskommandant) besetzt, uneinholbar ein halbes Jahr in seinem weiteren Fortkommen verliert? Worin liegt die logische Begründung für die Schaffung von sogenannten „Strichposten“, die das Korps der Truppenoffiziere aufsplittet und ihnen zu Wartezeiten verhilft, die einen eklatanten Nachteil im Vergleich zu anderen vergleichbaren Beamtengruppen darstellt? Worin liegt die logische Begründung für die beschämend schlechte Bewertung der Kommandantenposten in den Bataillonen, die in der Wertigkeit jener von „Vorzimmerkommandanten“ in der Zentralstelle gleichkommen?

Die Aufzählung solcher Fragen ließe sich wahrscheinlich noch beliebig fortsetzen; nun aber erscheint ein Vergleich mit anderen Gruppen innerhalb des Bereichs wichtig.



Foto: HBF

Als erster und wichtigster Vergleich bietet sich der zwischen den Truppenoffizieren und den „Generalstäblern“ an. Zwar darf der Grundsatz „Ehre, wem Ehre gebührt“ nicht angetastet werden, wohl scheint aber das grundsätzlich verschiedene Laufbahnbild dieser beiden Gruppen erwähnenswert. Beginnen wir mit der Auswahl zum Generalstabskurs. Man muß einem Oberleutnant zubilligen (und man sollte froh darüber sein), daß er sich in dieser Phase die Überlegung stellt, ob er lieber in weiterer Zukunft Regiments- oder Bataillonskommandant werden oder in einem Hinterzimmer in der Zentralstelle als Brigadier „verstauben“ will. Und wenn er sich für die Laufbahn des Truppenoffiziers entscheidet, weil er sich mit seiner Arbeit als Kompaniekommandant oder Ausbildungsbeauftragter verbunden fühlt, weil er gerade in Westösterreich eine Familie gegründet hat, weil er gerade mit dem Hausbau begonnen hat oder weil sein Regimentskommandant ihn „unbedingt“ braucht und er durch sein dienstliches Engagement nicht die Zeit hatte, sich intensiv auf das Auswahlverfahren vorzubereiten, dann ist diese Entscheidung endgültig und unwiderruflich und stempelt ihn zeit seiner Laufbahn zu einem Offizier „zweiter Klasse“. Während der H1-Offizier mit dem bestandenen Generalstabs-offizierskurs seinen „Ausbildungsobolus“ bis zur Pensionierung geleistet hat, stehen dem Truppenoffizier der Einheitskommandantenkurs, der Stabsoffizierskurs, diverse Fachkurse, der Truppenkommandantenkurs und eventuell der Brigadekommandantenkurs bevor. Zusammengerechnet ergibt das eine Ausbildungszeit von etwa fünf Semestern, die einer Ausbildungszeit von vier Semestern (ohne Truppenverwendung) für den Generalstabskurs gegenüberstehen. Zudem gilt der H1-Offizier nach absolviertem Generalstabskurs als für alle Funktionen ausgebildet, während der Truppenoffizier sich beim Wechsel der Waffengattung oder einer Verwendungsänderung im Stab – berechtigterweise – einer Schulung/Umschulung zu unterziehen hat.

Und als Krönung des Desasters wird der Truppenoffizier mit einer 13 Jahre längeren Wartezeit in die Dienstklasse VII und mit einem Verdienst, der etwa bei 60 Prozent des Verdienstes eines altersmäßig vergleichbaren H1-Offiziers liegt, „belohnt“ – und muß zusätz-

lich, diesbezügliche Gerüchte halten sich hartnäckig, vielleicht noch befürchten, daß in Zukunft auch die Funktion des Regimentskommandanten mit H1-Offizieren besetzt wird. Ebenso ist es unverständlich, daß die Brigadekommandanten/Jägerbrigade nicht in die Dienstklasse VIII ernannt werden, während es in der Zentralstelle zu einem „inflationären Ausmaß“ an Brigadiere zu kommen scheint. Anscheinend zählen Arbeitsaufwand, Verantwortung, umfassende Einsatzvorbereitungen, Erfahrung in allen Führungsebenen der Truppenoffiziere (worauf der H1-Offizier nicht pochen kann) und persönliches Engagement weit weniger als der Generalstabskurs.

Als nächstes sei der Vergleich zwischen dem Truppenoffizier und dem Beamten der Verwendungsgruppe B im Ressort gestattet. Dieser Vergleich muß allerdings dem Truppenoffizier die Zornesröte und sollte den Verantwortlichen die Schamesröte in das Gesicht treiben. Der B-Beamte hat die Möglichkeit, mit weniger Ausbildung schneller und vor allem problemloser die Karriereleiter nach oben zu klettern. Er kann sogar in die Dienstklasse VI ernannt werden, wenn er einen Arbeitsplatz der Wertigkeit IV oder V besetzt; der Truppenoffizier kann nicht einmal in die Dienstklasse V befördert werden, wenn er einen Arbeitsplatz der Wertigkeit IV besetzt. Die Frage, ob es Unverständnis oder Absicht ist, den Truppenoffizier gegenüber den H1-Offizieren und den B-Beamten derart zu benachteiligen, muß an dieser Stelle gestattet sein. Ob man es sich auf die Dauer leisten können wird, jene Gruppe im Ressort, die an der Basis das Heer aufrechtzuerhalten hat, derart unterzubewerten, wird davon abhängen, welche Pläne man mit dem künftigen Bundesheer hat oder davon, wie weit die Leidsfähigkeit der H2-Offiziere wirklich reicht.

Zusammenfassend muß den H2-Offizieren zugestanden werden, für die Zukunft einen Forderungskatalog zu erstellen, der folgende Punkte enthält:

- Anerkennung der Ausbildung und Honorierung derselben;
- Anerkennung der Leistung der H2-Offiziere und H2-Kommandanten;
- Angleichung des Besoldungsschemas an das vergleichbarer Berufsgruppen (z. B. Lehrer);
- Angleichung der Besoldung an die Anforderungen des Arbeitsplatzes (leistungsorientierte Entlohnung);
- Anhebung der Wertigkeit bestimmter Kommandantenposten (Bataillon);
- Angleichung der Wartefristen im Besoldungsschema;
- Eröffnung weiterer Dienstposten der Dienstklasse VIII (Brigadekommandant/Jägerbrigade, Anteil an Militärkommandanten).

Diese Ausführungen und die Forderungen stellen meine persönliche Meinung dar. Man könnte mir nun zum Vorwurf machen, daß es in „Zeiten wie diesen“ nötig ist, innerhalb des Heeres zusammenzustehen und solche Bestrebungen nur eine Polarisierung der Standpunkte innerhalb der Armee erreichen würden. Auch ich bin der Meinung, daß in der momentanen schwierigen Situation des Heeres eine Zusammenarbeit zwischen allen Teilen der Armee wichtiger denn je ist. Aber es geht primär nicht darum, die Rechte von H1-Offizieren oder jene der B-Beamten zu beschneiden, sondern es geht vielmehr darum, den H2-Offizieren ihre ihnen zustehenden Rechte endlich zu gewähren. Weiters scheint der Zeitpunkt für solche Initiativen auch deshalb günstig, weil Reformen gerade jetzt im Gespräch sind. Ich besitze noch soviel jugendlichen Idealismus, daß ich noch immer an eine Heeresreform glaube, die auch im Bundesheer etwas zum Besseren wendet.

Oberleutnant Georg Moser
6395 Hochfilzen

Die berufliche Laufbahn der Truppenoffiziere des Dienststandes – Leserbrief

(Amtsdirektor Regierungsrat Horst Seidl,
Pers B/BMLV, TRUPPENDIENST, Heft 2/1990)

Ich möchte nicht bezweifeln, daß die Personalabteilung B im Bundesministerium für Landesverteidigung ihre Aufgaben nach den bestehenden Vorschriften wahrnimmt.

Allerdings bezweifle ich die angeführten Vergleiche zwischen B-Beamten und H2-Offizieren, denn sie hinken tatsächlich!

1. „Der B-Beamte verbleibt in der Regel für sehr lange am selben Arbeitsplatz.“

Ist dies etwa eine Rechtfertigung für eine Besserstellung? Ich finde, es bedarf eher einer Besserstellung derjenigen, die sich immer wieder neuen Aufgaben widmen und



Foto: HBF

dabei neu einarbeiten müssen. Der Offizier muß nicht nur das in Kauf nehmen, sondern auch die (Laufbahn-)Kurse absolvieren, welche ihn erst für neue Funktionen „berechtigten“. Der B-Beamte, der diese Kurse nicht zu machen braucht, kann natürlich sehr lange am selben Arbeitsplatz verbleiben.

2. „Wieviele B-Beamte haben schon beispielsweise Anspruch auf eine Verwendungszulage?“

Abgesehen von der fehlenden Antwort frage ich, wieviele H2-Offiziere eine Verwendungszulage denn wirklich beziehen? Ein möglicher Anspruch allein sagt über die Realität zuwenig aus.

3. Stabsoffizierskurs: Man bedenke, dieser Laufbahnkurs wurde bereits 1961 – also vor fast 30 Jahren! – geschaffen und selbstverständlich „verordnet“.

Ein Vergleich mit dem B-Beamten ist „im Hinblick auf die Aufgabenstellung des jeweiligen Arbeitsplatzes nicht zielführend“. Diese Ansicht ist tatsächlich richtig, denn der B-Beamte, der – wie bereits im Punkt 1. angeführt – sehr lange am selben Arbeitsplatz verbleibt, benötigt natürlich keine Laufbahnkurse, wahrscheinlich auch keine besondere Fortbildung, denn er verrichtet ja laufend die gleichen Tätigkeiten!

4. „Reichliche Naivität“ demjenigen vorzuwerfen, der Vorschläge macht, welche mit bestehenden Gesetzen nicht konform gehen, finde ich schon etwas überheblich.

5. Der Vorwurf, bei Truppenkörpern werden meist junge Offiziere als S 1 eingeteilt, die bald wieder „wegrotieren“, sollte ebenso einmal näher unter die Lupe genommen werden:

- Die Wertigkeit des S 1 ist anscheinend nicht hoch genug, um den jungen Offizier länger darauf belassen zu können.

- Der Offizier erhält erst durch die „verordneten“ Laufbahnkurse die „Voraussetzung“ für einen höheren Posten.

- Die Einarbeitungszeit ist aufgrund der vielfältigen Personengruppen im Bundesheer und der enormen Bürokratie entsprechend lang.

Damit ist die zwangsläufige „Rotation“ vorprogrammiert. „Der B-Beamte verbleibt in der Regel für sehr lange am selben Arbeitsplatz.“

6. Die Ansicht, den Personalabteilungen im Bundesministerium für Landesverteidigung sei mit „altgedienten“ Truppenoffizieren, die nur wegen der möglichen Beförderung in die Dienstklasse VII eine derartige Tätigkeit anstreben, nicht gedient, teile ich mit Verständnis.

Die international sehr hoch anerkannte Ausbildung des österreichischen Offiziers ist, sieht man von einigen Fachkursen ab, zum überwiegenden Teil auf die Ausbildung zum militärischen Führer und nur zum verschwindend kleinen Teil auf die Verwaltung ausgerichtet. Da die Führungstätigkeit aber im Gegensatz zur Verwaltungstätigkeit objektiv kaum meßbar ist, kann die Kommandantentätigkeit nur sehr schwer in das Beamtenschema gepreßt werden. Vermutlich liegt gerade hier der sprichwörtliche „Hund“ begraben, denn die Kommandanten erhalten ohnehin die Weisungen von „oben“, und zwar in einem Ausmaß, daß sie in der Praxis kaum mehr eigene Entscheidungen treffen können und brauchen. Der Arbeitsplatz des „Weisenden“ muß daher zwangsläufig besser dotiert sein. Der „aufstrebende“ Truppenoffizier muß sich natürlich dem „alteingesessenen“ Verwaltungsbeamten gegenüber erst einmal das Wissen über die „Kanzleiordnung“ der Zentralstelle aneignen, hat er doch weder auf der Militärakademie noch auf der Landesverteidigungsakademie einen Kanzeilinteroffizierskurs absolviert und diesen bisher auch nicht gebraucht. Er hatte dafür seine C- und D-Beamten.

Abschließend erlauben Sie mir noch ein paar kritische Bemerkungen, die allerdings unabhängig vom angeführten Artikel zu sehen sind:

Die Stellung des Offiziers ist in jedem Land ein gesellschaftliches Problem. In Österreich ist man den allerdings seltenen Weg gegangen, den Offizier in das beengende Beamtenskorsett zu zwingen. Da ein Beamter etwas „zu verwalten“ haben muß, mußte diese Verwaltungstätigkeit mittels der Arbeitsplatzbeschreibung bewertet werden und der „weisende“ Arbeitsplatz natürlich höher bewertet werden. „Führen“ stellt keine Verwaltungstätigkeit dar.

Meiner Meinung nach ist ein weiterer Aspekt des Wertes des österreichischen Offiziers in der beinahe notwendigen politischen Orientierung zu finden. Die dazu notwendige „Rückendeckung“ wird häufig in den Gewerkschaften gesucht und gefunden.

Als junger Offizier geht man mit Herz und Seele an die Aufgabe heran (es gibt auch Ausnahmen). Einige Jahre später merkt man allerdings, daß der Pfad zu niedrig ist, und um die nächsthöhere Etage zu schaffen, ist es angebracht, sich an einer Partei zu orientieren, ohne dabei zu merken, wie sehr die eigene Einstellung schwindet. Der „Unwillen“ so manches Offiziers, sich (partei)politisch artikulieren zu wollen, weil seine Aufgabe unpolitisch (im Sinn von überparteilich) sein sollte, wird vielleicht durch weniger „Rotation“ entlohnt.

Neben der Höhe der Bezüge stellt auch die außerordentlich geringe Minderheit der Berufsoffiziere (weniger als 3 000) als zu vernachlässigende Wählerschaft einen Gradmesser ihres Wertes dar. Andere Beamte hingegen gibt es um Potenzen mehr. Leider ist es in unserem parteiorientierten Gesellschaftssystem notwendig, offensichtlichen Ungereimtheiten nur durch gewerkschaftlichen Druck begegnen zu können.

Hauptmann Franz Hartbauer
1100 Wien

Wir freuen uns über jeden Leserbrief, ersuchen aber um Verständnis, daß wir uns unter Umständen Kürzungen vorbehalten müssen. Anonyme Zusendungen finden keine Berücksichtigung. Es ist leider nicht möglich, jedes Schreiben einzeln zu beantworten. Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion, jener der Arbeitsgemeinschaft „Truppendienst“ oder der des Bundesministeriums für Landesverteidigung entsprechen.



Eines der für den Gesinnungswechsel maßgebenden Ereignisse war der Abschluß des INF-Vertrages über die Vernichtung der Mittelstreckenraketen.

Brigadier Günter Hochauer

Ist uns die Bedrohung abhanden gekommen?

Man versucht, uns einzureden...

Die eher zynisch gemeinte Frage „Ist uns die Bedrohung abhanden gekommen?“ wird in letzter Zeit gerne vorgebracht, um angesichts der jüngsten Entwicklungen im politisch-strategischen Bereich, insbesondere in Osteuropa, die Überflüssigkeit unserer Landesverteidigung und die Überkommenheit alles Militärischen als Sicherheitsvorkehrung des Staates in lächerlich machender Weise zu propagieren. Die Wehrlosigkeit des niemanden bedrohenden Österreich wird als politisches Ziel aufs Tapet gebracht – wenn auch zunächst fadenscheinig mit den Absichten einer sogenannten „Reform“ verschleiert –, und man versucht, uns einzureden, daß dies die fällige adäquate Antwort auf die im Gang befindlichen Geschehnisse zu sein hätte.

Die Entwicklung der zurückliegenden vier Jahre seit der Unterzeichnung

Brigadier Günter Hochauer, Jahrgang 1941, absolvierte die Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie und wurde 1963 ausgemustert. Nach Verwendungen als Zugskommandant und Ausbildungsoffizier beim Ausbildungsregiment 10 in Klagenfurt sowie als Zug- und Kompaniekommandant einer Einjährig-Freiwilligen-Kompanie besuchte er 1969 bis 1972 den 6. Generalstabskurs. Anschließend war er Mitarbeiter im Aufstellungsstab der Bereitschaftstruppe, ab 1973 Referent für Organisation in der G 3-Abteilung des Armeekommandos und nach einer Truppenverwendung als Kommandant eines Jägerbataillons ab 1979 Referent für Operation und stellvertretender Leiter der G 3-Abteilung im Armeekommando. Seit 1987 ist Brigadier Hochauer stellvertretender Leiter der Führungsabteilung im Generaltruppeninspektorat.

des Dokumentes von Stockholm zeigt in sicherheitspolitischer und militärstrategischer Hinsicht tatsächlich bemerkenswerte Ereignisse. Diese müssen auch den neutralen Kleinstaat veranlassen, seine Position in dem in „Bewegung geratenen“ Umfeld zu überprüfen und allenfalls neu zu bestimmen, um insbesondere in sicherheitspolitischer Hinsicht nicht ins Hintertreffen zu geraten. Daraus abgeleitet, können durchaus Reformen für die Verteidigungsdoktrin und für das ei-



M. Gorbatschow vor der UNO in New York.

gene militärische Instrument erforderlich werden, abgesehen von anderen, nicht mit den Entwicklungen im Ausland zusammenhängenden Erfordernissen nach Erneuerungen und Verbesserungen allgemeiner Rahmenbedingungen für das Bundesheer.

Für den Gesinnungswandel maßgebende Ereignisse

Beginnend mit dem INF-Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Vernichtung

der Mittelstreckenraketen, die mitunter ermutigenden Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (VKSE), die derzeit in Wien geführt werden, die Verhandlungen über die Vernichtung bzw. Beschränkung der chemischen Waffen und vor allem die im Dezember 1988 vor der UNO in New York durch Gorbatschow angekündigte und tatsächlich bereits teilweise vollzogene, einseitige Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte, der die übrigen Warschauer-Pakt-Staaten mit ähnlichen Ankündigungen gefolgt sind, lassen das seit nunmehr rund 40 Jahren anhaltende Bedrohungsbeußtsein schwinden. Dies umso mehr, als die in Aussicht gestellten Übereinkommen und angekündigten Truppenreduzierungen von einem für möglich gehaltenen Emanzipations- und Demokratisierungsprozeß der Warschauer-Pakt-Staaten begleitet werden, die als politischer Garant für eine friedliche Zukunft mit immer weniger Waffen intuitiv angenommen werden.

Können wir davon ausgehen, daß das Aufbrechen schon zur Gewohnheit gewordener Verkrustungen die Bedrohung für Österreich verändert oder gar beseitigt hat?

Aktuelle und potentielle Bedrohung

Vorerst aber noch eine wichtig erscheinende Zwischenbemerkung, die notwendig ist, um ein latent vorhandenes Mißverständnis zwischen Politik und Militär, nämlich das zwischen aktueller und potentieller Bedrohung, aufzuklären.

Man kann übereinstimmend feststellen, daß es im Augenblick keine Macht gibt, die in der direkten oder auch indirekten Anwendung militärischer Mittel gegenüber Österreich politische Ziele durchzusetzen beabsichtigt. Eine militärische Bedrohung Österreichs ist daher derzeit nicht aktuell. Dies trifft auch auf militärische Auseinandersetzungen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft zu, die allenfalls Auswirkungen auf Österreich haben könnten. Eine potentielle Bedrohung ist hingegen für einen verantwortungsbewußt Agierenden so lange als Faktum anzusehen, als das Ausland in unserer näheren oder weiteren Umgebung nachweislich militärische Potentiale unterhält, welche aufgrund ihres Umfangs sowie ihrer Struktur und logistischen Vorbereitungen nach grundsätzlich für militärische Operationen unter Einbeziehung Österreichs geeignet sind. Dabei ist es unerheblich, ob beabsichtigt sein

könnte, diese militärischen Potentiale direkt einzusetzen, als erpresserisches Druckmittel zu gebrauchen oder ganz allgemein den Handlungsspielraum möglichst weit auszulegen und den politischen Möglichkeiten für alle Fälle auch militärische Optionen, sozusagen als „Ultima ratio“ zur Sicherstellung bzw. Erreichung politischer Ziele, hinzuzufügen. Die theoretischen Möglichkeiten militärischer Machtanwendung gegen oder über Österreich machen also die potentielle Bedrohung aus. Diese ständig in geeigneter Weise systematisch zu beobachten und in ihren möglichen Auswirkungen zu prüfen und darzustellen, um dann die notwendigen Schlüsse und Vorschläge für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik artikulieren zu können, ist eine wichtige Aufgabe des Militärs. Ob dann eine potentielle Bedrohung aktuellen Charakter annimmt, ist eine andere Frage und von

mitunter rasch wechselnden politischen Gegebenheiten abhängig.

„Neues Denken“ – ökonomische Zwänge

Die Entwicklungen der letzten ein- und einhalb Jahre, vor allem in der Sowjetunion und ihren europäischen „Vorfeldstaaten“, haben bereits erkennbare Auswirkungen auf die militärstrategische Lage in Europa sowie auf das allgemeine Verhältnis zwischen den Großmächten Vereinigte Staaten und Sowjetunion erbracht. Ausgangspunkt war und ist die Sowjetunion, die, bedingt durch schwerwiegende wirtschaftliche Probleme und das Scheitern der Bemühungen zur Erringung einer absoluten militärischen Überlegenheit, zwangsläufig zu einem „neuen Denken“ und zu geänderten „Systemauffassungen“ gelangen mußte. Das ermunterte auch die an-



Für einen verantwortungsbewußt Agierenden ist eine potentielle Bedrohung solange als Faktum anzusehen, als in der Umwelt nachweislich militärische Potentiale unterhalten werden.

Der in den Warschauer-Pakt-Staaten angelaufene Demokratisierungsprozeß wird intuitiv als politischer Garant für eine friedliche Zukunft mit immer weniger Waffen angenommen.



Fotos: TASS und Wifitech



deren Warschauer-Pakt-Staaten, im „Kielwasser“ der Sowjetunion eigene Wege zu gehen, zumal auch diese die Bereitschaft erkennen ließ, bisher festgefügte politisch-strategische Strukturen zu lockern. Die Sowjetunion scheint den Weg einer vermutlich längerfristigen Konsolidierungsphase eingeschlagen zu haben und versucht, Schritte zu setzen, durch Verminderung bzw. Umstrukturierung ihres militärischen Potentials die dadurch unmittelbar freiwerdenden Ressourcen zur raschen Verbesserung der ökonomischen Situation einzusetzen.

Ökonomische Zwänge erbringen aber auch im Westen, im Bereich der NATO-Staaten und anderer, mehr oder weniger einschneidende Auswirkungen bei den Aufwendungen, die für den militärischen Bereich noch getätigt werden können oder als tragbar angesehen werden.

Foto: Info für die Truppe



Foto: NATO's Sixteen Nations

Die bis jetzt vorgenommenen Truppenreduzierungen und „Verschrottungsaktionen“ sind mehr Prestigegewinn als Aufgabe militärstrategischer Handlungsmöglichkeiten.

Mehr Prestigegewinn als Aufgabe militärstrategischer Handlungsmöglichkeiten

Diese Umstände haben in Konsequenz im Osten wie im Westen die Vorstellungen über Streitkräftereduzierungen bzw. Rüstungsbeschränkungen eingeleitet, ohne allerdings die bisherigen militärstrategischen Optionen entscheidend in Frage zu stellen. Als bezeichnendes Beispiel kann hierfür der INF-Vertrag gelten. Unter großem Gewinn an politischem Prestige wurden etwa vier Prozent des Nuklearpotentials der Großmächte abgebaut. Offensichtlich wurde die Bedrohung reduziert und dennoch durch Verlagerung der Aufgabenstellung der Mittelstreckenraketen auf andere Waffensysteme de facto keine der bisher bestehenden militärstrategischen Handlungsmöglichkeiten aufgegeben.

In ähnlicher Weise sind auch die meist publikumswirksam inszenierten und durch Massenmedien hochstilisierten Einzelmaßnahmen abrückender fremder Truppenverbände oder von Verschrottungsaktionen ohnehin

längst ausscheidungsreifer Rüstungsgüter zu bewerten. Ohne tatsächlich militärstrategischen Handlungsspielraum aufzugeben, konnte man so im geistig-psychologischen Bereich sowie im Bereich der Militärökonomie erhebliche Gewinne erzielen.

„Vorausseilendes Wunschdenken“

Diese spektakulär herausgestellten Maßnahmen, die bloßen Ankündigungen weiterer Streitkräftereduzierungen und insbesondere die politischen Umwälzungen im Osten Europas haben im Endeffekt dazu geführt, daß in einer Art „vorausseilendem Wunschdenken“ die Eliminierung der bisherigen Gegensätze und der daraus resultierenden Bedrohung als schon vollzogen und endgültig angesehen wird. Immer wieder werden Diskussionen über Zukunftsaspekte, wie z. B. futuristisch anmutende Strukturen einer sogenannten „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ oder einer „hinlänglichen Verteidigungsfähigkeit“, bereits als Gegebenheiten aufgefaßt und als Grundlage eigenen Handelns im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik interpretiert.

Nur Fakten zählen

Um dieser Gefahr zu begegnen und die realen Verhältnisse zu erfassen, ist es daher erforderlich, die Überlegungen und Absichten mit den tatsächlichen militärischen Potentialen bzw. deren Entwicklung laufend zu vergleichen, also im sogenannten militärtechnischen Bereich auf ihre Wirksamkeit und ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Nur die dabei ermittelten Fakten über die Streitkräfte in unserer Nachbarschaft, deren Stärken und Strukturen, Einsatzbereitschaft, Ausbildungsstand, logistische Ressourcen und dergleichen bilden dann den Wertmaßstab für die tatsächliche Umsetzung von Absichten und Verhandlungsergebnissen.

Vorerst muß festgestellt werden, daß die bisher erfolgte politisch-strategische Entwicklung in Europa noch keine entscheidenden Änderungen der bisherigen militärstrategischen Gegebenheiten und Strukturen erbracht hat, aber Anzeichen erkennbar sind, die den zukünftigen Weg aufzeigen könnten.

Die bisherigen Streitkräftereduzierungen und die aufgrund bilateraler Abkommen noch zu erwartenden Truppenabzüge werden zwar die Vorbereitungs- und Vorwarnzeiten militärischer Potentiale in bestimmten Teilbereichen verlängern, aber noch keine generelle Veränderung substantieller militärstrategischer Optionen erbringen. Obwohl dies in Verbindung mit einer beabsichtigten Reduzierung auch der nationalen Armeen der nichtsovjetschen Warschauer-Pakt-Staaten zweifellos eine Erleichterung für die österreichischen Verteidigungsanstrengungen bedeuten wird, kann in Anbetracht der verbleibenden militärischen Potentiale in den unmittelbaren Nachbarstaaten und in der Sowjetunion selbst noch keine Beseitigung einer potentiellen Bedrohung erblickt werden.

Von den westlich des Ural stationierten etwa 2,5 Millionen Mann sowjetischer Streitkräfte sollen nach dem Versprechen Gorbatschows etwa 240 000 Mann bis Ende 1990 abgebaut werden. Damit im Zusammenhang stehen auch etwa 10 000 Kampfpanzer, 8 500 Artilleriegeschütze und 800 Kampfflugzeuge. Überdies sollen nach den entsprechenden Abkommen in den nächsten Jahren alle sowjetischen Truppen aus der Republik Ungarn und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik abgezogen und in die Sowjetunion zurückverlegt werden. Für Zentral-

TRUPPENDIENST-Mitarbeiter

Um die Verbreitung unserer Produkte besser zu ermöglichen, sucht TRUPPENDIENST nach

Mitarbeitern für Information und Werbung

in jeder Kaserne des österreichischen Bundesheeres. An dieser wertvollen Nebenaufgabe interessierte **Bedienstete** des österreichischen Bundesheeres (Offiziere, Unteroffiziere, zivile Beamte oder Vertragsbedienstete) werden ersucht, schriftlich mit der Redaktion in Verbindung zu treten. Die Anschrift entnehmen Sie bitte unserem Impressum.

Die Redaktion

europa, außerhalb des Staatsgebietes der Sowjetunion, soll sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für die Sowjetunion weiterhin eine Stationierung von je etwa 195 000 Mann vorgesehen werden. Damit würden Kräfte in einem Umfang erhalten bleiben, der in Verbindung mit einer zukünftigen Struktur des Warschauer Paktes und allfälligen Beistandsverpflichtungen dieser Staaten auch in Zukunft militärstrategische Optionen außerhalb des heutigen Warschauer-Pakt-Bereiches zulassen würde. Auch bei einem Abgehen von der bisherigen Haltung der Sowjetunion, ihre Sicherheit vor allem durch ein militärisch dominiertes Vorfeld – die nicht-sowjetischen Warschauer-Pakt-Staaten – zu gewährleisten, sind Zweifel am essentiellen Wandel der politisch-strategischen Zielsetzungen der Sowjetunion und am Verzicht der indirekten oder direkten militärischen Machtanwendung zur Verfolgung ihrer Interessen angebracht. Die Sowjetunion hat jedenfalls noch keinen Ansatz erkennen lassen, auf bisherige strategische Interessen in ihrem Vorfeld bzw. in Zentraleuropa – wie etwa die Nutzung der „Vorfeldstaaten“, abgesehen von der Truppenstationierung – gänzlich zu verzichten.

Die nach wie vor vorhandenen und auch in Hinkunft zu erwartenden of-

fensiven Elemente der sowjetischen Militärdoktrin und die Ausdehnung des Begriffes „Aggression“ auf politische, wirtschaftliche und ideologische Formen, die dann Anlässe für militärische Operationen gegen den „Angreifer“ ergeben können, erhärten diese Zweifel.

schon Streitkräfte, bleiben. Die Streitkräfte werden in Teilbereichen organisatorisch gestrafft und umgegliedert, was vordergründig mit der Ausrichtung der Verbände auf eine defensive Aufgabenstellung begründet wird.

Die Richtung der Umstrukturierungen läßt sich aus Diskussionen in der



Foto: Info für die Truppe

Insbesondere in Zentraleuropa werden Kampfschützenpanzer in der nächsten Zukunft zum entscheidenden „Gefechtssystem“...

Strukturänderungen

Nicht ohne Auswirkungen auf die Beurteilung einer potentiellen Bedrohung dürfen die sich derzeit abzeichnenden strukturellen Veränderungen in den Streitkräften des Warschauer Paktes, insbesondere der sowjeti-

Militärliteratur und aus den laufenden Beschaffungsprogrammen einigermaßen beurteilen:

Die bemerkenswerte Reduzierung der als klassische Angriffswaffe geltenden Kampfpanzer, ist nicht zu übersehen. Dies geht anscheinend Hand in Hand mit einer Umstrukturierung vor allem der Regimenter hin zu selbständigen, kombinierten Kampfverbänden, die flexibler und schlagkräftiger als die bisherigen Verbände einzusetzen sein dürften. Dabei werden Schützenpanzer, von denen bis jetzt keine Reduzierungen bekannt geworden sind, das entscheidende „Gefechtssystem“ der nächsten Zukunft darstellen. Kampfschützenpanzer, ausgerüstet mit einer Lenkwaffe und modernen Maschinenkanonen, sind taktisch vielseitig verwendbar, allen Bedrohungen gewachsen und können zunehmend Aufgaben der Kampfpanzer übernehmen, ohne deren Nachteile aufzuweisen. Dies trifft insbesondere auf das zentraleuropäische Gefechtsfeld mit



Foto: SuT

... Mit einer Lenkwaffe und einer modernen Maschinenkanone ausgerüstet, ist dieses Waffensystem vielseitig verwendbar und kann zunehmend Aufgaben der Kampfpanzer übernehmen.



Fotos: NATO's Sixteen Nations und Archiv

In Ost und West ist ein Anwachsen der Kampfhubschrauberkomponente festzustellen, die den Kampfwert der Verbände entscheidend steigert, ...

zunehmender Verbauung und absinkenden Beobachtungs- und Kampferfernungen zu. Damit können aber auch die erheblichen logistischen Belastungen, die Kampfpanzerverbände mit sich bringen, wesentlich gesenkt werden, ohne den Kampfwert der Verbände zu verringern. Darüber hinaus ist in Ost und West ein weiteres Anwachsen der Kampfhubschrauberkomponente zu beobachten, die ebenfalls einen Teil der Aufgaben von Kampfpanzern übernehmen kann. Daneben wird die volle Mechanisierung der Artillerie weitergeführt sowie die Modernisierung der artilleristischen Aufklärung und der Feuerleitung betrieben. Die Einführung neuer Munitionssorten vermindert den logistischen Aufwand und ermöglicht die Beibehaltung oder Steigerung der Effizienz bei gleichzeitiger Verminderung der Systemanzahl.

Inwieweit die beabsichtigte Verstärkung der Panzerabwehrmittel, einschließlich der Verbesserung der Minenkriegführung, sowie der Fliegerabwehr auf allen Stufen tatsächlich nur im Zusammenhang mit einer defensiven Verwendung der Verbände als alleinige Möglichkeit steht, wird noch zu prüfen sein. Die bisher bekanntgewordenen Vorstellungen könnten ebensogut für ein „Leichter-werden“ der Verbände und eine Steigerung von deren Effizienz genutzt werden.

Insgesamt muß festgehalten werden, daß Truppen- und Waffenzahlen allein keinen Hinweis auf Friedfertigkeit oder Kriegsbereitschaft darstellen.

Vielmehr zeigen das die Strukturen von Streitkräften, deren operative Flexibilität und die logistischen Ressourcen. Obwohl die zahlenmäßige Verringerung von Streitkräften als wesentliches Merkmal für den Abbau von potentieller Bedrohung anzusehen ist, muß aber auch in die Beurteilung aufgenommen werden, daß umstrukturierte, „kleinere“ Kräftegruppierungen einen rascheren Aufmarsch, einen günstigeren operativen Ansatz und eine flexiblere Handhabung ermöglichen. Insgesamt führen diese Maßnahmen also zu einer Kompensation der Kampfkraft und zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft, abgesehen vom ökonomischen und personellen Gewinn einer solchen Maßnahme.

Von diesem Umstrukturierungsprozeß sind derzeit nahezu alle Armeen der nichtsovietischen Warschauer-Pakt-Staaten sowie zumindest die sowjetischen Streitkräfte in diesen Staaten erfaßt.

Für das Gros der sowjetischen Streitkräfte in der Sowjetunion selbst sind keine derartigen Anzeichen erkennbar. Diese Kräfte sollen daher offensichtlich ihre Struktur beibehalten. Das kann so ausgelegt werden, daß hinter dem „Schild“ der im Vorfeld eingesetzten, strategisch defensiv ausgerichteten Truppen ein erhebliches Offensivpotential als „Schwert“ bereitgehalten werden soll, um die strategische Verteidigung letztlich auch offensiv zu einem guten Abschluß bringen zu können.

... daneben wird auch die Mechanisierung der Artillerie weitergeführt und eine Modernisierung der artilleristischen Aufklärung und Feuerleitung betrieben.

Rüstungsanstrengungen

Es ist weiters signifikant, daß trotz Abrüstungsbemühungen die Produktionszahlen der Rüstungsindustrien nur wenig zurückgegangen sind. Man ist fieberhaft bemüht, durch immer modernere Technologien den Kampfwert der Einzelsysteme zu steigern. Wer kann es daher angesichts dieser Tatsache übelnehmen, wenn man zu dem Schluß kommt, daß in den meisten Fällen lediglich veraltete und ohnehin schon auszuscheidende Waffensysteme abgebaut werden und daß man im übrigen durch strukturelle Kompensationsmaßnahmen und durch die Indienststellung effizienterer, neuer Waffensysteme im wesentlichen an der Erhaltung, wenn nicht an der Steigerung der Kampfkraft seiner Streitkräfte festhält? Nicht die Verringerung der Bedrohung scheint als Motiv auf, sondern die Entlastung vom ökonomischen Druck, der ohnehin bei den stets steigenden Einzelstückkosten keinen Ersatz des veralteten Gerätes im Verhältnis 1 : 1 mehr zuläßt.

Daneben kann aber auch das Bestreben festgestellt werden, daß man bemüht ist, in möglichst kurzer Zeit ein Höchstmaß an Modernität und nach Möglichkeit einen technologischen Vorsprung zu erzielen. Dies ermöglicht, allenfalls in einem nächsten Schritt der Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen und Truppenabbau, die Abrüstungsbereitschaft neuerlich öffentlichkeitswirksam zu

demonstrieren und ein allgemeines, vertraglich abgesichertes Modernisierungsverbot zu verlangen.

Ähnliche Absichten und Entwicklungen müssen auch den entsprechenden Streitkräften im Westen unterstellt werden.

Optionen für eine militärstrategische Reaktion

Innere Probleme der Sowjetunion haben eine Änderung der politisch-strategischen Haltung zur Gewährleistung ihrer Sicherheit durch ein militärisch besetztes Vorfeld bewirkt. Aufgrund dieser Entwicklung erfolgte eine deutliche gegenseitige „Abgrenzung“ der strategischen Interessen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Trotzdem muß konstatiert werden, daß sich bisher grundsätzliche Optionen für eine militärstrategische Reaktion nicht geändert haben. Auch bei fortschreitenden Truppenreduzierungen der Bündnissysteme bleiben auf beiden Seiten Streitkräfte verfügbar, welche – allerdings auf niedrigerem quantitativem Niveau – die bestehenden militärstrategischen Möglichkeiten nahezu uneingeschränkt aufrechterhalten. Militärische Konflikte sind auch bei verringerten präsenten Kräftegruppierungen in Europa weiterhin führbar, wenn auch mit längeren Vorwarnzeiten und mit einer reduzierten Bedrohung hinsichtlich Offensivoperationen mit weitgesteckten Zielen. Es scheint sich nämlich ein Wandel dahingehend abzuzeichnen, daß zukünftig allenfalls notwendige „Gegenangriffe“ – anders als bisher – nicht mehr die vollständige Vernichtung des „Aggressors“ vorsehen. Vielmehr könnte es das Ziel sein, durch rasch ablaufende Operationen mit schwergewichtsmäßigem Ansatz der Kräfte die Inbesitznahme kürzer gesteckter Ziele zu erreichen, die als „Faustpfänder“ für Verhandlungslösungen dienen könnten.

Trotz aller Emanzipationsbestrebungen und gesellschaftlicher Demokratisierungsprozesse scheint der Warschauer Pakt zumindest mittelfristig als System – allenfalls in abgewandelter Form – in seinem Bestand gesichert. Eine stufenweise Umwandlung von einem derzeit noch militärisch dominierten Bündnis in eine politische Organisation erscheint denkbar. Bei der sich abzeichnenden Reduzierung der nichtsowjetischen Warschauer-Pakt-Armeen auf ein von den Staaten verkraftbares Ausmaß, werden von diesen im Rahmen der Bündnisstrategie nur noch defensive Auf-

gabenstellungen erwartet werden können. Das schließt aber bei den dann immer noch gegebenen Stärken nach wie vor eventuelle offensive Handlungen im regionalen Rahmen nicht aus.

Von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung einer potentiellen Bedrohung werden dann die militärtechnischen Festlegungen zwischen der Sowjetunion und jenen Staaten sein, aus denen derzeit die sowjetischen Truppen „zurückgenommen“ werden. Enthalten diese eine ausreichende Sicherstellung einer logistischen Basis im Vorfeld der Sowjetunion, kann im Bedarfsfall durch raschen Aufmarsch eine dem Ziel entsprechende Bereitstellung von Kräften erfolgen. Dabei sollten auch Vertragslösungen beurteilt werden, die bei Eintritt bestimmter Ereignisse das Recht der Truppenstationierung bzw. der Bereitstellung von sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der betroffenen Staaten beinhalten.

Die derzeitige Situation

Die derzeitige Situation und die mittelfristig zu erwartende Entwicklung erbringen somit keine grundlegenden Änderungen der bisherigen militärstrategischen Optionen, also der potentiellen Bedrohung. Eine entscheidende Änderung kann erst dann erwartet werden, wenn nach tatsächlicher Änderung der Strukturen der Bündnissysteme oder deren Auflösung, nach gegebener Klarheit über den weiteren sicherheitspolitischen Status eines vereinigten Deutschlands sowie nach endgültiger Erfüllung eines weitreichenden, neuen KSE-Abkommens eine völlig neue Situation

im Rahmen eines bis dahin erst zu findenden, gesamteuropäischen Sicherheitssystems gegeben ist. Die damit verbundenen sicherheitspolitischen Fragen sind aber erst in sehr skizzenhafter Form andiskutiert worden. Insgesamt ergibt sich daraus noch ein Bild, das eine mittelfristig gültige Aussage nur in jenem Ausmaß zuläßt, daß bis zum tatsächlichen Eintritt entscheidender Veränderungen der Potentiale und deren theoretischer Anwendungsmöglichkeiten zunächst noch eine abwartende Haltung geboten und gerade für einen neutralen Kleinstaat selbstverständlich erscheint.

Der sich abzeichnende weitere Abbau des West-Ost-Antagonismus wird mit großer Wahrscheinlichkeit in Verbindung mit den Entwicklungen in und um die Sowjetunion die Gefahr einer großen Bündniskonfrontation bis hin zu bewaffneten Auseinandersetzungen erheblich verringern, aber vorerst sicherlich noch nicht beseitigen. Ein militärisch ausgetragener Konflikt ist eben so lange nicht auszuschließen, als die dafür erforderlichen Streitkräfte vorhanden sind. Dabei spielt es letztlich keine Rolle, ob die politischen Absichten derartige Optionen im Augenblick als aktuell erscheinen lassen. Die Möglichkeit der raschen Änderung politischer Ziele ist jedenfalls vorhanden und kann – solange die Potentiale ausreichend verfügbar sind – im militärischen Sinn umgesetzt werden.

Hand in Hand mit der Verringerung der Gefahr einer großen Auseinandersetzung wurde aber auf der Ebene darunter, in bisher kaum relevanten Problembereichen, zur Entwicklung von Spannungen, Krisen und Konflik-



Der mitunter artikuliert Weg zur Beseitigung wirksamer österreichischer Streitkräfte könnte als Versuch eines Kleinstaates verstanden werden, seine sicherheitspolitischen Interessen von „anderen“ wahrnehmen zu lassen, gleichsam als „Sicherheitsparasit“.

ten neuer Raum geschaffen. Aus inneren Entwicklungen einzelner Staaten Ost- und Südeuropas können auch für Österreich in der Folge von sozialökonomischen und nationalistischen Konflikten Herausforderungen entstehen, die bis zu einer verlässlichen Grenzsicherung und allenfalls zur Wahrnehmung der Neutralität am Boden und in der Luft und zur Souveränitätsbehauptung in Form regional begrenzter Verteidigungsvorbereitungen führen könnten.

Die Bedrohung ist nicht abhanden gekommen

Die Bedrohung ist uns demnach nicht abhanden gekommen. Was uns abhanden gekommen ist, ist die bisher im Vordergrund stehende Fixierung auf die möglichen Folgen einer „großen“ Bündnisauseinandersetzung für Österreich mit ihren an sich leicht zu berechnenden militärischen Erscheinungsformen. Die Möglichkeit dieser scharf konturierten Darstellung einer militärischen Bedrohung wird für uns in Zukunft nicht mehr gegeben sein; die Lage wird undurchsichtiger und unberechenbarer werden. Die Militärische Landesverteidigung wird herausgefordert sein, einer breiteren Palette von potentiellen Bedrohungen entgegenzutreten zu müssen, als wir sie bis heute gehabt haben.

Gesamteuropäisches Sicherheitssystem

Darüber hinaus sollten aber auch bereits heute die möglichen Entwicklungen in Hinsicht auf ein zukünftiges, gesamteuropäisches Sicherheitssystem und die Position Österreichs innerhalb dieses Systems bedacht werden. Daß dieses Sicherheitssystem über eine stark ausgeprägte militärische Komponente verfügen wird, ist klar zu erkennen. Ebenso dürfte als gesichert anzunehmen sein, daß auch Österreich an diesem Sicherheitssystem partizipieren, aber dieses auch mitzutragen haben wird. Möglicherweise werden in diesem Zusammenhang neuartige und über die bisherige Aufgabenstellung hinausgehende Erfordernisse an das Bundesheer herantreten. In welcher Form man etwaigen „Beistandsverpflichtungen“ im Rahmen eines derartigen Sicherheitssystems nachzukommen gewillt ist, wäre frühzeitig zu durchdenken und bestimmt dann die weitere Position Österreichs bei den entsprechenden Verhandlungen. Die reine Beschränkung auf die Rolle des Neutralen, der nur gewillt ist, auf seinem Staatsgebiet Maßnahmen zu setzen, wird dann keine ausreichende Ausgangsbasis einer sinnvollen Einbeziehung bzw. internationalen Akzeptanz Österreichs darstellen. Dar-

aus ergibt sich, daß der mitunter artikulierte Weg zur Beseitigung wirksamer österreichischer Streitkräfte von außen als indirekter Verzicht auf die militärische Wahrnehmung der Souveränität im Anlaßfall angesehen werden könnte. Dies könnte als Versuch eines Kleinstaates verstanden werden, seine sicherheitspolitischen Interessen von „anderen“ wahrnehmen zu lassen, gleichsam als „Sicherheitsparasit“ auf Kosten anderer.

Wir wollen unsere Sicherheit selbst gestalten

Die Militärische Landesverteidigung wird also noch längerfristig eine wichtige Funktion für unser staatliches Selbstverständnis und im Rahmen eines künftigen europäischen Sicherheitssystems haben. Österreich kann sich hier nicht ohne Schaden von seiner Verantwortung für die kollektive bzw. kooperative Sicherheit abmelden. Österreich kann als kleiner Staat seine Umwelt nicht entscheidend beeinflussen, sondern sein Verhalten wird von dieser bestimmt. Und diese Umwelt weist heute und für eine überschaubare Zukunft, ob es uns paßt oder nicht, militärische Potentiale auf, die uns im Interesse unserer Sicherheit, die wir uns aber selbst gestalten wollen, nicht unberührt lassen können. 

General Othmar Tauschitz

Die politisch-militärische Situation in Europa und die Konsequenzen für uns

Aus Anlaß des Partnerschaftsseminars im Mai 1990 in Allentsteig hielt der Generaltruppeninspektor eine Festansprache, in der er insbesondere auf die politisch-militärische Situation in Europa und auf die daraus für Österreich ableitbaren Konsequenzen einging. Als Orientierungshilfe für all die Fragen, die derzeit in bezug auf die Sicherheitspolitik Österreichs diskutiert werden, bringt TRUPPENDIENST einen auszugsweisen Abdruck dieser Rede.

Die Redaktion

Die Entwicklung in Europa hat in den vergangenen Jahren eine Fülle von Ereignissen hervorgebracht, die sich gerade im Zeitraum des letzten Jahres immer stärker verdichtet haben. Derzeit herrscht unter den europäischen Staaten eine Phase der gewaltlosen Konfliktaustragung. Dazu gehören im Augenblick die deutsche Wiedervereinigungsfrage, verbunden mit allen wirtschaftlichen und politischen Problemen, sowie die innerstaatlichen Konflikte in Kosovo, Aserbeidschan, Georgien, Siebenbürgen, im Baltikum und in Moldawien.

Wir Österreicher bekommen in letzter Zeit die Auswirkungen solcher Konflikte durch den Strom von Asylanten zu spüren, deren Aufnahme uns mehr und mehr Schwierigkeiten bereitet. Die ungarisch-rumänischen Versuche zur Beilegung der Nationalitätenprobleme beginnen also bereits, grenzüberschreitend zu wirken. Vielleicht sind auch die beginnenden Distanzierungstendenzen der Slowakei von der Föderation, die in letzter Zeit wahrzunehmen sind, Vorboten einer Entwicklung an unseren Grenzen, die wir nicht ohne weiteres ignorieren kön-

nen. In Ost- und Südeuropa können alte Landkarten wieder lebendig werden, deren Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg nicht immer unter Berücksichtigung nationaler Gruppierungen gezogen worden waren.

Wie können wir da sicher sein, ob nicht in Zukunft Konflikte auch grenzüberschreitend stattfinden können.

Neben den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa und den parallel dazu abgehaltenen Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in



Foto: HBF

Europa, die derzeit beide in Wien laufen, gibt es zwischen europäischen Staaten hektische Verhandlungstätigkeit und in einigen europäischen Staaten besorgniserregende Unruhen. Europa ist in Bewegung geraten.

Im Augenblick sind wir Europäer so sehr mit uns selber beschäftigt, daß wir Gefahr laufen, den Rest der Welt zu vergessen.

Wenn in den vergangenen Jahrzehnten irgendwo einer der zahlreichen Konflikte mit Mühe beendet werden konnte, so geschah dies zumeist nur in Form eines Waffenstillstandes, also auf Widerruf und oftmals unter Einsatz von Schlichtungskräften der Vereinten Nationen. Wir Österreicher wissen das, denn unsere Kontingente auf den Golan-Höhen, auf Zypern, im Irak/Iran, im Libanon und in Afghanistan sehen und beobachten aus nächster Entfernung, wie wenig sicher der Friede in der Welt garantiert ist, zumal er nur durch Schiedsrichter mühsam aufrecht erhalten werden kann.

Wir wissen aber auch aus der Beobachtung, wie diese Konfliktstaaten ihre Rüstungspotentiale ständig vergrößern und verbessern.

Es ist vielen Österreichern zu wenig bewußt, daß diese weltweite Art der Ruhigstellung von Konflikten Geld kostet, das die Mitglieder der Vereinten Nationen, also auch wir Österreicher, aufbringen müssen. Es muß also auch für uns ein legitimes Interesse bestehen, diese Konflikte unter der Eskalationsschwelle zu halten, das heißt, daß wir sie auf unsere eigene Sicherheit projizieren, sonst wäre ja das Geld zum Spaß hinausgeworfen.

Von den zwei Weltkriegen wissen wir, wie weit Konflikte ausufern können, daher sollten wir uns nie sicher fühlen, auch wenn der Ausgangspunkt noch so weit entfernt ist. Der Weltfriede ist also keineswegs ausgebrochen. Das heißt aber, daß es ein auf Null gerüstetes Europa nicht geben kann, solange Rüstungspotentiale in aller Welt existieren, und diese sind beträchtlich und im Wachsen begriffen.

Das führt uns geradewegs zur Frage, wie weit Europa abrüsten kann, wenn es gelingen sollte, im eigenen Haus nach fast einem halben Jahrhundert waffenstrotzender Konfrontation der zwei Machtblöcke wieder den Normalzustand zu erreichen? Weiters, was dieser Normalzustand in Wahrheit bedeutet und wie lange es dauern kann, bis er hergestellt sein wird.

Wir haben beinahe schon vergessen, daß die Abrüstungsverhandlungen über die europäischen Mittelstreckenraketen im Jahr 1987 zum Abschluß des ersten Vertrages geführt haben, der das nukleare Potential um vier Prozent reduzieren wird. Die Beseitigung dieses Potentials nähert sich nun der 50-Prozent-Grenze, das heißt, daß noch mehr als die Hälfte der Mittelstreckenraketen existiert. Wir aber haben sie schon abgehakt.

Damit soll nur klargestellt werden, welche Zeiträume für Abrüstungsvor-

haben zu veranschlagen sind, weil sie ja mit äußerst komplizierten gegenseitigen Kontrollmechanismen verbunden sind, vom Zeitbedarf für die physische Vernichtung ganz abgesehen, für die mindestens ein Jahrzehnt anberaumt werden muß.

Für sicherheitspolitische Verantwortungsträger sollte vorsichtshalber der Grundsatz gelten, daß sich, solange Waffen vorhanden sind, immer jemand finden kann, der sie zur Anwendung bringt.

Das wird auch für alle weiteren Waffensysteme Geltung haben, die im Rahmen eines künftigen Abkommens für eine Ausscheidung vorgesehen werden, seien es strategisch-nukleare, von denen als nächster Schritt 50 Prozent zur Diskussion stehen, taktisch-nukleare und chemische, die in Genf verhandelt werden, oder konventionelle, bei denen es sich um zehntausende Panzer, Artilleriegeschütze, Flugzeuge usw. handelt.

So groß der Druck auf die Verhandlungen in Wien, insbesondere im Hinblick auf das bevorstehende Gipfeltreffen Bush und Gorbatschow auch sein mag, gibt es noch eine Reihe schwieriger Fragen zu lösen, bei denen bisher noch kein Konsens erreicht werden konnte. Das größte Hemmnis, das dem Fortschritt der Abrüstungsverhandlungen derzeit noch im Wege steht, ist die Ausklammerung der Seestreitkräfte, weil für diese die wachsende Rolle außereuropäischer Konflikte aufgrund ihrer Verlegbarkeit zur weltweiten Wahrung der Interessen der Großmächte entscheidend ist. Das hat auch Bedeutung für das potentielle Kräftegleichgewicht in Europa, weil diese Kräfte in einem europäischen Konfliktfall sicher schnell wieder nach Europa gebracht werden können.

Ein ebenso schwieriges Problem gibt es im Bereich der Luftstreitkräfte, bei denen der Osten die Flugzeuge der Luftverteidigung (gemeint sind die Abfangjäger) aus der Aufrechnung ausgeklammert haben möchte.

Weitere Hindernisse bei der gegenseitigen Aufrechnung von Kampfflugzeugen sind im Zusammenhang mit den Seestreitkräften dahingehend zu erwarten, daß der Osten die über 1 000 trägergestützten Flugzeuge der

„Wer Soldat wird, hat sich entschlossen, unter Einsatz seines Lebens anderes Leben zu schützen“.

„Wirke für den Frieden, aber bleibe stark genug, ihn auch militärisch zu sichern“.

(Karl Renner)

Vereinigten Staaten mit einbezogen haben möchte.

Das scheint, flüchtig betrachtet, logisch zu sein, ist es aber nicht, weil die Vereinigten Staaten die Seestreitkräfte, wie vorhin bereits erwähnt, als weltweites Instrument ihrer Sicherheitsinteressen sehen und die Flugzeugträger samt den darauf stationierten Flugzeugen als Einheit betrachten. Im Gegenzug will dafür die

geben, zuvor muß aber diese neue Ordnung erst geschaffen werden.

In Österreich projiziert die Nachfolgeneration in Anlehnung an ausländische Stimmungsbilder den Unmut eher gedankenlos auf das Bundesheer.

Vorerst spielen sich in kürzesten Zeitabständen Ereignisse ab, deren Auswirkungen auf die künftige Lage in Europa so lange nicht abgeschätzt

„Der Kampf um die verlorene Freiheit ist um vieles gefährlicher und opferreicher als die Entschlossenheit, sie sich nicht nehmen zu lassen.“

(Bruno Kreisky)

Sowjetunion ihre landgestützten Marinflugzeuge nicht in die Verhandlungen einbeziehen.

Ungeklärt ist weiters noch die Einbeziehung der doch beachtlichen französischen und britischen Kampfflugzeuge. Einigung gibt es im Bereich der Luftfahrzeuge lediglich über die Kampfhubschrauber.

Mittlerweile gibt es bereits Stimmen, die den Wiener Verhandlungen schwere Zeiten prophezeien, weil mit der schwebenden Wiedervereinigungsfrage der deutschen Staaten und den immer deutlicheren Auflösungstendenzen im Bereich des Warschauer Vertrages eine Unsicherheit darüber auftreten könnte, wer nun mit wem worüber verhandeln werde.

Es wird also noch viel Zeit vergehen, ehe diese Hemmnisse beseitigt sind und die „überschüssigen“ Waffen aus den Arsenalen verschwunden sein werden.

Das ist die reale Beurteilung durch einen Militär, die aber nicht der mehrheitlichen Stimmung unserer Öffentlichkeit entspricht. Vier Jahrzehnte mit der beklemmenden Angst vor einer Katastrophe, die von einem der zwei überdimensional gerüsteten Bündnisse ausgelöst werden konnte, haben vermutlich eine kollektive tiefenpsychologische Wirkung erzeugt, die sich nun in übertriebener Erwartungshaltung ausdrückt und die künftigen Resultate einfach vorwegnimmt. Wir haben es mit einer jungen Generation zu tun, die das, was ihr von der europäisch-amerikanischen Führungsgeneration bisher geboten wurde, nicht mehr akzeptieren will, nämlich die Aussicht auf Overkill und die Realität einer durch Vergiftung bedrohten Umwelt.

Es wird viel Mühe und Zeit erfordern, ihr die Gewißheit einer hoffnungsvollen Zukunft und das Vertrauen in eine neue europäische Ordnung wiederzu-

werden können, bis die neue europäische Ordnung gefunden ist, der man wenigstens eine gewisse Dauerhaftigkeit zumessen kann. Sicher wissen wir jetzt nur, daß die akute Bedrohung durch den Wegfall der auf den Angriff aus dem Stand formierten Armeen dicht an unseren Grenzen im Schwinden begriffen ist.

Wenn die Truppen der Sowjetarmee aus den Vorfeldstaaten Ungarn und Tschechoslowakei abgezogen sind, wird das österreichische Bundesheer eine große Sorge los. Es wird dann mit einer (hoffentlich) ausreichenden Vorwarnzeit rechnen können und nicht mehr in der beständigen Sorge leben müssen, daß der politische Entschluß für eine Mobilmachung zu spät gefaßt werden und damit die Aufbietung des Heeres im Chaos enden könnte. Mobilmachung kostet Geld, daher haben wir Militärs immer in der Angst gelebt, daß sie zu spät angeordnet werden könnten.

Es ist an dieser Stelle notwendig, auf ein Merkmal unseres Verteidigungssystems hinzuweisen, das noch immer nicht allen Österreichern bewußt ist: das Bundesheer, welches im Frie-

Es ist so das typischste Defensivheer, das es weltweit gibt. Lediglich eine kleine Bereitschaftstruppe von 15 000 Mann und eine Fliegertruppe von 5 000 Mann haben für kleinere Aufgaben bereit zu sein.

Auf der Konferenz über Militärdoktrinen im Jänner/Februar dieses Jahres wurde unser militärisches Verteidigungssystem als das ideale Defensivsystem überhaupt bezeichnet. Es nun übereilt weiter zu beschneiden oder gar aufzulösen, hieße, einer abenteuerlichen Verlockung nachgeben, die sich einmal als verhängnisvoller Irrtum erweisen kann. Streitkräfte können nicht nach Belieben eingemottet und wieder ausgepackt werden.

Unsere politische Welt ist vom wahlstrategischen Denken bestimmt und dieses ist naturgemäß kurzreichend und medienorientiert. Das elementare Vaterlandsdenken wird vom Parteienstreit zugedeckt und oftmals Augenblickseffekten geopfert. Dabei müßten wir aus der Geschichte besseres gelernt haben.

Es scheint im gegenwärtigen Zeitpunkt viele Österreicher zu geben, die an eine Bedrohung nicht mehr glauben. Dem militärischen Planer, besonders aber dem sicherheitspolitisch Verantwortlichen, darf aber spekulatives, oft nur vom Wunschdenken geprägtes Verhalten niemals unterlaufen. Woran wir jetzt primär denken sollten, ist unser Staat und dessen Fortbestand inmitten einer realen Umgebung.

Diese Umgebung zeigt im Augenblick tatsächlich keine akute Bedrohung. Wir können und sollten daher im Augenblick auch nicht Szenarien, Modelle und Konzepte entwickeln – sie könnten derzeit ohnehin nur im Konjunktiv formuliert werden –, sondern uns auf die Orientierung an den vorhandenen Potentialen beschränken

„Es ist besser, Deiche zu bauen, als sich mit der Ebbe moralisch zu verbinden und zu hoffen, daß die Flut Vernunft annimmt.“

(Hans Kaspar)

den unsere Kasernen befüllt, befindet sich in Ausbildung und ist nur zu einem Bruchteil das Bundesheer des Einsatzes.

Das Bundesheer des Einsatzes wird kompanieweise oder verbandsweise im zweijährigen Rhythmus zu kurzen Waffenübungen einberufen und auf einem brauchbaren Ausbildungsstand gehalten, so daß es im Bedarfsfall relativ kurzfristig aufgebildet werden kann.

und die Vorgänge um uns herum sorgfältig beobachten. Alles andere wäre mit Risiken der Fehleinschätzung verbunden.

Das müßte aber, nebenbei erwähnt, zum Beispiel doch eher eine Intensivierung unserer Nachrichtendienste und nicht ihre Reduzierung oder gar Auflösung zur Folge haben.

Was den Zivildienst betrifft, muß an die Spitze der Diskussion die folgende Überlegung gestellt werden: Wie je-

des Lebewesen ist auch der Mensch in die Gemeinschaft eingebettet und auf sich selbst gestellt nicht lebensfähig. Er bezieht daher seine Existenz aus den von der Gemeinschaft aufgegebenen Sicherheitsanstrengungen. Diese müssen bezahlt und durch Dienstleistung erbracht werden. Die gesetzliche Möglichkeit des Aussteigens in einen Wehersatzdienst ist daher nicht ein Akt der besonderen Gerechtigkeit, sondern ein kompromißartiges Nachgeben der Gesellschaft gegenüber dem Unwilligen. Was die Abschaffung der Zivildienstkommission betrifft, müssen wir uns wohl fragen, worin dann der Unterschied zwischen einer Wehrpflichtigen- und einer Freiwilligenarmee bestünde.

Bis wir Klarheit über das künftige Europa und unsere eigene Position in diesem künftigen Europa erhalten, können wir wohl nur an dem festhalten, was wir haben und dann versuchen, es bestmöglich einzupassen. Dabei werden wir auch bei der friedlichsten innereuropäischen Situation kaum umhin kommen, unseren Beitrag zur europäischen Sicherheit zu leisten, die sich wiederum am gesamten Weltbild zu orientieren haben wird.

Die Hoffnung auf ein sicherheitspolitisches Schmarotzertum entspricht weder der Moral noch der realen Einschätzung, daher sind Forderungen nach Abschaffung oder sofortiger Reduzierung des Bundesheeres bis auf

weiteres unangebracht. Wir liegen ja mit unserem Verteidigungsaufwand ohnehin weit unterhalb aller vergleichbaren Staaten in Europa, auch (und ganz besonders) der neutralen.

Was die Dienstzeiten und die Forderung nach deren Verkürzung betrifft, sollte ein Blick auf unsere Nachbararmeen genügen, um die Situation augenfällig zu machen. Ich möchte mich dabei auf die Kurzaussage beschränken, daß man in vier Monaten einen Kämpfer, der in der Einheit agieren kann, nicht zustande bringt. Die 60 Tage an Waffenübungen (jedes zweite Jahr sechs Tage) benötigt man, um die Vergessensrate einigermaßen aufzuholen.

Ein Ausbildungszuwachs ist durch die Waffenübung nicht gegeben. Bei unseren sechs Nachbarn liegen die Präsenzdienstzeiten zwischen zwölf und 18 Monaten, wir haben jetzt schon acht und können daher nicht noch weiter verkürzen.

Wie soll man einem Kommandanten zumuten, Soldaten mit einem noch weitergehenden Ausbildungsdefizit einem stark überlegenen Angreifer gegenüberzustellen? Das Wesen jedes militärischen Einsatzes ist das gemeinsame Handeln, das Zusammenwirken in der Einheit. Der Einzelkämpfer ist nur eine der Voraussetzungen dafür. Wer also vier Monate Grundwehrdienst fordert, wird in Wahrheit das Heer auflösen.

Daran ändern auch die Versuche nichts, die darauf hinauslaufen, dem

Heer mit dem Schlagwort „Gewichtsverlagerung“ vermehrt Aufgaben im Bereich der Katastrophenhilfe, des UN-Einsatzes oder des Umweltschutzes zuzuweisen. Die Idee mit den Blau-, Weiß- und Grünhelmen mag politisch sicher attraktiv sein, aber eine Armee, die für die Abwehr eines Angriffes von außen geeignet ist, kann alle diese Aufgaben als Nebenaufgaben ohne besondere Anstrengungen bewältigen, macht man diese Nebenaufgaben aber zur Hauptaufgabe, dann ist auf jeden Fall ein Arbeitsdienst die billigere Lösung.

Es ist nun, nach einer Profilierungs- und Besinnungsphase der Koalitionsparteien zu erwarten, daß eine sachliche Reformarbeit einsetzt, in der das, was rasch geschehen kann, zügig erledigt wird und das, wofür man mehr Zeit benötigt, in Ruhe und auf gesicherten Grundlagen erarbeitet werden kann.

Am Ende sollten wir die Überlegung anstellen, daß der Stellenwert jedes Staates neben seiner politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Potenz noch immer auch an seiner militärischen Kraft gemessen wird, kurz an dem, was er im „Talon“ hat, gleichgültig, ob es im Augenblick gebraucht wird oder nicht. Es erzeugt durch die Präsenz auf Dauer eine höhere Einschätzung. Wir werden diese Maßanlegung allein nicht ändern können, und wenn wir es versuchen, werden wir früher oder später isoliert sein. ▼

Aus der Truppe

Neue Aufgaben für das Bundesheer – ein Taschenspielertrick

Lästiges Übel oder überflüssig?

Die Militärische Landesverteidigung eignet sich offenbar so sehr wie kaum eine zweite Staatsaufgabe als Exerzierfeld für blanken Populismus. Die gesamte Bandbreite populistischer Methoden läßt sich, zwecks Wähler- oder Leserstimmenfang, persönlicher Profilierung usw., trefflich anwenden: von Sachlichkeit ungetrübtes Hochspielen von Emotionen, Verkündung plakativer Thesen und griffiger Schlagworte sowie Ausnutzung menschlicher Eigenschaften

wie Egoismus, Neidkomplexe, Hang zur Bequemlichkeit, subjektives Unrechtsempfinden usw.

Diese Einflußnahme wirkt bei vielen Bürgern aus folgenden Gründen:

Populistische Demagogen argumentieren „phantasievoll“, ohne Rücksicht auf „langweiliges“ Fachwissen, weil sie oft herzlich wenig Ahnung von verteidigungspolitischen Grundlagen, Bedingungen und Notwendigkeiten, geschweige denn von Ausbildungs- und Einsatzerfordernissen haben, dafür umso mehr vom Polemisieren.

In Österreich war „Vorsorgen“ noch nie groß in Mode, wofür wir in der Geschichte oft genug teuer bezahlt haben! Mangels akuten Bedrohungsbewußtseins werden derartige übergeordnete Aufgaben von Staat und Gesellschaft als lästiges Übel bzw. schlicht als überflüssig betrachtet. Daß ein „Aus-dem-Boden-Stampfen“

von Sicherheitsinstrumenten im Anlaßfall aber unmöglich ist, wird locker verdrängt. Eine zunehmend auf Eigen- und nicht auf Gemeinnutz ausgerichtete Gesellschaft nimmt Pflichten ohne spürbare, konkrete „Gegenleistung“ nur ungern zur Kenntnis. „Sicherheit durch Selbstbehauptungsfähigkeit“ wird nicht als solche Leistung verstanden.

Und schließlich wird objektive Information – entgegen auch heeresinterner Stimmen gibt es nämlich ein beträchtliches, durchaus „verkaufbares“ Angebot – nur in geringem Umfang angenommen bzw. von den Medien eher selektiv übermittelt, im schlechtesten Fall sogar krass manipuliert.

Der Ruf nach neuen Aufgaben

Auf dieser Basis läßt sich mit „Vier Monate sind genug“, „Senkung der Heeresstärke“, „Abschaffung der Zi-

vildienstkommission" usw. hervorragend arbeiten. Besonders gut scheint aber der Ruf nach „neuen Aufgaben wie Umwelt- und Katastrophenschutz einschließlich internationaler Hilfeleistung“ anzukommen, auch im Bundesheer selbst finden sich dazu jubelnde Befürworter. Es tut mir leid, diese Euphorie doch ernsthaft hinterfragen zu müssen.

1. *Was ist eigentlich so „neu“ an Aufgaben, die ohnehin im § 2 (1) c) und d) des Wehrgesetzes stehen? Was soll „neu“ sein bei Aufträgen, die das Bundesheer in Millionen Stunden im In- und Ausland seit Jahrzehnten in die Praxis umsetzt, ob bei Überschwemmungen, Sturmschäden, Erdbeben usw. bis hin zur Flurreinigungsaktion?* Wenn man allerdings an eine erhebliche Ausweitung derartiger Unternehmen denkt, dann muß die Frage nach dem Zeitbedarf für die effiziente Ausbildung aller Soldaten z. B. im Pionier-, ABC-Abwehr-, Sanitäts-, Rettungs- und Bergedienst gestellt werden!

2. *Die zivilen Teilbereiche der Umfassenden Landesverteidigung haben nie auch nur annähernd das Niveau der im europäischen Vergleich ohnehin schwachen Militärischen Landesverteidigung erreicht, obwohl von Verantwortungsträgern des Bundesheeres seit Jahrzehnten ihre „Emanzipation“ gefordert wird. Nun sollen die Soldaten offenbar neben der ohnehin schon fast „hauptamtlich“ mitgetragenen Geistigen Landesverteidigung auch noch zum Großteil die Zivile Landesverteidigung übernehmen – womit die diversen selbsternannten Zivildienstvertreter Wasser auf jene Mühlen bekommen, die ständig von der Umfassenden Landesverteidigung als „Anhängsel des Militärs“ klappern. Sie werden daher weiterhin nicht dort zu finden sein, wo z. B. Katastrophen wirklich „soziale Hilfe“ (davon sprechen sie ja oft und gern!) für in Not geratene Bevölkerung erfordern würden.*

3. *Der Verdacht, es ginge hier diversen Populisten einfach um weitgehende Ablenkung vom Hauptauftrag, nämlich der Militärischen Landesverteidigung, ist nicht von der Hand zu weisen.*

Vordergründig „akzeptanzfördernde“ Maßnahmen machen so

aus dem Bundesheer über kurz oder lang einen Arbeitsdienst, mit Schaufel, Säge und Müllsack anstelle der Waffe in der Hand – die in letzter Zeit häufig strapazierten Helmfarben sind dann schon gleichgültig. Für qualifiziertere Tätigkeiten als jene „billiger“ Müllbrigaden wird es z. B. beim Umweltschutz ohnehin nicht reichen.

Ob die lautstark geforderte bessere Motivation der Soldaten durch Abfallsammlungen großen Stils erreichbar ist, bezweifle ich sehr. Eher wird der beliebten „Leerlauf“-Debatte zusätzlicher Auftrieb verliehen.

4. *Assistenzeneinsätze großen Umfangs, wie z. B. die Aufbereitung der Sturmschäden im März und April dieses Jahres, haben den nicht wegzudiskutierenden Nebeneffekt, daß die betroffenen Soldaten die Ausbildungsziele des Grundwehrdienstes zu einem bestimmten Teil nicht erreichen. Sie gehen damit nur beschränkt einsatzfähig in die Moborganisa-*

tion. Sechs Monate reichen ohnehin nur mit knapper Not, um Kampffähigkeit im Rahmen der Einheit oder gar des Verbandes zu erzielen. Bestimmen aber Hilfeleistungen die Dienstzeit in noch wesentlich größerem Umfang, wird eine militärische Auftrags Erfüllung fraglich, gerade wenn (selbst im Cap-/Marizzi-Papier) so komplexe und ausbildungsaufwendige Probleme wie Sicherungseinsatz an der Grenze und in der Tiefe aufgrund des geänderten Bedrohungsbildes für wesentlicher erachtet werden als andere Kampfverfahren.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die getroffenen Feststellungen wenden sich nicht grundsätzlich gegen Assistenzen und Hilfeleistungen verschiedenster Art. Das Bundesheer hat seit 1955 oft genug bewiesen, wer „Freund und Helfer“ der Bevölkerung in Not und Gefahr ist. *Die jeweils zuteil gewordene Anerkennung war aber immer mehr als kurzlebig und hat noch nie dazu geführt, dieses Heer auch in seinem Hauptauftrag wirklich ernst zu nehmen und ihm die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.*

Arbeitsdienst statt Soldaten?

Gegen jede Verminderung der Einsatzfähigkeit bei militärischen Anlässen durch hauptsächlich Erfüllung sogenannter „neuer“ (in Wahrheit altbekannter) Aufträge müssen aber im Interesse der ohnehin genug belasteten Truppe ebenso Bedenken angemeldet werden wie gegen die Übernahme von Handlanger-, Müllabfuhr- und sonstigen Arbeitsdiensten. Will man qualitativ höherwertige Tätigkeiten, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten:

- Entweder wird der Wehrdienst zeitmäßig so verlängert, daß eine entsprechend gediegene zusätzliche Ausbildung ohne Beeinträchtigung der militärischen Einsatzanforderungen möglich ist,
- oder die Zivile und die Wirtschaftliche Landesverteidigung (da soll es doch einen Zusammenhang ökologischer und ökonomischer Probleme geben, oder?) schaffen Instrumente, um das selbst zu erledigen, z. B. zusätzliche Freiwilligenorganisationen.

Ohne geistige Basis (Stichwort „Politische Bildung“) wird das wohl nicht gehen – die Militärische Landesverteidigung blickt diesbezüglich auf lange und einschlägige Erfahrung zurück, die wir gern weitervermitteln!

Ohne glühende Verfechter diverser Weiß-, Grün-, Gelb- oder sonstiger Helme frustrieren zu wollen: Wir werden in absehbarer Zeit die Ausbildung für die Militärische Landesverteidigung nicht so weit reduzieren können, daß aus dem Soldaten ein reiner „Helfer in allen Lagen“ wird. Und die Behauptung, „die Bevölkerung erwarte dies“, stimmt bestenfalls für Einsätze, die wir bisher schon wahrgenommen haben. Aus der Erfahrung aus zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, aus der Vortragstätigkeit als Informationsoffizier sowie aus Gruppen- und Einzeldiskussionen wage ich ganz schlicht festzustellen: *Die überwiegende Mehrheit der Bürger will eine gut ausgebildete und geführte, ordentlich auftretende und disziplinierte Truppe, die im Fall des Falles Bedrohungen entschlossen entgegentreten kann.*

Und sie stellt sich unter „Bundesheer“ Soldaten vor – und keinen Konkurrenzbetrieb zur Freiwilligen Feuerwehr oder zur Bergwacht.

Oberst dG Gunther Spath

Gedanken zur Reformdiskussion um das Bundesheer

Das Heer der Österreicher

Große Institutionen sind lebende Organisationen, und als solche stehen sie in einem dauernden Entwicklungsprozeß, um auf aktuelle Änderungen und Anforderungen flexibel zu reagieren.

Dies gilt auch für das Bundesheer, wobei allerdings die Einflußfaktoren die gesamte Sicherheitspolitik des Staates sowie die gesamte Bevölkerung erfassen und sich auf diese auswirken. Solche Faktoren sind das umgebende gesamteuropäische Sicherheitssystem, das innere Bedrohungsbewußtsein, die gesellschaftspolitischen Vorstellungen und die Einstellung zum eigenen Wertesystem und zu dessen Erhaltung. Zusätzlich ist bei der Institution Bundesheer zu berücksichtigen, daß praktisch jeder Österreicher damit konfrontiert ist, sei es direkt im Rahmen der gesetzlichen Pflichterfüllung oder indirekt in der geistigen Auseinandersetzung mit der Notwendigkeit bzw. Strukturierung dieser Einrichtung.

Zur Frage der Existenz des Heeres soll zunächst einmal klargestellt werden, daß es sich nicht um das Heer der Soldaten handelt, sondern um das Heer der Österreicher, die durch dieses Instrument ihren Willen zur Erhaltung des eigenen Wertesystems demonstrieren und gleichzeitig ihren Beitrag zum Sicherheitssystem Europas leisten.

Behauptungen, daß plötzlich den Soldaten das Bedrohungsbild abhanden gekommen sei und diese daher in eine Identitätskrise geraten wären, sind nicht nur lächerlich, sondern negieren die eigentliche Aufgaben-



Foto: HBF

Das Heer der Österreicher zur Erhaltung des eigenen Wertesystems und als Beitrag zum Sicherheitssystem Europas.

stellung für dieses Heer der Österreicher, nämlich Sicherheitsfaktor für unsere politische Handlungsfreiheit und unsere politische Glaubwürdigkeit zu sein.

Bedrohungswahrscheinlichkeit – Bedrohungsmöglichkeiten

Nun ist aber durch die politische Entwicklung in Europa das *Bedrohungsgefühl* in der Bevölkerung zurückgegangen, verstärkt durch den ewigen Wunsch nach Frieden und Gemeinsamkeit. Tatsächlich hat sich dabei die *Bedrohungswahrscheinlichkeit* reduziert, die *Bedrohungsmöglichkeiten* sind bis jetzt jedoch kaum verringert worden. Bei aller positiven Einstellung gegenüber dieser Entwick-

lung haben Soldaten jedoch als Realisten die vorhandenen Kräftepotentiale zu analysieren und deren mögliche Wirkungen zu beurteilen.

Zur Größenordnung und Struktur des Heeres

Somit muß im Rahmen einer Reform als erstes über die Größenordnung und die Struktur des Heeres gesprochen werden. Ein Übergang zu einem 25 000 bis 50 000 Mann starken Berufsheer stellt eine reine Alibilösung dar und nimmt uns die Chance, bei künftigen Entwicklungen rasch und flexibel reagieren zu können. Andererseits ist das Festhalten am „Idealmodell“ der Raumverteidigung illusorisch, da sich die „europäische Großauseinandersetzung“ in den Be-



Foto: Archiv

Die Bedrohungswahrscheinlichkeit hat sich aufgrund der eingetretenen Veränderungen reduziert, die Bedrohungsmöglichkeiten sind bis jetzt jedoch kaum verringert worden.

Brigadier Friedrich Hessel, Jahrgang 1941, trat nach dem Abschluß der Mittelschule 1960 in das österreichische Bundesheer ein. Er absolvierte die Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie und wurde 1964 zur Jägerschule in Saalfelden ausgemustert. 1969 bis 1972 folgte die Generalstabsausbildung an der Landesverteidigungsakademie. 1972 bis 1980 war er als Taktiklehrer, Chef des Stabes und stellvertretender Kommandant der Theresianischen Militärakademie eingesetzt. 1978 Truppenverwendung als Kommandant des Panzerbataillons 33. 1980 stellvertretender Leiter der Generalstabsabteilung im BLMV. Seit 1983 ist er als Leiter der Ausbildungs- und Vorschriftenabteilung im BMLV eingesetzt. 1987/88 Auslandsverwendung als Chef des Stabes und stellvertretender Kommandant bei UNDOF in Damaskus.



Foto: HBF

Aus der Schutzfunktion des Heeres resultieren militärische, aber auch ergänzende Aufgaben wie z. B....

reich der Unwahrscheinlichkeit verschoben hat und die „Antwort“ des Österreichers auf eine solche Lage nicht mehr notwendig ist. Die in der Zwischenzeit genannte Größenordnung von etwa 200 000 Mann ist daher eine realistische Grundlage für die Bewältigung von möglichen Konfliktvarianten.

Die Struktur eines Heeres dieser Größe sollte etwa der bisherigen Philosophie folgen, nämlich bewegliche Bereitschaftsverbände, verschiebbare (konzentrierbare) Milizverbände sowie territorial gebundene Sperrkräfte zu verbinden, wobei sich das Schwergewicht zwangsläufig von der „absoluten“ territorialen Bindung in Richtung zu einer flexiblen Reaktionsmöglichkeit in bedrohten Räumen verschieben muß.

Organisation der Führungshierarchie

Aus dieser Strukturierung ist der nächste Reformschritt ableitbar, nämlich die Organisation der Führungshierarchie. Daß durch – politische – Entscheidungen der Ministerialapparat aufgebläht und doppelgleisig wurde, ist inzwischen unbestritten. Dort gilt es, Klarheit in den Abläufen zu schaffen sowie gleichzeitig von einer zu starken Zentralisierung abzugehen und die Territorialkommanden

zu stärken. Das Subsidiaritätsprinzip hat auch im 20. Jahrhundert nichts von seiner Effektivität eingebüßt!

Die Zweckmäßigkeit der Ausrüstung

Zur Ausrüstung gilt der Grundsatz, daß der einzelne Soldat und der Verband in der Lage sein muß, die an ihn gestellten Aufgaben zu lösen. In diesem Zusammenhang wird zum Beispiel abzuwägen sein, in welchem Ausmaß nach Einführung von Panzerabwehrwaffen noch schwere Kampfpanzer notwendig sind, beziehungsweise in welchen Bereichen das bewegliche Element durch Kampfschützenpanzer übernommen werden kann.

Wenn von Ausrüstung und Bewaffnung die Rede ist und dabei die Forderung gilt, daß der Soldat von der Zweckmäßigkeit seiner persönlichen Ausrüstung und der seines Verbandes überzeugt sein soll, so ist dies im Zusammenhang mit der Aufgabenstellung zu sehen.

Die Aufgabenstellung des Heeres

Die Aufgabenstellung des Heeres wurde in letzter Zeit in den Bereich von Blauhelmen (UN-Truppen) sowie Grün- und Weißhelmen (Umweltschutz- und Katastropheneinsätze) ge-

rückt. Dazu muß eindeutig festgehalten werden, daß es sich dabei niemals um Ersatzhandlungen drehen kann, sondern daß dies *ergänzende* Aufgaben sind, die in der heutigen Zeit an ein Heer gestellt werden. Auch die Aufgabenstellung an die Feuerwehr hat sich geändert, hat sich ausgeweitet, wurde spezialisiert. Sie bleibt aber dennoch die Feuerwehr. Die Funktion des Heeres ist in erster Linie eine Schutzfunktion für die eigene Bevölkerung und das eigene System. Daraus resultieren in der heutigen Zeit traditionell militärische, aber auch zusätzliche und ergänzende Aufgaben, die dieser Situation entsprechen. Im Zuge einer Reformierung des Heeres sollte daher diesen ergänzenden Aufgaben mehr Gewicht durch vorbereitende Maßnahmen zugemessen werden. Es sollte eine Organisationsform geschaffen werden, die analog zu den „rein militärischen“ Aufgaben ebenfalls rasch verfügbare Verbände für nationale und internationale Katastrophen-/Umweltschutzeinsätze sowie für friedenserhaltende Operationen in Bereitschaft hat. Es müssen also Elemente zusammengeführt werden können, die innerhalb von Stunden oder Tagen ein Ganzes bilden und der Lage angepaßt



Foto: HBF

...Hilfe für die Bevölkerung bei Katastrophen und Elementarereignissen (links: Einsatz nach dem Erdbeben in Armenien, rechts oben: Hochwassereinsatz, rechts unten: Einsatz nach der Sturmkatastrophe in Oberösterreich).



fähig sind zu reagieren (Pionier-, Sanitäts-, Fernmelde-, Transportkräfte, Kräfte für den Einsatz bei Unfällen, bei denen radioaktive Stoffe freigesetzt werden, und für internationale Sicherheitsaufgaben).

Ausbildung

Ein weiteres – besonders diskutiertes – Problem ist die Ausbildung, gegliedert in Dauer, Inhalt, Qualität und menschenwürdige Führung.

Entscheidend in diesem Bereich ist der unmittelbar „am Mann“ führende Kommandant. Dies erfordert für das Heer die Möglichkeit, aus Quantität Qualität zu gewinnen. Hiezu wurde in den letzten Jahren ein System geschaffen, das dieser Vorstellung kaum entspricht. Das bedeutet, daß ohne grundsätzliche Änderung keine diesbezügliche Reform möglich sein wird. Die im Außendienst stehenden Ausbilder sind mit Masse jene, denen die Institution am wenigsten entgegenkommt: sie sind zeitlich befristet aufgenommen; haben keine Möglichkeit, ihre Zukunft abzusehen; wenn sie auf Dauer übernommen werden, dann nicht in ihrer Funktion als Menschenführer, sondern auf einem Verwaltungsposten; ihre Bezahlung entspricht kaum der Verantwortung, die sie jenen Menschen gegenüber haben, die durch sie geführt und in ihrer Haltung beeinflußt werden.

Wenn hier nicht eine Reform hin zur „Wertschätzung“ des am Menschen führenden Personals auf politischer Ebene erfolgt, wird die innere Glaubwürdigkeit des Heeres auch in Zukunft in Frage gestellt bleiben.

Natürlich sind auch interne Anstrengungen notwendig und werden gemacht, um den Bereich „Menschenführung“ im Sinn des Wortes menschlich zu machen. Die Zielsetzung ist, das Kaderpersonal gesprächsbereit und antwortfähig zu machen, wozu die Ausbildung gerade des jüngsten Kadres immer wieder durchleuchtet und angepaßt werden muß.

Dienstzeitregelung

In der Ausbildung muß weiters das Problem, daß das Kaderpersonal eine andere Dienstzeitregelung hat als die Grundwehrdiener, aufgegriffen werden. Diese Unmöglichkeit muß in Verhandlungen mit Gewerkschaft und Personalvertretung einer Lösung zugeführt werden. Eine ähnliche Diskre-

panz ergibt sich bei Truppenübungen im Vergleich zwischen der Dienstzeit der Berufssoldaten und der des Kadres des Milizstandes. Auch dabei müssen einheitliche Normen gefunden werden.

„Systemerhalter“

Die Frage der „Systemerhalter“ verfolgt das Heer seit seinem Bestehen. In einer Großorganisation werden eben Köche, Schreiber, Kraftfahrer, Mechaniker usw. benötigt. Daß diese



Den im Außendienst stehenden Ausbildern kommt die Institution am wenigsten entgegen. Hier ist eine Reform hin zur „Wertschätzung für das am Menschen führende Personal“ erforderlich.

„Soldaten“ eigentlich nur ihren bisherigen Beruf als billige Arbeitskräfte dem Staat zur Verfügung stellen, muß einmal klar und ohne Beschönigung ausgesprochen werden. Damit ist aber deren Motivation, als „Soldat“ im Heer zu dienen, eher unter Demotivation einzustufen. Diese Soldaten beurteilen ihre Dienstleistung wirklich nur noch am Verhalten ihrer Vorgesetzten ihnen gegenüber.

Auch dabei ist natürlich nicht zu verschweigen, daß Rationalisierungsmaßnahmen innerhalb des Heeres durchaus möglich und notwendig sind. Letztlich werden aber derartige Funktionen immer durch „billige“ Wehrmänner besetzt werden müssen, solange nicht Zivilbedienstete diese Aufgabenbereiche übernehmen oder bestimmte Arbeiten an die Wirtschaft vergeben werden können.

Dauer des Wehrdienstes

Schließlich bleibt noch die – heiß diskutierte – Frage der Dienstzeit und deren Strukturierung offen. Deshalb heiß diskutiert, weil es den einzelnen

direkt betrifft und es möglich scheint, parteipolitisch Wahlkapital zu gewinnen. Die Frage der Verantwortung dem Staat gegenüber wird dann erst in zweiter oder dritter Linie gestellt.

Zunächst sei festgehalten, daß sich die Ausbildungserfordernisse für den einzelnen Soldaten nicht ändern. Entweder er beherrscht seine Aufgabe auf dem Gefechtsfeld oder er wird zum „Opfer“. Somit ist also eine Basiszeit unabdingbar. Zweitens ist es notwendig, den Soldaten in die Kampfgemeinschaft zu stellen. Es ist

nicht zielführend, tausende Einzelkämpfer zu haben, sondern es sind gut zusammengespielte Teams notwendig, die nur in ihrer Gesamtheit wirkungsvoll agieren können. Dies gilt für Operationsteams, für eine Feuerwehrmannschaft und für alle jene, die in lebensbedrohendem Einsatz stehen. Somit ist dazu ebenfalls eine unabdingbare Zeit vonnöten. Im Vergleich mit Dienstzeiten anderer Armeen rangiert Österreich bereits im untersten Bereich. Wie weit wollen wir noch reduzieren und womöglich einem Modell „Vier Monate sind genug“ folgen? Natürlich kann über Rahmenbedingungen diskutiert werden. Es kann die Wochenausbildungszeit auf 50, 60 Stunden erhöht werden, zuzüglich Nachtausbildung. Es können die Truppenübungen verlängert und in kürzerer Folge durchgeführt werden usw. Nur besteht die berechtigte Befürchtung, daß derartige Bedingungen nicht erfüllt werden, solange nicht bisher existierende Fragen (wie die des Ausbildungspersonals) gelöst werden. Welche Dienstzeit also wirklich, sofern wir nicht beim derzeitigen Modell bleiben wollen?



Die Ausbildungserfordernisse für den einzelnen Soldaten haben sich nicht geändert; entweder er beherrscht seine Aufgaben auf dem Gefechtsfeld oder er wird zum „Opfer“. Die dafür erforderliche Ausbildungszeit ist unabdingbar.

Eine bisher noch nicht diskutierte Variante

Tatsache ist, daß rund 50 Prozent aller Soldaten als „Systemerhalter“ dienen. Dazu kommen noch die Soldaten der Bereitschaftstruppe, die ebenfalls „durchdienen“. Somit bleiben etwa 25 bis 30 Prozent, die tatsächlich zu den Truppenübungen einrücken. Wenn daher nunmehr von Wehrgerechtigkeit gesprochen wird und eine Gleichschaltung erzielt werden soll, so könnte doch eine durchgehende Dienstzeit von acht Monaten diskutiert werden. Interessanterweise wurde diese Variante aber bisher nicht aufgegriffen. Der betroffene Österreicher dient seinen Präsenzdienst in einem ab. Die Wirtschaft wird von den Truppenübungen entlastet, die Probleme mit der Durchführung dieser Übungen entfallen, die erforderliche Größenordnung des Heeres bleibt durch Beordnung in die Einsatzverbände über einen Zeitraum von fünf bis sechs Jahren bestehen. Nach dieser Zeit scheidet der Wehrmann endgültig aus dem Heeresrahmen aus. Bei einer solchen Lösung wird allerdings mit einer Diskussion um die Miliz als Prinzip zu rechnen sein. Vordergründig wird vermutlich von Abschaffung der Miliz gesprochen werden, was aber nicht den Tatsachen entspricht. Die Beordnung in die Milizverbände bleibt, und der Milizkader ist wie bisher im Rahmen der Einsatzorganisation in Führungs- und Stabsfunktionen eingebunden. Der einzige Unterschied ist, daß der Kader nicht mehr mit „seinen“ Soldaten übt, sondern mit jenen, die im siebenten/achten Ausbildungsmonat stehen und Übungen im Rahmen der Verbände durchführen. Zwischen diesen Übungen mit Volltruppe wird der Milizkader in Geländebesprechungen, Stabsübungen und Planspielen auf die konkrete Einsatzaufgabe hin gezielt ausgebildet und kann sich dieser

Führungsvorbereitung intensiver als bisher und ohne die vielfältigen Verwaltungsaufgaben einer Truppenübung widmen.



Foto: Archiv

Österreichische Soldaten sind besser, als man uns glauben machen will, das zeigt auch die Anerkennung, die wir bei Einsätzen im Ausland finden.

Dies wäre eine Diskussionsvariante, die wenigstens im Rahmen der derzeitigen Ausbildungszeit bliebe.

Erwünscht und anerkannt

Abschließend soll zur Reform des Heeres nochmals ausgedrückt werden, daß dieses Heer der Österreicher keinesfalls so schlecht ist, wie es, aus welchen Gründen auch immer, gemacht wird. Dies wissen vor allem jene, die konkrete Einsätze erlebt haben, sei es bei Umweltkatastrophen im eigenen Land, bei Hilfeleistungen im Ausland (zuletzt in Armenien) und im Rahmen der UN-Truppen, wo österreichische Soldaten anerkannt und erwünscht sind.

Verantwortungsbewußt entscheiden

Zur Möglichkeit einer Volksbefragung sei schließlich noch erwähnt, daß es eigentlich Aufgabe der Politiker wäre, sicherheitspolitische Entscheidungen verantwortungsbewußt zu treffen und zu tragen. Sollte dies aber nicht möglich sein, so erscheint es allmählich wirklich besser, dem gesunden Menschenverstand und den Sicherheitsbedürfnissen der Österreicher zu vertrauen.



Foto: HBF

Nur etwa 25 bis 30 Prozent der Soldaten leisten Truppenübungen, die Mehrheit absolviert die Wehrdienstzeit als „Durchdiener“, sei es als Systemerhalter oder im Rahmen der Bereitschaftstruppe. Eine durchgehende Dienstzeit für alle wurde aber interessanterweise nicht diskutiert.

Mit einfachen Worten...

Grün-, Blau-, Weiß- und sonstige Helme

Haupt- und Nebenaufgaben

Welche Aufgaben ein Heer erfüllen muß ist eine staatspolitische Entscheidung, die unabhängig von Partei-, Gruppen- oder Einzelinteressen und unter Einbeziehung all der Spezialisten getroffen werden muß, die dazu sachkundig einen Beitrag leisten können.

Unbedingt dabei einzubeziehende Faktoren sind die im relevanten Umfeld gegebenen politischen und militärischen Verhältnisse und deren vermutliche Entwicklung sowie die wehrgeographische Lage unseres Landes. Andererseits sind dies Aufgabenstellungen, die wir selbst bestimmen können oder wollen: z. B. die Mitwirkung in internationalen Mechanismen oder Sicherheitseinrichtungen, bei Katastrophen- und Umweltschutz – nur auf eigenem Staatsgebiet oder weltweit – und Aufgaben zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt. Es gibt sogar Staaten, die ihre Soldaten zum Ernteeinsatz, zu verschiedenen Arbeiten im Baubereich und zum Betrieb von Einrichtungen einsetzen, die von entscheidender Bedeutung für die Allgemeinheit sind.

All das ist möglich und bedarf lediglich der wohlüberlegten Entscheidung.

Dazu erforderliche Strukturen, Stärken, Ausbildung und Ausrüstung können erst dann festgelegt werden, wenn Klarheit über die Aufgabenstellung besteht.

Die Finanzierungsmöglichkeiten sind mitbestimmend, dürfen aber nicht in Bereichen ausschlaggebend sein, die unverzichtbar sind. Nur bei darüber hinausgehenden Aufgabenstellungen kann der Rotstift angesetzt werden, hat eine Kosten-Nutzen-Rechnung den Ausschlag zu geben. Nicht wieviele Menschenleben oder welche Existenznot nehmen wir in Kauf, bevor wir reagieren, kann die Frage sein, sondern kostet die Bereitstellung entsprechender Kräfte und Mittel für diese oder jene Neben-

aufgabe mehr als der damit erzielbare Nutzeffekt?

Die „Grauhelme“

Zentrale Aufgabe eines Heeres, weltweit gesehen, ist dessen Schutzfunktion gegen äußere Einflüsse. Dafür bereitgestellte Kräfte und Mittel sowie die zur Auftrags Erfüllung als „Grauhelm“ erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten können aber durchaus auch für andere Erfordernisse genützt werden. Sind für die Wahrnehmung von Aufgaben, die über die primäre Sicherheitsfunktion hinausgehen, zusätzliche Kräfte, Mittel und Kenntnisse notwendig, so kann nach einer Kosten-Nutzen-Rechnung auch diesen Erfordernissen Rechnung getragen werden, z. B. indem die davon betroffenen Teile des Heeres über den für die Wahrnehmung der Sicherheitsfunktion erforderlichen Rahmen hinaus personell und materiell verstärkt und eventuell einer zusätzlichen Ausbildung unterzogen werden.

Die „Blauhelme“

In ihrer derzeitigen Verwendung erfüllen die „Blauhelme“ der Vereinten Nationen Sicherheitsaufgaben und rekrutieren sich daher fast ausschließlich aus dem Bereich der „Grauhelme“. Trotzdem bedarf es zusätzlicher Ausrüstung und der Vorbereitung der Soldaten auf ihren Auslandseinsatz.

Auch der Personalaufwand ist für ein Heer eines Kleinstaates erheblich, weil dabei auf „aktives“ Kaderpersonal nicht verzichtet werden kann, das direkt der Friedensstruktur entnommen werden muß und dort fehlt. Internationales Ansehen durch die Mitwirkung an der Aufrechterhaltung einer globalen Sicherheit, aber auch der Gewinn an direkt umsetzbaren Erfahrungen bilden hier die Aktiva einer Kosten-Nutzen-Rechnung.

Die „Weißhelme“

Für den Einsatz bei Katastrophen und Elementarereignissen ist weniger die ungeschulte Hilfskraft als der Spezialist gefordert. Als Hauptträger dieser Aufgabe kommen vor allem Pioniere, Sanitätspersonal, die Kräfte der ABC-Abwehrtruppe, aber auch Fliegerkräfte (Hubschrauber, Transportflugzeuge), Transportkräf-

te, Fernmeldekräfte und alle für Versorgungsaufgaben geeigneten Teile anderer Waffengattungen in Frage (z. B. Bergepanzer, Kranfahrzeuge, Feldküchen usw.), also wieder „Grauhelme“, die Teile ihrer Ausbildung und Ausrüstung auch für diese Zwecke nützen können.

Daß ein Heer an derartigen Aufgaben auf eigenem Staatsgebiet nicht vorbeikommt, ist unbestritten. Hilfe aber auch anderen Staaten anzubieten und gegebenenfalls zu leisten, ist ein humanitärer Akt von außerordentlicher Bedeutung. Nicht zuletzt mit der Begründung, hier nicht nur zu geben, sondern auch in die Lage des Hilfesuchenden kommen zu können. Wer würde uns helfen, wenn wir nicht ebenfalls zur Hilfe bereit und in der Lage wären.

Schon mit dem Übergang zum Wehrdienst in der Dauer von sechs Monaten wurden aber für viele Teile, die auch „Pionier“ heißen, Ausbildungsziele gestrichen, welche die Grundlage für derartige Einsätze sind. Vor allem waren davon Stege- und Behelfsbrückenbau, Wasserfahren, Wasserbau, Seilbahnbau, Straßenbau und die besonders umfangreiche Palette der Pioniervor- und Fachkenntnisse als Fundgrube für in diesem Bereich direkt anwendbare Kenntnisse betroffen. Den Bedarf an „Weißhelmen“ wird wohl niemand bestreiten. Ob ihr Prozentanteil am Gesamtheer verstärkt und die Ausbildung in dieser Hinsicht wieder intensiviert wird, sollten aber vor allem die einfordern, die ihrer Bevölkerung im Bedarfsfall erklären müßten, warum sie nicht vorgesorgt haben.

Die „Grünhelme“

Spät aber doch haben wir erkannt, daß wir am besten Weg sind, unseren Lebensraum und unsere Ressourcen zu vernichten. Hier eine Veränderung zu erreichen, bedarf der Einsicht und des richtigen Verhaltens aller. Ein Heer kann nur danach trachten, nicht selbst zum „Verursacher“ zu werden, und ist in der Lage, partiell zur Behebung von Umweltschäden beizutragen.

Soweit dazu Bau- oder Transportaufgaben erforderlich sind, ich denke hier insbesondere an Wildbach- und Lawinenverbauung, Aufforstung, Bereinigung von Deponien und dergleichen, werden wieder die Spezialisten gefordert, die schon im Bereich

„Weißhelme“ angesprochen worden sind, also dafür besonders geeignete Teile der „Grauhelme“. Für ein „Großreinemachen“, eine flächendeckende Müllsammlung, bedarf es keiner Spezialisten. Dazu ist lediglich die Mobilisierung und koordinierte Führung möglichst vieler Menschen erforderlich.

Diese Aufgabe aber allein dem Heer zu übertragen, wäre wieder ein Grund mehr, die Verpflichtung zur Ableistung des Wehrdienstes abzulehnen. Dies wäre der falsche Weg. Wer will schon zum unbezahlten Abfallsammler werden. Nichts wäre aber dagegen einzuwenden, an „Umwelttagen“ gemeinsam mit der Bevölkerung um eine saubere Umwelt zu „kämpfen“ und dafür auch organisatorische Aufgaben und die Beistellung von Hilfsmitteln zu übernehmen.

Der gemeinsame Nenner

Um bei der griffigen Darstellung der „Grün-“, „Blau-“ und „Weißhelme“ zu bleiben, der gemeinsame Nenner ist immer wieder der „Grauhelm“ als universell nutzbare Kraft. Der „Grauhelm“ dient als Synonym für ein Heer, in dem die Jugend unseres Volkes zweckdienlich ausgebildet und ausgerüstet bereitsteht, überall dort Hand anzulegen, wo dies zum Schutz unserer Gesellschaft erforderlich ist.

Egal welchen Titel man einer Aufgabe auch geben mag, immer bedeutet es die Bereitstellung von Menschen, die für eine bestimmte Zeit ihre Kraft, ihr Wissen und Können unentgeltlich der Allgemeinheit zur Verfügung stellen müssen. In der Regel geschieht dies unbedankt, unter Verzicht auf selbstbestimmtes

Leben und unter Inkaufnahme von Belastungen, die – wenige Idealisten ausgenommen – ohne gesetzlichen Zwang nicht oder nur äußerst ungern erbracht werden. Auch bei bester Motivation bleiben viele für die Allgemeinheit zu erbringende Leistungen für die Betroffenen ein Greuel.

Das Zeitproblem

Wie in jedem anderen Beruf auch, stehen Soldaten erst nach ihrer Ausbildung für eine Nutzungsphase zur Verfügung. In bezug auf den „Grauhelm“ sprechen wir von feldverwendungsfähigen Soldaten. Soldaten, die sich gerade in Ausbildung befinden, könnten im Einsatzfall bestenfalls für Hilfsdienste herangezogen oder müßten nach Hause geschickt werden. Das gleiche gilt aber auch für jede andere Aufgabe, die spezielle Kenntnisse erfordert, also für unsere Aufgaben als „Blau-“, „Grün-“ und „Weißhelme“.

Sollen Soldaten dabei nicht nur als „Hilfsarbeiter“ tätig werden – und wer verrichtet dann die Tätigkeiten, die einer Ausbildung bedürfen –, kann ihr Einsatz erst nach entsprechender Ausbildung erfolgen.

Gehen wir davon aus, daß wir unter Berücksichtigung aller erforderlichen flankierenden Maßnahmen tatsächlich in der Lage sind, diese Ausbildung in nur sechs Monaten abzuwickeln. Als Nutzungsphase könnte dann nur die Dauer der Verpflichtung zu Truppenübungen herangezogen werden, unter Verzicht auf die dafür vorgesehenen Ausbildungsinhalte und auf jede vorausplanbare zeitliche Regelung. Oder es wäre, und wir haben diese Situation schon erlebt, die Mobilisierung des Heeres oder von Teilen

davon – dann klagen aber die Betroffenen über „Wehrungerechtigkeit“ – erforderlich. Sicher eine mögliche, aber keine populäre Lösung. Jede andere Alternative würde aber nur nicht oder teilausgebildete „Hilfsarbeiter“ zum Einsatz bringen, die, durch zweckentfremdete Nutzung ihrer Ausbildungszeit, nie eine abgeschlossene Ausbildung erreichen könnten. Das Spektrum von Einsatzaufgaben, das mit nicht ausgebildeten Soldaten abgedeckt werden kann, bleibt aber beschämend gering und würde lediglich einem staatlich verordneten „Arbeitsdienst“ entsprechen.

Als Krönung dieses Problems steht der oft strapazierte Vergleich mit der Wehrdienstzeitverkürzung in anderen Staaten, als Anlaß, das auch in Österreich zu tun. Dieser Vergleich geht ins Leere. Wenn wir nicht davon ausgehen können, daß unsere Jugend wesentlich intelligenter und williger ist als anderswo, sind die Zeitansätze für die Erreichung der „Feldverwendungsfähigkeit“ von Soldaten annähernd vergleichbar. Was anderswo verkürzt wird, z. B. von 24 auf 18 Monate, ist eine Phase, in der entweder die Ausbildung bereits voll feldverwendungsfähiger Soldaten weiter vertieft oder das verfügbare Potential für erforderliche Zwecke genützt werden kann. Wir würden aber nicht die Nutzungsphase, sondern bereits die Ausbildungszeit verkürzen, die erforderlich ist, überhaupt erst eine Nutzung zu ermöglichen. Es handelt sich bei dieser Wunschvorstellung also um eine „Null-Lösung“ auf österreichisch, der unsere staatstragenden Persönlichkeiten – und, wenn es sein müßte, unser Staatsvolk – niemals ihre Zustimmung geben dürften!

Oberst Werner Matourek

Hinweis der Redaktion

Liebe Leser!

Wie wir verschiedentlich, meist durch Zufall, erfahren, gibt es mitunter Klagen über die Zustellung oder die Bindung der TRUPPENDIENST-Hefte. Natürlich sollten derartige Fehler nicht vorkommen, sind aber dort, wo Menschen arbeiten, nicht völlig auszuschließen.

Da wir mit der Druckerei bzw. mit der Vertriebsorganisation *nicht ident* sind, für den Druck, die Heftbindung und die Zustellung aber bezahlen und somit an der sorgfältigen Herstellung unseres Produktes sowie an der gewissenhaften Betreuung der Bezieher von TRUPPENDIENST sehr interessiert sind, ist es für uns eine wirkliche Verpflichtung, Mängel beheben zu lassen. Das können wir aber nur, wenn wir über Unzukömmlichkeiten informiert werden. Nur

dann sind wir in der Lage, Korrekturen verbindlich zu veranlassen.

Deshalb unser Ersuchen im Sinn aller Bezieher von TRUPPENDIENST: Schreiben Sie bei Beschwerden an uns – Stift-Kaserne, 1070 WIEN – oder rufen Sie uns an – (0222) 93 56 21/4134 od. 4286. Wir werden alles tun, um eine zufriedenstellende Lieferung von TRUPPENDIENST zu gewährleisten.

Die Redaktion

Militärische Sicherheitspolitik unter Reformdruck (II)

Überlegungen zur aktuellen Diskussion

Beim nachstehenden Aufsatz handelt es sich um den zweiten Teil der aktualisierten Kurzfassung eines im Sommer 1989 am Institut für Militärische Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie verfaßten Aufsatzes, Krise und Chancen der militärischen Sicherheitspolitik Österreichs, der im Dezember letzten Jahres im Eigenverlag publiziert worden ist. Zur Veröffentlichung im TRUPPENDIENST mußte die ursprünglich 31 Seiten lange Fassung stark gekürzt und in vielen Passagen adaptiert werden.

Wer noch vor wenigen Jahren bzw. vor einigen Monaten von „Krise“ und „Chancen“ der militärischen Sicherheitspolitik Österreichs sprach, erntete dabei zumeist bestenfalls ein mildes Achselzucken, schlechtestenfalls den Vorwurf des Miesmachers. Heute ist die Krise da, der ehemals angemahnte Reformbedarf ist auf einmal von allen Seiten unbestritten. Strittig sind einzig und allein Richtung, Tempo und Umsetzung der vorzunehmenden Veränderungen. Katalytisch wirkt die 1990 bevorstehende Nationalratswahl.

Über die Kritik

Heute sind sowohl die Konzeption als auch die Praxis der Militärischen Landesverteidigung in eine Ausweglosigkeit geraten, die nur durch die Inangriffnahme sukzessiver Reformschritte auf allen Gebieten und Ebenen bewältigt werden kann.

Ausgangslage und Voraussetzung für die folgende Kritik ist die Einsicht, daß in Österreich bis heute das Selbstverständnis eines immerwährend neutralen und somit bewaffneten Kleinstaates in Zentraleuropa sowohl bei den Eliten als auch in der Bevölkerung nicht sonderlich tief verwurzelt ist.

Wenig politisches Gewicht – kaum Sachrationalität

Aus dem in der ersten These postulierten Sachverhalt und der Funktionsweise des politischen Systems in Österreich ergibt sich eine dritt- bzw. nachrangige Bedeutung der Thematik militärischer Sicherheitspolitik für die österreichische Innenpolitik. Das läßt sich nicht nur am jeweiligen Budgetanteil oder an dem für die Militärische Landesverteidigung veranschlagten Anteil des Bruttonationalproduktes bemessen, sondern auch an der vernachlässigbar geringen Unterstützung durch die Gesellschaft, die an bestimmten Ergebnissen auf diesem Politikfeld interessiert ist und diese Interessen auch in einem entschei-

dungsrelevanten Ausmaß zu artikulieren vermag.

Aufgrund der geringen vorfindbaren Sachrationalität, unter anderem bedingt durch die Bedeutungslosigkeit der Thematik, finden sich nicht nur kaum Mittel und Wege, um erkannte Probleme zu lösen, vielmehr werden fragwürdige Sachverhalte gar nicht mehr als solche bezeichnet. Die Zweckrationalität des Systems (des Ganzen) verbleibt auf einem mäßigen Standard, gerade weil immer nur einzelne Symptome ins Auge gefaßt werden. Grundsätzliche Korrekturen unterbleiben, weil Rückkoppelungen, die Änderungen erzwingen könnten (z. B. „Niederlagen“), bei Friedensarmeen mit seltenen und zeitlich begrenzten Einsätzen nicht zu erwarten sind.

Chronische Mängel

Das bisher Gesagte führte unter anderem zu den folgenden grundsätzlichen Mängeln beim Bundesheer der Zweiten Republik:

- Der realisierte Stand an Kadernsoldaten (Berufsoffiziere, Berufsunteroffiziere, Zeitsoldaten) konnte nie die gewünschte Sollgröße erreichen.

- Dennoch explodierten die Personalkosten. Der Personalkostenanteil ist in den letzten Jahren immer bei weit über 50 Prozent des Gesamtbudgets für die Militärische Landesverteidigung gelegen. Das Fehlen einer zeitgemäßen betrieblichen Kostenrechnung ist mehr Symptom als Ursache des Problems.

- Dem Grundsatz „Ausbildung vor Verwendung“ konnte bis heute nicht zum Durchbruch verholfen werden. Das hängt mit dem prinzipiell nicht vorhandenen Personalplanungssystem im Ressort zusammen. Ein Resultat dieses Mangels ist die bestehende und oft beklagte Hypertrophie der zentralen Verwaltung mit unklarer, teils überlappender, teils zersplitterter Kompetenzaufteilung.

- Auch die Verknüpfung einer personellen und rüstungsbezogenen Grundsatzplanung mit der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung sowie dem darauf abgestimmten Beschaffungsvorgang, der sich an der geplanten Aufstellung und Erhaltung von Einheiten und Verbänden zu orientieren hätte, vollzieht sich mehr im Halbdunkel und weniger anhand nachprüfbarer Kriterien und akzeptabler Richtlinien.

Entwicklung des Landesverteidigungsbudgets seit 1980 (in Tausend Schilling)

Jahr	Gesamtbudget	Landesverteidigungsbudget	Prozent vom Budget	Personalausgaben	Prozent vom LV-Budget	Sachaufwand	Prozent vom LV-Budget
1980	306 492 220	11 694 070	3,8	5 978 440	51,1	5 715 630	48,9
1981	339 456 321	12 244 620	3,6	6 348 829	51,8	5 895 791	48,2
1982	372 774 567	13 334 197	3,5	6 968 094	52,2	6 366 103	47,8
1983	407 791 237	15 362 080	3,7	7 511 723	48,9	7 850 357	51,1
1984	435 135 410	15 554 283	3,5	8 021 406	51,5	7 532 877	48,5
1985	464 673 332	16 785 639	3,6	8 502 511	50,6	8 283 128	49,4
1986	498 028 000	17 940 356	3,6	8 911 283	49,7	9 029 073	50,3
1987	514 066 898	16 972 272	3,3	9 138 747	53,8	7 833 525	46,2
1988	517 500 000	16 597 261	3,2	9 366 725	56,4	7 230 536	43,6
1989	531 535 000	17 260 771	3,2	9 560 894	55,4	7 699 877	44,6
1990	542 000 000	18 008 633	3,3	9 729 100	54,0	8 279 533	46,0

Kommissär Dr. Heribert Fernau, geboren 1958 in Bangladesch, studierte nach der Matura im Jahr 1976 an der Universität Wien Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie und promovierte 1987 zum Dr. phil. Seit Ende 1985 ist er beim Institut für Militärische Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie tätig und insbesondere mit Problemen der Miliz, der KSZE und mit Studien zu „alternativen sicherheitspolitischen Modellen“ befaßt.



Foto: HGF

Dem Grundsatz „Ausbildung vor Verwendung“ konnte bis heute nicht zum Durchbruch verholfen werden.

Aus dem bisher skizzenhaft Angedeuteten kann gefolgert werden, daß politische Zielvorgaben (Ausbaustufe des Landesverteidigungsplanes) in absehbarer Zeit nicht erreicht werden können; selbst die Realisierung von sogenannten schadensbegrenzenden Maßnahmen („Heeresgliederung 87“) wird bereits vor Beginn ihrer Umsetzung grundsätzlich in Frage gestellt und als nicht erreichbar ausgewiesen.

Raumverteidigung – warum?

Damit wird sowohl die Verwirklichung der operativ-taktischen als auch der geistig-psychologischen Komponente der Konzeption der Raumverteidigung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausgeschoben, außer es werden strukturelle Reformen begonnen.

Raumverteidigung, als eine operativ überwiegend statisch und territorial gebunden angelegte, taktisch aber möglichst aktiv und beweglich geführte Form der Verteidigung, war von Anfang an als Abhaltestrategie konzipiert.

Sie entging damit auch nicht dem für alle europäischen neutralen und nichtpaktgebundenen Kleinstaaten verbindlichen Paradigma und Paradoxon der Verteidigung, welches gerne wie folgt formuliert wird: „Kämpfen zu wollen und kämpfen zu können, um niemals kämpfen zu müssen.“

Ein Nachteil dieser Überlegung liegt in ihrer sowohl intellektuell als auch emotional schwierigen Vermittelbar-

keit. Zur Überbrückung dieser Schwierigkeit wird mit komplizierten und abstrakten Kraft-Raum-Zeit-Kalkülen gearbeitet. In diesen sollte zum Ausdruck kommen, daß die politische Strategie Österreichs darin besteht, die Pläne potentieller Aggressoren auf direkte und indirekte Weise nicht nur durchkreuzen zu wollen, sondern dies – außer im Fall eines Bluffs – auch zu können. Nicht das „Siegen“ ist das operative Ziel der Verteidigung, sondern das zähe „Verzögern“, um gegnerische Berechnungen, die für Österreich nicht wünschenswert sein können, entweder präventiv zu vermeiden oder im Anlaßfall zu durchkreuzen.

Hier verbindet sich der erste Nachteil des Paradoxons mit einem zweiten Mangel:

Die Gültigkeit dieses Kalküls läßt sich nicht beweisen, sie läßt sich nur falsifizieren, und daran ist die Strategie im ersten Ansatz gescheitert. Hier ist eine Gemeinsamkeit mit abschreckungstheoretischen Überlegungen gegeben, wie sie schon vor Jahrzehnten von Henry Kissinger hervorgehoben worden ist.

Die Konzeption der Raumverteidigung wurde nicht mit dem politischen Argument „struktureller Nichtangriffsfähigkeit“ bzw. „wechselseitiger Verteidigungsüberlegenheit“ initiiert, um konventionelle Streitkräfte in die Lage zu versetzen, optimal zu verteidigen, ihnen dabei aber gleichzeitig die raumgreifende Offensive zu verweh-

ren, wie dies seit einigen Jahren gerade im Rahmen der Strategiediskussion der Bundesrepublik Deutschland diskutiert wird.

Das militärische Potential der Zweiten Republik war und ist in Summe für derartige Aufgaben (raumgreifende Offensiven) immer zu klein gewesen, so daß der Ruf nach struktureller Nichtangriffsfähigkeit der österreichischen Armee gegenüber den beiden benachbarten Machtblöcken oder einzelnen paktfreien Staaten immer für absurd gehalten worden wäre. Selbst heute ist das Bundesheer – verglichen mit manchen bundesdeutschen alternativen Umrüstungsvorschlägen, wie beispielsweise jenen von Horst Afheldt – extrem unterbewaffnet.

Der dritte Nachteil – nicht nur – der Raumverteidigungskonzeption besteht darin, daß beim Versagen der Abhaltestrategie im Fall der Verteidigung wahrscheinlich vieles vernichtet wird, was für verteidigungswert erachtet wird – außer dem fundamentalen Wert der demokratischen Freiheiten.

Politische Optionen

Auf der politischen Ebene lassen sich grundsätzlich folgende Optionen zur Friedenssicherung unterscheiden:

1	die Einbindung in ein System kollektiver Sicherheit;
2	eine Mitgliedschaft in einer Allianz von Staaten;
3	die Gründung eines Weltstaates oder regionaler politischer Vereinigungen mit supranationalen Polizei- und/oder Militärstreitkräften;
4	ein System wirtschaftlich autarker Staaten;
5	ein System wirtschaftlich interdependenter Staaten (weltweiter Freihandel), initiiert und verknüpft durch politisch verstärkt ausgeprägte internationale „Regimes“;
6	die Ausnutzung eines globalen oder zumindest regionalen Stabilitätszustandes im Sinne einer sicherheitspolitischen Trittbrettfahrt;
7	einzelstaatliche Maßnahmen im Sinne einer immerwährenden bewaffneten Neutralitätsbewahrung;
8	einzelstaatliche Vorkehrungen auf der Grundlage eines Systems „zivilen Widerstandes“ als einer (utopischen) politischen Alternative zu militärischen Instrumentarien.

Das Paradoxon der Verteidigung wird gerne wie folgt formuliert:

„Kämpfen zu wollen und kämpfen zu können, um niemals kämpfen zu müssen.“

Im Kern stützt sich Österreichs militärische Sicherheitspolitik aufgrund von verschiedenen – hier nicht näher zu erörternden –, zumeist historischen Gründen, eigenen politischen Entscheidungen und vorfindbaren Sachzwängen auf die siebente Variante ab, wengleich bei einem wohlverstandenen Strategiemix zur Friedenssicherung und Kriegsverhütung auch auf die verbleibenden Optionen nicht zur Gänze verzichtet werden kann und soll. (Wobei zumindest die zweitgenannte Option bis zur Abgabe des EG-Beitrittsantrages bisher prinzipiell ausgeschlossen worden ist.)

Die immerwährende bewaffnete Neutralität läßt sich wiederum auf unterschiedliche Weise handhaben:

- durch verstärkte Polizeikräfte, die funktional für bestimmte „militärische Aufgaben“ vorgesehen sind (unter Nichtberücksichtigung der völkerrechtlichen Verpflichtungen);
- durch ein Freiwilligen-/Berufsheer;
- durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der – idealtypisch gesehenen – Struktur des stehenden Heeres, des Reserveheeres sowie des Milizheeres.

Politisch wurde das sicherheitspolitische Instrumentarium während der Zweiten Republik immer defensiv eingesetzt, das heißt, es wurden niemals offensive, expansive politische Pläne (Okkupation, Annexion oder auch nur „Power projection“) verfolgt.

Daher sind aus der Selektion der oben angeführten verteidigungspolitischen Optionen für Österreich folgende Ergebnisse ableitbar:

- Die Generallinie der österreichischen Sicherheitspolitik ist durch eine immerwährende bewaffnete Neutralität auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht mit einem milizartigen Wehrsystem vorgegeben bzw. festgelegt worden.
- Die militärisch-operative Konzeption der Raumverteidigung im Kontext einer politischen Abhaltestrategie hat den Vorteil der Krisen- und Eskalationsstabilität mit der Chance auf die Realisierbarkeit der festgelegten Zielvorstellungen. Die Nachteile dieser besten aller schlechten Lösungen wurden ebenfalls genannt. Sie ist schwer vermittelbar und ihr Funktionieren ist nicht beweisbar; beim Zusammenbruch der Abhaltestrategie wird im Zuge der Aktualisierung der militärischen Verteidigung auch noch die Zer-

störung des Verteidigungswertes einkalkuliert.

- Die Schwierigkeiten mit der Raumverteidigung ergaben und ergeben sich in Österreich zu einem guten Teil aus der bewußten/unbewußten Vernachlässigung bzw. Vermeidung einer konstruktiven Diskussion der dieser Konzeption zugrundeliegenden Prämissen. Wenn es dennoch von Zeit zu Zeit in gewissen Ansätzen zu einer Auseinandersetzung darüber kommt, dann werden gern sowohl die anzulegenden Kriterien als auch die zu untersuchenden Sachverhalte in der Analyse beinahe wahllos miteinander in Beziehung gesetzt.

Frage 1:

Welche personelle Stärke wird in Abhängigkeit von Bedrohung, Bewaffnung, Ausrüstung und zur Verfügung stehenden Mitteln als ausreichend für eine raumdeckende Verteidigung (in der Praxis, nicht als Konzept) erachtet? Sind es die im Landesverteidigungsplan genannten 300 000 Mann (netto/brutto?) oder bedarf es einer zahlenmäßig geringeren/höheren Mobilmachungsstärke?

Oder wird auf politischer Ebene überhaupt die Einrichtung der „allgemeinen Wehrpflicht“ als politisch inopportun angesehen und daher zur Disposition gestellt?

Unabhängig von den in der Verteidigungsdoktrin festgelegten Zielsetzungen wurde bereits von der Bundesheerreformkommission für die österreichischen Streitkräfte eine anzustrebende Größenordnung umrissen und von allen im Parlament vertretenen politischen Kräften Österreichs sowie von den betreffenden Experten als verwirklicht angesehen.

Der Militärische Teil des Landesverteidigungsplanes geht von der gegenwärtigen *) **Ausgangssituation** aus und steckt zwei Stufen als Zielvorstellung für die weitere Entwicklung ab:

- | | |
|---------------------------------|----------------|
| 1. Stufe — Zwischenstufe | (186 000 Mann) |
| 2. Stufe — Ausbaustufe | (300 000 Mann) |

Die Zwischenstufe ist bis zum Jahre 1986 erreichbar. Die Ausbaustufe ist bei Annahme einer Zuwachsrates von 10 000 bis 15 000 Mann jährlich bis zum Jahre 1994 erfüllbar.

Auszug aus dem Landesverteidigungsplan mit Festlegungen bezüglich der Stärke des Bundesheeres.

Zur strukturellen Reform des Bestehenden

Mit dem Beschluß zur Einnahme der „Heeresgliederung 87“ in zwei Schritten bis Ende 1995 wird das Vorhaben „Ausbaustufe“ verschoben; das heißt, das Konzept der Raumverteidigung bleibt ein überwiegend papierenes Konzept. Welches Konzept hat sich diese Republik aber dann für die Zwischenzeit (?) als Richtschnur und Leitbild für ihren Selbstbehauptungswillen auserkoren? Keines? Wird gar nach politischen Vorgaben improvisiert oder wird auf beamteter Ebene – unabhängig vom politischen Auftrag – eine andere Vorstellung realisiert? Wenn ja, um welche handelt es sich dabei?

Aufgabe der Politikwissenschaft kann es aber nicht sein, fertige Lösungen auf nicht gestellte Fragen zu liefern. Viel ist wahrscheinlich schon damit getan, daß Fragen gestellt werden, um die Politik und die Verwaltung zur Suche nach Antworten zu ermuntern.

Frage 2:

Gemäß welchen Richtlinien soll die aufzustellende Streitmacht ausgerüstet, bewaffnet und ausgebildet werden? Sollen gewisse Komponenten verstärkt, abgeändert, verringert oder gar abgeschafft werden?

Bei dieser Frage ist ein möglicher Funktionswandel von Streitkräften zu bedenken: Wird zum Beispiel daran gedacht, das Bundesheer verstärkt im nationalen Bereich als Katastrophenschutzkorps („Grünhelme“, Umweltsoldaten) oder als Polizeistreitmacht im Rahmen der Vereinten Nationen aufzubieten, dann werden andere Prioritäten für den Ausbau zu setzen sein. Unter Umständen ergibt sich ein erhöhter Bedarf für den Ausbau der Pionier- und der ABC-Abwehrtruppe. In einem solchen Fall würden die Soldaten in für wahrscheinlicher erachteten Bedrohungsfällen wie Tschernobyl, Armenien, Basel oder im Fall von Überschwemmungen vermehrt eingesetzt werden. Gleichzeitig

ergäbe sich aus solchen Vorhaben eine punktuelle bzw. strukturelle Änderung des gesamten Heeresaufbaues.

Das heißt aber nicht, daß die angesprochenen Truppenteile nicht ebenso gut, wenn nicht sogar unter Ausnutzung der freiwerdenden synergetischen Effekte besser, auf militärische Bedrohungsformen vorbereitet wären. So kann eine Milizpionierkompanie, die für Aufräumarbeiten im Pongau mobilisiert worden ist, die dabei gewonnenen Erfahrungen auch für einen eventuellen militärischen Einsatz nutzen. (Feuerwehren beschäftigen sich nicht nur mit der Eventualität des Abbrennens ganzer Stadtviertel, sondern übernehmen auch das Leerpumpen überfluteter Kellerräume!)

Frage 3:

Wie hat die ministerielle Organisationsstruktur verändert zu werden, um den neuen/alten Aufgaben, Bedürfnis-

sen und Zielvorstellungen gerecht werden zu können (Verwaltungsreform, Dienstrechtsänderungen usw.)? Diese Frage umfaßt auch das Problem der Heeresgliederung und der Adaptierung der Organisationspläne.

Frage 4:

Nach der Abklärung von Aufgaben und Strukturen stellt sich schlußendlich die Frage nach der legislativen Umsetzung. Sollen Wehrgesetznovelierungen der Realität immer hinterherlaufen oder sollten sie die soziale Realität in Zukunft nicht verstärkt normativ gestalten (Wehrgesetz 2000)?

Frage 5:

Bietet sich für die Lösung der altbekannten Probleme des Bundesheeres (zu wenig Berufskaderpersonal, zu geringes Grundwehrdieneraufkommen, zu geringe Nährrate usw.) nicht

die Anwendung folgender Grundsätze an:

- einheitliche und kurze Grundausbildung (z. B. fünf Monate, keine Acht-Monate-Diener);
- verlängerte Nutzungsphase des Gelernten im Verlauf der Wiederholungsübungen (z. B. 120 Tage Truppenübungen mit entsprechenden Kaderübungstagen);
- zahlreiche, aber kürzere Ausbildungslehrgänge;
- stärkere Berücksichtigung von Elementen des Abverdienen für die Laufbahnbilder.

Frage 6:

War es wirklich klüger, sich erst ab einer gewissen (Schmerz-)Grenze einem wachsenden *Reformdruck von außen* sozusagen zähneknirschend zu fügen, als selber kontinuierlich über Reformnotwendigkeiten und Reformmöglichkeiten nachzudenken und diese Reform selber zu initiieren? (V)

Aktuelles Weltgeschehen

Das entschwundene Rollenverständnis

Durch die politischen Erosionen im Ostblock ist zwar nicht das „Bedrohungsbild“ Österreichs abhanden gekommen, aber das traditionelle „Rollenverständnis“. Wir haben unsere „Brücken- oder Drehscheibenfunktion“ verloren. Es besteht die Gefahr, daß wir in jene Bedeutungslosigkeit zurückfallen, die unserer Größe und unserem Potential entspricht. Von unserer Position der „Mitte“ könnten wir nach einem „Schwebezustand“ ins „Abseits“ gedrängt werden. Der fetischistisch anmutende Irrglaube, der uns von der Politik jahrzehntelang eingepflegt wurde, nach dem sich die Neutralität stets und überall großer Beliebtheit erfreue, wird durch eine Ernüchterung abgelöst werden.

Meine langjährigen Erfahrungen in multilateralen Konferenzen haben mich gelehrt, darüber nicht einmal überrascht zu sein. Der Neutrale muß sich darüber im klaren sein, daß seine außenpolitische Funktion vom internationalen Klima abhängig ist. Wollen zwei Staaten oder Allianzen miteinander verhandeln und für beide Seiten akzeptierbare Überein-

kommen erzielen, aber sie finden es ohne Gesichtsverlust schwierig, Zugeständnisse anzubieten, dann braucht man einen neutralen Vermittler. Haben zwei Konfrontationspartner keine Absicht, von ihren Vorgaben abzugehen, ist jeder Streitbeilegungsversuch und jede Kompromißbemühung vergeblich. Es besteht sogar die Gefahr, sich dem Vorwurf des einmischenden Aufdrängens auszusetzen. Wollen und können Staaten miteinander in Verhandlungen eintreten, ist ein Vermittler nicht vonnöten. Letzteres ist derzeit gegeben.

In Österreich – und gerade wir als Soldaten haben dies mit Sorge und Mißbehagen vermerkt – wurde das Schwergewicht der Neutralitätsbewahrung der Außenpolitik zugewiesen. Hätte man dabei die Landesverteidigung nicht stiefmütterlich vernachlässigt, würde es sich erübrigen, mit größerer Unruhe den möglichen Turbulenzen der neunziger Jahre entgegenzublicken. Selbst der stets bedachtsam formulierende Altbundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger konnte sein Unbehagen nicht unterdrücken. Er stellte im Zusammenhang über Fragen der immerwährenden Neutralität unter anderem fest: „Noch brodelt in Osteuropa alles... regionale Konflikte wird es weiter geben!“

„Alles in allem“, so bemerkte ein Kommentator in der angesehenen und weltweit gelesenen „Neuen Zür-

cher Zeitung“, „ging in den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa eine Konstante der österreichischen Politik unter, nämlich die Gewißheit, dank dem Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Supermächten, geborgen im Windschatten der großen Politik operieren und, ohne viel Gedanken und Geld für Vorkehrungen für die äußere Sicherheit aufwenden zu müssen, den Wohlfahrtsstaat pflegen zu können.“ In der Tat gibt es hierzulande eine Reihe von Politikern, die im Status der Neutralität einen Zustand erten, der (fast) alles erlaubt und zu nichts verpflichtet.

Gerade die gegenwärtige Bundesheerdebatte zeigt uns, wie viele Österreicher sich zu „Sicherheitsexperten“ auserkoren fühlen. Die „Wehrpolitik“ ist zum „Tummelplatz“ für Pseudofachleute und Scharlatane geworden. Manche glauben, eine „Spielwiese“ gefunden zu haben, auf der sie sich austoben können, um ihre Aggressionen loszuwerden und ihre profilierungsneurotische „Selbstverwirklichung“ zu befriedigen. Die Erhaltung unserer Heimat (wahrscheinlich ihrer Meinung nach ein faschistoides und daher verpönte Wort) sowie die Behauptung unserer Souveränität und all jener Grundwerte, die zum Fundament einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung gehören, erscheinen ihnen nicht verteidigungswert.

Ich bin überzeugt, daß es in einer Demokratie keine gesellschaftspolitischen Tabus geben darf. Auch Fragen der Landesverteidigung soll und kann man als Diskussionsthema aus-suchen. Sie eignen sich allerdings nicht in polemisch-demagogischer Form als „Vehikel der Wahlwerbung“. Im übrigen zählten die militä-rischen Führungsverantwortlichen seit eh und je zu den heftigsten „Systemkritikern“, wenn es darum ging, trotz fehlenden politischen Ver-ständnisses – und deshalb auch zu geringer Mittel – das Bundesheer als „ungeliebtes Findelkind der Neutrali-tät“ glaubwürdiger zu gestalten.

Wer heute einschneidende Struktur-veränderungen und eine Wehr-dienstzeitverkürzung fordert, weil das „Bedrohungsbild“ abhanden ge-kommen wäre, beweist nur, daß es ihm an historischem Wissen man-gelt, daß er vor eifriger und kleinkar-rierter „Nabelschau“ keine inter-nationale Erfahrung besitzt und daß sein Zukunftsdenken nur bis zum nächsten Wahltermin reicht. Wird dann noch der militärischen Führung vorgeworfen, sie orientiere sich an Konfliktbildern von gestern, haben die Verteidigungsskeptiker oder Ver-teidigungsabschaffer nachgewiesen, daß sie nicht einmal den derzeit

gültigen Landesverteidigungsplan aus 1985 gelesen haben.

In den „Schlußfolgerungen des All-gemeinen Teiles“ steht geschrieben: „Gerade bei der Gestaltung der Sicherheitspolitik des auf diesem Gebiet alleingestellten immerwäh-rend neutralen Österreich ist es notwendig, die Entwicklung in den verschiedenen relevanten Bereichen ständig und systematisch in geeig-ner Weise zu verfolgen und ihre Auswirkungen auf das globale und regionale internationale System zu überprüfen, um rechtzeitig die erfor-derlichen Adaptionsvorschläge für die österreichische Sicherheitspolitik erarbeiten zu können.

Sicherheitspolitische Grundlagenar-beit und Planung haben folgen-schwere Veränderungen in den internationalen Beziehungen so früh wie möglich zu erkennen und verset-zen die für die Sicherheitspolitik Verantwortlichen in die Lage, im Rahmen der Möglichkeiten zu agie-ren und nicht bloß unter dann erschwertten Bedingungen zu reagie-ren. Daher sind sie Voraussetzung für ein wirksames sicherheitspoliti-sches Krisenmanagement.“

Das „Konfliktbild“ verändert sich ständig. Bis es – zumindest in Eu-ropa – keines mehr gibt, wird es noch

lange dauern. Daher darf für einen neutralen Kleinstaat am Grundsatz „Nur wer Sicherheit exportiert, kann Sicherheit auch importieren“ nicht gerüttelt werden. Erst wenn die „Rahmenbedingungen“ für ein „ge-samteuropäisches Sicherheitsnetz“ festgelegt und auch erfüllt worden sind, werden unsere autonomen Ab-haltavorkehrungen überflüssig.

Wollen wir nicht in Zukunft wie „Unmündige“ in einem politischen „Niemandland“ verkümmern, wer-den wir als Beitrag eines sich zu-sammenschließenden Europa eine „Ideenoffensive“ starten müssen. Nicht „Gschaftelhuberei“ wird ver-langt, sondern zukunftssträchtige Denkansätze. Wir reden zwar von der „Gunst der Stunde“, sie wird aber kaum genutzt. Ich lese weit und breit kaum mehr als plakative „Leer-formeln“. Die Vermutung drängt sich auf, daß die einen hoffen, es werde sich allmählich alles von selbst ein-pendeln, während die anderen befürchten, der Umwandlungsprozeß im Ostblock sei noch lange nicht irreversibel geworden. Wir sind am besten Wege, die Chancen, an der „Ideenbörse“ mitzumischen, aus Be-quemlichkeit und Selbstüberschät-zung zu verschlampen.

General iR Wilhelm Kuntner

S O E B E N E R S C H I E N E N

Band 2: Fremde Heere – Die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten

Dr. Friedrich Wiener (†)

8. Auflage 1989, völlig neu bearbeitet, in zwei Teilen

Band 2A: Organisation, Militärdoktrin, Führungs- und Einsatzgrundsätze.
528 Seiten, Preis S 190,-, DM 28,20, sfr 24,10

Band 2B: Waffen, Gerät, Uniformen.
384 Seiten, S 115,-, DM 17,20, sfr 15,20

Herold Druck- und Verlagsges. m. b. H., Wien

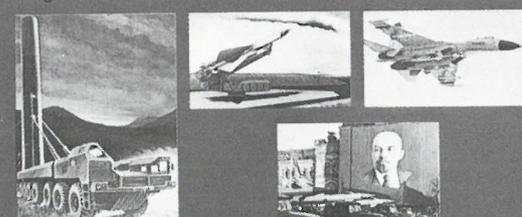
Zu beziehen über jede Buchhandlung

TRUPPENDIENST TASCHENBUCH

FREMDE HEERE DIE STREITKRÄFTE DER WARSCHAUER-PAKT-STAATEN



Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken



Teil A:
Organisation,
Militärdoktrin,
Führungs- und
Einsatzgrundsätze



Indirekte Strategie

Gorbatschow: Strategie oder taktischer Opportunist?

Europa ist im Umbruch. Während in Osteuropa die kommunistischen Regimes abgedankt haben, streben die westeuropäischen Staaten der wirtschaftlichen und politischen Einigung entgegen. Die Nachkriegsordnung Europas, die Folge von Jalta, bricht zusammen. Eine neue strategische Landkarte zeichnet sich ab. Diese Veränderungen, die vielleicht früher oder später eingetreten wären, sind mit dem Namen von Gorbatschow und den durch ihn verwendeten Begriffen *Perestrojka* und *Glasnost* verknüpft. Gorbatschow, durch einige westliche Massenmedien zum politischen „Superman“ erklärt, wird durch andere Journalisten als Konkursverwalter des sowjetischen Imperiums bezeichnet. Aus Angst vor dem Zusammenbruch des letzten Imperiums und der dadurch ausgelösten Unsicherheit eilen westliche Staatschefs Gorbatschow politisch zu Hilfe.

In der Sowjetunion nimmt aber seine Glaubwürdigkeit ab. Nicht nur, daß sein Reich durch Aufstände der Minderheiten und Republiken gekennzeichnet ist, auch das russische Herrvolk manifestiert zunehmend seine Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und politischen Lage des Riesenstaates. Bis jetzt hat es Gorbatschow verstanden, mit all diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Da-

Prof. Dr. Albert A. Stahel, Jahrgang 1943, absolvierte das Studium der Wirtschaftswissenschaften sowie der Politischen Wissenschaften an der Universität Zürich und an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und promovierte 1972. Seine militärische Ausbildung an der Rekruten-, Unteroffiziers- und Offizierschule erfolgte in den Jahren 1965 bis 1966.

Durch Studien- und Forschungsaufenthalte in den Vereinigten Staaten, in Afghanistan (Nangarhar) und in Pakistan (Peshawar) in den Jahren 1986 bis 1989 erlangte er Einblick in die Bereiche Rüstungskontrolle und Terrorismus sowie in die Afghanistan-Politik der Vereinigten Staaten; insbesondere konnte er persönliche Eindrücke über das Flüchtlingsproblem und die militärische Lage in Afghanistan gewinnen.

Besondere Anerkennung fand Prof. Dr. Stahel durch zahlreiche Fachpublikationen.



Foto: Info für die Truppe

Die in den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam festgelegte Nachkriegsordnung Europas bricht zusammen, eine neue strategische Landkarte zeichnet sich ab.

bei hat er immer wieder eine gute Portion von Schlaueit, Intelligenz und Gerissenheit bewiesen. Er hat es sogar fertig gebracht, daß der Präsident der Vereinigten Staaten ihn zum Sturz von Ceausescu aufgefordert und ihm seine politische Unterstützung für die Niederschlagung des Aufstandes im Kaukasus zugesichert hat.



Foto: NATO Review

Die derzeit laufenden Veränderungen sind mit Gorbatschow und den Begriffen *Perestrojka* und *Glasnost* verknüpft.

Aufgrund der Ereignisse der letzten Zeit stellt sich die Frage: Ist Gorbatschow ein Strategie, der seine Schritte auf seine Ziele abstimmt, oder ein Taktiker, der von Tag zu Tag handeln muß, um seine Haut zu retten? Um „die Schachzüge Gorbatschows analysieren zu können, muß man weit in die Geschichte der Strategie zurückgehen. Die westliche Strategie mit ihrer Clausewitz'schen Tradition liefert keine Antworten.

Sun Tzu: der Meister der indirekten Strategie

510 v. Chr. publizierte der chinesische Militärwissenschaftler Sun Tzu seine

13 Grundprinzipien der Kriegskunst. Seine Strategie ist durch das Ziel bestimmt, den Gegner intakt zu erobern und nicht zu vernichten. Für dieses Ziel soll der Gegner bereits in seinem strategischen Denken besiegt werden. Anstatt den Gegner frontal mit Streitkräften anzugreifen, soll er psychisch so geschwächt werden, daß er ohne Einsatz der Streitkräfte besiegt werden kann. Dazu gehört auch die Spaltung des gegnerischen Bündnisses:¹⁾

„Der Krieg ist ein Weg der Täuschung.... locke den Gegner durch einen Vorteil an; trage Verwirrung in seine Reihen und packe ihn;... ist er stärker als du, weiche ihm aus; ist der Feind in Wut geraten, so bringe ihn in Verwirrung; stellst du dich ergeben, dann rußt du bei ihm Selbstzufriedenheit hervor;... überfalle ihn, wenn er nicht in Bereitschaft ist; erscheine dort, wo er es nicht erwartet...

Ssun-Ds' sagte: Die Regeln der Kriegskunst lauten: Es ist besser, den Staat des Gegners unversehrt zu lassen, als ihn zu zerschlagen;... Am allerbesten ist es, das Heer des Gegners ohne Kampf zu unterwerfen...

Darum besteht die höchste Kriegskunst darin, die Pläne des Gegners zu vereiteln, dann seine Bündnisse zu zerschlagen,...

Diese *indirekte Strategie* setzt für das gesetzte Ziel die *Subversion*, die Spionage und die List ein. Streitkräfte spielen in der Auseinandersetzung eine fast sekundäre Rolle. Setzt der Gegner diese ein, dann werden sie durch Falschmeldungen in eine Falle geführt:²⁾

¹⁾ Ssun-Ds', Traktat über die Kriegskunst. Übersetzung aus dem Altchinesischen ins Russische und Anmerkungen von Oberstleutnant J. I. Sidorenko, mit einer Einleitung von Generalmajor Prof. J.A. Rasin; aus dem Russischen ins Deutsche übertragen von Ina Balcerowiak; Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung (Ost-Berlin 1957, S. 55 f. und 61 f.

²⁾ Ssun-Ds', a. a. O., S. 62 f.

„Daher gibt es eine Regel der Kriegführung: Sind deine Kräfte zehnfach größer als die des Gegners, so schließe ihn ein; sind deine Kräfte fünfmal größer, so greife ihn an; sind deine Kräfte doppelt so groß, so teile dein Heer; sind aber die Kräfte gleich, so verstehe es, gegen ihn zu kämpfen; sind deine Kräfte kleiner, so verstehe es, dich gegen ihn zu verteidigen; ist überhaupt etwas schlecht bestellt bei dir, so verstehe es, ihm auszuweichen.“

Die Grundlage hiezu sind genaue *Nachrichten über den Gegner*.³⁾

„Das Wissen um die Zukunft kann man nicht von Göttern und Dämonen erlangen;... Die Kenntnis des Gegners wird nur durch Menschen vermittelt... Bei keinem Unternehmen darfst du auf den Dienst deiner Spione verzichten!... Die Tätigkeit der Spione ist im Kriege von allergrößter Wichtigkeit; sie bildet die Voraussetzung für den richtigen Einsatz der Armee.“

Ausgehend von der gründlichen Nachrichtenbeschaffung, setzt diese indirekte Strategie ein vielfältiges Instrumentarium ein. Mit Hilfe von *Prostituierten, Lustknaben* und *Geschenken* wird die gegnerische Führung moralisch korrumpiert und zu Fall gebracht.⁴⁾

„... Chen Hao: Give the enemy young boys and women to infatuate him, and jades and silks to excite his ambitions.“

Nicht nur die Strategie ist indirekt, auch die *Operationen* und die *Taktik* erfolgen *indirekt*.⁵⁾

„Sei am Anfang zurückhaltend wie eine Jungfrau, und der Gegner wird die Türen öffnen; dann handle schnell wie ein hervorstürzender Hase, und der Gegner wird keinen Widerstand mehr leisten können.“



Auch Mao Tse-tung integrierte viele Thesen Sun Tzus in seine Schriften über den Guerillakrieg.

Zu Recht wird Sun Tzu als der Begründer der indirekten Strategie bezeichnet. Immer wieder haben sich chinesische Militärwissenschaftler auf ihn berufen, so auch der große Guerillaführer *Mao Tse-tung*, der viele Thesen und Überlegungen von Sun Tzu in das Schrifttum über den Guerillakrieg integriert hat.

In Westeuropa ist das Werk durch die Übersetzung jesuitischer Patres erst kurz vor der französischen Revolution bekannt geworden.

Was Osteuropa betrifft, so ist die Übersetzung von Sun Tzu in das Russische zu Beginn der fünfziger Jahre bekannt. Seither dürfte ein Einfluß der „13 Grundprinzipien“ auf die sowjetische Strategie bestehen. Auch das Werk „Perestrojka“ von Präsident Gorbatschow läßt eine gewisse Anlehnung an die Thesen von Sun Tzu erkennen.⁶⁾

„Perestrojka“ von Gorbatschow

Interessanterweise ist „Perestrojka“⁷⁾ zuerst im amerikanischen Verlag Harper and Row erschienen. Ein Hinweis dafür, daß das Buch für die Leser im Westen geschrieben worden ist. Für den Westeuropäer dürfte das sechste Kapitel mit dem Titel „Europa in der sowjetischen Außenpolitik“ maßgebend sein. Die in diesem Kapitel enthaltenen Aussagen und Thesen können wie folgt gegliedert werden:

1. Entspannung und Abrüstung.
2. Die „gesamteuropäische“ Politik.
3. Die Vereinigten Staaten als Hauptschuldige.
4. Abkoppelung der Bundesrepublik Deutschland.
5. Entnuklearisierung.
6. Weg von den Vereinigten Staaten.
7. Das „gemeinsame europäische Haus“ und die Sowjetunion.

Entspannung und Abrüstung

Gorbatschow leitet dieses Kapitel mit versöhnlichen Worten ein:⁸⁾

„Wir sind ungehalten über die Behauptung, Europa sei zum Schauplatz der Konfrontation zwischen den Blöcken und gegenseitiger Kriegsvorbereitungen verurteilt. Ihre Initiative, die schließlich ganz Europa, die Vereinigten Staaten und Kanada nach Helsinki führte, ist eine Bestätigung dafür, daß sich die sozialistischen Länder nicht mit dieser Ansicht abgefunden haben.“

Die eigentlichen Ursachen für die Teilung Europas bleiben unerwähnt: die Eroberung Osteuropas durch die Armeen *Stalins*, die Errichtung des Eisernen Vorhanges 1945 bis 1948, die Berlin-Blockade von 1948/49 und

die Versuche Stalins, den Marshall-Plan zu sabotieren.

Die Entspannung ist dank der sozialistischen Staaten wieder aufgenommen worden. Deshalb darf ihre Machtstellung nicht geschwächt werden:⁹⁾

„Auf der anderen Seite beweist dies einmal mehr, daß es dem Sozialismus zufällt, die entscheidende Rolle zu spielen, wenn es darum geht, die Gegner der Entspannung gefügig zu machen und die Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten zu normalisieren, damit aus ihnen gute Nachbarn werden. Sobald der sozialistische Einfluß nachläßt, kommt es verstärkt zu militaristischen und machtpolitischen Bestrebungen.“

Ob diese versteckte Drohung angesichts des Zerfalls im sowjetischen Vorfeld noch durchgesetzt werden kann, ist fraglich.



Der „Eiserne Vorhang“, das Symbol für die Teilung Europas.

Die „gesamteuropäische“ Politik

Bereits aus den bisherigen Aussagen kann die Notwendigkeit für die Umsetzung einer „gesamteuropäischen“ Politik – wenn möglich ohne die Vereinigten Staaten – abgeleitet werden:¹⁰⁾

³⁾ Ssun-Ds', S. 113 ff.

⁴⁾ Sun Tzu, *The Art of War*, Translated and with an Introduction by S.B. Griffith, with a Foreword by B.H. Liddell Hart, Oxford University Press, London, Oxford, New York 1963, reprint 1980, S. 68.

⁵⁾ Ssun-Ds', a. a. O., S. 109.

⁶⁾ Stahel, Albert A., *Indirekte Strategie*. Der Westen und Gorbatschow, Presdok AG, Zürich 1989, S. 160 ff.

⁷⁾ Gorbatschow, M., *Perestrojka*, Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knaur Nachf., München 1987.

⁸⁾ Gorbatschow, M., a. a. O., S. 251.

⁹⁾ Gorbatschow, M., a. a. O., S. 252.

¹⁰⁾ Gorbatschow, M., a. a. O., S. 254 f.

„Man kann eine ganze Reihe von sachlichen Argumenten aufzählen, die eine gesamteuropäische Politik notwendig machen:

1. Das dicht besiedelte und stark urbanisierte Europa ist sowohl mit Kernwaffen als auch mit konventionellen Waffen gespickt. Es wäre untertrieben, es heutzutage lediglich als ‚Pulverfaß‘ zu bezeichnen. Hier stehen sich die stärksten militärischen Gruppierungen gegenüber, ausgerüstet mit hochmodernem Kriegsgerät, das ständig auf den neuesten Stand gebracht wird. Tausende von nuklearen Sprengköpfen werden hier gelagert, während lediglich einige Dutzend ausreichen würden, um Europa in eine Hölle zu verwandeln.
2. Selbst ein konventioneller Krieg hätte heute für Europa katastrophale Folgen, von einem Atomkrieg ganz zu schweigen. Nicht nur deshalb, weil konventionelle Waffen heute eine viel größere Zerstörungskraft haben als während des Zweiten Weltkrieges, sondern auch wegen der Atomkraftwerke, zu denen etwa 200 Reaktoranlagen gehören, und wegen der großen Anzahl von chemischen Fabriken. Die Zerstörung dieser Einrichtungen im Laufe konventioneller Feindseligkeiten würde den Kontinent unbewohnbar machen.“

Dieses Szenario beinhaltet die gesamte *Büchse der Pandora*: die Zerstörung Europas durch Nuklear- und konventionelle Waffen, durch Kernkraftwerkunfälle und Unfälle in der chemischen Industrie. Das sowjetische Tschernobyl und die verschiedenen Unfälle auf nuklearangetriebenen U-Booten der Sowjetunion als gute Beispiele hierfür werden durch Gorbatschow nicht angeführt.

Die Vereinigten Staaten als Hauptschuldige

Die Vereinigten Staaten, die die Ursache für die *Gefährdung Europas durch die Pandora-Büchse* sind, werden leider durch die rechtsgerichtete Presse in Europa unterstützt:¹¹⁾

„Dennoch gibt es Ideologen und Politiker, die gegen die Sowjetunion weiterhin Mißtrauen säen. Die Mehrheit der Staaten Westeuropas segelt im Kielwasser der Vereinigten Staaten und veröffentlicht eine Menge hysterischer Artikel, doch wie immer ist die rechtsgerichtete französische Presse dabei am eifrigsten.“

Die Vereinigten Staaten sind aber auch der Hauptschuldige für die Teilung Deutschlands:¹²⁾

„Ich erinnerte Weizsäcker daran, daß die Pläne zur Teilung Deutschlands noch in den Kriegsjahren von Churchill und von amerikanischen Politikern ausgearbeitet wurden. Wir widersetzten uns diesen Plänen und sprachen uns für die Errichtung eines einzigen souveränen und demokratischen deutschen Staates aus.“

Kein Wort über die Politik Stalins, die wesentlich zur Teilung Deutschlands beigetragen hat.

Abkoppelung der Bundesrepublik Deutschland

Wie bereits mit dem „*Modrow-Plan*“ ersichtlich wurde, dürfte das Hauptziel der sowjetischen Führung die *Trennung der Bundesrepublik Deutschland von dem westlichen Bündnis NATO* und die Verhinderung des Zustandekommens der „EG 1992“ sein. Dem Konzept der Europäischen Gemeinschaft stellt Gorbatschow sein eigenes Konzept des *gemeinsamen europäischen Hauses* und die enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion als Kernstück dieses Konzeptes entgegen:¹³⁾

„Die Entwicklung Europas ist unmöglich ohne aktive Zusammenarbeit unserer beider Staaten. Stabile Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion wären in der Tat von historischer Bedeutung. Auch wenn die beiden deutschen Staaten innerhalb ihrer Systeme und ihrer Bündnisse ihre Identität bewahren, können sie doch eine wichtige Rolle bei der Entwicklung Europas und der Welt spielen. Die Sowjetunion ist an der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland interessiert. Wenn die Bundesrepublik Deutschland nicht gefestigt wäre, könnte es keine Hoffnung auf Stabilität in Europa, und somit für die gesamte Welt, geben.“

Entnuklearisierung

Neben den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten steht ein zweiter Faktor dem Einbezug der Bundesrepublik in die Einflußsphäre der Sowjetunion im Wege: die in *Westeuropa stationierten Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten* sowie die *Nuklearpo-*

tentiale Frankreichs und Großbritanniens. Nachdem die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1982/1983 gescheitert ist, sollen die amerikanischen Nuklearwaffen mit Hilfe von Verträgen abgezogen werden:¹⁴⁾

„Bei Gesprächen mit ausländischen Regierungschefs frage ich manchmal ganz direkt: ‚Glauben Sie, daß die Sowjetunion beabsichtigt, Ihr Land und ganz Westeuropa anzugreifen?‘ Fast alle antworten dann: ‚Nein, das glauben wir nicht.‘ Aber einige äußern sofort Bedenken und behaupten, die bloße Tatsache der immensen militärischen Stärke der Sowjetunion schaffe eine potentielle Bedrohung.“

Man kann derartige Argumente durchaus verstehen. Doch es ist weit weniger verständlich, wenn nationales Ansehen und Größe mit dem Besitz von Atomwaffen in Zusammenhang gebracht werden, obwohl doch feststeht, daß diese Waffen lediglich den Anreiz zu Aggressionen liefern würden und keine wirkliche, andere Bedeutung hätten, falls es zu einem Atomkrieg kommen sollte.

Wenn wir von Abrüstung als einem wesentlichen Element sprechen, das beim Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hauses als erstes beachtet werden sollte, dann wenden wir uns damit vor allem an die europäischen Atomkräfte Großbritannien und Frankreich.“

Das sowjetische Potential mit seinen *20 000 nuklearen Gefechtsköpfen* ist kein Anreiz für eine Aggression, denn sonst müßte es verschrottet werden. Die Westeuropäer insgesamt sollen auf die amerikanischen Nuklearwaffen, die Franzosen und Briten auf ihre *unabhängigen Nuklearpotentiale* verzichten und dafür an die Nichtangriffsabsichten der Sowjetunion glauben:¹⁵⁾

¹¹⁾ Gorbatschow, M., a. a. O., S. 258.
¹²⁾ Gorbatschow, M., a. a. O., S. 261.
¹³⁾ Gorbatschow, M., a. a. O., S. 262.
¹⁴⁾ Gorbatschow, M., a. a. O., S. 263.
¹⁵⁾ Gorbatschow, M., a. a. O., S. 264 ff.

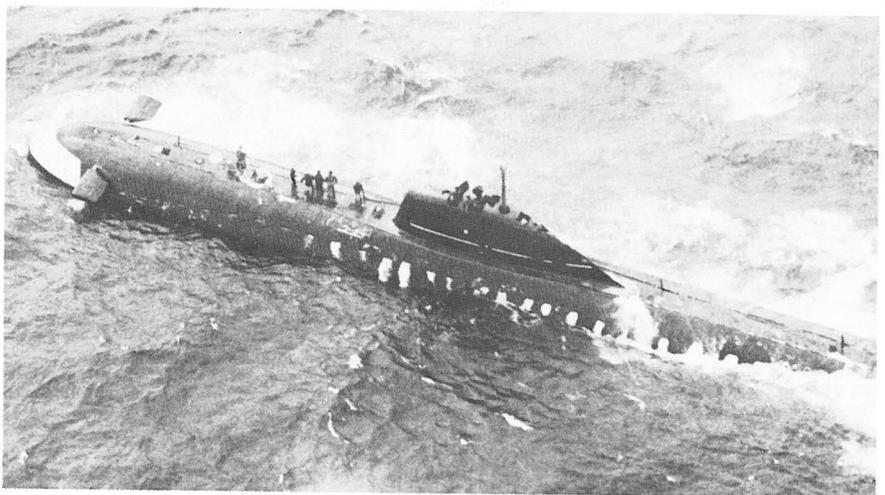
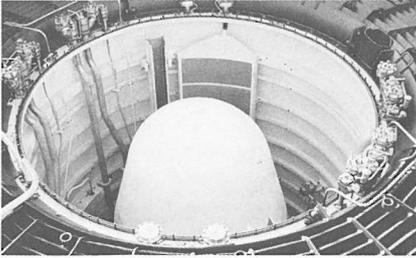


Foto: Archiv

Der Reaktorunfall in Tschernobyl, aber auch zahlreiche Unfälle auf nukleargetriebenen U-Booten der Sowjetunion sind ebenfalls – geflissentlich vergessene – Bestandteile des von Gorbatschow umrissenen Szenarios.



Sowjetische Interkontinentalrakete SS-11.

Foto: IDP

„Als wir im Zusammenhang mit unseren Vorschlägen auf Spekulationen darüber stießen, ob Moskau nun eine List vor habe und die NATO spalten, die Wachsamkeit Westeuropas einlullen und es dann überrennen wolle, und als die Idee von einem atomwaffenfreien Europa als schädlich und gefährlich bezeichnet wurde, da erklärte ich öffentlich vor allen diesen Leuten: ‚Wovor haben Sie Angst, meine Herren?...‘ Es ist höchste Zeit, mit den Lügen über die Aggressivität der Sowjetunion Schluß zu machen. Unser Land wird niemals, unter welchen Umständen auch immer, militärisch gegen Westeuropa vorgehen, es sei denn, wir und unsere Verbündeten werden von der NATO angegriffen! Ich wiederhole, niemals!...

Maßnahmen wie die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen... würden auch dazu beitragen, die Sicherheit Europas zu stärken.... Wir sind bereit, den nichtatomaren Status einer derartigen Zone zu garantieren und zu respektieren.... Jede Wohnung innerhalb des ‚europäischen Hauses‘ hat das Recht, sich vor Einbrechern zu schützen, doch dabei darf das Eigentum des Nachbarn nicht angetastet werden.“

Die bisher erbrachte Abschreckungswirkung dieser Nuklearwaffen und ihren Beitrag zur Sicherheit Westeuropas verschweigt Gorbatschow.

Weg von den Vereinigten Staaten

Damit eine neue Verteidigungspolitik in Europa ohne Nuklearwaffen durchgesetzt werden kann, müssen die Westeuropäer die *verteidigungspolitische Zusammenarbeit* mit den Vereinigten Staaten aufgeben:¹⁶⁾

„Es ist bedauerlich, daß die Regierungen der NATO-Länder, diejenigen eingeschlossen, die sich ausdrücklich von den gefährlichen Extremen der amerikanischen Politik distanzieren, schließlich dem Druck nachgeben und auf diese Weise die Verantwortung für die Ausweitung des Rüstungswettlaufs und der internationalen Spannungen übernehmen.

... manchmal hat man den Eindruck, daß die unabhängige Politik der Staaten Westeuropas entführt und über den großen Teich gebracht worden ist; die nationalen Interessen werden verpackt unter dem Vorwand, damit die Sicherheit zu schützen.“

Durch die Bindungen an die Vereinigten Staaten wird aber nicht nur die Sicherheit Westeuropas einge-

schränkt, sondern auch die *europäische Kultur bedroht*:¹⁷⁾

„Auch über der europäischen Kultur schwebt eine ernsthaft drohende Gefahr. Diese Bedrohung geht von einer ‚Massenkultur‘ aus, die über den Atlantik kommt. Wir verstehen die Besorgnis westlicher Intellektueller sehr gut. Man kann sich in der Tat nur wundern, daß eine starke, zutiefst intelligente und von Natur aus humane europäische Kultur vor dem primitiven Trubel von Gewalt und Pornographie und der Flut von billigen Gefühlen und niedriger Gedanken zurückweicht.“

Gorbatschow ist falsch informiert. Die westeuropäische Kultur ist auf den *Beitrag der amerikanischen Pornographie* nicht angewiesen.



Foto: AP

Der Einsatz sowjetischer Soldaten in Afghanistan deckte auch Ausbildungsmängel auf.

Das „gemeinsame europäische Haus“ und die Sowjetunion

Grundsätzlich sollten die Europäer untereinander, gemeinsam mit der Sowjetunion, ihre Politik unabhängig gestalten und die *Vereinigten Staaten sich aus dem „gemeinsamen europäischen Haus“ entfernen*:¹⁸⁾

„Unsere Idee von einem ‚gemeinsamen europäischen Haus‘ zielt sicherlich nicht darauf ab, jemandem den Eintritt zu verwehren. Natürlich hätten wir es nicht gerne, wenn jemand die Türen des europäischen Hauses einträte und in irgendeiner Wohnung am oberen Ende des Tisches Platz nähme.“

Erfolg oder Mißerfolg von Perestrojka?

Wie steht es mit der *praktischen Verwirklichung der Perestrojka*? Wie hoch kann die Wahrscheinlichkeit von Erfolg oder Mißerfolg aufgrund der gegenwärtigen Situation eingeschätzt

werden? Dabei ist zu beachten, daß Gorbatschow zwei Begriffe benützt: *Perestrojka* und *Glasnost*. Während er mit Hilfe der *Perestrojka* die Beziehungen zum Westen ändern und gleichzeitig die Wirtschaft der Sowjetunion verbessern will, soll mit *Glasnost* die Motivation der sowjetischen Bürger für mehr Leistung erreicht und auch der Westen über die Ehrlichkeit seiner Absichten überzeugt werden. Gorbatschow wirkt mit den beiden Begriffen sehr geschickt auf die westlichen Medien ein.

Weiters muß beachtet werden, daß die *Machtbasis Gorbatschows*, im Gegensatz zu derjenigen seiner Vorgänger – die Ausnahme ist Andropow – der *KGB* ist. Während traditionellerweise

die Partei die Oberaufsicht hatte und die Armee mit Hilfe des KGB kontrollierte, hat sich dies nach der Machtergreifung Gorbatschows definitiv geändert. Diese Machtergreifung hat sich aufgrund der *Abnützung der Partei und der Kenntnisse des KGB über den Zustand der Sowjetunion aufge-drängt*. Gorbatschow hat daher folgerichtig die *Bedeutung der Partei zuerst auf lokaler und regionaler Ebene reduziert*. Jetzt hat er die entsprechenden Schritte zur *Entmachtung der Partei auf Staatsebene* ergriffen.

Der in den letzten Jahren zutage getretene Zustand der sowjetischen Wirtschaft hat sich seit längerer Zeit abgezeichnet. Mißwirtschaft und Unfähigkeit der kommunistischen Bürokratie sowie die Belastung durch die hohen Militärausgaben dürften hierfür verantwortlich sein. Gleichzeitig hat die sowjetische Militärmacht, wie Af-

¹⁶⁾ Gorbatschow, M., a. a. O., S. 270 f.

¹⁷⁾ Gorbatschow, M., a. a. O., S. 271.

¹⁸⁾ Gorbatschow, M., a. a. O., S. 272.

ghanistan gezeigt hat, als Folge der *mangelhaften Ausbildung der sowjetischen Wehrpflichtigen und des qualitativen Absinkens der Rüstung, zunehmend das Bild eines riesigen Potemkinschen Dorfes* angenommen. Die sowjetischen Streitkräfte mußten dringend mit modernen Waffen versorgt werden. Aus finanziellen Gründen konnten diese aber nicht im Maßstab 1 : 1 ersetzt werden.

Ein weiteres Problem war die Abnahme der *Geburtenrate der Russen*. Mit der Zeit mußte mit einer Zunahme des prozentuellen Anteils der Asiaten in den Streitkräften gerechnet werden. Dies mußte zu einem Absinken des Ausbildungsstandards der Streitkräfte und zu unerwünschten politischen Folgen führen. Um dies zu verhindern, mußten die Truppen zahlenmäßig verkleinert werden. Die Reduktion der Mannschaftsbestände sollte aber nicht nur eine Steigerung der Qualität der Wehrpflichtigen bewirken, sondern über eine Entlastung der Wirtschaft auch zu besseren Waffen führen. Dies wurde seit Ende der siebziger Jahre von hohen Offizieren gefordert, so namentlich von dem früheren Generalstabschef Ogarkow.



Marschall der Sowjetunion Ogarkow.

Durch die *Reduktion der Streitkräfte und die Entlassung der Marschälle* hat Gorbatschow auch sein *eigentliches Hauptziel erreicht: Die Partei wird definitiv entmachtet und ein all-fälliger bonapartistischer Staatsstreich der Armee und der Partei gegen ihn unmöglich gemacht.*

Durch die Entmachtung der Partei und die Reduktion der Armee hat Gorbatschow seine Machtposition ausgebaut und die Herrschaft des KGB gesichert. Es existiert heute in der Sowjetunion zur Gorbatschow-Mannschaft keine Alternative. Ein Staatsstreich ist nicht zu erwarten. Alle Meldungen darüber gehören in den Bereich der Desinformationskampagne des KGB.

Genügen aber die Entmachtung der Partei, die Reduktion der Armee und

die Herrschaftssicherung Gorbatschows für die Rettung der sowjetischen Wirtschaft vor dem Kollaps?

Grundsätzlich gibt es *drei Entwicklungsrichtungen:*

1. Die Wirtschaft wird saniert und gestärkt, die Sowjetunion demokratisiert und, nach der Entlassung der kleinen Republiken in die Unabhängigkeit, in ein russisch-ukrainisches Commonwealth umgewandelt.
2. Nur die Wirtschaft wird saniert, politisch bleibt es bei der Herrschaft der Russen und territorial wird nichts aufgegeben.
3. Die Perestrojka scheitert und das Imperium bricht als Folge der Unzufriedenheit der russischen Bevölkerung mit der Versorgung sowie der Aufstände in den kleinen Republiken zusammen.

Die erste Richtung ist, da die Mannschaft Gorbatschows und der KGB kaum gewillt sein dürften, die Macht aus den Händen zu geben, wenig wahrscheinlich. Die Selbstentmachtung anzustreben, wäre untypisch russisch.

Was die zweite Entwicklungsrichtung betrifft, so hat bereits das chinesische Beispiel bewiesen, daß ohne politische Demokratisierung eine Demokratisierung der Wirtschaft auf die Dauer nicht durchsetzbar ist.

Bis jetzt weist alles daraufhin, daß die dritte Richtung eine hohe Wahrscheinlichkeit aufweist. Mit der Aufforderung, diesen Zusammenbruch zu verhindern, ist aber Gorbatschow die Macht übertragen worden. Hier setzt Gorbatschow mit seiner Perestrojka in die Beziehungen zum Westen ein. Für die Sanierung der sowjetischen Wirtschaft ist er dringend auf westliches Kapital und westliche Technologie angewiesen. Der einzige Staat, der ihm dies liefern kann, ist die *Bundesrepublik Deutschland*. Dies ist auch der Grund, warum das Hauptinteresse der sowjetischen Führung der Bundesrepublik Deutschland gilt und er der Wiedervereinigung auch zugestimmt hat. Die Bundesrepublik Deutschland bzw. Deutschland als Wirtschaftsmotor Westeuropas will Gorbatschow für die Sanierung der Sowjetunion einsetzen. Damit aber Deutschland nicht in eine politische Union unter Führung Frankreichs eingebettet wird, hat Gorbatschow dem französischen EG 92-Konzept sein Konzept des gemeinsamen europäischen Hauses entgegengesetzt.

Gleichzeitig soll ein wiedervereinigtes Deutschland nicht zur NATO gehören.

Deshalb auch die Verkündung des sogenannten „Modrow-Planes“ der *Neutralisierung Deutschlands*. Durch den Bezug der neuen alten Hauptstadt Berlin in Ostdeutschland wird der Schwerpunkt Deutschlands endgültig nach Osten verlagert. Gekoppelt mit der Ankündigung des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Deutschland und der Aufforderung an die Vereinigten Staaten, das gleiche zu tun, könnte Deutschland definitiv aus der NATO gelöst werden. Die deutsche Einheit, die Hinwendung Deutschlands nach Osten und der Abzug der Vereinigten Staaten aus Europa könnten zur postulierten Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion führen.

Kommt diese Wirtschafts- und Finanzhilfe wirklich zustande, dann dürfte aufgrund der bisherigen Entwicklung das Ergebnis nicht eine im westlichen Sinne demokratische Sowjetunion sein. Hätte Gorbatschow diese Richtung gewählt, dann hätte er viel früher die entsprechenden Schritte für die Umwandlung der Sowjetunion in ein Commonwealth einleiten müssen.

Aber auch die Sanierung der sowjetischen Wirtschaft dürfte aufgrund der immer noch vorhandenen Strukturen der Planwirtschaft und der russischen Unfähigkeit zur Organisation nicht durchführbar sein. Das Ergebnis könnte eher ein *Jugoslawien im Weltmaßstab* sein. Ein Staat, der jahrelang dank deutscher Hilfe am Leben erhalten wird, bis er nach und nach zusammenbricht. Der Preis hierfür wird für Deutschland sehr hoch sein. Das investierte Kapital wird für die Entwicklung neuer Technologien, so für den Umweltschutz, auf absehbare Zeit fehlen. Die großen Verlierer der Entwicklung werden kurz- und mittelfristig die Vereinigten Staaten sein, die ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß in Europa verlieren werden. *Gorbatschow möchte ohne sie das gemeinsame europäische Haus errichten.*

Indirekte Strategie und Machtpolitik heute

Anstelle der plumpen Machtdemonstrationen der Breschnew-Ära setzt die sowjetische Führung unter Gorbatschow die subtilen Möglichkeiten der indirekten Strategie ein, wie sie bereits vor 2 500 Jahren von Sun Tzu empfohlen worden sind. Belegt wird dies nicht nur durch das Werk „Perestrojka“, sondern auch durch seine Operationen auf dem diplomatischen Parkett und in der sowjetischen Innen-

politik während der letzten drei Jahre. Wie ein *Virtuose setzt er die Kommunikation ein, indem er Angebote und Lockungen an die Adresse der Führung und Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland richtet. Nun, Gorbatschow ist der unbestrittene Führer der Sowjetunion und, wie vor ihm Peter der Große, Zar aller Reussen. Die Errettung seines Reiches mit Hilfe der indirekten Strategie ist legitim.*

Allerdings ist er dabei einen *Wettkampf mit der Zeit* eingegangen. Ob er diesen mit seinen strategischen Fähigkeiten und seinem taktischen Opportunismus gewinnen wird, ist unsicher. Während im Inneren der Sowjetunion die Perestrojka mit Schwierigkeiten kämpft, operiert Gorbatschow in den Beziehungen zum Westen, so vor allem zur Bundesrepublik Deutschland, recht erfolgreich. *Noch hat er aber die Gefahr des Zusammenbruchs der Sowjetunion nicht abgewendet.*



Durch den Bezug der „neuen“/alten Hauptstadt Berlin in Ostdeutschland wird der Schwerpunkt Deutschlands endgültig nach Osten verlagert.

Modernste leichte Waffen für das Bundesheer?

Auf Einladung der Steyr Mannlicher Ges.m.b.H. besuchte TRUPPENDIENST die Produktionsstätte modernster leichter Infanteriewaffen in Steyr und hatte Gelegenheit, auch Neuentwicklungen kennenzulernen und mit Direktor Hambrusch ein Interview zu führen.

TRUPPENDIENST: Herr Direktor Hambrusch, angesichts der europaweiten Euphorie im Hinblick auf Abrüstung mutet es beinahe anachronistisch an, daß eine Waffenproduktionsstätte Geld in Neuentwicklungen steckt.

Direktor Hambrusch: Gerade diese Euphorie, vor allem auf dem Gebiet der nuklearen, bakteriologischen und chemischen Abrüstung, die letztlich – so ist zu hoffen – zur Ächtung und zum internationalen Verbot derartiger Waffen führen wird, kann nur auslösen, daß den konventionellen Waffen mehr Augenmerk als bisher zukommt – und hier vor allem dem Sektor leichte Infanteriewaffen. Wie jede andere Firma müssen daher auch wir zukunftsorientiert agieren und können uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Lorbeeren, die wir uns zwei-

felsohne mit dem international anerkannten und in vielen Staaten in Verwendung stehenden Sturmgewehr, dem Sturmgewehr 77/AUG, mit allen seinen Varianten erworben haben.

Das war ja letztlich auch wohl der Hauptgrund dafür, daß Steyr Mannlicher gegen schwerste internationale Konkurrenz als eine von fünf Firmen am von der U.S. Army finanzierten Projekt ACR („Advanced Combat Rifle“ = Sturmgewehr des nächsten Jahrhunderts) mitarbeitet und ihr „Know-how“ einbringen kann.

TRUPPENDIENST: Wie ich aus den uns übergebenen Unterlagen ersehen kann, arbeiten Sie firmenintern an einem „Infanterierüstungskonzept“. Was stellt sich Steyr Mannlicher darunter vor?

Direktor Hambrusch: Wohl alle Armeen, vor allem aber jene von Kleinstaaten, legen das Schwergewicht immer mehr auf die „leichte Infanterie“, wobei, ganz einfach gesagt, der hochbewegliche Infanterist, der aber waffenmäßig bestens ausgerüstet ist, das Endziel sein muß. Wenn wir den österreichischen „leichten Infanteristen“ betrachten, fällt neben der immer wieder beklagten schweren Aus-

rüstung auf, daß er vielfach auch zu schwere Individualwaffen trägt. Das gilt vor allem für das 7,62-mm-Maschinengewehr 74 als leichtes Maschinengewehr und für das alte überschwere Maschinengewehr im Kaliber 12,7 mm.

TRUPPENDIENST: Sie haben sich mit dem Problem der Vereinheitlichung und Erleichterung von Infanteriewaffen eingehend befaßt, was leiten Sie davon ab?

Direktor Hambrusch: Betrachten wir einmal – ganz abgesehen von der Masseersparnis – die Ausbildung und die Versorgung mit Munition im Jagdkampf.

Heute wird dabei noch das Maschinengewehr 74 verwendet, das heißt, Soldaten müssen neben dem Sturmgewehr noch an einem ganz anderen Waffensystem ausgebildet werden. Hätten wir hier das Sturmgewehr 77 mit schwerem Lauf, also ein leichtes Maschinengewehr im Kaliber 5,56 mm, wäre die Mehrausbildung auf ein Minimum reduziert. Es wären alle Teile austauschbar, und es gäbe nur eine Art von Munition. Daß die Feuerfolge von z. B. zwei leichten Maschinengewehren dieser Art höher wäre als die eines Maschinengewehres 74,

Oberst Alois Fink, geboren 1930 in Hieflau, maturierte 1949, trat 1951 in den Gendarmeriedienst und absolvierte 1956 bis 1957 die Militärakademie. Nach der Ausmusterung zum Arbeitsstab Infanterie versetzt, dann an der Infanterieschule Lehroffizier und Kompaniekommandant. 1963 Adjutant der Jägerschule und ab 1967 Kommandant des Vorschriften- und Versuchsstabes der Jägerschule.

bei dem der Maschinengewehr-schütze 2 ja nicht schießt, versteht sich von selbst.

TRUPPENDIENST: Und die Wirkung?

Direktor Hambrusch: Erprobungen haben gezeigt, daß bis 600 Meter, also auf jene Entfernung, auf die mit dem Maschinengewehr 74 auf Zweibein geschossen wird, die Wirkung mindestens gleichwertig ist, wozu noch das optische Visier kommt, das einen Feuerkampf auch unter Lichtverhältnissen zuläßt, unter denen dies mit einem mechanischen Visier nicht mehr möglich ist. Gleiches gilt ja wohl auch für den normalen Jägerzug, der bei einer Umstrukturierung ganz sicher kampfkraftiger wäre, wie sie aus unseren Überlegungen (siehe Kasten) sehen können.

TRUPPENDIENST: Diese Überlegungen haben gewiß ihre Berechtigung und werden wohl auch bei hohen Militärs angestellt werden.

Direktor Hambrusch: Derartige wurde bei anderen Armeen, wie z. B. der amerikanischen, schon seit einiger Zeit mit dem 5,56-mm-Maschinengewehr „Minimi“ gemacht, ebenfalls bei der britischen Armee mit der Gruppenwaffe aus der SA 80-Familie (LSW).

TRUPPENDIENST: Mit Ihrem IWS 2000 gehen Sie vor allem im Hinblick auf das Kaliber einen ganz neuen Weg. Wie kam es dazu?



Infanterie-Waffen-System (IWS) 2000.

Direktor Hambrusch: Wir gehen hier nicht nur im Hinblick auf das Kaliber, sondern auch bei der Munitionsart einen neuen Weg, nämlich mit dem Wolfram-Pfeilgeschöß.

Auch andere Armeen befassen sich schon einige Zeit mit dem Problem einer leichten Infanteriewaffe mit hoher Anfangsgeschwindigkeit, mit der Ziele auf Entfernungen um 1 000 bis 1 500 Meter – vor allem leichtgepan-



14,5-mm-IWS 2000 mit Wolfram-Pfeilgeschöß.

zerte Fahrzeuge – erfolgreich bekämpft werden können.

Mit unserer Entwicklung stehen wir heute bei einer Waffenmasse von 18 Kilogramm, bei einem Kaliber von 14,5 Millimetern, einer V_0 von 1 400 m/s und, daraus resultierend, bei einer maximalen Flugbahnüberhöhung von 0,8 auf 1 000 Meter. Die Durchschlagsleistung auf 800 Meter beträgt 40 Millimeter Panzerstahl, das heißt, die heute übliche Panzerung von Infanteriegefechtsfahrzeugen kann erfolgreich bekämpft werden. Gleiches gilt für Hubschrauber in Schweberräumen und beim Anlanden.



SIG 77 mit schwerem Lauf als IMG.

Munition am Mann	
Masse von Waffe, Munition und Zubehör/Mann	
Munition in Schuß	
Masse von Waffe, Munition und Zubehör/Trupp	

MG 74 -Trupp		I MG -Trupp	
Schütze 1	Schütze 2	Schütze 1	Schütze 2
(17)	400 / 150	378	378
13,7 kg	25,3 kg	11 kg	11 kg
400	(150)	756	
39 kg		22 kg	

Leichtes Maschinengewehr – Taktische Überlegungen

Bei einem Ersatz des Maschinengewehres 74 durch zwei leichte Maschinengewehre verfügt der Gruppenkommandant über

zwei gleichwertige Halbgruppen.

Die **Führungsfähigkeit** des Gruppenkommandanten (in der Mehrzahl Milizunteroffiziere) erhöht sich wesentlich. Der Gruppenkommandant ist nicht mehr gezwungen, dauernd umzugruppieren (Verteidigung, Angriff, ...).

Für die Miliz bedeutet der Ersatz des Maschinengewehrs 74 durch zwei leichte Maschinengewehre eine erhebliche Erleichterung im Führen der Gruppe.

In der Verteidigung:

Beide leichten Maschinengewehre feuern gleichzeitig, praktische Schußfolge 420 S/min (Maschinengewehr 74: 250 S/min).

Im Angriff:

Ein leichtes Maschinengewehr in Bewegung, das zweite gibt Feuerschutz.

Im Jagdkampf:

Durch die große Masseersparnis hohe Mobilität der leichten Maschinengewehrschützen.

Die maschinengewehr-spezifische Ausbildung:

Diese kann auf ein Minimum reduziert werden. Dadurch werden Ausbildungszeit und Kosten eingespart.



9-mm-taktische Maschinenpistole (TMP).

Wir sind der festen Überzeugung, daß mit diesem Waffensystem, das 1995 serienreif sein soll, der Infanterie eine Waffe zur Verfügung stehen wird, die ihre Kampfkraft bedeutend steigert, weil sie als ideale Ergänzung der Panzerabwehrwaffen gelten kann. Durch ihre hohe Treffwahrscheinlichkeit, Feuerfolge, Beweglichkeit und praktisch nicht vorhandene Signatur kann diese Waffe die Wirkung von Panzerabwehrkanonen, die sich auf echte harte Ziele beschränken können, ganz sicher optimieren.

TRUPPENDIENST: Von der schwersten Ihrer Entwicklungen jetzt noch zur leichtesten: Sie verfügen auch schon über Prototypen der neuen

taktischen Maschinenpistole TMP im Kaliber 9 mm?

Direktor Hambrusch: Auch hier glauben wir richtig zu liegen, wenn wir eine Waffe entwickeln, welche die Vorzüge einer Maschinenpistole bieten kann, bei Masse und Größe etwa einer heutigen Armeepistole. Die TMP hat eine Masse von 1,3 Kilogramm, eine Länge von 28 Zentimetern, ist ein Rückstoßlader für Einzel- und Dauerfeuer, weist aufgrund der Lauflänge



9-mm-taktische Maschinenpistole (TMP).

Foto: Steyr

von 15 Zentimetern hohe Präzision auf und hat eine Feuerfolge von 800 S/min.

Durch Modularbauweise sind später auch andere Kaliber wie 7,65 mm Para und 10 mm Auto möglich.

TRUPPENDIENST: An welche Verwendung denken Sie bei dieser Waffe?

Direktor Hambrusch: Es handelt sich in erster Linie um eine Selbstverteidigungswaffe, natürlich mit einer besseren Wirkung als die einer Pistole; diese Waffe könnte daher die Pistole ersetzen.

TRUPPENDIENST: Herr Direktor, wir danken für dieses Gespräch.

Das Interview mit Herrn Direktor Hambrusch führte Oberst Alois Fink. ◻

Oberstleutnant Dr. László Bencze, Ungarn

Die Ungarische Volksarmee 1947 bis 1955

Nationale Interessen sind den strategischen Zielen der Sowjetunion unterzuordnen

Im September 1947 trat der Pariser Friedensvertrag in Kraft, der außer den Bestimmungen über die Grenz-, Kriegsentschädigungs- und andere Fragen auch die Aufhebung der militärischen Besetzung und der Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates unter sowjetischer Leitung in Ungarn enthielt. Von den Leitern der am meisten angesehenen kommunistischen Parteien in Europa wurde im September 1947 die Forderung von A. A. Schdanow, dem Beauftragten Stalins, ihre nationalen Interessen den für gemeinsam erklärten Zielen der sowjetischen außenpolitischen Strategie unterzuordnen, akzeptiert. Laut des Abkommens sollten die der proletarischen Diktatur zum Sieg verhelfenden Länder die fehlenden sowjetischen Soldatenmassen und einen Teil der Kapazität der Rüstungsindustrie ersetzen, um – unter Umständen – aus



Foto: Geschichte der UVA

Aufgrund der Forderungen des Moskauer Generalstabes mußte Ungarn bis Ende 1952 264 000 Mann unter die Waffen stellen und die Mobilmachung von bis zu einer Million Soldaten vorbereiten.

dem Dritten Weltkrieg als Sieger hervorzugehen.

Forderungen des Moskauer Generalstabes

Ungarn hatte in Erfüllung der Forderungen des Moskauer Generalstabes bis 1951 neun zeitgemäße Flughäfen zu bauen, bis zum selben Zeitpunkt die zum Aufmarsch nötigen Straßen, Eisenbahnlinien und Brücken über die Donau und die Theiß wiederherzustellen, deren Kapazität sogar zu erhöhen, und in den Betrieben der Rüstungsindustrie den während des Krieges gegebenen Leistungsstand zu erreichen. Als weitere Verpflichtungen mußte Ungarn bis Ende 1952 264 000 Mann unter die Waffen

stellen, die Mobilmachung der drei Armeen (30 Divisionen), also von 850 000 – im äußersten Fall 1 000 000 – Soldaten vorbereiten und den Ausbau der Industrie für Waffen-, Munitions- und Kriegsausrüstungsproduktion beenden.¹⁾

Erhöhung der Personalstände

Der die Anweisungen sklavisch ausführende Verteidigungsausschuß, dessen Mitglieder Mátyás Rákosi, Ernő Gerő und Mihály Farkas waren, erhöhte zwischen dem Beginn des Jahres 1949 und dem Ende des Jahres 1952 die Stärke der Armee auf mehr

¹⁾ Hadi Levéltár (HL.), Honvédelmi Minisztérium (HM.), 102/05/154.

Oberstleutnant Dr. László Bencze wurde 1933 in Kaposvár, Ungarn, geboren. Nach der Matura absolvierte er eine einjährige Offiziersschule und leistete dann Truppendienst. Neben dem Dienst studierte er Geschichte, Literatur und Philosophie; Doktorat 1969, Habilitation 1980. Der Autor ist derzeit stellvertretender Direktor am Institut für Kriegsgeschichte in Budapest und mit der mitteleuropäischen Kriegsgeschichte 1815 bis 1914 und 1947 bis 1956 befaßt.



Foto: Benetze

Armeegeneral Mihály Farkas.

als das Fünffache (von 41 500 Mann auf 210 400 Mann), dabei die des Offizierskorps auf mehr als das Zehnfache (von 3 004 Mann auf 32 184 Mann). Die bewaffneten Einheiten, die dem Innenministerium unterstellt waren, waren zu diesem Zeitpunkt schon 66 000 Mann stark. Darüber hinaus wurden in der Volksarmee noch etwa 15 000 Angestellte aufgrund ständiger oder provisorischer Kollektivverträge beschäftigt. Weiters waren in den 48 Munition herstellenden und die Artillerie sowie die Infanterie mit Waffen beliefernden Kriegsbetrieben – von denen 21 neuerrichtet worden waren – 64 000 Arbeiter tätig.²⁾

Ausgaben für die Streitkräfte

Während des ersten Fünfjahresplanes betrug den direkten, den Staatshaushalt, den Investitionsbereich und den „speziellen Import“ berührenden Ausgaben der Streitkräfte 44 702 Millionen Forint. Die indirekten Ausgaben, das heißt, die zur Bedarfsdeckung der Verteidigung dienenden, aber die anderen Zweige der Volkswirtschaft belastenden Aufwendungen – Kriegsschauplatzvorbereitung, Reserven zur Sicherung der kriegstechnischen „M“-Kapazität, der Produktion und der Verletztenbetreuung, die Anlagen zum Schutz der Arbeitskraft und der Bevölkerung usw. – machten 6 394 Millionen Forint aus.

Die Standeserhöhung, die Beschaffung von Waffen und Kriegsausrüstung (zwischen 1950 und 1954 betrug die Kosten der „speziellen Importe“ aus der Sowjetunion beinahe 200 Millionen Rubel), der Ausbau der militärischen Objekte und Stützpunkte, der technischen Sperren und der Befestigungsanlagen verschlan-

gen nicht nur Riesensummen, sondern erhöhten auch die Grund- und Rohstoffbedürfnisse enorm. Das Militärbudget von mehr als 51 Milliarden war ein außerordentlich hoher Betrag im Vergleich zu der Summe von 67,4 Milliarden Forint, die in demselben Zeitraum in der Volkswirtschaft investiert wurde. Vom Nationaleinkommen verbrauchten die Streitkräfte 1950 13,9 Prozent, 1951 15,2 Prozent, 1952 25,5 Prozent und auch 1953 immer noch 24,3 Prozent. Dieser Anteil sank erst im Jahr 1954 auf 15,2 Prozent. 80 Prozent der Summen wurden für die Entwicklung der Armee verwendet, und zwar so, daß der Waffenbedarf des Innenministeriums und der Staatssicherheit zulasten des Verteidigungsministeriums gingen. Nur als Vergleich: Die Kriegsausgaben machten in den Jahren 1938 und 1939 11,9 Prozent des Nationaleinkommens aus und schnellten erst im Jahr 1942 auf 27,9 Prozent, während sie 1944, im Jahr der totalen Mobilmachung, auf 44,1 Prozent stiegen.

Staatsausgaben im Vergleich

Ob die Militärausgaben in einer gespannten internationalen Lage für zu hoch oder zu niedrig gehalten werden, mag natürlich eine theoretische Frage sein. Eine forcierte Entwicklung der Streitkräfte und eine forcierte militärische Investitionstätigkeit können jedoch nur kurzfristig den Erfolg der strategischen Vorstellungen sichern. Denn die in den anderen Wirtschaftszweigen geschaffenen Disproportionen führen mit der Zeit nicht nur zu einer Produktionsanarchie, sondern auch zum völligen Zusammenbruch des Verteidigungsvermögens des Landes. Während des ersten Fünfjahresplanes entstanden derart

ausgefallene Anomalien, daß es sich lohnt, sich mit einigen Angaben eingehender zu befassen:

Für den Wohnungsbau gab der Staat zwischen 1950 und 1954 3,9 Milliarden Forint und für die Ausrüstung der Artillerie mit überholten Geschützen allein im Jahr 1952 3,6 Milliarden Forint aus. Die Textilindustrie erhielt während fünf Jahren insgesamt nur 700 Millionen Forint für Investitionszwecke, dagegen der Etappenbekleidungsdienst der Armee im Jahr 1952 1,7 Milliarden und im Jahr 1953 1,9 Milliarden Forint. Das Nachrichtenkommando verbrauchte innerhalb von zwei Jahren mehr, als durch die Post während fünf Jahren investiert wurde. Der Betrag von 1,67 Milliarden Forint für die Entwicklung des Unterrichtswesens während fünf Jahren erreichte nicht die Summe von 1,86 Milliarden Forint, die die Armee in einem einzigen Jahr, im Jahr 1953, für Gehälter ausgab. Das Jahreseinkommen von Mihály Farkas bzw. die Summe seiner Vertrauens- und Sonderausgaben (belegt aus dem Jahr 1952) belief sich auf 2 185 520 Forint, ein Betrag, welcher dem Gesamtgehalt eines Leutnants während 200 Jahren entsprach. Wenn man schließlich bedenkt, daß die Investitionen der Rüstungsindustrie zwischen 1950 und 1952 18 Prozent der Investitionen der Industrie und 60 Prozent der des Maschinenbaues ausmachten, kann getrost behauptet werden, daß die Zielsetzungen des ersten Fünfjahresplanes durch die Verteidigungskosten völlig illusorisch wurden.³⁾

²⁾ HL. HM., 102/04/315. HL. HM., Személyügyi Főcsoportfőnökség 68/07/440, 1953.

³⁾ „Adatok és adalékok a népgazdaság fejlődésének tanulmányozásához 1949-1955“, Kézirat, Központi Statisztikai Hivatal, Budapest, 1957. „Az ország honvédelmi és belső biztonságát szolgáló gazdasági tevékenység alakulásának elemzése az 1950-1970-ig terjedő időszakra.“ Országos Tervhivatal dokumentuma, Kézirat, Pénzügyminisztérium.

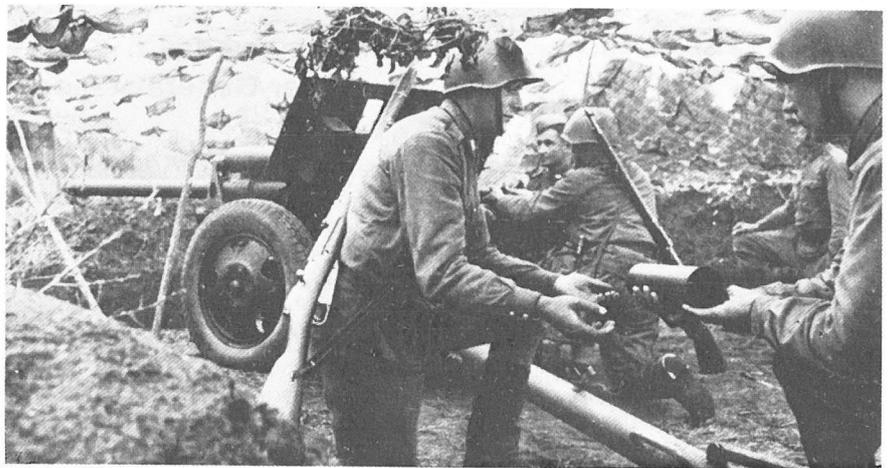


Foto: Geschichte der UVA

Für die Ausrüstung der Armee mit überholten Geschützen wurden allein im Jahr 1952 3,6 Milliarden Forint ausgegeben.

Verschwendung von Staatsmitteln

Mit den reichlich zur Verfügung gestellten Mitteln wirtschaftete das Verteidigungsministerium infolge der beruflichen Unzulänglichkeit, der Immoralität und der unbeschränkten Macht der Heeresleitung außerordentlich verschwenderisch, was die Wirtschaftslage des Landes bedeutend verschlechterte. Erst nach der Ablösung von Mihály Farkas in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 konnte es zu einer umfassenden Untersuchung kommen, die am 4. April 1954 abgeschlossen wurde. Der Bericht „Das Wirtschaften der Volksarmee mit den Krediten aus dem Budget des Jahres 1953 und die Durchführung der Dokumentarprüfung“ lenkte die Aufmerksamkeit auf zahlreiche Schäden von kleinerem oder größerem Wert.

Zum Beispiel forderte das Gruppenkommando für Finanzwesen in der Regel empirisch die Summen für die Bezüge an und konnte im Jahr 1953 trotz der radikalen Kostensenkung 20 Millionen Forint nicht verbrauchen. Das Gruppenkommando für Sanitätswesen verlangte neun Millionen Forint und verbrauchte davon drei Millionen nicht. Das Kommando der Luftstreitkräfte begann ein eigenes Kasino in der Folyondár-Straße zu bauen. 1200 Last- und Personenkraftwagen, die zum Zentralbestand des Fahrzeugmaterialdepots gehörten und im Freien lagerten, wurden beschädigt und funktionsuntüchtig. Von der Sportmaterialbestellung in Höhe von 2,5 Millionen Forint, die das Gruppenkommando für die Kriegsausbildung der Schützen erteilt hatte, blieb Material im Wert von 640 000 Forint im Depot. Das Gruppenkommando für Rüstung und das Institut für Kriegstechnik forderten völlig überflüssig 146 Millionen Forint an. Der Etappendienst der Volksarmee verlangte für das Jahr 1954 200 000 Tonnen Kartoffel, dabei haben die Soldaten bestimmt keine Tonne pro Kopf in einem Jahr gegessen. Während der Jahresverbrauch der Gesamtbevölkerung an Fleisch im Jahr 1952 36 Kilogramm und im Jahr 1953 28 Kilogramm pro Kopf ausmachte, lag diese Menge in der Armee über 55 Kilogramm. Die höheren Kommandanten durften monatlich 90 000 Forint für Repräsentationszwecke und weitere 52 000 Forint für besondere Zigaretten und Zigarren ausgeben. Das „Saunabad“ von Mihály Farkas kostete im Jahr 1949 226 000 Forint, und im Sekretariat des Ministers wurden jährlich 20 Doppelzentner Bohnenkaffee verbraucht.

Mängel in Struktur und Bewaffnung

Trotz der investierten Riesensummen waren weder Struktur noch Bewaffnung der Volksarmee zur Durchführung der gesetzten militärischen Ziele geeignet. Das Verhältnis zwischen den Land- und den Luftstreitkräften lag weit unter dem Durchschnitt der westeuropäischen Länder. Überdies wurden die aus der Sowjetunion anfangs gelieferten Flugzeuge, vor allem das Gros der Type Yak-9, infolge der falschen Lagerung nach dem Krieg unbrauchbar, und bei den später eingesetzten Flugzeugen bereite-



Fotos: A hazai szolgálatból

ten der ständige Ersatzteilmangel und die technischen Unzulänglichkeiten Schwierigkeiten. Bei den Luftstreitkräften gab es allein im Jahr 1953 101 Vorkommnisse und elf Katastrophen, bei denen 17 Mann getötet, 23 Flugzeuge vernichtet und 77 schwer beschädigt wurden, das heißt, etwa ein Drittel der zur Jahresausbildung verfügbaren Kampfmittel wurde unbenutzbar. Es war bestimmt kein Zufall, daß ein Flugzeug vom Typ „Cannberra“ den ungarischen Luftraum so passierte, daß es von der Luftabwehr zunächst gar nicht bemerkt wurde und dann nicht abgefangen werden konnte.⁴⁾

Auch die Panzerwaffe hätte ihre operativen Aufgaben wegen der stockenden sowjetischen Lieferungen nicht erfüllen können, denn sie hatte nicht

einmal die Hälfte der Kampfwagen, die in der für modern erklärten sowjetischen Organisation als verbindlich vorgeschrieben waren. Zur Beurteilung der Mobilität führen wir nur die folgenden Angaben an:

Eine 19 000 Mann starke amerikanische Division verfügte über fast 4 000 Fahrzeuge, während die gesamte Volksarmee nur 8 000 Schlepper, Last- und Personenkraftwagen hatte. Das Gros der Schützen, die das Rückgrat der Streitkräfte bildeten, gebrauchte das in der russischen Armee im Jahr 1896 eingeführte „lange Gewehr“. Jahrzehnte hindurch war es sozusagen eine Pflicht, es als „sieg-

Auch die Panzerwaffe hätte ihre operativen Aufgaben wegen der stockenden sowjetischen Lieferungen und zu geringer Gesamtbestände nicht erfüllen können.

Das Gros der Schützen war noch mit dem 1886 in der russischen Armee eingeführten „langen Gewehr“ ausgerüstet.

reiche Waffe“ zu rühmen, obwohl es bereits im russisch-japanischen Krieg eine Niederlage erlitten hatte und in der sowjetischen Armee schon 1946 die Maschinenpistole Kalaschnikow eingeführt worden war. Außerdem mußten zum Beispiel 1953 52 800 Gewehre nach der ersten Schießprobe wegen Qualitätsmängel der durch das ungarische Hüttenwesen produzierten Metallgüsse für unbrauchbar erklärt werden.⁵⁾ Man kann die Annahme riskieren, daß die tatsächlichen Verluste an den Fronten eines eventuellen Dritten Weltkrieges in Anbetracht der Luftüberlegenheit und der Atomwaffen der westlichen Länder sowie der Mobilität und Feuerkraft ihrer Landstreitkräfte wesentlich höher gewesen wären als der durch die ungarische Militärführung für ein Jahr geschätzte blutige, das heißt unersetzliche Verlust von 200 000 Mann. Über kurz oder lang wären auch der für die Mobilisierung nicht in Betracht gezogene und zur Arbeit im Hinterland gelassene Teil der wehrpflichtigen Altersklassen von etwa 2,9 Millionen Mann wie auch der Großteil der Bevölkerung verblutet.

⁴⁾ HL. HM., Titkárság, 1953/451.

⁵⁾ Ugyanott.

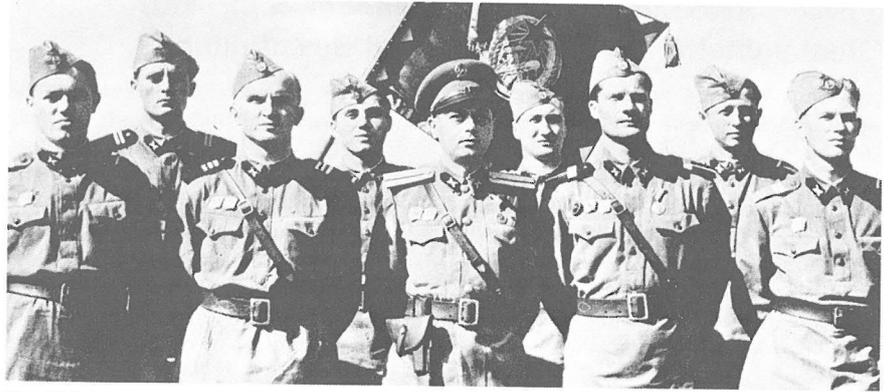
Der Aufbau des Führungskaders

Eine der Hauptvoraussetzungen für die Kriegsvorbereitungen, mit denen in der Ungarischen Volksarmee begonnen wurde, die massenhafte Ausbildung von Offizieren, war am Ende des Jahres 1952 scheinbar erfolgreich abgeschlossen. Den Dienst in der Armee übernahm die Mehrheit der 32 184 Mann, 26 Generäle, 1 764 Stabs-offiziere und 30 394 Subalternoffiziere freiwillig – im edelsten Sinne des Wortes aus Liebe zum Vaterland und aus Verantwortung für die Daheimgelassenen –, denn ein neuer Weltkrieg schien unvermeidbar zu sein. In der hysterisch feindseligen politischen Atmosphäre glaubten selbst die zuversichtlichsten oder eben dümmsten jungen Leute nicht an die Möglichkeit der dauerhaften Sicherheit und des Wohlstandes für den einzelnen. Viele traten im Auftrag der Partei oder unter Zwang in die Reihen der Berufsoffiziere, aber auch sie waren sich darüber im klaren, was auf sie wartete. Die Mehrheit der Bewerber wurde zugleich auch dadurch stark motiviert, daß ihnen damit die Weichen für einen schnellen Aufstieg gestellt wurden, das heißt, sie konnten in eine höhere soziale Stellung als ihre Eltern kommen, ohne sich anstrengen zu müssen.

Personalstrukturen werden verändert

Die oberste Parteileitung strebte bei der Heranbildung des Offizierskorps bewußt die Abschaffung der sogenannten Geburtsprivilegien an, wobei die Berechtigung dieses Vorurteils gar nicht untersucht wurde. Auch die militärischen Autoren der vergangenen Jahrzehnte hielten es für ein „unvergängliches Verdienst“ und für eine Tatsache „von bestimmender Bedeutung“, daß sich die Klassenzusammensetzung des Offizierskorps veränderte. Damit verabsolutisierten auch sie selbst die Vorschriften der aktuellen politischen Propaganda und betrachteten die Voraussetzung der zur Kriegführung erforderlichen außerordentlichen Fachkenntnisse ihrer Wichtigkeit nach nur als sekundär. Das hatte natürlich eine falsche Selektion, die Reproduktion der Geburtsrechte neuen Typs, eine neue soziale Scheidelinie zur Folge, die die Arbeiter den Schichten der Angestellten, Beamten, Kleinhandwerker und Intellektuellen gegenüberstellte.

Am Ende des Jahres 1952 gingen die Berufsoffiziere zu 38,7 Prozent aus



Die Mehrheit der Soldaten der UVA übernahm ihren Dienst freiwillig und aus Vaterlandsliebe, denn ein neuer Weltkrieg schien unvermeidbar. Das Foto zeigt auch die 1951 einsetzende Anpassung der Uniformen an das sowjetische Vorbild.

den Familien der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und zu 32 Prozent aus denen der Industriearbeiter hervor. Der Rest, die sogenannten „Anderen“, gehörten zu der zweitrangigen Kategorie, in der der individuelle Aufstieg beschränkt war. Eine ähnliche Unterscheidung wurde auf Anordnung der Parteileitung auch bei den Offizieren der Reserve, einer 87 134 Mann starken Personengruppe, getroffen. Ungefähr die Hälfte von ihnen gehörte zu der „politisch völlig zuverlässigen“ Gruppe I, 20 130 Mann waren in der „verwendbaren“ Gruppe II, während die „politisch Unzuverlässigen“ in die letzte Gruppe eingereiht wurden. Letztere waren übrigens in ihrer Mehrheit über Kriegserfahrungen verfügende Reserveoffiziere der alten Armee. Innerhalb der Berufsoffiziere stieg der Anteil der neuen Offiziere von 5,3 Prozent des Jahres 1949 im Jahr 1953 auf 91,3 Prozent. Auch aus der Statistik von 1953 geht hervor, daß nur 2,7 Prozent der restlichen 8,7 Prozent den Abschluß der Ludovika-Akademie oder eines Lehrgangs für Offiziere bzw. Unteroffiziere hatten, und daß es in der Armee keine einzige Person gab, die an der alten Führungsakademie studiert hatte.⁶⁾

„Säuberungen“

Mihály Farkas verstand trotz seiner Beförderung zum Generalobersten, später zum Armeegeneral, nichts von militärischen Fragen, und auch in seiner Umgebung duldete er keine Leute mit Fachkenntnissen, die eventuell seine materiellen und anderen Vorrechte hätten gefährden können. Mit seinen unwissenden und karrieristischen Handlangern – den Feldmarschalleutnanten István Bata, István Szabó, Sándor Nógrádi, dem Generalmajor Pál Ilku und anderen – entfernte er zwischen 1949 und dem Sommer 1950 unter verschiedenen Verleumdungen und mit Billigung der

obersten Parteileitung zwölf Generäle und 1 100 höhere Offiziere aus der Armee. Das Schicksal der Gebrandmarkten mündete oft in persönlichen Tragödien.

Im selben Jahr bekamen 539 ehemalige Offiziere die Möglichkeit zur Reaktivierung, die abzulehnen nicht ratsam war. Der Minister und die von ihm herausgehobenen Kommandanten, die über keine militärischen Kenntnisse verfügten, stützten sich vor allem auf diese eingeschüchterten, aber routinierten Offiziere der alten Armee, die infolge ihrer politischen Unzuverlässigkeit keine Gefahr für die einträgliche Position der Vorgesetzten bedeuteten. Diese Führer, die von ihren Stellvertretern lebten, bewiesen zur gleichen Zeit mit „Enthüllungen“, Schauprozessen, Hinrichtungen, Internierungen, Ablösungen oder der erzwungenen und demütigenden Selbstkritik der Nicht-Bestraften vor der Obrigkeit die eigene Zuverlässigkeit. Vor den Volksmassen gefielen sie sich in der Rolle der felsenfesten Führer.

Die Militäranwältschaften, die je zur Hälfte aus Akademikern und aus ungeschulten, dafür aber „wachsamen“ Kadern bestanden, stellten die für schuldig erklärten Offiziere, Soldaten und Zivilisten massenweise unter Anklage. Die Kriegsgerichte, die auf einem ähnlichen Wissensniveau standen, fällten ihre Urteile wie am Fließband. Der Verfasser weiß für das Jahr 1950 nur von 1 100 solchen Offizieren, aber laut den Statistiken wurden 1951 etwa 10 000, 1952 6 500 und auch noch 1953 4 600 Personen von den Kriegsgerichten verurteilt. Demnach entfielen in diesen Jahren durchschnittlich 367, 263 bzw. 187 Urteilsfällungen auf einen Kriegsrichter. Man kann mit Recht fragen, wer dabei infolge der unzulänglichen Fachkenntnisse, des von oben ausgeübten Druckes oder

⁶⁾ HL. HM., 102/05/3, A Katonai Tanács 1954. november 11-i ülése. HL. HM., 102/05/312.

aufgrund der eine sachliche Erwägung verhindernden Zeitnot unschuldig litt, und ob die verdienstermaßen auferlegten Strafen aus dieser Menge ausgesondert werden können. Auch diese sinnlose Strenge verdeckte die Tatsache, daß es an militärischen Kenntnissen fehlte, die zur Begegnung der unmittelbaren Kriegsgefahr erforderlich gewesen wären. Mihály Farkas hegte trotz seiner Ungebildetheit krankhafte Ambitionen als Feldherr. Sein Generalstabschef, István Bata, war ein besonders unterwürfiger und ohnmächtiger Mann, als Rivale für den Minister völlig ungefährlich.

Nach sowjetischem Vorbild

Mihály Farkas zeichnete sich erst recht in der Nacheiferung des sowjetischen Vorbildes aus. Die Abschaffung der ungarischen Uniform und die Einführung der russischen Gymnastorka verschlangen Milliarden. Allein der Wert des dadurch überflüssig gewordenen alten Kleiderstoffes machte 21 Millionen Forint aus. Als eine noch größere Fehlentscheidung erwies sich die Einführung der jährlich 50 Millionen Forint verschlingenden Sommerlager, was meistens einen Waldaufenthalt vom April bis Oktober bedeutete. Die verheirateten Offiziere und Unteroffiziere durften monatelang nicht nach Hause fahren, selbst dann nicht, wenn ihre Garnison nur sechs

Jahr 1953 wuchsen diese Zahlen auf 8 000 bzw. auf 11 500 an. Dabei enthalten diese Angaben nur die Soldaten, nicht jedoch die Opfer der von István Bata forcierten „Familienlager“, die kranken Kinder und Frauen. Aufgrund des obigen ist es wohl kaum überraschend, daß bei der im Herbst 1953 durchgeführten Ausbildungsinpektion fünf von den sechs inspizierten Regimentern für einsatzunfähig befunden und auch im sechsten schwere, den Erfolg schmälernde Mängel festgestellt wurden.

Schulische Voraussetzungen und Ausbildungsstand

Nach den Angaben der Personalstatistik von 1953 verfügten 41 Prozent der Gruppenkommandanten, Truppenchefs, Waffenkommandanten und deren Stellvertreter, der Armeekorps-, Divisions- und Brigadekommandanten, also der militärischen Führungskräfte, die an den Fronten die Soldaten befehligen sollten und für deren Leben verantwortlich waren, nicht über die Ausbildung, die für ihre Positionen erforderlich gewesen wäre. Die Mehrheit erhielt die Ernennung für ihre Vergangenheit in der Arbeiterbewegung, für ihre Beziehungen zu den obersten Parteifunktionären und für die erfolgreiche Absolvierung von einige Wochen oder Monate währenden Militärkursen. Insgesamt nur ein

einem Fünftel der den Truppenverbänden zugewiesenen Bataillons- oder Abteilungskommandanten bzw. der ihnen gleichgestellten Referenten und Etappenchefs erworben. Zur gleichen Zeit absolvierten 98 Prozent der Zugführer eine ein- oder zweijährige Offiziersschule und hatten somit fundierte militärische Kenntnisse. Dazu kam noch, daß die jungen, leistungsfähigen und ehrgeizigen Leutnants ihre ungelerten und zögernden Vorgesetzten Tag für Tag in Konfliktsituationen brachten, die jedoch von letzteren meist mit einem Machtwort gelöst wurden. Zur Beseitigung der stetigen Gegensätze konnten auch die Unterschiede im zivilen Schulabschluß wenig beitragen, denn zwei Drittel der Subalternoffiziere hatten sechs bis acht Klassen der Grundschule, ein Drittel die sogenannte Bürgerschule, eventuell die unteren Klassen der Mittelschule (Gymnasium) beendet, während sich ein Drittel der Generäle und ein Viertel der höheren Offiziere auf dem Niveau befanden, daß sie gerade noch schreiben und lesen konnten.⁷⁾

Der Rat der Generäle setzte endlich am 11. Dezember 1954 den Bericht „Die Kadrsituation in der Volksarmee“ auf die Tagesordnung. Darin wurde bedauernd festgestellt, daß nur 15 Prozent der Berufsoffiziere die mittlere Reife und 85 Prozent von ihnen nur acht oder weniger Klassen Schulausbildung absolviert hatten.⁸⁾

Die Parteileitung ließ die Erfordernisse eines Menschen und Waffen auf die Probe stellenden eventuellen Krieges außer acht. Sie war auch nicht von der Belastung der Volkswirtschaft durch die verschwenderischen militärischen Ausgaben, den Unterhaltskosten der Armee in übertriebener Höhe, erschüttert, sondern sie bereitete sich auf künftige Waffenkonflikte auch noch mit den Waffen des letzten Krieges und mit der Einbürgerung der überholten sowjetischen Kampfweise vor. Darüber hinaus beraubte sie die Armee unter der bombastischen Berufung auf die „Veränderung der Klassenzusammensetzung des Offizierskorps“ der tüchtigen Führungskräfte und vertraute die Truppen in der überwiegenden Mehrheit ungelerten und unfähigen Kommandanten an. Diese Erschütterung des Verteidigungsvermögens des Landes kam einem potentiellen Selbstmord gleich. Die Fehlentscheidungen der Vorgesetzten hätten die jungen Ungarn leicht mit ihrem Leben büßen können.

⁷⁾ HL. HM., 102/05/154.

⁸⁾ HL. HM., 102/05/3, A Katonai Tanács 1954. november 11-i ülésé.



Trotz verschwenderischer Unterhaltskosten für die Armee bereitete man sich für künftige Konflikte mit den Waffen des letzten Krieges und mit der Einbürgerung der überholten sowjetischen Kampfweise vor.

bis zehn Kilometer weit entfernt von ihrem Heim lag. Durch die rückständigen hygienischen Verhältnisse, das niedrige Niveau der Verpflegung und den Mangel an gesundem Trinkwasser brachen schier überall Seuchen aus, die trotz der den Kommandanten und Ärzten auferlegten schweren Gefängnisstrafen, gegebenenfalls Hinrichtungen, nicht aufzuhalten waren. Im Jahr 1952 litten 5 300 Mann an der Ruhr und mehr als 10 000 Mann an anderen infektiösen Krankheiten. Im

Drittel der Befehlshaber der Regimenter, selbständigen Abteilungen oder der Bataillone bzw. der Abteilungsleiter beim Generalstab und der Institutskommandanten konnte das zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Zeugnis aufweisen. Bei den Abteilungsleitern des Verteidigungsministeriums, bei den Operations-, Ausbildungs- und Aufklärungschefs war dieser Anteil kaum ein Viertel. Die zu einer verlässlichen Pflichterfüllung nötigen Kenntnisse wurden nur von

Taktik und Einsatzgrundsätze

Oberst dG Edmund Entacher und Major dG Edwin Potocnik

Lage „PILGERSDORF“ (I)

Lösungsvorschläge

Aufgabe 1:

Beurteilung der Lage durch den Kommandanten des gemvst PzGrenB 45:

1. Erfassen des Auftrages

Der Auftrag, gemvst PzGrenB 45 verzögert den Feind ab der Staatsgrenze und verhindert zumindest unter Abnutzung der feindlichen Vorhuten ein rasches Durchstoßen der Angriffsspitzen auf die verteidigenden eigenen Teile, verlangt

- die Vorbereitung und Führung des Verzögerungskampfes in einem 12 bis 15 km breiten und 8 bis 10 km tiefen Gefechtsstreifen,
- das Heranführen des Bataillons aus einem etwa 30 km entfernten Mobaufstellungsort in den Gefechtsstreifen, die Eingliederung einer JaPzKp, einer PzKp, der PzFIABt und der PzPiKp, die Zusammenarbeit mit einer JaKKp und einer GRÜGrp bei vorgeordnetem Sicherungseinsatz sowie die Abgabe von zwei PzGrenKp,
- die Abstimmung der Kampfführung mit der JaKKp sowie das Bereithalten von Eingreifkräften für den Fall eines vorgestaffelten Sicherungseinsatzes,
- die Aufnahme des Verzögerungskampfes möglichst weit vorne,
- die Abnutzung zumindest der Vorhuten der vorne angreifenden Regimenter so, daß ihnen ein Werfen der Gefechtsvorposten der im VBer eingesetzten kleinen Verbände nicht mehr möglich ist,
- die nochmalige Nutzung der Linie der Gefechtsvorposten des vst JgB 40 und des gemvst JaPzB 44 für eine nachhaltige eigene Kampfführung,

Oberst dG Edmund Entacher, Jahrgang 1949, absolvierte die Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie und wurde 1974 zur Truppe ausgemustert. Bis 1979 war er als Zug- und Kompaniekommandant im Jägerbataillon 21 tätig und besuchte anschließend bis 1982 den Generalstabskurs. Bis 1985 war er Hauptlehrer/Taktik an der Theresianischen Militärakademie und ist seither Institutsleiter für Offiziersausbildung an dieser Ausbildungsstätte.

Major dG Edwin Potocnik, geboren 1956 in Kapfenberg, wurde nach der Ausbildung an der Theresianischen Militärakademie zum Kommandobataillon nach Stockerau ausgemustert. Nach Verwendungen als Ausbildungsleiter, Lehrzugkommandant und stellvertretender Jahrgangskommandant/Militärakademie absolvierte er den 11. Generalstabskurs an der Landesverteidigungsakademie. Seit 1988 ist er als Taktiklehrer an der Militärakademie eingeteilt.

- die Vorbereitung des Zusammenwirkens mit PzAB 20 und Luftnahunterstützung durch Jagdbomber für den Verzögerungskampf,
- die Abstimmung der Kampfführung vor allem bei der Rücknahme von Kräften des in der linken Flanke eingesetzten Brigadedaufklärungszuges,
- Absprachen bezüglich der Aufnahme mit vst JgB 40 und gemvst JaPzB 44,
- nach Rücknahme das Bereithalten als Brigadereserve 2 in einem Verfügungsraum südlich PILGERSDORF zur Führung von Gegenangriffen in den Gefechtsstreifen des vst JgB 40 sowie zur Zerschlagung von Luftlandungen an den REKA-Übergängen im Raum WEISZENBACHL.

Der Auftrag läßt im allgemeinen Handlungsfreiheit; Einschränkungen ergeben sich im Fall eines vorgestaffelten Sicherungseinsatzes an der Staatsgrenze durch das Erfordernis des Bereithaltens von Eingreifkräften.

2. Beurteilung des Geländes

Taktische Bewertung des Geländes im großen

Das Gelände stellt sich im Gefechtsstreifen als

- Panzergelände, das durch das zusammenhängende Infanteriegelände der Waldgebiete bei MAUTZERN und OBERRABNITZ unterbrochen wird,
- Infanteriegelände im unmittelbaren Bereich der Ortschaften LOCKENHAUS, ROCHENAU, WEITEN, MAUTZERN, WALKEN sowie einer
- Infanterielinie entlang des KAMPBACHES mit den wesentlichen OST-WEST-verlaufenden Bewegungslinien SEIBERAU, RÜGGEN, KEMETEN, OBERRABNITZ, MAUTZERN, LANGAU und LOIBEN, LOCKENHAUS, ST. MARTIN dar.

Einfluß des Geländes auf die feindliche und eigene Kampfführung

Ein feindlicher Angriff aus dem Raum SÜDSTAAT wird durch den MAUTZERNER bzw. OBERRABNITZER WALD geteilt. Südlich dieses Waldgebietes erlaubt das Gelände den entwickelten Ansatz eines Bataillons mechanisierter Infanterie mit zwei Kompanien voraus.

Dieser Ansatz wird durch die Ortschaft LOIBEN, die selbst nur ein tiefgestaffeltes Vorgehen einzelner Kampffahrzeuge zuläßt, auf die Breite einer entwickelten mechanisierten Kompanie beiderseits der Bahnlinie kanalisiert.

Dies wird beim Einsatz eigener Kräfte unmittelbar an der Staatsgrenze zu berücksichtigen sein, wobei das Gelände in der Ortschaft den Einsatz infanteriestarker Kräfte und entlang der Bahnlinie den von weitreichenden Panzerabwehrwaffen (JaPz) mit entsprechendem infanteristischem Schutz erfordert.

Beobachtungsmöglichkeiten für den Angreifer bieten sich vor allem aus dem Bereich der Höhen südlich LOIBEN, was beim Leistungsbezug und der Stellungswahl hier einzusetzender Kräfte sowie durch den Einsatz von Blendfeuer in der Phase des Abbrechens des Gefechts zu berücksichtigen sein wird.

Unterstützungsmöglichkeiten durch weitreichendes Flachfeuer sind nur im unmittelbaren Bereich der Angriffsspitzen gegeben, denen durch entsprechende Stellungswahl begegnet werden kann.

Ab dem Heraustreten aus dem Raum LOIBEN läßt das Gelände den entwickelten Ansatz von drei mechanisierten Kompanien in vorderer Linie entlang der Bewegungslinie LOIBEN, ROCHENAU sowie ostwärts davon zu.

Der Angriff wird dann durch die Waldstücke ostwärts ROCHENAU kanalisiert, der Raum erlaubt jedoch beiderseits weiterhin den entwickelten Ansatz von zwei mechanisierten Kompanien.

Beobachtungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für einen Angreifer bieten vor allem die südlichen Abhänge des MAUTZERNER WALDES bis in das Ortsgebiet ROCHENAU.

Darüber hinaus bieten quer verlaufende Geländerippen beiderseits der Bahnlinie immer wieder Unterstützungsmöglichkeiten für weitreichendes Flachfeuer.

Damit begünstigt das Gelände zwischen LOIBEN und ROCHENAU, bei entsprechendem Fliegerabwehrschutz, das überschlappende Zurückgehen von im Raum LOIBEN eingesetzten eigenen Kräften (GVP).

Ein Einsatz von Kräften zu nachhaltiger Kampfführung im Raum des Höhengebietes zwischen ROCHENAU und MAUTZERN erscheint nur bei entsprechender Stellungswahl und flankierender Wirkung der dort einzusetzenden weitreichenden Panzerabwehrwaffen – Panzerabwehrkanonen, Jagdpanzer oder Kampfpanser – unter Ausnutzung der frontalen Deckungen zielführend. Darüber hinaus werden infanteristische Kräfte zum Schutz der Panzerabwehrwaffen sowie zur Unterbindung der Unterstützungsmöglichkeiten aus dem Raum ostwärts ROCHENAU einzusetzen sein.

Den Unterstützungsmöglichkeiten aus dem Raum des Südabhanges des MAUTZERNER WALDES wird vor allem durch entsprechende Stellungswahl sowie durch Blendfeuer zu begegnen sein.

Nach Überschreiten der Linie ROCHENAU und der ostwärtigen Höhen teilen die Ortsgebiete von WEITEN und LOCKENHAUS den Feindansatz. Nördlich dieser Linie erlaubt das Gelände den Ansatz von bis zu zwei entwickelten mechanisierten Kompanien vorne an den nordostwärtigen Ortsrand von LOCKENHAUS, wo der Angreifer stark kanalisiert wird.

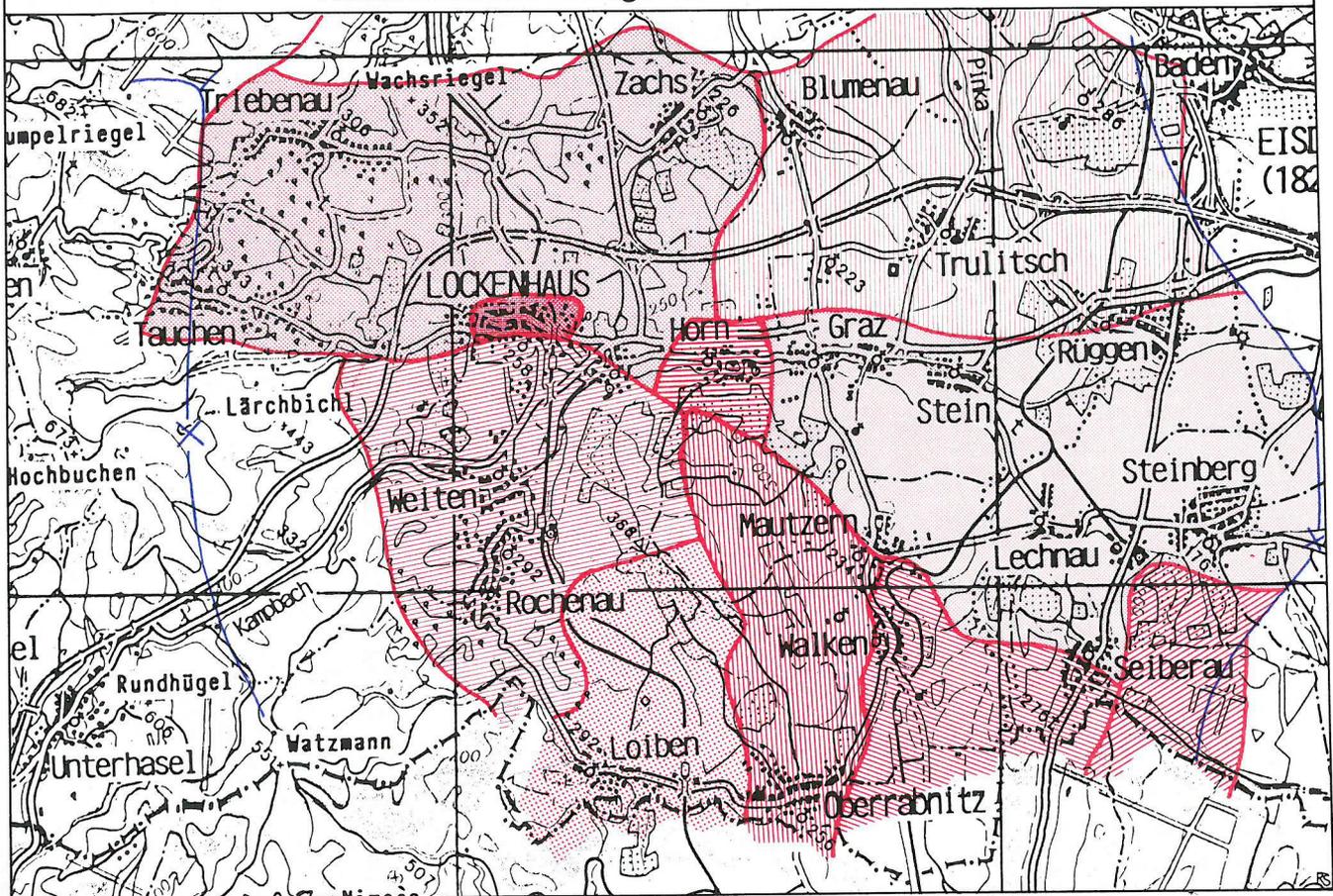
Südlich dieser Linie kann eine mechanisierte Kompanie zwischen WEITEN, LÄRCHBICHL und den nördlichen Ausläufern des ROCHENAUER- bzw. UNTERHASELER WALDES bis in den Raum Schnellstraßenkreuzung entwickelt vorgehen.

Beobachtungs- und Unterstützungsmöglichkeiten, vor allem auch durch Kampfhubschrauber, bieten sich dabei aus dem Raum der Höhen ostwärts ROCHENAU bis in den Raum westlich LOCKENHAUS.

Darüber hinaus kann ein mechanisiertes Vorgehen immer wieder von den querlaufenden Geländeteilen durch weitreichendes Flachfeuer unterstützt werden.

Diese Geländeteile sowie die südwestlichen Ausläufer des MAUTZERNER WALDES be-

Taktisch zusammengehörende Geländeteile



günstigen den Verzögerungskampf weitreichender eigener Panzerabwehrwaffen.

Flankenbedrohungen aus dem Raum UNTERHASEL werden durch den rechten Nachbarn rechtzeitig zu melden sein. Innen wird während der Kampfführung vorwärts der Straße UNTERHASEL, LOCKENHAUS durch den Einsatz weitreichender Panzerabwehrwaffen zu begegnen sein.

Der Raum HORN, GRAZ erlaubt erstmals das Zusammenwirken von nördlich und südlich des MAUTZERNER WALDES angreifenden Feindkräften zu, was beim Bilden der eigenen Kräftegruppierung zu berücksichtigen sein wird. Ab dem Raum LOCKENHAUS läßt das Gelände nördlich und südlich der Ortschaft den Ansatz jeweils bataillonsstarker Feindkräfte mit zwei entwickelten mechanisierten Kompanien vorne zu.

Während sich Beobachtungsmöglichkeiten weiterhin aus dem Raum ostwärts ROCHENAU sowie aus den nördlichen Rändern des UNTERHASELER WALDES anbieten, ist die Unterstützung durch weitreichendes Flachfeuer nur im Bereich der Angriffsspitzen von querverlaufenden Geländerippen aus möglich. Dabei entstehen Kampftfernungen von 2 000 m und darüber.

Insgesamt bietet sich dieser Raum für den Verzögerungskampf weitreichender beweglicher Panzerabwehr an, wobei die Kampftfernungen auch hier oft zu flankierendem Waffeneinsatz zwingen.

Den feindlichen Beobachtungsmöglichkeiten wird durch vorgeschobene Beobachter im Raum ROCHENAUER und MAUTZERNER WALD sowie durch aktive Jagdkampfführung zu begegnen sein.

Unterstützungsmöglichkeiten durch feindliche Kampfhubschrauber zwingen zum Belassen eigener Fliegerabwehrwaffen im Raum LOCKENHAUS.

Eine nachhaltige eigene Kampfführung begünstigt erst wieder die Linie nördlich TRIEBENAU, nördlich ZACHS, nördlich und nord-

ostwärts BLUMENAU. Das Ausnutzen dieser Räume begünstigt die Nachhaltigkeit des Verzögerungskampfes erheblich, bedarf jedoch – außerhalb des zugewiesenen Raumes liegend – der Zustimmung der vst 20. PzGrenBrig und einer genauen Absprache mit dem vst JgB 40. Ostwärts des OBERRABNITZER und MAUTZERNER WALDES erlaubt das Gelände den Ansatz eines mechanisierten Bataillons mit drei entwickelten Kompanien bis in den Raum WALKEN, MAUTZERN.

Dort wird der Angriff durch das zusammenhängende Ortsgebiet, das selbst nur ein tiefgestaffeltes Vorgehen einzelner Kampffahrzeuge zuläßt, Richtung Osten abgedrängt, wo zwischen dem ostwärtigen Ortsrand und den Waldstücken westlich SEIBERAU der Ansatz von bis zu zwei entwickelten Kompanien an die Bewegungsline MAUTZERN, LECHNAU möglich ist.

Darüber hinaus bieten sich südlich WALKEN Ansatzmöglichkeiten für bis zu kompaniestarke entwickelte mechanisierte Kräfte.

Unterstützungsmöglichkeiten bieten sich zunächst nur aus dem unmittelbaren Bereich der Angriffsspitzen, in weiterer Folge ebenfalls von den unbekanntenen Waldstücken nördlich OBERRABNITZ.

Für eine eigene nachhaltige Kampfführung – Widerstandslinien – bieten sich an:

- die Linie Höhengelände westlich WALKEN, WALKEN, Wald südlich LECHNAU, SEIBERAU,
- die Linie Höhengelände westlich MAUTZERN, MAUTZERN, LECHNAU, Waldgebiet südlich STEINBERG,

die alle den Einsatz beweglicher weitreichender Panzerabwehr mit entsprechendem infanteristischem Schutz an den Schultern verlangen; ihr Verlauf wird in der Folge noch zu erwägen sein. Im Raum SEIBERAU läßt das Gelände nur ein entwickeltes Vorgehen bis zu zugestärkten mechanisierten Kräften sowie von tiefgestaffelt einzeln vorgehenden Fahrzeugen durch das Ortsgebiet zu.

Während sich Beobachtungsmöglichkeiten aus dem Bereich südlich SEIBERAU anbieten, ist die Unterstützung durch weitreichendes Flachfeuer nur im unmittelbaren Bereich der Angriffsspitzen möglich.

Eine nachhaltige eigene Kampfführung wird durch infanteristische Kräfte in der Tiefe der Ortschaft im Zusammenwirken mit weitreichender beweglicher Panzerabwehr im Raum der Höhen ostwärts SEIBERAU begünstigt.

Ab dem Heraustreten aus der Ortschaft SEIBERAU läßt das Gelände ein entwickeltes Vorgehen jeweils kompaniestarker mechanisierter Kräfte beiderseits der Straße SEIBERAU, RÜGGEN zu.

Dabei bieten sich flankierende Verzögerungsstellungen für weitreichende, bewegliche Panzerabwehr im Raum LECHNAU.

Ab Überschreiten der Straße MAUTZERN, STEINBERG läßt das Gelände den Ansatz von bis zu drei entwickelten mechanisierten Bataillonen an die KAMPBACH-Übergänge zu.

Der in den Ortsgebieten regulierte Verlauf des KAMPBACHES zwingt zur Ausnutzung der bestehenden Übergangsstellen, was beim Einsatz eigener Kräfte aus Verzögerungsstellungen nördlich des KAMPBACHES zu berücksichtigen sein wird. Die Kampftfernungen von 3 000 m und darüber sowie der mögliche Ansatz von bis zu drei mechanisierten Bataillonen nebeneinander lassen eine eigene Kampfführung zwischen MAUTZERN, LECHNAU und KAMPBACH nur sehr eingeschränkt zu. In diesem Raum wird keine nachhaltige Kampfführung vorzusehen sein.

Beobachtungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für feindliche Kampfhubschrauber, vor allem aus dem Raum Höhen westlich MAUTZERN und nördlicher Rand des MAUTZERNER WALDES, wird durch aus der KAMPBACH-Linie zu beobachtendes eigenes Blendfeuer sowie Fliegerabwehrwaffen und Jagdkampfkkräfte zu begegnen sein.

Die Flankenbedrohung aus dem Raum HORN, GRAZ erfordert die Koordinierung der Kampfführung von nördlich und südlich dieses Raumes einzusetzenden Kräften, was die Festlegung einer Verzögerungslinie in der Linie KAMPBACH, GRAZ, HORN, LÄRCHBICHL als zielführend erscheinen läßt.

Ab Überschreiten des KAMPBACHes läßt das Gelände wieder das entwickelte Vorgehen von bis zu drei mechanisierten Bataillonen mit Kampferfernungen von 3 000 m und darüber bis in die Linie nördlich TRIEBENAU, ZACHS, nördlich BLUMENAU, Kote 286 zu, was zu einem weitgehenden Ausparen dieses Raumes und zu möglichst raschem kampfflosem Zurückgehen zwingt.

Eine nachhaltige Kampfführung zur Abwehr von bis zu zwei entwickelten mechanisierten Bataillonen zwischen dem Raum nördlich ZACHS und Kote 286 erscheint auch aufgrund der Kampferfernungen bei flankierendem Einsatz von bis zu 4 km nicht möglich, so daß diese Linie, die vermutlich mit der Linie der Gefechtsvorposten des gemvst JaPzB 44 zusammenfallen wird, nur zum Erkämpfen von Zeit für die Rücknahme der eigenen Kräfte über die REKA sowie für das Verhindern von Flankenbedrohungen in den Raum ST. MARTIN heranzuziehen sein wird.

Zusammenfassend ergeben sich aus der bisherigen Beurteilung des Geländes folgende mögliche Führungslinien:

- WL „A“: Südrand ROCHENAU, Kote 388, WALKEN, SEIBERAU, wobei die Höhen zwischen ROCHENAU und MAUTZERN bzw. das Waldgebiet ostwärts WALKEN im einzelnen mehrere Möglichkeiten zulassen.
- WL „B“: Nordrand TRIEBENAU, nördlich ZACHS, BLUMENAU, Kote 286; diese Linie bedeutet eine Erweiterung des zugewiesenen Raumes und ist für den Verzögerungskampf mitentscheidend, **bedarft jedoch der Genehmigung.**
- VzL: LÄRCHBICHL, Südrand LOCKENHAUS, HORN, GRAZ, STEIN, RÜGGEN.
- GVPL: LOIBEN, westlich OBERRABNITZ, Südrand SEIBERAU.

Der Bataillionsgefechtsstand wird in der 1. Phase der Kampfführung im Raum HORN, GRAZ festzulegen sein, wo sich auch ein Raum für eine zentrale Reserve anbietet.

Taktisch zusammengehörige Geländeteile
Siehe grafische Darstellung auf Seite 331.

Entscheidendes Gelände

Als entscheidendes Gelände ist zunächst der Raum der KAMPBACH-Übergänge zu beurteilen, in weiterer Folge wird vermutlich der Raum LANGAU, SIGET für die Kampfführung des Bataillons entscheidend werden.

3. Beurteilung der Feindlage

Vermutliche Feindabsicht im großen

Die vermutliche Absicht einer aus dem Raum SÜDSTAAT angreifenden Panzerdivision wird es sein, mit Schwergewicht durch zwei tiefgestaffelte Panzerregimenter über MAUTZERN und Teilen, ein mechanisiertes Infanterieregiment, über LOCKENHAUS, ST. MARTIN zunächst die REKA-Übergänge westlich ST. MARTIN zu nehmen und so die Voraussetzungen für die Inbesitznahme der Taleingänge nördlich PILGERSDORF zu schaffen.

Möglichkeiten des Feindes

Somit muß im Gefechtsstreifen des Bataillons zunächst der Ansatz von einem mechanisierten Infanterieregiment aus dem Raum südlich LOIBEN und einem Panzerregiment aus dem Raum südostwärts OBERRABNITZ, unter Vorstaffelung einer jeweils bataillonsstarken Vorhut, erwartet werden.

Der dem Angriffsbeginn vorgestaffelt zu erwartenden feindlichen Luftaufklärung wird durch passive Fliegerabwehr, Täuschungsmaßnahmen und oftmaligen Ortswechsel der Kräfte zu begegnen sein.

Ebenfalls noch vor Angriffsbeginn zu erwar-

tender feindlicher Aufklärung, vor allem durch zu Fuß eingesickerte Kräfte, muß durch intensive Sicherungsmaßnahmen während des Einrichtens begegnet werden.

Der Beobachtung aus überhöhten Beobachtungsstellen vom Gebiet SÜDSTAAT aus werden sich die eigenen Kräfte durch Geländeausnützung, Beziehen von gedeckten Batterschaftstellungen sowie Verschleierung des eigenen Einsatzes zu entziehen haben. Darüber hinaus wird ab Aggressionsbeginn die Ausschaltung dieser Beobachtungsstellen durch Feuer bzw. Jagdkampfkkräfte vorzusehen sein.

Dem Zerschlagenwerden durch Jagdbomber werden sich die Fliegerabwehr- und die mechanisierten Kräfte durch möglichst oftmaligen Ortswechsel und ge- bzw. verdecktes Bereithalten bis zu ihrem tatsächlichen Einsatz, bei dem ein rasches Herstellen der Verzahnung mit dem Angreifer anzustreben ist, zu entziehen haben.

Ein planmäßiger, vorgestaffelter Ansatz der Divisions- und Regimentsaufklärung ist aufgrund der insgesamt günstigen Möglichkeiten für frühzeitige Aufklärung sowie der Grenznahe, die eine Auswertung der Aufklärungsergebnisse bis zum Wirksamwerden der Kampfteile nicht mehr zuläßt, nicht zu erwarten.

Es muß daher gleichzeitig mit dem Überschreiten der Staatsgrenze durch die Vorhut der angreifenden Regimenter mit dem Vorgehen der feindlichen Aufklärungskräfte im Zwischengelände in Richtung der in der Tiefe eingesetzten eigenen Kräfte gerechnet werden.

Dem wird vor allem durch die im Zwischengelände einzusetzenden Jagdkampfkkräfte zu begegnen sein.

Gleichzeitig bzw. unmittelbar vor Überschreiten der Staatsgrenze muß mit dem Einsetzen von Vorbereitungsfeuer, auch unter Einsatz von chemischen Kampfstoffen, aus grenznahen Feuerstellungsräumen gerechnet werden.

Dem Bereithalten der ABC-Schutzausrüstung sowie dem Treffen aller erforderlichen Schutzmaßnahmen ab Erkennen des Instellungsgehens von Artilleriegruppen bzw. der Angriffsabsicht kommt daher besondere Bedeutung zu.

Da dem Angreifer die eigene Kräftegruppierung im wesentlichen kaum verborgen bleiben wird, sind folgende Angriffsziele der Vorhut zu erwarten:

- Aus dem Raum südlich LOIBEN:
 - 1. Angriffsziel WEITEN;
 - weitere Angriffsrichtung LOCKENHAUS.
- Aus dem Raum südostwärts OBERRABNITZ:
 - 1. Angriffsziel Landstraße MAUTZERN, RÜGGEN.
 - weitere Angriffsrichtung KAMPBACH-Übergänge.

Dabei ist folgendes Verfahren für die eigene Kampfführung am ungünstigsten zu beurteilen:

- Aus dem Raum südlich LOIBEN:
 - vorgestaffelter Ansatz einer kompaniestarken Umgehungsabteilung zur frühzeitigen Inbesitznahme der Höhe ostwärts ROCHENAU;
 - frontaler Ansatz von zwei Kompanien mechanisierter Infanterie entwickelt, mit Schwergewicht rechts, zur Inbesitznahme des Raumes Kote 388 (ostwärts ROCHENAU), unterstützt aus dem Raum ROCHENAU;
 - Durchstoßen der Widerstandslinie im Raum der Eisenbahntrasse ostwärts ROCHENAU und Inbesitznahme des Raumes WEITEN;
 - Fortsetzung des Angriffes, eventuell unter Einführen der 2. Staffel oder einer allgemeinen Reserve in den Raum ostwärts LOCKENHAUS, unterstützt aus den Räumen Kote 388 und Anhöhe ostwärts ROCHENAU;
 - Nachführen der zunächst unterstützenden Kräfte beiderseits LOCKENHAUS.

- Aus dem Raum südostwärts OBERRABNITZ:
 - vorgestaffelter Ansatz einer kompaniestarken Umgehungsabteilung über SEIBERAU zur frühzeitigen Inbesitznahme des Raumes LECHNAU, um ein Abfließen eigener Kräfte zu verhindern;
 - frontaler Ansatz von zwei verstärkten Panzerkompanien zwischen WALKEN, MAUTZERN zur Inbesitznahme der Landstraße MAUTZERN, LECHNAU;
 - Fortsetzung des Angriffes, eventuell unter Einföhrung einer 2. Staffel oder einer allgemeinen Reserve an den KAMPBACH;
 - Dabei kann der Einsatz kompaniestarker Luftlandkräfte aus dem Bestand der angreifenden Division zur vorgestaffelten Inbesitznahme der KAMPBACH Übergänge und Abriegelung von Reservierten nicht ausgeschlossen werden.

Während diese Kräfte versuchen werden, ihre erzielten Einbrüche bis in die Linie Kote 286, ZACHS, TRIEBENAU auszuweiten, muß mit dem Nachführen der Artilleriegruppe in Feuerstellungsräume im Raum LOCKENHAUS, LECHNAU zur Unterstützung des Angriffes der dahinter nachgeführten mechanisierten Infanterie bzw. eines Panzerregimentes gegen den Verteidigungsbereich gerechnet werden.

Das Feindschwergewicht ist dabei aufgrund der insgesamt günstigen Ansatzmöglichkeiten sowie der Möglichkeiten zur raschen Fortsetzung des Angriffes im Raum MAUTZERN, KAMPBACH-Übergänge zu erwarten.

Daraus folgt für die eigene Kampfführung

- das Erfordernis der Überwachung sowie des Bereithaltens örtlicher Reservierten im Raum ostwärts ROCHENAU,
- die Vorbereitung beweglicher Kampfführung gegen feindliche Unterstützung vor allem im Raum ostwärts ROCHENAU und LOCKENHAUS,
- das Erfordernis der Tiefenstaffelung weitreichender Panzerabwehrwaffen im Raum WEITEN und LÄRCHBICHL,
- das Erfordernis des Bereithaltens von Reservierten im Raum LECHNAU, um ein frühzeitiges Abschneiden eigener im Raum MAUTZERN eingesetzter Kräfte zu verhindern,
- die Vorbereitung von Steilfeuer zur Zerschlagung von Luftlandungen an den KAMPBACH-Übergängen,
- die eindeutige Schwergewichtsbildung im Raum MAUTZERN, KAMPBACH-Übergänge und damit das Erfordernis der frühzeitigen Tiefenstaffelung in diesem Raum,
- die nachhaltige Kampfführung vor allem der Jagdkampfkkräfte gegen nachgeführte Feindkräfte - vor allem Artillerie.

Kampfwert

Der Kampfwert des Angreifers ist aufgrund des zu erwartenden hohen Ausbildungsstandes, seiner Motivation sowie seiner Fähigkeit zur offensiven Kampfführung im Panzer- und Gelände als hoch zu beurteilen.

Vermutliche Feindabsicht gegenüber dem eigenen Verband

Die vermutliche Absicht von zunächst einem Regiment mechanisierter Infanterie aus dem Raum südlich LOIBEN und einem Panzerregiment aus dem Raum südostwärts OBERRABNITZ gegenüber dem gemvst PzGrenB 45 wird es sein, mit Schwergewicht über MAUTZERN, unter Ansatz je einer bataillonsstarken Vorhut aus dem Raum südlich LOIBEN und südostwärts OBERRABNITZ und gleichzeitiger kompaniestarker Luftlandung an den KAMPBACH-Übergängen zunächst den Raum LOCKENHAUS und die KAMPBACH-Übergänge in Besitz zu nehmen, um so die Voraussetzungen für das Instellungsgehen der Artilleriegruppe und den Ansatz der Regimenter gegen den Verteidigungsbereich der Brigade zu schaffen.

4. Beurteilung der eigenen Lage

Verfügbarkeit der eigenen Kräfte

Aus den Mobaufstellungsorten um PILGERSDORF kann der 30 bis 50 km entfernte Gefechtsstreifen durch die Masse des gemvst PzGrenB 45 innerhalb von etwa drei Stunden nach Abschluß der Mobilmachung bezogen werden.

Die Sicherung des Einfließens wird durch die im Gefechtsstreifen mobilmachende 1/923 zu erfolgen haben.

Kampfkraft

Es wird davon ausgegangen, daß das gemvst PzGrenB 45 mit Eintreffen im Gefechtsstreifen personell und materiell voll aufgefüllt ist. Es stehen dem gemvst PzGrenB somit insgesamt zur Verfügung:

- StbKp - 1 PzFIABt
- 2 PzGrenKp - 1 PzPiKp
- 2 JaPzKp - 1 BtKdt, 2 BTrp/PzAB 20
- 1 PzKp - 1 GRÜGrp
- 1 JaKKp

Infanteristische Kampfkraft

Zur infanteristischen Kampfführung verfügt das gemvst PzGrenB 45 über

- 2 PzGrenKp,
- 1 JaKKp.

Dabei geht aus dem Auftrag der Ersteinsetzung der Jagdkampfkompanie zum Sicherungseinsatz hervor, so daß diese erst nach Rückgruppierung zur Jagdkampfführung zur Verfügung steht.

Nach Beendigung des Sicherungseinsatzes wird die Jagdkampfkompanie aus ihrer Einsatzzone zunächst die Kampfführung in der ersten Widerstandslinie unterstützen und in weiterer Folge das ungehinderte Nachführen weiterer Feindkräfte behindern.

Die Panzergrenadierkompanien ermöglichen den infanteristischen Schutz von an den beiden Hauptbewegungslinien einzusetzenden, beweglichen weitreichenden Panzerabwehrwaffen.

Mechanisierte Kräfte/bewegliche Panzerabwehr

Zur weitreichenden beweglichen Panzerabwehr bzw. zur Bildung stoßkräftiger mechanisierter Reserven stehen zur Verfügung:

- 2 JaPzKp;
- 1 PzKp;
- 1 PALZg/StbKp (6 PAL 4000);
- 6 PALGrp/JaKKp (12 PAL 2000).

Zunächst kann nur das Erfordernis der weitreichenden Panzerabwehr in der Widerstandslinie beurteilt werden:

Den einzusetzenden eigenen Kräften im Raum ROCHENAU bzw. MAUTZERN werden im ersten Ansatz zumindest jeweils zwei verstärkte mechanisierte Kompanien – also etwa 24 bis 30 Kampffahrzeuge – gegenüberstehen. Um einen Abwehrerfolg zu erzielen erfordert dies den Einsatz von jeweils acht bis zehn weitreichenden Panzerabwehrwaffen (JaPz, KPz oder PAL).

Dabei wird der schwergewichtsmäßigen Pionierunterstützung zum Ausbau von Panzersperren und Wannendeckungen sowie dem Fliegerabwehrschutz der weitreichenden Panzerabwehrwaffen vor allem gegen Kampfhubschrauber besondere Bedeutung zukommen.

Der Einsatz der PAL sowie die Bildung der Reserve und die Tiefenstaffelung von vornherein, wird in der Folge noch zu erwägen sein.

Grundsätzlich ergibt sich im Zusammenhang mit der bereits durchgeführten Beurteilung des Geländes das Erfordernis der Bildung von drei Gefechtsstreifen in der 1. Widerstandslinie – unabhängig von deren detailliertem Verlauf im Raum MAUTZERN, WAL-

KEN. Dabei wird im Raum SEIBERAU die verminderte Jagdkampfkompanie, im Raum MAUTZERN bzw. ROCHENAU je eine gemischte Kompanie, bestehend aus weitreichender beweglicher Panzerabwehr sowie Infanterie oder Panzergrenadiere zu deren infanteristischem Schutz, einzusetzen sein.

Stellfeuer

Zur Stellfeuerunterstützung stehen zur Verfügung:

- 1 BtKdt und 2 BTrp/PzAB 20;
- mGrWZg der JaKKp und 1 BUO;
- 2 mGrWGrp der PzGrenKp.

Die schwergewichtsmäßige Unterstützung der Kampfführung des Bataillons durch das PzAB 20 ist zu erwarten.

Zur Unterstützung der Kampfführung ergeben sich folgende Erfordernisse:

- Unterstützung der Kampfführung in der 1. Widerstandslinie gegen abgesessene Feindkräfte.
- Unterstützung der Kampfführung in der 1. Widerstandslinie gegen feindliche Unterstützungswaffen.
- Unterstützung des Abbrechens des Gefechtes sowie des Verzögerungskampfes durch Blendfeuer.
- Zerschlagung feindlicher Luftlandungen an den KAMPBACH-Übergängen.
- Unterstützung von Gegenstößen.
- Unterstützung der Kampfführung in der 2. Widerstandslinie.

Mit ihrer Ausstattung können die verfügbaren Stellfeuerwaffen folgende Aufgaben erfüllen:

- das PzAB:
 - 30 × Blendfeuer in der Dauer von 2 Minuten (6 Schuß zum Bilden, 6 zum Nähen des Nebels),
 - 6 × Vernichtungsfeuer (4 KS) oder
 - 12 × Zerschlagen,
- jede mGrWGrp:
 - 5 × Blendfeuer in der Dauer von 2 Minuten (6 Schuß zum Bilden, 6 zum Nähen des Nebels),
 - 9 × Zerschlagen (40 Gr/2 Gs).

Die verfügbaren Beobachtungstrupps ermöglichen dabei die Zuteilung je eines Beobachtungstrupps des PzAB 20 zu den in der 1. Widerstandslinie führenden Kompanien.

Der mGrWZg der JaKKp wird in der Phase der Kampfführung in der 1. Widerstandslinie schwergewichtsmäßig die Kräfte im Raum SEIBERAU zu unterstützen haben.

Der BtKdt/PzAB 20 wird unmittelbar zu führen sein.

Pioniermittel

Zur Pionierunterstützung steht die PzPiKp zur Verfügung. Diese kann mit

- 3 PiZg (davon einer auf Schützenpanzern) und
- 1 teGrp (mit einem Radlader und einer Raupenschaukel)

mit ihrer Ausstattung von 900 Panzerminen etwa 37 Grundminenfelder in zwei Stunden offen und getarnt verlegen. Zur Sperrung der offenen Geländeteile in Widerstandslinie 1 mit einer Gesamtlänge von etwa 4 km wird eine Verfünfachung der Ausstattung erforderlich sein, wobei die Aktivierung der in der Sperrkarte des MilKdo vorgesehenen Sperren zusätzlich durch das MilKdo durchzuführen sein wird.

Die Pioniermaschinen der technischen Gruppe (teGrp) ermöglichen bei einer Vorbereitungszeit von 36 Stunden den Aushub von einem Kilometer Panzergraben oder von 40 Wannendeckungen (4 × 6 × 2 m).

Damit wäre mit vier zusätzlichen Pioniermaschinen das Auslangen zu finden.

Der PiZg auf Schützenpanzern wird nach Auftragsbefreiung im Sperrbau einer mechanisierten Reserve zur Sicherstellung der Bewegung zu unterstellen sein.

Versorgung

Beitrag des S 4 zur Beurteilung der eigenen Lage

Lagevortrag des S 4:

„Herr Oberstleutnant, meine Herren, ich habe den Auftrag, einen ersten Lagevortrag im Hinblick auf die Auswirkungen der Versorgungslage auf die taktischen Überlegungen zu halten:

Den Auftrag setze ich dabei als bekannt voraus. Besondere Anweisungen für die Versorgung der Brigade habe ich noch nicht erhalten und kenne daher auch noch nicht die Versorgungsführungsabsicht des 2. Generalstabsoffiziers.

Der Auftrag des gemvst PzGrenB 45 verlangt in versorgungsmäßiger Hinsicht die Sicherstellung

- des Marsches aus 30 bis 50 km entfernten Verfügungsräumen in den Gefechtsstreifen,
- der Phase des Einrichtens über zumindest 36 Stunden,
- des Verzögerungskampfes über 10 km,
- des Marsches in einen 15 bis 20 km entfernten Verfügungsraum sowie
- der Vorbereitung und Führung von Gegenangriffen in den Gefechtsstreifen des vst JgB 40 bzw. zur Zerschlagung von Luftlandungen an den REKA-Übergängen über 5 bis 10 km. Dabei habe ich meine Beurteilung in erster Linie auf die Abdeckung der Phase des Einrichtens sowie des Verzögerungskampfes ausgerichtet, da die weitere Beurteilung erst nach Vorliegen von Veränderungsmeldungen nach Abschluß dieser Phasen durchgeführt werden kann.

Das Bataillon ist versorgungsführender Verband gemäß Truppeneinteilung; in den Teilbereichen stellt sich die Versorgungslage wie folgt dar:

Munition

Waffe/Mun	Bedarf		KTV				
	zbgVert	VzK	1	2	3	4	5
PAR 70							
PzK M-60							
üsMG SPz							
MK 66							
PAR 66/79							
mGrW							
PzK JaPz „K“							
FIAPz/FAL						M-42	FAL
HFw							
PAL		4000			2000.....	

Versorgungslage bei der Munition

Der Bedarf für den Verzögerungskampf ist somit, wie dargestellt, abdeckbar, wobei ein allfälliger Verbrauch vom Bataillon zu stellender Eingreifkräfte nicht berücksichtigt wurde.

Probleme ergeben sich aufgrund des geringen Kampfteiles im Bereich der SPz/MK 66, PAR 66/79 und mGrW sowie der PzFIA aufgrund des insgesamt zu erwartenden höheren Munitionsbedarfes im Bereich der Fliegerabwehrwaffen, wo ich die Bereitstellung beweglicher Munitionspakete zur raschen Auffüllung des Kampfteiles beabsichtige. Weitere bewegliche Munitionspakete werden erst nach Vorliegen des Planes der Durchführung zu planen und festzulegen sein.

Eine Anschlußversorgung dürfte erst nach Beendigung des Verzögerungskampfes im Verfügungsraum vor Durchführung von Gegenangriffen erforderlich werden.

Betriebsmittel

Die Brigade wird den Aufmarschverbrauch ergänzen, wozu ich beabsichtige, mir von den Einheitskommandanten den genauen Ort sowie die Menge nach Abschluß der Erkundung melden zu lassen.

Der Verbrauch während des Einrichtens sowie die Kampfführung bis in den Verfügungsraum ist aus dem Bestand des Bataillons abdeckbar.

Ist ein Auffüllen des Verbrauches während des Einrichtens vor Beginn des Verzögerungskampfes nicht möglich, müssen für die Führungsfahrzeuge und Schützenpanzer zusätzliche Betriebsmittel beweglich bereitgehalten werden, welche ich ebenfalls nach Vorlage des Planes der Durchführung festzulegen beabsichtige.

Insgesamt sind in diesem Teilbereich jedoch keine Probleme zu erwarten.

Sanitätsversorgung

Für die Dauer der Aufnahme ist unser Bataillon an vst JgB 40 und gemvst JaPzB 44 zur ärztlichen Erstversorgung angewiesen. Der Hauptverbandplatz wird im Krankenhaus PILGERSDORF errichtet.

Unsere beiden Sanitätsschützenpanzer beabsichtige ich, nach Vorliegen des Planes der Durchführung, den vorne eingesetzten Kräften zu unterstellen; darüber hinaus wird JaPzB 44 und PzB 43 je einen Sanitätsschützenpanzer mit ihren Einheiten abgeben. Diese möchte ich ebenfalls den vorne eingesetzten Einheiten unterstellen.

Darüber hinaus werde ich den Einheiten die Adaptierung zusätzlicher Kraftfahrzeuge als Sanitätstransportmittel befehlen und selbst solche zum Abtransport zur fachärztlichen Erstversorgung sowie zur Verstärkung der Einheiten über den Sanitätskraftwagen hinaus bereithalten.

Den Raum für den Truppenverbandplatz werde ich erst nach Vorliegen des Planes der Durchführung festlegen.

Die insgesamt 1000 im Gefechtsstreifen eingesetzten Soldaten lassen in der Phase des Verzögerungskampfes etwa 90 mittelschwer bis schwer Verwundete erwarten, was mit der Kapazität des Sanitätszuges abdeckbar ist.

Für die von vornherein in der Tiefe eingesetzten Kräfte beabsichtige ich eine Anweisung zur ärztlichen Erstversorgung an den Hauptverbandplatz zu beantragen.

Feldinstandsetzung

Das Bataillon verfügt über seine orgplanmäßigen Instandsetzungsteile. Darüber hinaus beabsichtige ich eine Rücksprache mit PzB 43 und JaPzB 44 bezüglich der Mitgabe je eines Bergepanzers mit den abgegebenen Einheiten. Damit werden wir über

- 4 BgePz „G“;
- 1 BgePz M-88 sowie
- 2 TflAnh

verfügen, wobei Ausfälle an Bergemitteln zu erwarten sind.

Im Bereich der Kettenfahrzeuge ist mit dem Ausfall von

- 20 SPz/JaPz/KPz, wovon
- 13 SPz/JaPz/KPz

der leichten Feldinstandsetzung bzw. schweren Feldinstandsetzung/Basisinstandsetzung (IFI bzw. sFI/BI) zuzuführen sind, zu rechnen.

Damit hätte jeder Bergepanzer während des Verzögerungskampfes etwa vier Bergungen durchzuführen.

Einen weiteren M-88 möchte ich bei der Brigade zur Abstellung dringend beantragen.

Aufgrund der zu erwartenden kurzen Dauer - ich rechne mit 24 Stunden - des Verzögerungskampfes und der damit kaum mehr herstellbaren Feldverwendbarkeit im Bereich der leichten Feldinstandsetzung beabsichtige ich, für die Phase des Verzögerungskampfes auf einen Bataillonsversorgungspunkt/Instandsetzung (BVP/I) zu verzichten und alle Ausfälle, die nicht auf dem Gefechtsfeld instandgesetzt werden können, dem Brigadeversorgungspunkt/Instandsetzung (BrigVP/I) zuzuführen und dazu einen entsprechenden Antrag zu stellen. Mit den Kräften des BVP/I möchte ich die Kapazität der Gefechtsfeldinstandsetzung der Einheiten erhöhen bzw. sie beweglich zur Schwergewichtsbildung bereithalten.

Bezüglich des Bataillonsversorgungsraumes (BVerSR) bitte ich den Antrag an die Brigade stellen zu dürfen, diesen nicht im Gefechtsstreifen, sondern von vornherein im Bereich des Verfügungsraumes, den wir als Brigadereserve 2 zu beziehen haben, errichten zu dürfen.

Ich beabsichtige, nur die unbedingt erforderlichen Teile während des Verzögerungskampfes im Gefechtsstreifen zu belassen.

Zusammenfassung

Zusammenfassend ist feststellbar, daß der Auftrag in versorgungsmäßiger Hinsicht erfüllbar ist, wobei sich vor allem im Bereich der Bergung ausgefallener Kettenfahrzeuge sowie von Verwundeten Probleme abzeichnen.

Kampfwert

Der Kampfwert kann ohne Berücksichtigung einer beabsichtigten Unterstützung durch das Zonenkommando aufgrund des derzeitigen Fehls an entsprechenden Pioniermitteln, der Schwächen im Bereich der Steilfeuerunterstützung sowie der vermutlich nur sehr kurzzeitig verfügbaren Vorbereitungszeit nur als mittel bezeichnet werden.

5. Erwägungen

Aus der bisherigen Beurteilung der Lage geht

- das Schwergewicht im Raum MAUTZERN, KAMPBACH-Übergänge,
- der Verlauf der Widerstandslinie rechts ostwärts ROCHENAU, Kote 388, Höhengelände über WALKEN sowie SEIBERAU,
- das Bereithalten einer Reserve im Raum LECHNAU und südlich davon,
- die Bildung von drei Gefechtsstreifen in der 1. Widerstandslinie,
- der Verlauf einer Verzögerungslinie entlang des KAMPBACHES vom Südrand RÜGGEN bis LÄRCHBICHL,
- eine 2. Widerstandslinie entlang der Linie Kote 286, nördlich ZACHS, nördlich TRIEBENAU (das ist die Linie der Gefechtsvorposten des JgB 40 und des gemvst JaPzB 44)

hervor.

Es bleibt daher zu erwägen:

- die weitere Reserven- und Tiefenbildung;
- der Fliegerabwehreininsatz;
- der PAL-Einsatz;
- der Einsatz der GVP;
- die Bildung von Eingreifkräften.

Weitere Reserven- und Tiefenbildung

Aus der bisherigen Beurteilung der Lage geht hervor:

- die Bildung von drei Gefechtsstreifen in der 1. Widerstandslinie, wobei
 - = im Raum SEIBERAU weiter der 1. JaKZg,
 - = in den Räumen MAUTZERN und ROCHENAU jeweils etwa kompaniestarke weitreichende bewegliche Panzerabwehr und deren infanteristischer Schutz einzusetzen sind;
- das Bereithalten von Kräften zur beweglichen Panzerabwehr im Raum LECHNAU, um sowohl den 1. JaKZg als auch die im Schwergewicht eingesetzten Kräfte im Raum MAUTZERN durch Zuführung weiterer weitreichender Panzerabwehr unterstützen zu können.

Bei Belassung der Jagdkampfpzüge in den Räumen, in denen sie für den Sicherungseinsatz eingesetzt sind, ergibt sich das zusätzliche Mindestanfordernis des Einsatzes folgender Kräfte in der ersten Widerstandslinie:

- im Raum ROCHENAU
 - = etwa zwei Panzer- oder Jagdpanzerzüge,
 - = ein Panzergrenadierzug;
- im Raum MAUTZERN
 - = etwa zwei bis drei Panzer- oder Jagdpanzerzüge,
 - = zwei Panzergrenadierzüge;
- als bewegliche Panzerabwehr im Raum LECHNAU
 - = zumindest ein mit Panzergrenadiern verstärkter Jagdpanzerzug.

Somit verbleiben zur weiteren Reserven- und Tiefenbildung folgende Kräfte:

- drei Panzergrenadierzüge;
- drei bis vier Panzer- oder Jagdpanzerzüge.

Diese ermöglichen:

Möglichkeit 1

Die Bildung einer zentralen Reserve unter Einsatz schwacher Kräfte von vornherein in der gesamten Verzögerungslinie.

Dem Vorteil, sowohl über ausreichende Reserven als auch von vornherein über eine entsprechende Tiefenstaffelung im gesamten Gefechtsstreifen zu verfügen, steht der entscheidende Nachteil des Erfordernisses einer dauernden Änderung der Unterstellungsverhältnisse durch Unterstellung jeweils erster aus der 1. Widerstandslinie zurückgenommener Teile unter die nur schwachen, von vornherein in der Verzögerungslinie eingesetzten Kräfte gegenüber, was dem Führungsgrundsatz der Einfachheit widerspricht.

Möglichkeit 2

Bildung einer zentralen Reserve unter Einsatz stärkerer Kräfte von vornherein in der Verzögerungslinie links und selbständiger Einsatz entsprechend verstärkter Kräfte im Gefechtsstreifen rechts.

Den Vorteilen, über ausreichende Reserven sowie von vornherein über eine ausreichende Tiefenstaffelung im beurteilten Schwergewicht zu verfügen und somit durch die Möglichkeit des überschlagenden Zurückgehens den Führungsgrundsatz der Einfachheit zu berücksichtigen, steht der Nachteil der Ausdehnung des Verantwortungsbereiches der im rechten Teil des Gefechtsstreifens führenden Kompanie über die gesamte Tiefe des Gefechtsstreifens gegenüber.

Möglichkeit 3

Einsatz stärkerer Kräfte in der gesamten Verzögerungslinie von vornherein.

Dem Vorteil, von vornherein in beiden Teilen des Gefechtsstreifens über stärkere Kräfte in der Verzögerungslinie zu verfügen, steht der entscheidende Nachteil des Verzichts auf

eine zentrale, stoßkräftige Reserve gegenüber.

Aufgrund der entscheidenden Vorteile der Tiefenstaffelung im Schwergewicht und der Verfügbarkeit einer zentralen Reserve wird für die **Möglichkeit 2** entschieden.

Fliegerabwehreinatz

Aus der bisherigen Beurteilung der Lage geht das Erfordernis des Fliegerabwehrschutzes vor allem in der Phase des Abbrechens des Gefechts und der Rücknahme der Kräfte aus der 1. Widerstandslinie in die Verzögerungslinie bzw. in die 2. Widerstandslinie hervor; damit bieten sich – unter Ausnutzung der Reichweite der PzFIABt – Feuerstellungsräume in der KAMPBACH-Linie, aus denen noch vor die 1. Widerstandslinie sowie in luftlandegefährdete Räume entlang des KAMPBACHes gewirkt werden kann, an.

Die PzFIABt ist vom Bataillon unmittelbar zu führen.

PAL-Einsatz

Dem PzGrenB 45 stehen
– der PAL 4000-Zug der StbKp/PzGrenB 45 und
– die PAL 2000-Gruppe der JaKKp zur Verfügung.

Die Kampfführung der PAL 2000 der auf Zusammenarbeit angewiesenen Jagdkampfkompagnie wird genau auf den Kampf aus der 1. Widerstandslinie abzustimmen sein.

Einsatz der Gefechtsvorposten

Aufgrund der grenznahen Möglichkeiten einer raschen Ausflankierung der Gefechts-

vorposten und des geländebedingten Erfordernisses, im gesamten Gefechtsstreifen überwiegend mechanisierte Gefechtsvorposten einzusetzen, die im Rahmen der zeitlich begrenzten Verteidigung fehlen würden, wird zugunsten der von durch die Einheiten zu führenden Aufklärung auf Gefechtsvorposten verzichtet.

6. Entschluß

Gemvst PzGrenB 45 führt den Verzögerungskampf zunächst durch zeitlich begrenzte Verteidigung in WL „A“ – südlich ROCHE-NAU, Kote 388, Höhengelände bis über WALKEN, SEIBERAU – mit Schwergewicht

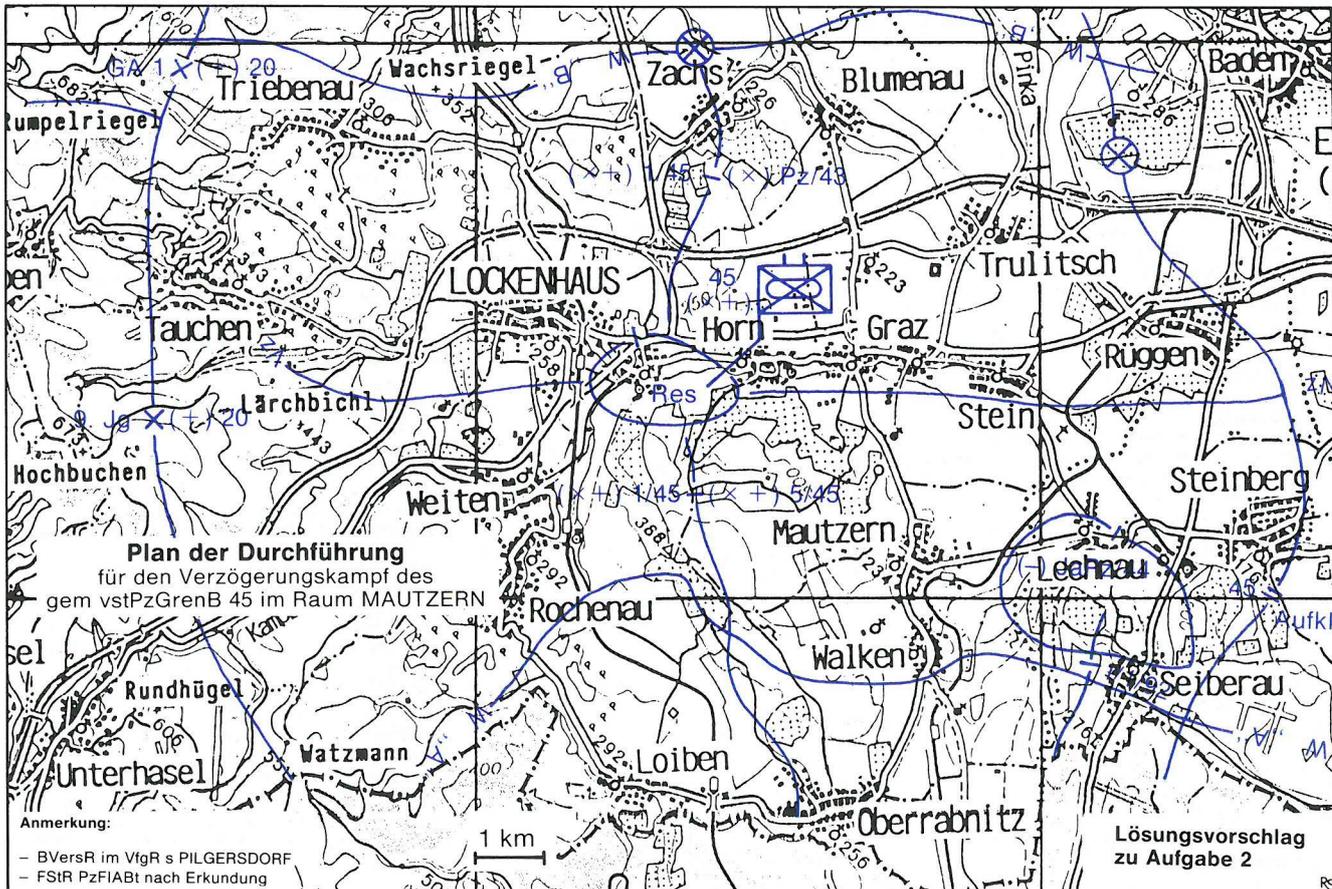
„Mitte“, Bildung von drei Gefechtsstreifen in der Widerstandslinie. Bereithalten beweglicher Panzerabwehr im Raum LECHNAU sowie einer Reserve im Raum HORN und Tiefenstaffelung im linken Teil der Verzögerungslinie LÄRCHBICHL, KAMPBACH, GRAZ, RÜGGEN, in weiterer Folge durch überschlagendes Zurückkämpfen der Kräfte im linken und selbständige Führung eines Verzögerungskampfes im rechten Teil des Gefechtsstreifens auf WL „B“ nördlich TRIEBENAU, nördlich ZACHS, Kote 286, um ein rasches Durchstoßen der Angriffsspitzen auf die verteidigenden eigenen Teile zu verhindern.

TRUPPENEINTEILUNG
für den Verzögerungskampf des (x+)PzGrenB 45 im Raum MAUTZERN

	ROCHENAU	MAUTZERN	SEIBERAU	bwgl PA	TRULITSCH	Reserve	unmittelbar
	gemvst 1/45	gemvst 5/45	vst 1/1923	vern JaPzKp/44	gemvst PzKp/43	gemvern 2/45	
StbKp/45		PALZg					(-)Stb/45
1/45	(-)/145			1 PzGrenGrp	1 PzGrenZg		
2/45		2 PzGrenZg, mGrWGGrp		1 PzGrenGrp		(-)/2/45	
5/45		(-)/5/45			1 JaPzZg		
PzKp/43	1 PzZg				(-)PzKp/43	1 PzZg	
JaPzKp/44	2 JaPzZg			(-)JaPzKp/44			
1/923	III. JaKZg ¹⁾ PALZg ¹⁾	II. JaKZg ¹⁾	I. JaKZg ¹⁾ mGrWGZg ¹⁾				Kdo/JaKp ¹⁾
PzPIKp					2 PzPIZg ²⁾	1 PzPIZg ²⁾	Kdo/PzPIKp
PzFIABt							PzFIABt
1BHKdt/PzAB 20							1 BHKdt
2 BTrp/Art	1 BTrp	1 BTrp					
GRUGrp							GRUGrp

1) Auf Zusammenarbeit angewiesen von Beendigung Sicherungseinsatz bis Überschreiten der Verzögerungslinie durch PzGrenB 45.
2) Nach Beendigung des Sperreinsatzes.

Aufgabe 2: Plan der Durchführung und Truppeneinteilung



Die ABC-Abwehrorganisation der Armee – Ultima ratio bei Zivilisations- und Umweltkatastrophen

Das Bedrohungsbild

Stürme, Erdbeben, Hochwasser, Brände, Seuchen, Ölpest, giftige Gase, Dioxine, Radioaktivität nach Satellitenabstürzen, Kernkraftwerkskatastrophen,

Die Liste des Schreckens scheint endlos zu sein. Naturkatastrophen gehen nahtlos in technische Katastrophenfälle über, und gemeinsam bedrohen sie unsere überaus empfindliche Zivilisation. Während Naturkatastrophen jedoch bekannte Größen darstellen, hat sich das Bild der technischen Katastrophen seit der Jahrhundertwende drastisch geändert. Dambrüche, Kernkraftwerkskatastrophen oder Satellitenabstürze gehen in ihren Schadenswirkungen über den örtlichen Bereich weit hinaus und erreichen kontinentale bis weltweite Dimensionen.

Assistenz als Verpflichtung der Armee

Moderne Armeen sind hochspezialisierte, leistungsfähige Instrumente, deren Teilelemente darauf ausgerichtet sind, auch dann noch voll wirksam zu sein, wenn zivile Einrichtungen durch äußere Einwirkungen ihre Handlungsfähigkeit bereits verloren haben und die Armee selbst mit Handlungen feindlicher Kräfte konfrontiert wird, die ihre Vernichtung zum Ziel haben.

Ausrüstung, Ausbildung und Führungsstruktur sind auf die extremen Bedingungen abgestimmt, unter de-

nen die Armee ihren Auftrag zu erfüllen hat, während zivile Strukturen, allein schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, so geschaffen werden, daß sie den regelmäßig wiederkehrenden Anforderungen des Alltags gerecht werden.

Da die Auswirkungen von Katastrophen weit über diese Alltagsanforderungen hinausgehen, benötigen daher die zivilen Behörden in derartigen Anlaßfällen die Mitwirkung der Armee, um Opfern zu helfen, Schäden zu beseitigen und den geregelten Ablauf des öffentlichen Lebens wiederherzustellen. Diesem Faktum wird in Österreich durch Bestimmungen des Wehrgesetzes, des Landesverteidigungsplanes sowie durch Erlässe des Bundesministeriums für Landesverteidigung und entsprechende Vorschriften für die Führung und Ausbildung der Truppe Rechnung getragen.

Die Aufgabe der Katastrophenhilfe stellt sich dabei der Armee in zweierlei Hinsicht:

Einerseits geht es dabei um die Bewältigung von Spezialaufgaben, die nur durch militärische Kräfte bewältigt werden können, andererseits kann es erforderlich werden, für zivile Einsatzkräfte ein Umfeld zu schaffen, das deren effizienten Einsatz ermöglicht.

Dabei darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß im extremen „Katastrophenfall“ des Krieges die Armee den zivilen Behörden nur in sehr beschränktem Umfang zur Verfügung steht und diese daher sehr wohl verpflichtet sind, im Interesse der Bevölkerung eigene Einrichtungen zur Katastrophenhilfe zu unterhalten.

Im Zusammenhang mit der gegenständlichen Problemdarstellung soll allerdings im folgenden nur auf die friedensmäßige Bedeutung der Armee näher eingegangen werden.

Spezialisten im Umgang mit gefährlichen Stoffen und Umweltgefahren

Die ABC-Abwehrtruppe, als Waffengattung des Bundesheeres den Unterstützungstruppen zuzuzählen, hat sich mit gefährlichen Stoffen in ihrer für den Menschen tödlichsten Form auseinanderzusetzen: mit atomaren, biologischen und chemischen Kampfmitteln, in ihrer Wirkung und Ausbringung nur dafür konzipiert, den Gegner zu vernichten und Waffen auszuschalten.

Ausrüstung und Ausbildung dieser Truppe ermöglichen es ihr, Kontaminationen aller drei Arten aufzuspüren,

Oberstleutnant Norbert Fürstenhofer, Jahrgang 1945, absolvierte nach seiner Matura 1965 die Einjährig-Freiwilligen-Ausbildung. Nach der Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie wurde er 1969 als Luftschutzpionier zum Versorgungsregiment 3 ausgemustert. 1970 bis 1973 war er zuerst als Kompanieoffizier, dann als Kompaniekommandant an der Luftschutztruppendschule eingesetzt. Es folgte eine Auslandsverwendung als Kompaniekommandant bei AUSBATT/UNDOF. 1978 bis 1988 war er als Referent und anschließend als ABC-Abwehr-offizier im Armeekommando tätig und absolvierte in dieser Zeit auch den Truppenkommandantenkurs. Seit 1. August 1988 ist er Kommandant der ABC-Abwehrschule.

Durch Soldaten geleistete Stunden bei Katastrophen- und Assistenzeinsätzen des Bundesheeres 1957 – 1967							
JAHR	1957	1958	1959	1960	1961	1962	GESAMTSUMME 1957 – 1967 ARBEITSSTUNDEN 7 184 353
ARBEITSSTUNDEN	179 001	314 848	300 929	59 471	174 929	201 342	
JAHR	1963	1964	1965	1966	1967		
ARBEITSSTUNDEN	243 257	180 157	1 103 170	2 587 790	1 839 459		

Durch Soldaten geleistete Stunden bei Katastrophen- und Assistenzeinsätzen des Bundesheeres 1978 – 1988							
JAHR	1978	1979	1980	1981	1982	1983	GESAMTSUMME 1978 – 1988 ARBEITSSTUNDEN 990 876
ARBEITSSTUNDEN	38 276	100 275	69 560	72 704	59 213	86 559	
JAHR	1984	1985	1986	1987	1988		
ARBEITSSTUNDEN	86 813	121 752	122 058	176 939	56 727		

Mensch und Gerät aus kontaminierten Bereichen zu retten bzw. zu bergen und anschließend zu dekontaminieren. Dadurch ist die ABC-Abwehrtruppe aber auch befähigt, Katastrophenhilfe nach Kernkraftwerksunfällen, bei Seuchen oder bei Giftgaskatastrophen zu leisten.

Durch genaue Analysen einschlägiger Katastrophen im In- und Ausland an der ABC-Abwehrschule der Armee und durch Einbringung der dabei gewonnenen Erkenntnisse in die Ausbildung des Fachpersonals wird diese Fähigkeit der ABC-Abwehrtruppe auf dem jeweils erforderlichen letzten Stand gehalten.

Alarmplanmäßig vorbereitete Katastropheneinsatzstäbe bei den Militär- und Korpskommanden sowie beim Armeekommando leiten und koordinieren die Einsätze, stellen die Versorgung der eingesetzten Kräfte sicher, klären logistische Fragen und halten Verbindung mit den assistenzanfordernden zivilen Stellen. Diese Stäbe stellen auch die Unterstützung der ABC-Abwehrtruppe durch andere Waffengattungen des Bundesheeres, wie z. B. Sanitätstruppe, Heeresfliegerkräfte und Elemente der Fernmeldetruppe, sicher.

Ein Beispiel für das Zusammenwirken verschiedenster Kräfte mit dem Ein-

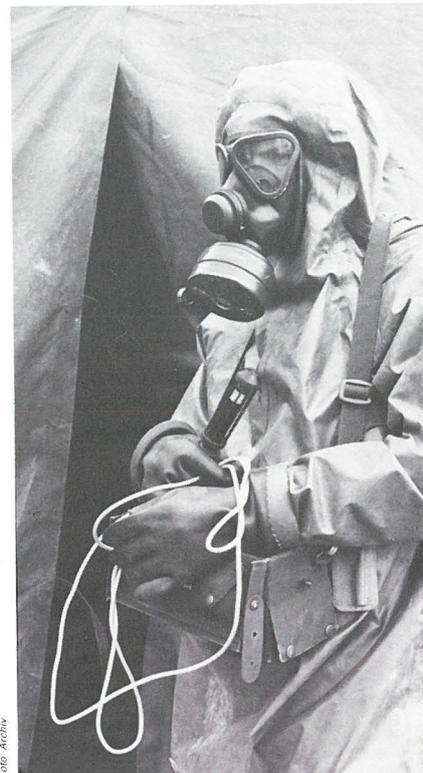


Foto Archiv

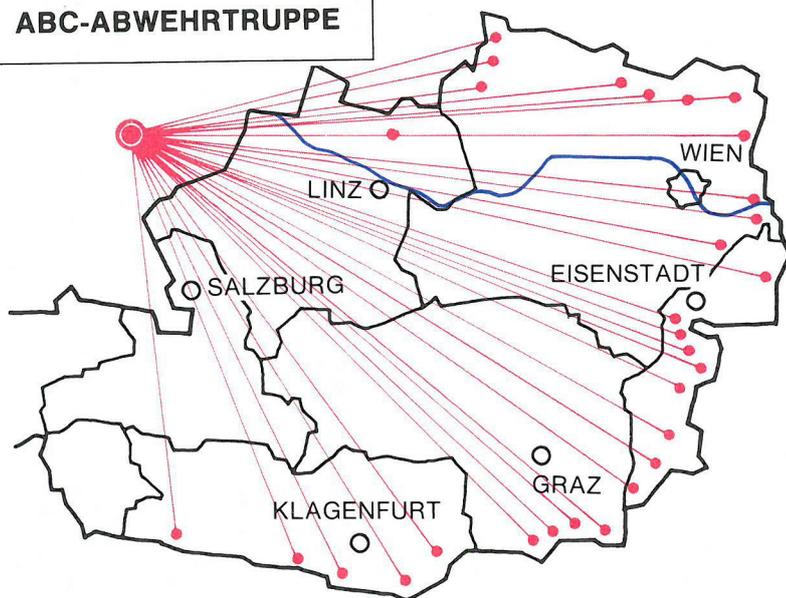
Die ABC-Abwehrtruppe stellte durch Spür- und Dekontaminationseinsätze nach der Katastrophe von Tschernobyl ihre Leistungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis.

der Milizsoldaten der ABC-Abwehrtruppe zu einem außerordentlichen Präsenzdienst vorgesehen.

Dazu gehören auch die Offiziere der Melde- und Auswertezentralen bei den bereits erwähnten Kommanden, die mit EDV-gestützten Verfahren Prognosen über Ausdehnung und Schadenswirkung von radioaktivem Niederschlag oder von Giftgaswolken zu erstellen haben. Diese Vorhersagen und Wirkungsbeurteilungen dienen in der Folge nicht nur der ABC-Lagebeurteilung militärischer Kommanden, sondern bilden auch die Grundlage für die Warnung und Alarmierung der Bevölkerung sowie für Evakuierungsmaßnahmen.

ASSISTENZEINSATZ NACH DER KATASTROPHE VON TSCHERNOBYL

EINSATZORTE DER ABC-ABWEHRTRUPPE



RS

Die ABC-Abwehrtruppe ist bereits im Frieden so gegliedert und disloziert, daß sie ohne umfangreiche organisatorische Maßnahmen im Anlaßfall eingesetzt werden kann:

So verfügt jeder Militärkommandobereich über einen ABC-Abwehruzug in der Landeshauptstadt, der durch Kräfte der in Wien befindlichen ABC-Abwehrschule im Bedarfsfall verstärkt werden kann. ABC-Abwehrelemente der elf Brigaden der Armee und auf den Militärflugplätzen sowie ABC-Spürtrupps in den kleinen Verbänden des Bundesheeres runden den organisatorischen Rahmen ab. (Siehe auch TRUPPENDIENST 6/1989, S. 534.)

satz der ABC-Abwehrelemente der Armee als Speerspitze stellt der nach Tschernobyl neu erarbeitete Strahlenalarmplan der Armee dar, der das gesamte Bundesheer erfaßt und die Grundlage aller Maßnahmen im Fall einer großflächigen radioaktiven Kontamination sowohl innerhalb der Armee als auch zur Assistenzleistung bildet.

Übersteigt das Ausmaß einer Katastrophe in ihrer Ausdehnung oder ihren Auswirkungen eine Größenordnung, die eine Bewältigung mit dem aktiven Kaderpersonal und den in Ausbildung befindlichen Soldaten nicht zuläßt, so ist die Einberufung

Erfahrungswerte aus Katastropheneinsätzen

Die ABC-Abwehrtruppe hat ihre Feuertaufe bisher nicht nur bei Hochwassereinsätzen, Brandkatastrophen oder Erdbebeneinsätzen im Ausland erhalten, sondern auch in ihrem ureigensten Metier, so z. B. beim Auftreten der Maul- und Klauenseuche oder nach der Katastrophe von Tschernobyl, wo sie durch Spür- und Dekontaminationseinsätze ihre Leistungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat.

Dabei hat sich die in den letzten Jahren vorgenommene Modernisierung auf dem Gerätesektor sehr positiv ausgewirkt. Ebenso kann die Zusammenarbeit mit zivilen Behörden und Einsatzorganisationen als sehr gut bezeichnet werden, wobei sich diese Zusammenarbeit auf höherer Ebene allerdings etwas schwieriger gestaltet als auf der Ebene der Einsatzkräfte. Maßgeblich dafür sind die geringere gemeinsame Übungspraxis der Stäbe sowie fehlende Kenntnisse auf ziviler Seite bezüglich der Einsatzmöglichkeiten der Truppe.

Positiv ist die zunehmende Angleichung der Führungsverfahren (Stabsarbeit) im zivilen wie im militärischen Bereich zu bewerten, weil sich die Zusammenarbeit der Stabsstellen dadurch reibungsloser gestaltet. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Zivilschutzschule des Bundesministeriums für Inneres zu, die im Rahmen ihrer Kurstätigkeit durch den Einsatz von Gastlehrern aus allen Bereichen der Verwaltung, der Einsatzorganisationen und des Bundesheeres den Grundstein für eine integrierte Stabsarbeit auf den verschiedenen Führungsebenen legt. Diese Form der Zusammenarbeit und die persönliche Bekanntschaft der Führungskräfte haben bereits erheblich zur erfolgreichen Bewältigung von Katastrophensituationen beigetragen.

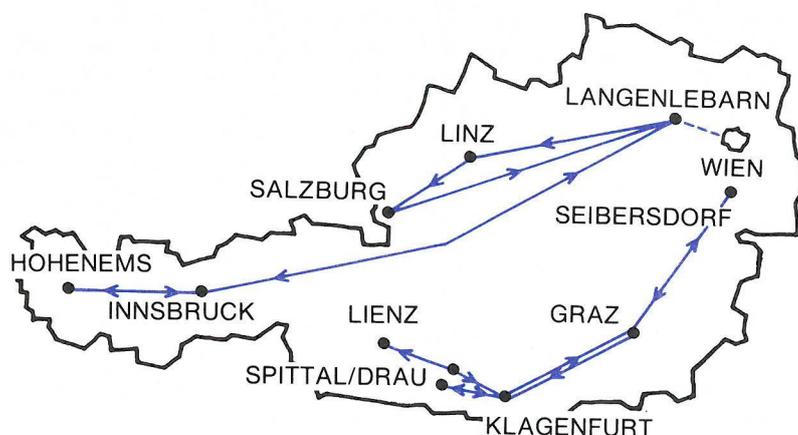
Integrierte Übungen der Abteilung Umfassende Landesverteidigung (ULV) des Bundeskanzleramtes bieten noch vor dem Ernstfall Kontroll- und Korrekturmöglichkeiten hinsichtlich des eingeschlagenen Weges.

Im technisch-taktischen Bereich erweisen sich gleichartige Ausbildungsgänge bei Armee, Exekutive und Einsatzorganisationen, wie z. B. die Spürausbildung im Forschungszentrum Seibersdorf, als besonders vorteilhaft, da diese auch bessere Vergleiche von Spüresultaten zulassen. Ein Musterbeispiel dafür stellt das vom Bundesministerium für Inneres, ABC-Abwehrschule und Forschungszentrum Seibersdorf gemeinsam erarbeitete Luftspürverfahren dar, an dessen weiterer Verbesserung alle diese Stellen ständig mitwirken.

Als problematisch muß die nach wie vor geringe Bewertung der Dekontamination im zivilen Bereich gesehen werden. So war nach Tschernobyl nur die ABC-Abwehrtruppe in der Lage, Dekontaminationsmaßnahmen durchzuführen, und daran hat sich bis heute nichts geändert. Im Gegensatz dazu zeigen aber die Alarmlagen aus

TRANSPORT VON LEBENSMITTELPROBEN NACH DER KATASTROPHE VON TSCHERNOBYL

TÄGLICH ABSOLVIERTE FLUGSTRECKEN



Flugstunden für Transporte	308
Flugstunden für Spüreinätze	54
Flugstunden insgesamt	362

Im Lufttransport beförderte Gütermenge (Lebensmittelproben, Luftfilter usw.) 8 404 kg

Weißrußland ganz deutlich, welcher umfangreicher Aufgabenkatalog in diesem Bereich nach einer Reaktorkatastrophe anfällt. Feuerwehren und Rotes Kreuz werden sich auf Dauer dieser Aufgabenstellung nicht entziehen können.

Ausblicke

Die wachsende Bedrohung durch technische Katastrophen und die stärkere Betonung des Aufgabenbereiches Assistenz auch in den Bereich der Umweltgefahren hinein muß natürlich Konsequenzen in personeller, materieller und ausbildungsmäßiger Hinsicht haben.

War bisher die ABC-Abwehrtruppe milizartig strukturiert, erfordert der verstärkte Katastrophenschutz zumindest im territorialen Bereich eine Neuorientierung in Richtung Bereitschaftstruppe mit voller Einsatzstärke. Hochqualifiziertes, wissenschaftliches Spezialpersonal wird allerdings immer aus dem zivilen Bereich über Milizfunktionen aufzubringen sein.

Ausbildung

Eine Reduzierung der Ausbildungszeit ist im Hinblick auf die vermehrte Aufgabenstellung nicht möglich. Eine

achtmonatige durchgehende Ausbildung wird bei Hinzunahme des Bereiches Umweltgefahren die untere Grenze des Vertretbaren bilden. Auch eine Anhebung der Kaderstände muß der Aufgabenstellung „Einsatz im Frieden“ Rechnung tragen.

Die umfassende Problemstellung der Umweltgefahren wird auch neue Kursangebote seitens der ABC-Abwehrschule erfordern, die ihrerseits ihr Lehrpotential erweitern muß. Am Anfang kann der Übergang durch eine vermehrte Heranziehung von Gastlehrern bewältigt werden.

Infrastruktur

Dringend geboten erscheint eine rascheste Verbesserung der bisher eher stiefmütterlich behandelten Laborkapazität des Amtes für Wehrtechnik. Die bisherige Unterbringung durchaus moderner Meß- und Analyseeinrichtungen in ehemaligen Pferdestallungen ist nicht gerade leistungsfördernd.

Während im Hinblick auf die militärische Aufgabenstellung die Geräteausstattung der ABC-Abwehrorganisation durchaus als modern und zufriedenstellend bezeichnet werden kann, wird eine Hilfeleistung bei Umweltgefahren weiteres Gerät erfordern. Im Vordergrund steht hier die Detektions-



Der hochspezialisierte Katastropheneinsatz weist der ABC-Abwehrtruppe den Weg Richtung Bereitschaftstruppe.



Die ABC-Abwehrsoldaten kommen zum Einsatz, wenn das Schadensbild Katastrophenausmaß erreicht.

fähigkeit für chemische Schadstoffe, für deren Verbesserung sich die Einführung eines mobilen Massenspektrometers bei der Spürgruppe anbietet, wie es die Bundeswehr im Spürpanzer „Fuchs“ verwendet.

Einrichtungen zum Auffangen und Binden gefährlicher Stoffe werden im Bereich der Dekontamination sowie beim Retten und Bergen zwingend erforderlich sein.

Diese Zusatzanforderungen ändern jedoch nichts daran, daß die derzeit anzustellenden Überlegungen einmal mehr beweisen, wie zukunftsorientiert und aufgabengerecht die Organisation der ABC-Abwehr im Bereichsplan 14 bereits 1979 festgelegt wurde und auch noch künftigen Anforderungen gerecht wird.

Die sich bereits als erfolgreich erwie-

sene Einsatzfähigkeit der ABC-Abwehrtruppe zu Hilfeleistungen bei Katastrophen im Ausland wird sich künftig auch bei ABC- und Umweltgefahren zu bewähren haben. Eine Ausklammerung dieses sicher auch für den Helfer mit großem Risiko verbundenen Einsatzspektrums wird moralisch nicht vertretbar sein. Die Schweiz und Schweden wollen sich künftig auch diesen Aufgaben unterziehen, und wir sollten hier nicht abseits stehen bleiben.

Zusammenarbeit mit zivilen Einsatzkräften

Aus den bisherigen Ausführungen geht klar hervor, daß die ABC-Abwehrtruppe kein Konkurrenzunternehmen zur Feuerwehr oder zu anderen Einsatzorganisationen darstellt. Diese

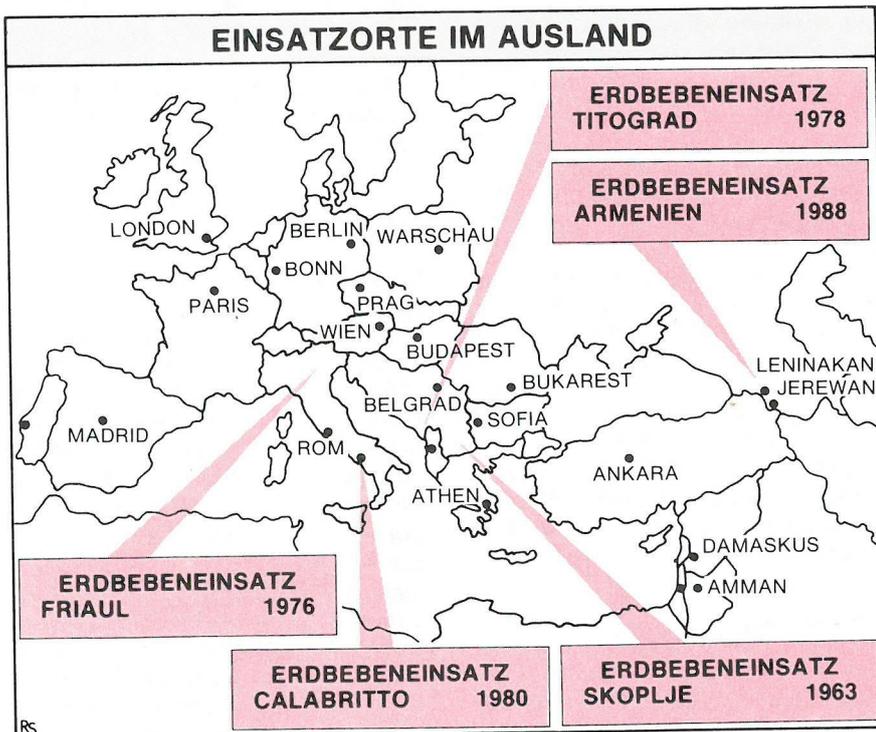
sind gut ausgebildet und ausgerüstet, um mit der täglichen „Gefährliche-Stoffe-Problematik“ fertig zu werden. Die ABC-Abwehrsoldaten gelangen erst zu dem Zeitpunkt zum Einsatz, sobald das Schadensbild ein Katastrophenausmaß annimmt.

Dennoch muß aus der Sicht des Fachmannes eine noch intensivere Zusammenarbeit bei der Erstellung von Katastrophen-Alarmplänen und in der Durchführung gemeinsamer Übungen auf der Ebene der Einsatzkräfte und auf Stabebene gefordert werden; der dadurch erzielbare Gewinn an Zeit und Effizienz rettet im Ernstfall Menschenleben.

Ebenso darf das Vorhandensein einer leistungsfähigen ABC-Abwehrtruppe für den Katastrophenfall bei den verantwortlichen zivilen Stellen nicht zur Argumentationshilfe für falsche Sparsamkeit in der Ausstattung ziviler Einsatzkräfte werden. So ist es z. B. sicher bedenklich, wenn derzeit nur das Bundesheer über Dekontaminationssysteme verfügt und Feuerwehr, Exekutive und Rotes Kreuz nur in geringem Ausmaß mit Atemschutz und Schutzbekleidung ausgerüstet sind.

Die latente Bedrohung, die trotz aller Sicherheitsvorschriften und Sicherheitsvorkehrungen in der modernen Industriegesellschaft steckt, ist der Preis, den wir für unsere hochtechnisierte Zivilisation und den damit verbundenen Lebensstandard zu bezahlen haben. Dafür, daß jederzeit mögliche Schadensfälle in ihren Auswirkungen auf das Leben und die Gesundheit von Menschen gering gehalten werden, müssen wir ebenfalls rechtzeitig vorsorgen.

Die ABC-Abwehrtruppe muß sich auf beide Eventualitäten vorbereiten, den Hilfseinsatz im Frieden und die Kampfunterstützung im Krieg. ▼



Truppenausbildung

Oberst dG Heribert Temmel

Gefechtsnahe Ausbildung – einsatznahe Gefechtsdienst

Vorbemerkung

Eine zeitgemäße und verantwortungsbewußte Ausbildung der Soldaten hat sich ausschließlich an den Merkmalen eines möglichen Einsatzes zu orientieren.

Nur eine Truppe, die während einer gefechtsnahen Ausbildung mit möglichst realistischen Einsatzsituationen konfrontiert wird, hat Aussicht, im Ernstfall zu bestehen und Erfolg zu haben.

Es ist eine unabdingbare Forderung, daß die *Bedingungen eines zukünftigen Einsatzes* in der Ausbildung der Soldaten so *einsatznah* wie möglich zu üben sind. Denn das *Ziel jeder militärischen Ausbildung* ist das Bestehen in einem möglichen Einsatz. Das bedeutet, daß der Soldat ein Anrecht darauf hat, eine auf mögliche *Einsatzwirklichkeiten* abgestimmte,



Foto Archiv

Neben dem Unwägbar und der Überraschung ist die vernichtende Waffenwirkung ein weiteres Merkmal der Einsatzwirklichkeit.

„Die Gefahr im Krieg gehört zur Friktion desselben, eine richtige Vorstellung davon ist zur Wahrheit der Erkenntnis notwendig...“
(Clausewitz)

umfassende Ausbildung zu erhalten, um so in die Lage versetzt zu werden, die Aufträge im Einsatz zu erfüllen und möglichst unverseht zu überleben.

Daher stellt eine *effiziente Ausbildung* einen *bedeutsamen Beitrag* zu einer *erfolgreichen Landesverteidigung* dar.

Eine Definition

Es kommt zunächst darauf an, eine Vorstellung von Einsatzwirklichkeiten zu gewinnen. Dann muß geprüft werden, wie der Gefechtsdienst der Einsatzwirklichkeit angenähert werden kann, damit *einsatznah* ausgebildet wird. Was bedeutet „einsatznah“?

Einsatznah heißt, daß während der

Ausbildung eine Vorstellung von Einsatzwirklichkeiten und möglichen Gefechtsabläufen vermittelt wird. Jeder Soldat sollte im *allgemeinen Gefechtsdienst einsatznah* so ausgebildet werden, daß er befähigt ist, sich in den vielfältigen Gefechtsituationen rasch und richtig zu verhalten.

Allgemeiner Gefechtsdienst ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck: Die Soldaten aller Truppengattungen – nicht nur der *Kampftruppen* – müssen zum Kämpfen, Leben und Überleben auf dem Gefechtsfeld ausgebildet werden, damit sie trotz Feindeinwirkung ihre Aufgaben erfolgreich erfüllen können. Daher ist eine *gefechtsnahe Ausbildung* eine unabdingbare Forderung, die darüber hinaus auch die *geistige Beweglich-*

keit zu fördern und die *körperliche Belastbarkeit* zu steigern hat.

Das *Darstellen der Einsatzwirklichkeit* erfordert vom Ausbilder viel Einfallsreichtum und noch mehr Vorstellungskraft, weil „Bilder“ von Gefecht und Einsatz zu vermitteln und diese „Bilder“ in Handlungsanweisungen für die Ausbildung umzusetzen sind. Bei der Ausbildung im Gefechtsdienst ist die Kernfrage: „Worauf kommt es besonders an?“

Oberst dG Heribert Temmel, geboren 1940 in Graz, absolvierte die Theresianische Militärakademie, Ausmusterung 1968. Bis 1971 als Zugkommandant und Ausbildungsoffizier bei einer Jägerkompanie, anschließend bis 1975 Kommandant einer Jägerkompanie. Nach Absolvierung des 8. Generalstabskurses als Generalstabsoffizier in der Gruppe Ausbildung, in weiterer Folge als Referent für Territorialverteidigung und Landesbefestigungen im Armeekommando tätig. 1981 Kommandant des Jägerbataillons 26, anschließend G 3 und stellvertretender Chef des Stabes beim Militärkommando Wien; seit 1989 ist er G 3 beim Heeresmaterialamt.

Zufall und Überraschung, das Unabwägbare, Ungewöhnliche und Unvorhersehbare stehen im Vordergrund – vereinfacht: unerwartete Schwierigkeiten sind das erste und das wichtigste Merkmal der Einsatzwirklichkeit.

Gestaltung des Gefechtsdienstes

Unerwartete und unvorhergesehene Schwierigkeiten sind im Gefecht die Regel. Im Gefechtsdienst müssen deshalb Kommandanten und Truppen auch an *unvorhergesehene Entwicklungen* gewöhnt werden; sie müssen vor allem üben, Überraschungen zu meistern, glückliche Zufälle wendig auszunutzen und widrige Ereignisse entschlossen zu überwinden.



Einsatznaher Gefechtsdienst bedeutet auch eine „vorschriftentreue“ Ausbildung – aber mit Verstand, denn Vorschriften sind keine Kochbücher.

**„Was nicht verlangt wird, wird nicht geübt.
Was nicht geübt wird, funktioniert nicht!“**

Der Gefechtsdienst ist daher so zu gestalten, daß er diese *Kennzeichen des Gefechtes einschließt*.

Es kommt darauf an, daß alle Soldaten zur *Selbständigkeit* erzogen werden und alle Kommandanten jeder Ebene zum Führen durch Auftrag angehalten werden.

Eine Truppe ist dann einsatznah ausgebildet, wenn sie nichts mehr aus der Ruhe bringt, wenn sie begreift, daß es im Gefecht keine „Routine“ gibt.

Neben dem Unabwägbaren und der Überraschung ist die vernichtende Waffenwirkung ein weiteres Merkmal der Einsatzwirklichkeit.



Im Gefechtsdienst kann die Waffenwirkung nur in Form von Einlagen angedeutet werden.

Die gesteigerten Kampftferneungen, die Erstschußtreffwahrscheinlichkeit, die Feuergeschwindigkeit und die Beweglichkeit aller Waffen ergeben eine erhöhte Bedrohung auf dem Gefechtsfeld.

Die diesbezüglichen Erfahrungen anderer Armeen sind ein wertvoller Anhalt.

Im Gefechtsdienst kann diese Waffenwirkung jedoch nur angedeutet, kann die Gefahr lediglich durch „Einlagen“ unvollkommen geschildert bzw. dargestellt werden.

Vernünftige Belastung

Weitere Merkmale der Einsatzwirklichkeit sind die *körperliche und seelische Dauerbelastung* sowie Widrigkeiten in bezug auf schwieriges Gelände, ungünstiges Wetter und eingeschränkte Sicht. All dies kann die Auftrags Erfüllung behindern, gefährden, im Einzelfall vielleicht unmöglich machen.

Alle Truppen sind im Rahmen einer gefechtsnahen Ausbildung an Dauerbelastungen heranzuführen und zu gewöhnen. Sie müssen ihre Leistungsgrenze erleben: ihre Kommandanten müssen lernen, „*Leistungsfähigkeit und Bedürfnisse der Truppe*“ zu beurteilen.

Daher sind Ausdauer, Geschicklichkeit und Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe zu entwickeln und zu fördern. Das Darstellen und Üben von

einsatzadäquaten Dauerbelastungen ist eine wichtige Forderung an eine gefechtsnahe Ausbildung.

Je höher die Belastung, desto gewissenhafter sind Sicherheitsbestimmungen und Vorschriften zur Gesunderhaltung zu beachten.

Körperliche Belastbarkeit ist nicht nur für infanteristische Kampftruppen lebenswichtig. Körperliche Belastungen dürfen nie als Willkür oder „erzieherische Maßnahmen“ mißverstanden werden.

Eine körperlich „harte“ Truppe ist auch seelisch belastbar.

In schwierigen Umweltverhältnissen zu üben, an widrige Umweltverhältnisse gewöhnt werden, heißt „gestuft“ auszubilden: vom Bekannten zum Unbekannten, vom Einfachen zum Schweren, von der Regel zur Ausnahme.

Im „Bilderbuch-Gelände“ wird schulmäßig ausgebildet und im Regelfall geübt, im „schwierigen“ Gelände wird vertieft und überprüft. Daher kommt es darauf an, auch unter veränderten Sichtverhältnissen auszubilden und zu üben.

Einsatznaher Gefechtsdienst heißt auch vorschriftentreu auszubilden – aber mit Verstand, denn Vorschriften sind keine Kochbücher.

Einsatznaher Gefechtsdienst verlangt weiter „*Gründlichkeit vor Vielseitigkeit*“. Je größer die Vielfalt der Lage, je stärker die Gefechtseindrücke, desto wichtiger die unbedingte Sicherheit im „Handwerk“, denn „Kleinigkeiten machen die Vollkommenheit aus, aber Vollkommenheit ist keine Kleinigkeit“.

Klare Schwerpunkte

Einsatznaher Gefechtsdienst erfordert schließlich, im Gefechtsdienst die Schwerpunkte richtig zu setzen. Denn nur Gewohnheit stärkt den Körper in großen Anstrengungen, die Seele in großen Gefahren, das Urteil gegen den ersten Eindruck. Es genügt allerdings nicht, einen Schwerpunkt zu befehlen, er muß wie in der Taktik gebildet werden. Dabei ist abzusehen, daß andere Ausbildungsgebiete ins Hintertreffen geraten, doch das ist der Preis des einsatznahen Gefechtsdienstes.

Einheiten, die ein „Heimatgefühl“ bieten, sind kampfkraftiger, weil eine Gemeinschaft, deren Mitglieder innerlich gebunden und verbunden sind, leistungsfähiger ist. *Vertrauen und Kameradschaft* verbinden.

Das Einander-Kennen, das Wissen,



Eine Truppe, die ihre Waffen nicht beherrscht, ist im Einsatz verunsichert. Gefechtsdrill, Waffendrill und gründliche Schießausbildung mindern die Krisenanfälligkeit.

„Mit Disziplin und Drill bindet man die Truppe an die Fahnen. Reden machen sie nicht tapfer. Alte Soldaten hören nicht zu, junge Soldaten vergessen sie beim ersten Kanonenschuß“, sagte einst Napoleon.

sich auf den anderen verlassen zu können, ist Voraussetzung für jede Einsatzbereitschaft des einzelnen und damit für jede Leistung im Gefecht.

Ohne Zusammenhalt nützt die beste Ausbildung nichts, jedoch kann eine vernünftige, insbesondere fordernde Ausbildung den Zusammenhalt schaffen: Das Bewußtsein gemeinsam gelöster Aufgaben ist eine Klammer!

Weil eine disziplinelose Truppe den Belastungen des Gefechtes nicht standhalten wird, muß *Disziplin* frühzeitig entwickelt, ständig gefestigt und aufrechterhalten werden.

In jedem Dienst wird Disziplin verlangt, von jedem Soldaten werden mitdenkender Gehorsam, Pflichterfüllung und Kameradschaft gefordert – der Gefechtsdienst ist die Bewährung.

Mit Drill gegen die Krise

Eine Truppe, die ihre Waffen nicht beherrscht, die ihren Waffen nicht vertraut, ist im Einsatz verunsichert und *krisenanfällig*. Gefechtsdrill, Waffendrill und gründliche Schießausbildung – eine gute Ausbildung, die das Bewußtsein der eigenen Leistungsfähigkeit stärkt – mindern die Krisenanfälligkeit.

Auch die beste Truppe kann in eine Krise geraten – darin zu bleiben braucht sie nicht. Angst ist ansteckend, Mut aber auch! *Vorbild überzeugt!* Gute Ausbildung ist reali-

stische Ausbildung. Sie fördert das Selbstbewußtsein und die Gruppenbildung. Die Gruppe (Truppe) bietet Schutz und hilft Ängste und Belastungen zu überwinden.

Eine gefechtsnahe Ausbildung soll möglichst viele Einsatzwirklichkeiten annähernd darstellen und den Soldaten im Rahmen eines einsatznahen Gefechtsdienstes Fähigkeiten vermitteln, unvorhergesehene Gefechtssituationen zu bewältigen, Waffenwirkungen wirksam zu begegnen sowie sich an körperliche und seelische Dauerbelastung zu gewöhnen. Dabei gilt es, wertvolle Erfahrungen zu sammeln.

Der Ausbilder (Kommandant) muß lernen, mit seinen Soldaten einen *fordernden, sinnvollen Dienst* durchzuführen. Dabei ist eine *gefechtsnahe Ausbildung* ein *Gebot der Verantwortung* für die Soldaten.

Persönliches Vorbild schafft Vertrauen

Dieser banale Spruch hat immer noch Gültigkeit.

Ausbildungserfolge wirken am nachhaltigsten über das *Beispiel der Vorgesetzten*. Ausbilden durch Vorbild – insbesondere durch Vorleben und das Ertragen gleicher Belastung – ist glaubwürdig, wirkt unmittelbar und überzeugt mehr als Worte. So wird Vertrauen geschaffen. Auftreten und

Handeln der Ausbilder bestimmen Geist, Leistungsfähigkeit und Erscheinungsbild der Soldaten. Der Ausbildungserfolg wird noch gesteigert durch die Bereitschaft zum Gespräch und zu erklärender Information, Fürsorge und Eintreten für die Unterbenen, sowie durch das Bemühen, ihre Selbständigkeit durch Übertragen von Verantwortung zu fördern.

Die konsequente Einhaltung gesetzter Maßstäbe, gebotene Härte in der Ausbildung, Gerechtigkeit und Verständnis für den einzelnen Soldaten sowie Einfühlungsvermögen sind eine weitere Forderung an die *Verantwortlichen in der Ausbildung*.

Dieser erzieherische Einfluß der Ausbilder wird gestützt und ergänzt durch *positives Erleben der Gemeinschaft*. Kameradschaftlicher Zusammenhalt prägt die Atmosphäre in der Truppe, erleichtert die gefühlsmäßige Einbindung des einzelnen Soldaten und liefert entscheidende Motive für Standfähigkeit und Zusammengehörigkeitsgefühl auch unter extremer Belastung.

Zusammenfassung

Einsatznaher Gefechtsdienst verlangt:

- den Kampf in ungewisser, rasch und ständig wechselnder Lage zu üben;
- realistische Gefechtseindrücke ernsthaft und eindringlich zu vermitteln;
- an Dauerbelastung zu gewöhnen;
- den Kampf um Leben und Überleben unter schwierigen Umweltverhältnissen zu üben. ⑦

Reformeiferer

Reformeiferer sind jene, die nach der Forderung „Vier Monate sind genug“, nebst den anderen kosmetischen Scheinreformforderungen als Anhang, sofort mit ihren Änderungsvorschlägen in die breite Öffentlichkeit gegangen sind. Ihr Eifer war so groß, daß sie einige wichtige Umstände übersehen haben, die durchaus zu einem sicher auch von ihnen nicht erwünschten Nachteil führen könnten. Abgesehen von der Tatsache, damit auf eine äußerst unqualifizierte, fast mutwillig vom Zaun gebrochene Diskussion eingestiegen zu sein, haben sie bei ihrer Wortmeldung zweierlei nicht bedacht:

Altbekannte Mängel

Seit Jahren sind die Dienstzeit, die Verwaltungsvereinfachung, ein Leistungsprinzip im Personalwesen und Strukturschwächen in der Systemerhaltung – um nur einige Punkte zu erwähnen – altbekannte „Reformdauerbrenner“ und Kristallisationspunkte jeder – vom Gefreiten bis zum General – geäußerten Kritik an den herrschenden Verhältnissen im Heer.

Es ist nichts aufzuzeigen, aufzudecken oder gegen irgendeinen Widerstand reaktionärer, ewiggestriger Offiziere nun rasch umzusetzen. Schon gar nicht ein neues Feindbild, das der Neutrale ja immer hat – nämlich grundsätzlich keinen Feind, bis er eben angegriffen wird.

Der „politische Wille“

Alle Probleme liegen seit Jahren glasklar auf dem Tisch, nichts ist verborgen oder vertuscht worden – höchstens höflich verschwiegen, weil jeder wußte, daß der auftauchende politische Wille für Änderungen im Heer etwa mit der Häufigkeit der Einhaltung von Wahlversprechen zu vergleichen ist.

Da nun offensichtlich der politische Wille vorhanden ist, beispielsweise die Verwaltung abzubauen oder endlich eine einheitliche Dienstzeitregelung einzuführen, ist nichts naheliegender, als intern und im Stillen an diesen Dingen zu arbeiten, und nicht lautstark und plakativ alle sattsam bekannten Systemschwächen profilierungssüchtig in aller Öffentlichkeit

breitzutreten. In der Öffentlichkeit muß so der Eindruck entstehen, es hätten in der letzten Zeit alle verantwortlichen Entscheidungsträger im Heer die Probleme nicht erkannt oder nicht erkennen wollen. Erst ein paar Journalisten und einige Parteiangestellte hätten Wind in die Sache bringen müssen, um die Heeresführung förmlich wachzurütteln.

Neue Angriffsflächen

Neben der Tatsache, daß hier das Rad eifrig zum zweiten Mal erfunden wird, ergibt sich eine weitere unangenehme Begleiterscheinung dieser öffentlichen Reformbegeisterung. Bei der hörbaren fachlichen Minderqualifikation vieler ziviler Reformierer müssen diese nachgerade dankbar für diese Unterstützung aus dem militärischen Bereich sein. Viele Argumente lassen sich denn auch sofort für ihre Demontagediskussion umfunktionieren. Dabei scheint es mir wesentlich, festzuhalten, nicht für eine Schönfärberei einzutreten oder gar einer Vertuschungstaktik das Wort zu reden. Ganz im Gegenteil. Eine Milizarmee lebt vom breiten Mitgehen der Bevölkerung mit den Problemen der Soldaten. Nur so kann letztlich nach entsprechender Information und Diskussion etwas zum Positiven bewegt werden. In die heute geführte grundsätzliche Debatte kann jedoch nicht jeder möglichst medienwirksam mit einem Reformprogramm einfallen. Hiezu ist jetzt einzig und allein unsere Führung berufen. Und, obwohl sie uns in der Vergangenheit vielleicht manchmal überhört hat, müssen wir ihr heute vertrauen.

Hierarchie ohne Vertrauen

Durch eine zügellose Diskussion besteht die Gefahr eines allgemeinen Vertrauensverlustes. Dieses Vertrauen zwischen Truppe und Führung ist aber vor allem in einer in ein demokratisches System eingebetteten militärischen Hierarchie notwendig. Sieht man sich doch oft auf weiten Strecken bei militärischen Problemen unverstanden. Viele Führungskräfte versuchen erst gar nicht, auf die Truppe Einfluß auszuüben, obwohl sie in ihrem Wirkungskreis die Möglichkeit oder gar die Pflicht dazu hätten. Es wird viel lieber von außen und indirekt auf die Truppe

„einargumentiert“ oder offensichtlich in der Überzeugung, hier sei alles verloren, wild darauf losreformiert. Die Truppe wiederum „revanchiert“ sich durch Abkapselung und versteht es geschickt, dort, wo sie es für richtig und wichtig findet, zu reüssieren. Jetzt vielleicht mit ein paar kräftigen Reformvorschlägen in einer Truppenzeitung. Dies wiederum verstärkt für die Führung den Eindruck von Zerfall und Qualitätsverlust.

Zu viele in einem Boot?

Zahlreiche, erst jüngst aufgestellte Einheiten äußern sich vermehrt in den Milizgemeinschaften, dringen mit ihren Ideen und Wünschen an die Öffentlichkeit und schaffen so ein buntes, für manchen Betrachter nicht immer vorteilhaft schillerndes Bild dieser Armee. Wer das hochsensible menschliche Gefüge von Einheiten kennt, kann diese Entwicklung in den Milizeinheiten verstehen und ihren bewundernswerten Kommandanten nur raten, ihren Weg – so unterschiedlich er sein mag – weiter zu gehen. Nur ist von jedem Soldaten in der Friedens- und Einsatzorganisation bei der laufenden Diskussion zu verlangen, daß er genau weiß, wo seine militärische Tätigkeit endet und eine politische Aussage beginnt. An dieser Trennlinie müßten viele mangels Kompetenz verstummen. Da gibt es, wie gesagt, in einer Hierarchie nur wenige Berufene. Trotz gewisser Turbulenzen muß wesentlich sein, daß in Österreich noch nie so viele Menschen den Weg der Militärischen Landesverteidigung beschritten haben. Es sollte uns daher allen auch und gerade in dieser Zeit, trotz der Ausritte der Reformeiferer, auf diesem gemeinsamen Weg nicht bange sein. Vor allem dann nicht, wenn wir uns als Soldaten über die Entwicklungen in unserer Nachbarschaft mit unseren Mitbürgern ehrlich freuen und gemeinsam die erforderlichen Änderungen in der Armee erarbeiten. Nur so erhalten und vermehren wir das Vertrauen der Bevölkerung und nicht als geschäftige Reformeiferer oder abblockende Feindbildmaler. Das allein gibt uns das Mandat, den Weg der Militärischen Landesverteidigung nach gut durchdachten und gemeinsam festgelegten Reformen weiter zu gehen.

Oberstleutnant Adolf Kettner

Gedanken zum Waffendrill am Granatwerfer

Das Schießen zum Nulltarif

Budgetprobleme zwingen zum Sparen oder, bezogen auf das Bundesheer, zu noch intensiverem Sparen. Die finanziellen Einschränkungen haben natürlich auch vor den Kontingenten der Ausbildungsmunition nicht halt gemacht und die zugewiesene Munitionsmenge wurde gekürzt.

Nicht unbegründet waren die kritischen Aussagen aus dem Kreis der Ausbilder, vor allem dann, wenn flankierende Maßnahmen ausbleiben.

Das Einsparen teurer Munition ist sicher unabänderlich und auch möglich, wenn Alternativen durch Übungsschießgeräte vorhanden sind. Ein Waffensystem, bei dem die Alternativen unbefriedigend sind, ist der Granatwerfer.

Die Situation heute

Endlich sind nach fast 40 Jahren Bestehen des Bundesheeres die *Exerziergranaten für die 8-cm- und 12-cm-Granatwerfer* ausgeliefert worden. Man kann also mit dieser Munition Richt-, Lade- und Munitionsschützen, eingeschränkt auf das Scharfschießen und das Gefecht, vorbereiten.

Das Wiederherausziehen der Exerziergranate aus dem Granatwerferrohr mittels einer Schnur ist sicher eine bessere Lösung als das bisherige „Entfernen der Granate als Versager“. Ein rasch abgegebenes Feuer, wie z. B. Sperrfeuer, ist aber nicht darstellbar.

Die *Übungsgranaten des 8-cm-Granatwerfers* erfüllen ihren Zweck. Sie sind einfach, erfordern aber, um die nötige

Oberst Manfred Flödl wurde 1933 in Linz geboren. 1953 begann er die militärische Laufbahn in der B-Gendarmerie, 1957 wurde er in Enns ausgemustert. Anschließend war er als Lehrgruppenoffizier an der Militärakademie und an der Heeresunteroffizierschule tätig. Von 1963 bis 1969 war er Kommandant der Einjährig-Freiwilligen-Kompanie der Jägerschule, ab 1973 Kommandant des Panzergrenadierbataillons 15, danach stellvertretender Kommandant/S 3 eines Ausbildungsregimentes. Seit 1979 ist er Kommandant der 4. Jägerbrigade und Landwehroffizier des Militärkommandos Oberösterreich.

Foto: Flödl



Die 12-cm- und 8-cm-Exerziergranate für Granatwerfer.

Perfektion in der Handhabung der Waffe zu erreichen, eine *höhere Anzahl von Treibpatronen* als bisher und eventuell auch ein Anpassen des Schießprogrammes an einen taktisch richtigen Gefechtsablauf.

Übungsgranaten für den 12-cm-Granatwerfer sind ausständig. Das Amt für Wehrtechnik wird sicher eine Lösung finden müssen. Vielleicht eine 12-cm-Übungsgranate mit 2-cm-Einstecklauf – so etwas gibt es bereits seit Jahrzehnten, nur bei uns nicht!

Foto: Flödl



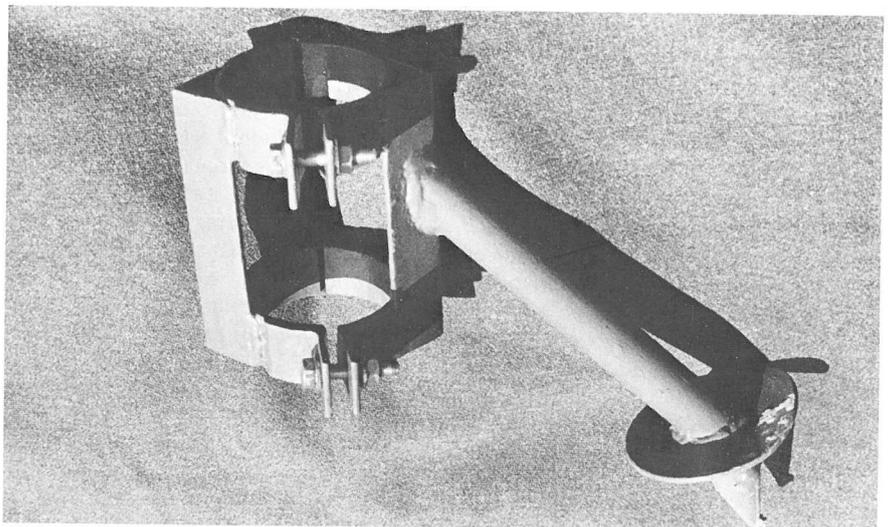
Exerziergranate mit eingeschraubter Öse zum Herausziehen aus dem Granatwerfer.

Das Granatwerfer-übungsgerät

Die Antwort ist ein Granatwerfer-übungsgerät. Dieses zu finden, und damit ein gefechtsnahes Üben des Feuerkampfes zu ermöglichen, ist sicher schwieriger.

Das Problem liegt in der *Feuergeschwindigkeit*.

Exerziergranaten, welche aus dem Rohr nach oben herausgezogen werden – und das wird seit Ewigkeit so praktiziert – sind *ungeeignet für das*



Übungsgerät für Granatwerfer mit abschraubbarem Bodenstück.

Trainieren eines rasch abgegebenen Feuers.

Es handelt sich – besonders beim schweren Granatwerfer – um Schwerarbeit des Ladeschützen.

Nur eine eingespielte Waffenbedienung wird bei reibungsloser Ablösung

des Lade- und des ersten Munitionsschützen in der Lage sein, die Forderung der Vorschrift bezüglich Feuer- geschwindigkeit zu erfüllen.

Es ist also nötig, den Feuerkampf drillmäßig vorzuüben, um die Soldaten mehr als bisher auf die Anforder-

ungen des Feuerkampfes vorzubereiten. Dann wird es auch nicht mehr passieren, daß beim 12-cm-Granatwerfer die neue Munition – die Sprenggranate 78 – infolge ihrer Länge falsch angesetzt, also schlecht geladen wird.

Die unterschiedlichen technischen Eigenheiten der Granatwerfer erfordern verschiedene Arten von Übungsgeräten.

Übungsgeräte für den 12-cm-Granatwerfer 60 und den 8-cm-Granatwerfer M-1

Beide Granatwerfer sind in der technischen Ausstattung des Rohres ähnlich.

Das Bodenstück wird abgeschraubt und das Übungsgerät (Einbein) befestigt.

Die Übungsgeräte für den 12-cm-Granatwerfer 60 und den 8-cm-Granatwerfer M-1 sind eine Bastelarbeit eines geschickten Waffenmeisters und lassen sich „kostenlos“ mit jenem Material herstellen, welches in jeder Truppenwerkstätte als Schrott verfügbar ist.



Foto: Fiedt

8-cm-Granatwerfer M-1 mit Übungsgerät.

Übungsgeräte für den 12-cm-Granatwerfer 86 und die 8-cm-Granatwerfer M-29, 70 und 82

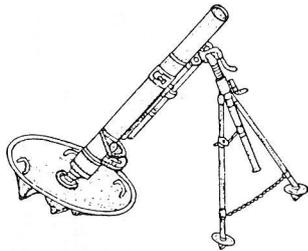
Die Eigenheit dieser Granatwerfer besteht darin, daß das Granatwerferrohr für ein Übungsgerät nicht genutzt werden kann.

Beim 12-cm-Granatwerfer 86 würde das im Rohr befindliche Innengewinde durch die Exerziergranaten Schaden erleiden, bei den 8-cm-Granatwerfern sind keine Bodenstücke vorhanden bzw. beim M-29 ist dieses, da verlötet, nicht abnehmbar.

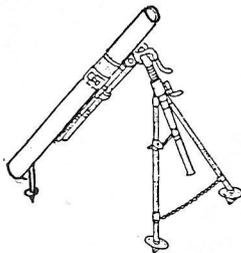
„Ladeleistung“ nach Dienstvorschrift

beim 12-cm-schweren Granatwerfer:	15 Schuß zu 14,5 kg/min 217,50 kg/min
beim 8-cm-mittleren Granatwerfer:	25 Schuß zu 4,15 kg/min 103,75 kg/min

Schema des Granatwerfer-Übungsgerätes:

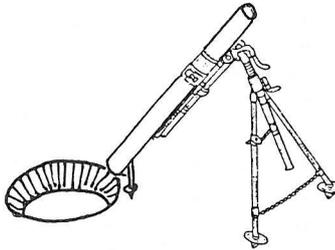


Der Granatwerfer muß umgebaut werden.

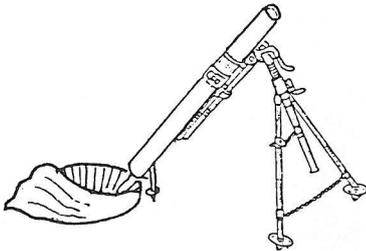


Das Rohr des 12-cm-Granatwerfers 60 und des 8-cm-Granatwerfers M-1 wird mit dem Übungsgerät versehen.

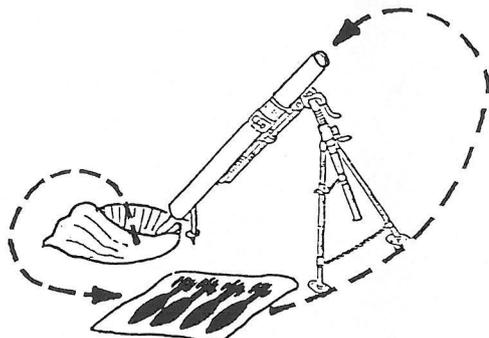
Bei den anderen Granatwerfern wird das Rohr durch ein Übungsrohr ersetzt.



Anstelle der Bodenplatte wird eine Granatenauffanggrube ausgehoben. Tiefe: Granatenlänge plus zehn Zentimeter und Dicke der Auskleidung.



Zur Schonung der Exerziergranaten wird die Granatenauffanggrube mit einer ausgeschiedenen Matratze oder Decke ausgekleidet.



Das Laden erfolgt auf die herkömmliche Art.

Die Exerziergranate gleitet durch das Übungsrohr in die Granatenauffanggrube. Ein Munitionsschütze (mit Arbeitshandschuhen) entnimmt die Exerziergranate aus der Granatenauffanggrube und legt sie bei der verschußter Munition ab.

Da Stahlrohre nicht in den gewünschten Kalibern lieferbar sind, ist es nötig, das 12-cm-Rohr durch eine Manschette zu verstärken und das 8-cm-Rohr abzudrehen, um die richtige Passung im Joch zu haben (siehe Abbildung rechts).

Sinngemäß gilt diese Montage auch für den 12-cm-Granatwerfer und für alle anderen 8-cm-Granatwerfer. Beim M-29 ist der „Rohring“ durch eine zusätzlich angefertigte Rohrschelle zu ersetzen, um die Verbindung zwischen Übungsrohr und Joch zu gewährleisten (siehe Abbildung rechts unten).

Kosten und Material

Die Übungsrohre für den 12-cm-Granatwerfer 86 und die anderen 8-cm-Granatwerfer gibt es natürlich nicht zum Nulltarif. Das Material für das 12-cm-Übungsrohr, ein nahtloses Stahlrohr, Innendurchmesser 133 mm und 4 mm Wandstärke, mit einer Länge von 1 630 mm, kostet S 625,76 inklusive Mehrwertsteuer.

Das Material für das 8-cm-Übungsrohr, ebenfalls ein nahtloses Stahlrohr, Innendurchmesser 88,9 mm und 3,2 mm Wandstärke, 1 100 mm lang, kommt einschließlich Mehrwertsteuer auf S 215,71.

Der Rest besteht aus Material der Kraftfahrzeugwerkstätte und der Arbeit eines geschickten Waffenmeisters.

Es erhebt sich die Frage, wie viele Übungsgeräte und Exerziergranaten gebraucht werden?

Je Übungsgerät benötigt man höchstens fünf Exerziergranaten, die immer wieder geladen werden. Die Anzahl der Übungsgeräte hängt vom Ausbildungsprofil und von der Anzahl der Truppenübungen ab.

Bei der Ausbildung reicht ein Übungsgerät je Granatwerfer-Ausbildungszug.

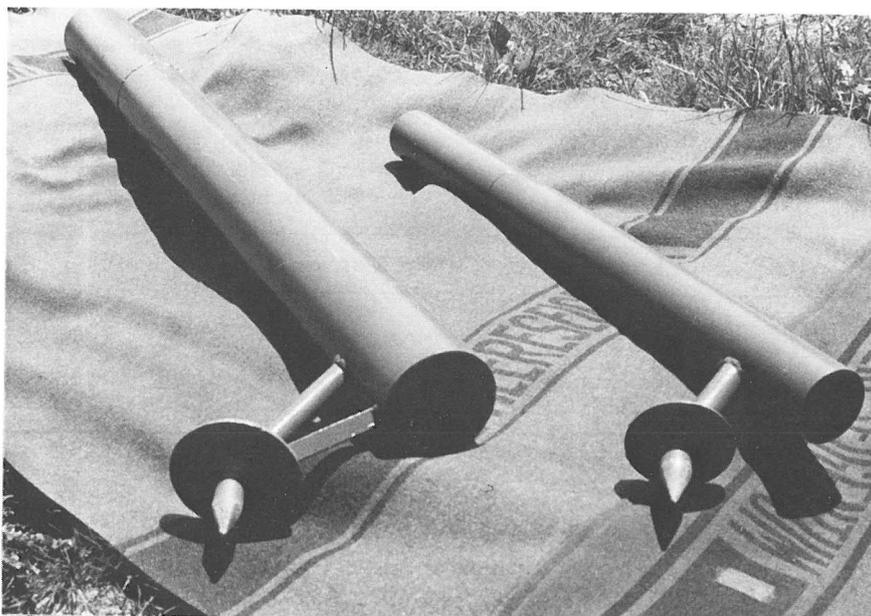
Mit der inzwischen zugewiesenen Menge an Exerziergranaten kann das Auslangen leicht gefunden werden.

Ein Schießprogramm für Übungsgranaten

Das derzeitige Schießprogramm ist zu wenig gefechtsnah. Außerdem fehlen Zeitvorgaben und ein Anhalt für den Zielaufbau.

Vorgeschlagen wird daher:

- Der Zielaufbau hat in Anlehnung an das Angriffsverfahren eines möglichen Aggressors zu erfolgen.
- Die Breite des Zielaufbaues soll zu einem Grobschwenken zwingen, um



12-cm- und 8-cm-Übungsrohre für Granatwerfer.



8-cm-Granatwerfer 82 mit Übungsrohr.

der Granatwerfergruppe in Erinnerung zu rufen, daß der Feindangriff nicht unbedingt entlang der Hauptschußseite (HSSe) erfolgen wird.

- Die Länge des Zielaufbaues soll zum Feuerkampf aus zwei Feuerstellungen zwingen, d. h. Einsatz von zwei Gruppen und Koordination des Feuers, oder Stellungswechsel (StlgWe) einer Granatwerfergruppe.
- Seiten- und Tiefenabstände sollen annähernd maßstabgetreu sein.

Anhalt

Im Einsatz ist der Seitenabstand zwischen den Granatwerfern etwa so groß wie der Seitenabstand zwischen den angreifenden Schützenpanzern.

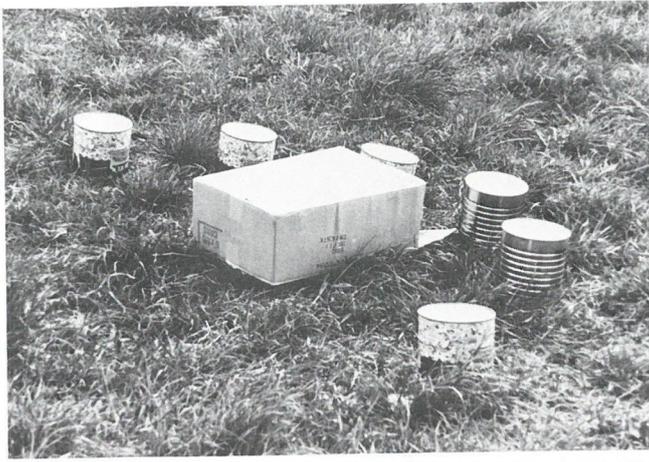
Auf der verkleinerten Schießbahn ist daher sinngemäß zu verfahren.

Das Bekämpfen dieser Ziele, beginnend mit dem Einschießen von Zielpunkten, Bekämpfen derselben und Abgeben eines (verminderten) Sperrfeuers, erfordert ein Mehr an Treibpatronen für die 8-cm-Übungsgranate.

Die heutige gekürzte Gebühr an Treibpatronen bedeutet das Einsparen von S 43,20 pro Stück unter Inkaufnahme schlechter Ausbildung.

Zieldarstellung

Darüber schweigt die Vorschrift. Üblicherweise werden Halbscheiben verwendet. Das ist unrealistisch und daher abzulehnen. Notwendig ist das Darstellen von Flächenzielen im verkleinerten Maßstab. Sie sollen einfach



Als Beispiel für die Zieldarstellung: Eine absitzende Panzergrenadiergruppe mit ihrem Schützenpanzer.



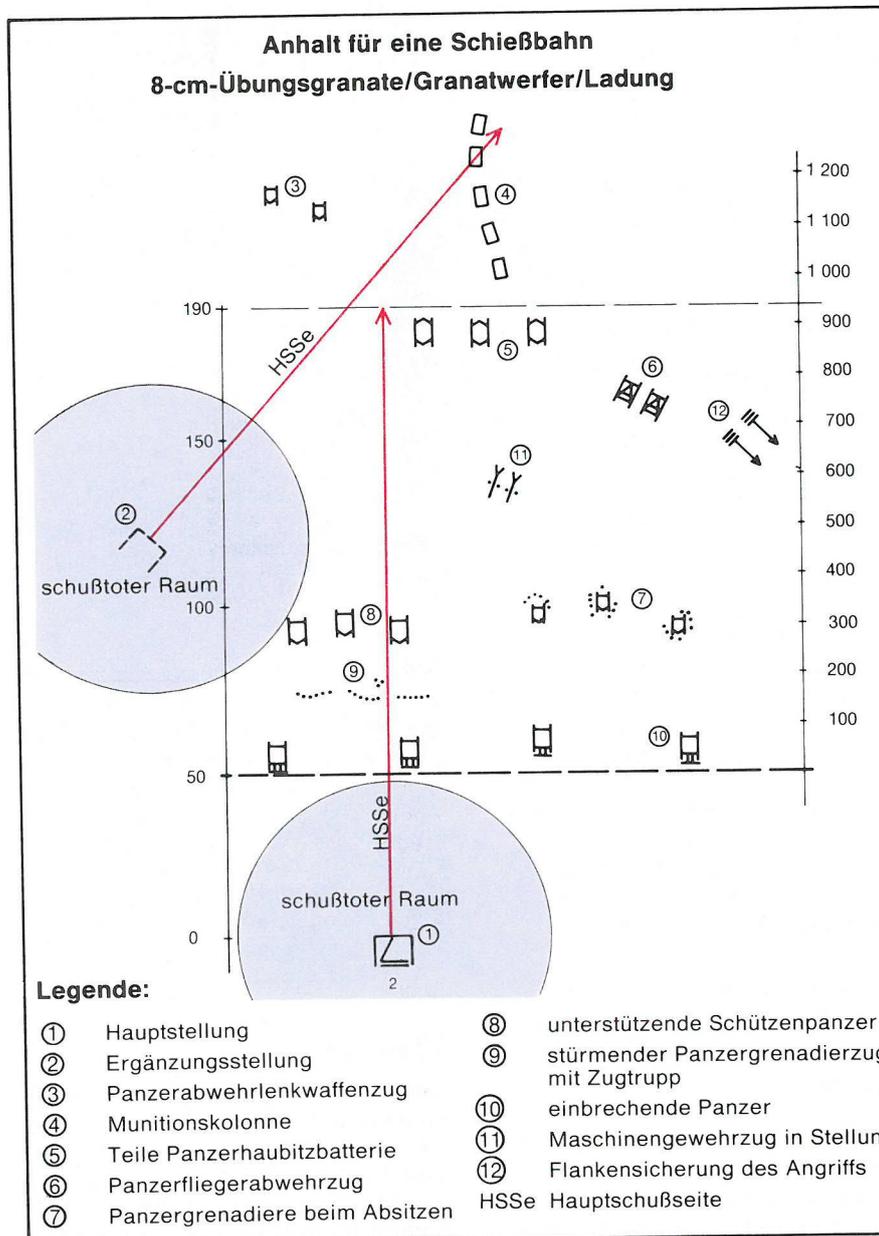
Foto: Fiedl

12-cm-Granatwerfer 86 mit verminderter Bedienung beim Feuerdrill. Es werden fünf Exerziergranaten verwendet.

sein, wenig oder nichts kosten und auch ohne besonderen Zeitaufwand herstellbar sein. Kartons und leere Konservendosen sind geeignet und kosten nichts.

Nicht vergessen werden darf, daß alle Ziele in Bewegung sein würden, und daß diese sich nur kurze Zeit im Zielraum befinden werden. Die in Bewegung befindlichen Ziele erfor-

dern daher ein Begrenzen der Bekämpfungszeit, sodaß Kommandant, Beobachter, Funker, Rechner und Granatwerferbedienung zum raschen Arbeiten gezwungen werden müssen.



Zusammenfassung

Budgetprobleme fordern Einsparungen. Eine Kürzung der Munitionsgebühr, ohne flankierende Maßnahmen zu befehlen, senkt das Ausbildungsniveau und ist daher falsch!

Die Alternative zur Munitionseinsparung ist die bessere Vorbereitung des Scharfschießens, das heißt:

- Verbesserung der Handhabung von Waffen und Munition durch Einführung von Exerziergranaten und Übungsgeräten für 8-cm- und 12-cm-Granatwerfer.
- Solide Vorbereitung des Scharfschießens durch ausreichenden Einsatz von Übungsgranaten. Somit wäre die Einführung einer 12-cm-Übungsgranate auch nötig!
- Anpassung des Schießprogramms an das Angriffsverfahren eines möglichen Gegners.
- Festlegung von Normübungen mit Zeitbegrenzung für das Herstellen
 - der Marschbereitschaft,
 - der Gefechtsbereitschaft,
 - der Feuerbereitschaft,
 - der Kommandoübermittlung,
 - des Grobschwenkens,
 - des Stellungswechsels über eine vorgegebene Strecke mit und ohne Kraftfahrzeug.

Eigentlich nicht zu viel verlangt, wenn man den Aufwand dem möglichen Anheben des Ausbildungsniveaus gegenüberstellt.

Durchhalteübung

Ein Beispiel der Ausbildung an der Theresianischen Militärakademie

Einleitung

Die den Fachzeitschriften entnommenen Erfahrungsberichte (z. B. Durchhalteübung der Infanterie-Offizierschule Zürich) sowie die in der Studienordnung der Theresianischen Militärakademie geforderte physische und psychische Belastbarkeit der angehenden Offiziere sind die Grundlage für die Anlage dieser Übung. Die nachfolgende Darstellung stellt somit keinen Neuerungsanspruch dar, sondern soll vielmehr für jene Erfahrungen liefern, die ebenfalls Durchhalteübungen anlegen oder leiten.

Zweck einer Durchhalteübung

Physische Belastung

Wesentliche Komponente einer Durchhalteübung ist die physische Belastung der Teilnehmer. Sie wird durch die Wahl einer schwierigen Strecke und durch das Gewicht des Gepäcks und der Ausrüstung erreicht. Eine weitere Belastung ergibt sich durch den Entzug von Schlaf und Verpflegung.

Psychische Belastung

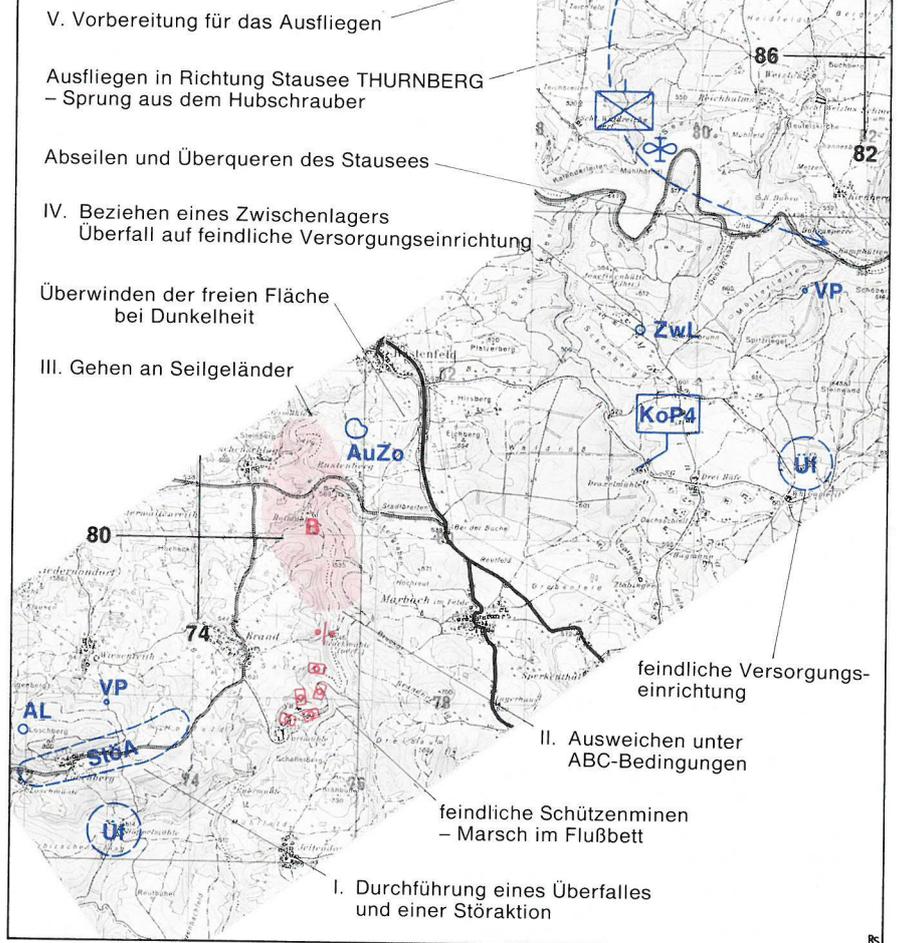
Für künftige Kommandanten wird vor allem auch psychische Belastung durch beurteilbare Risiken entlang des Marschweges und durch ständige Präsenz des Feindes angestrebt. Die Ungewißheit über den genauen Übungsverlauf ergibt ein zusätzliches geplantes Belastungsmoment.

Kommandantenschulung

Unter physischer und psychischer Belastung soll durch selbständiges Durchführen von Störaktionen und Überfällen (keine Anleitung durch den Lehrzugskommandanten) eine qualifi-

Oberleutnant Karl Pronhagl, geboren 1961, absolvierte nach der Reifeprüfung im Jahr 1980 die Einjährig-Freiwilligen-Ausbildung als Jäger, anschließend die Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie und wurde 1984 zum LWSR 33 ausgemustert. Seit 1985 ist er als Lehrzugskommandant und Ausbildungsoffizier an der Theresianischen Militärakademie tätig.

GEDACHTER VERLAUF für die Durchhalteübung



zierte Kommandantenschulung durchgeführt werden. Sie kann durch Aufgabenstellungen, die sich über einen größeren Zeitraum erstrecken, vor allem Zeitkalkül und vorausschauendes Denken der Teilnehmer schulen.

Organisation

Übungsleitung

Dem Jahrgangskommandanten und einem Ausbildungsoffizier oblag nach Absprache mit den Hauptlehroffizieren Taktik und Infanterie die Planung und Gesamtdurchführung. Ihre Aufgabe während der Übung war es, neben der Koordinierung des Einsatzes der Luftfahrzeuge die Feinddar-

stellung zu steuern sowie den zeitlichen Ablauf der Marschbewegungen von vier Lehrzügen abzustimmen. Unter dem Gesichtspunkt von völlig gleichen Voraussetzungen wurde nur ein Marschweg gewählt.

In organisatorischen Belangen stand dem Übungsleiter eine verminderte Versorgungsgruppe (DfUO, WiUO, Arzt, SanUO mit SanKfz, Me/Schr) zur Seite.

Um ständig die Führungstätigkeit des eingeteilten Kommandanten sowie das Verhalten und die Belastbarkeit des gesamten Lehrzuges zu überprüfen, wurden jedem Lehrzug ein Offizier und ein Unteroffizier zugeteilt. Vor allem war es ihre Aufgabe, einem falschen Verhalten nur durch Einlagen

oder durch den Einsatz von Feinddarstellern entgegenzuwirken.

Ein unverzügliches Einschreiten war jedoch bei Verletzung der Sicherheitsbestimmungen verlangt. Um dieser Forderung gerecht zu werden, wurde ein geländegängiges Kleinfahrzeug beige gestellt.

Gliederung der übenden Truppe

Jeder Lehrzug (20 bis 22 Mann) stellte einen Jagdkampfzug dar. Dadurch gelang es der Übungsleitung, den Kommandanten der Teileinheit durch die Anzahl der Aufgabenstellungen so zu steuern, daß er ständig alle Kräfte einzusetzen hatte. Für ungleiche Bedingungen sorgende Ruhezeiten von einzelnen sollten somit ausgeschaltet werden.

Der verminderte Jagdkampfzug war folgendermaßen gegliedert:

- Zugskommandant;
- Zugtrupp mit Zugskommandantstellvertreter, zwei Funker/Melder und zwei Scharfschützen;
- Jagdkampfgruppe: gemäß Orgplan gegliedert;
- schwere Jagdkampfgruppe: mit einem PAR 66/79 und einem MG 74.

Übungsraum

Als Übungsraum wurde der Raum WALDHAUSEN, RASTENFELD, Stausee DOBRA und FRANZEN festgelegt. Es war nicht die Absicht der Übungsleitung, in diesen vier Tagen eine große Marschstrecke zurückzulegen, vielmehr galt es den Bewegungstreifen so zu wählen, daß er weitgehend abseits von besiedeltem Gebiet lag, Höhenunterschiede aufwies und durch das Vorhandensein eines Flusses und eines Sees zusätzliche Anforderungen stellte.

Die detaillierte Erkundung der Lager, Überfälle, Hinterhalte, Kletter- und Abseilstellen durch das Kaderpersonal war Voraussetzung für einen reibungslosen Ablauf und für das Einhalten der Sicherheitsbestimmungen.

Verpflegung

Mit Beginn der Übung wurden jedem Offiziersanwärter dessen „Zusatzverpflegung“ und die Rauchwaren abgenommen. Die nächste Verpflegung in Form von Rohkost war für den dritten Tag vorgesehen und mußte während eines Überfalles erbeutet werden (ein Kotelett und etwa 250 g Kartoffeln).

Übungsablauf

Zur Erreichung der gesteckten Ziele, vor allem der Kommandantenschulung, nahm man von einer Übungsanlage in Form eines Patrouillenmarches Abstand. Aufgrund der gewünschten Leistungsüberprüfung und der Forderung, unter extremer Belastung eine Teileinheit in verschiedenen Kampf- und Aktionsarten zu führen, schien es der Übungsleitung zweckmäßig, eine Jagdkampfplage auszuwählen. Ist es doch gerade der Jagdkampf, der dem Führer einer Teileinheit einerseits ein hohes Engagement abverlangt und andererseits die für das Ausbildungsvorhaben notwendige Handlungsfreiheit einräumt. Somit wurde jeder der Teilnehmer von Beginn an mit einer Aufgabenstellung betraut, welche sich über längere Zeit erstreckte, und bei der die Art der Durchführung allein dem jeweiligen Kommandanten oblag.

Ausgangslage

Die Kompanie führt den Jagdkampf in der Phase 4. Durch den verstärkten Einsatz feindlicher Gegenjagdkräfte entschließt sich der Kompaniekommandant zum Beziehen der Ausweichzone und weist dazu den Zugskommandanten entsprechende Bewegungstreifen zu.

Gedachter Verlauf der Durchhalteübung

Zeit-anhalt	Einlagen der Übungsleitung	Verhalten der Truppe
1. Übungstag - 1900 Uhr	Vorbereitende Maßnahmen, Verlegung in den Raum RASTENFELD; Bekanntgabe des Ausbildungszieles; Einweisung in die Ausgangslage und Ausgabe der Oletean.	- Kartenstudium - Einnehmen der Zuggliederung
	Sie haben mit ihrem Zug im Raum ... eine Störaktion durchgeführt und befinden sich nun auf dem Rückmarsch ins Ausgangslager. I. Überfall und Störaktion Ein Meldetrupp des Kompaniekommandanten erwartet den Zugskommandanten im Ausgangslager mit folgendem schriftlichen Befehl: Bataillonsstarke Gegenjagdkräfte im Raum RASTENFELD, deren Absicht es sein wird, nach Zuführen weiterer Kräfte koordinierte Such- und Säuberungsaktionen durchzuführen. Dazu befehle ich: 1. Führen Sie im Raum ... Überfall gegen aufgeklärte Fliegerleitstelle durch und stören Sie an der Landesstraße BRAND, WALDHAUSEN patrouillierende motorisierte feindliche Kräfte. 2. Weichen Sie ab 04070600 entlang des PURZELKAMP in die Ausweichzone aus (Information an den Nachbarzug ist ergangen). Dazu sind die Versorgungspunkte im Bereich Ihres Ausgangslagers zu entleeren.	- Beziehen des Ausgangslagers - Führungsverfahren durch den Zugskommandanten - Durchführen der beiden Aktionen - Entleeren der Versorgungspunkte - Vorbereitungen für den Marsch in die Ausweichzone (Mitnahme Alarmmunition, ...) - Marsch in 40 bis 60 cm hohem Wasser über eine Zeit von etwa zwei Stunden

Zeit-anhalt	Einlagen der Übungsleitung	Verhalten der Truppe
	3. Eigene Aufklärung konnte feststellen, daß ab Brücke 571 Bewegungen vermutlich nur im Bach möglich sind, da Angelände durch Schützenminen gesperrt ist.	



Foto: Prohagel

Zeit-anhalt	Einlagen der Übungsleitung	Verhalten der Truppe
1. Nacht	<p>4. Nächste Verbindungsaufnahme bei Kontaktpunkt 4.</p> <p>5. Lösungswort bis 04072400: Schleifstein.</p> <p style="text-align: center;">II. Ausweichen unter ABC-Bedingungen</p> <p>Im Raum BRÜCKMÜHLE Darstellung einer feindlichen Sicherung mit aufgesetzter Schutzmaske. Sanitätseinlage: ein Schwerverletzter mit Bauchschuß.</p> <p>Überflüge mit Hubschrauber zur Darstellung des Luftfeindes. Rückruf des Kompaniekommandanten über Funk:</p> <p>Befehl, bringen Sie Verwundete bis 2100 Uhr zu Hubschrauber-Aufnahmepunkt bei r . . . h . . . H . . .</p> <p>Bericht eines Teilnehmers: . . . An einer Holzbrücke wurden wir von einem Maschinengewehr angeschossen. Die Reaktion und das weitere Verhalten unseres Zuges waren jedoch alles andere als gefechtsmäßig. Für jeden von uns ein Beweis dafür, daß die durch die Übungsleitung beabsichtigte physische und psychische Belastung bereits deutliche Spuren hinterlassen hatte.</p> <p>Aufgrund unseres Verhaltens wurde ein Soldat durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Über Funk kam der Befehl, daß der Verwundete im Raum SCHÖPFERMÜHLE um 2100 Uhr durch einen Hubschrauber aufgenommen würde. Marschstrecke etwa drei Kilometer . . .</p>	<ul style="list-style-type: none"> - ABC-Maßnahmen - Werfen des Feindes - Meldung an die Kompanie - Fortsetzen des Marsches mit erhöhtem Tempo (Zeitvorgabe für Aufnahme durch Hubschrauber)
2. Übungs-tag - 2000 Uhr	<p style="text-align: center;">III. Seilgeländer bei der SCHÖPFERMÜHLE</p> <p>Ein Meldetrupp des Kompaniekommandanten erwartet den Jagdkampfzug beim SCHÖPFERFELSEN ohne Schutzmaske. Der Verwundete wird durch den Trupp übernommen, und der Zugskommandant erhält den Befehl, unter Ausnutzung des Seilgeländers den Marsch Richtung Kontaktpunkt weiter fortzusetzen.</p> <p>Der Hubschrauber mußte den Aufnahmebereich verlassen, da er durch feindliche Scharfschützen bekämpft wurde.</p> <p>Bericht eines Teilnehmers: . . . Den Verwundeten übergaben wir an den Meldetrupp. Um den Marsch weiter fortzusetzen, mußten wir unter Zuhilfenahme eines Seilgeländers eine etwa 30 m hohe Felswand überwinden. Das Gepäck wurde mit einem zusätzlichen Seil über die Wand hinaufgezogen. Wenigstens der Meldetrupp empfing uns ohne Schutzmaske, was auch für uns eine Entwarnung bedeutete . . .</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Aufheben des ABC-Alarms - Überwinden des Seilgeländers - Weitermarsch zum Kontaktpunkt
3. Übungs-tag	<p style="text-align: center;">IV. Zwischenlager und Überfall</p> <p>Der Melder der Kompanie übergibt folgenden Befehl:</p> <p>Ausweichbewegungen der Eigenen wurden erkannt. Starke feindliche Truppenkonzentrationen im Raum WALDHÜTTEN, Gehöft DÖRR, lassen auf einen gezielten Einsatz gegen die Ausweichzone schließen. Vermutlich wurde der Einsatzplan der Kompanie durch Gefangene verraten.</p> <p>Eine feindliche Feldküche mit schwachen Sicherungskräften wurde im Raum . . . aufgeklärt.</p>	

Zeit-anhalt	Einlagen der Übungsleitung	Verhalten der Truppe
3. Nacht	<p>Die Kompanie überquert in der Nacht vom 0507 auf den 0607 den Stausee DOBRA und bezieht Ausweichzone nördlich der STRONER HÖHE. Genaue Einweisung der Zugskommandanten nach Meldung bei r . . . h . . . H . . .</p> <p>Dazu befehle ich:</p> <p>1. Beziehen Sie im Raum . . . kurzfristig Lager und treffen Sie Vorbereitungen für das Übersetzen des Stausees DOBRA im Bereich der Ruine.</p> <p>2. Im Raum r . . . h . . . H . . . befindet sich ein eigener Vorposten und dort übergibt Ihnen eine Kontaktperson Gerät für das Übersetzen und weist Sie in den genauen Ablauf der Aktion ein.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Beziehen des Lagers - Bau eines Floßes für das Übersetzen - je nach Entschluß des Zugskommandanten Überfall auf die 2 bis 3 km entfernte feindliche Feldküche - Übersetzen des Stausees in den Nachtstunden

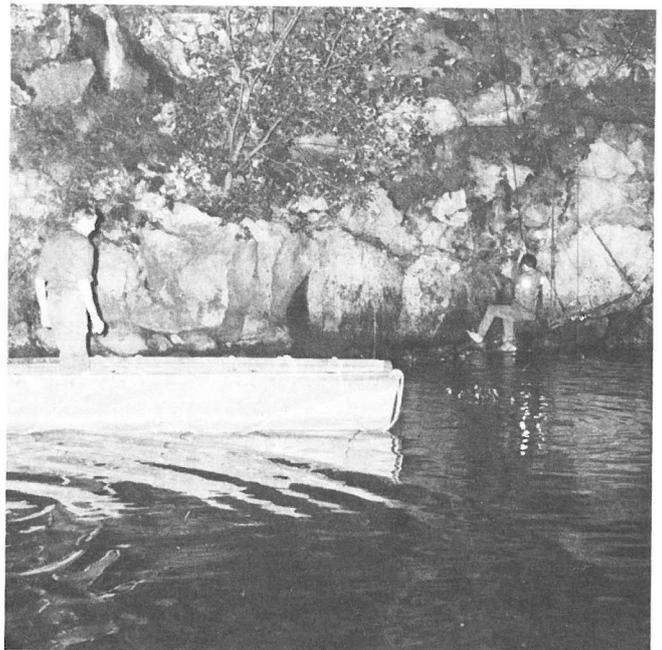


Foto: Prohnagl

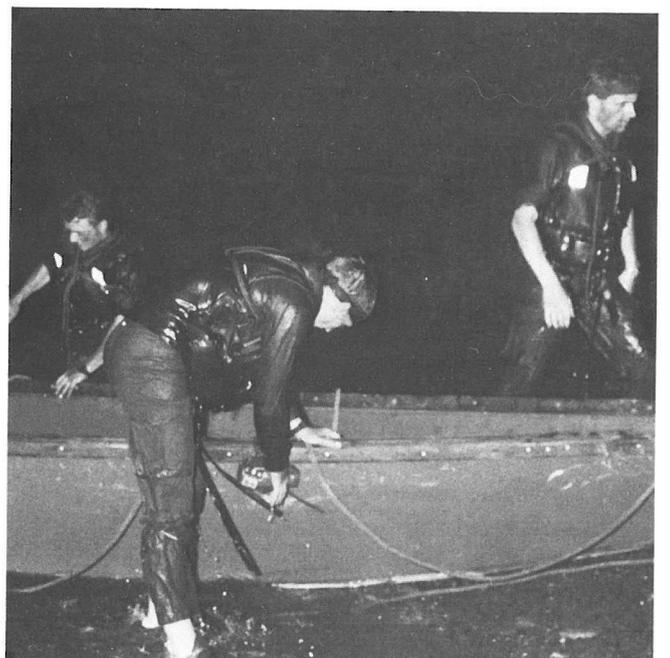


Foto: Prohnagl

<p>Bericht eines Teilnehmers: . . . Nachdem wir das Lager bezogen hatten, entschloß sich der</p>	
---	--

Zeit-anhalt	Einlagen der Übungsleitung	Verhalten der Truppe
	<p>Zugskommandant, die feindliche Feldküche in den frühen Morgenstunden des Mittwochs zu überfallen. Dies bedeutete für uns die erste Verpflegung seit Montag. Jedoch die Zeit drängte. Am Nachmittag wurde schnell ein Floß gebaut und in einem Versteck abgelegt.</p> <p>Um 2200 Uhr begannen wir nach waghalsigem Abseilen direkt in das Wasser mit dem Übersetzen. Das Floß und ein zusätzliches Boot mit Waffen und Ausrüstung mußten an das nördliche Seeufer gebracht werden. Temperatur des Wassers: 17 Grad.</p> <p>Damit die Aktion rascher abläuft, wurde das Großgepäck bereits vorgestaffelt in ein Versteck am anderen Ufer gebracht. Danach suchten wir bei völlig dunkler Nacht und mit durchnässter Bekleidung eine lange Zeit, weil der Zugskommandant nur mittels Karte eingewiesen wurde. Unser Zustand brachte es mit sich, daß das Einhalten der Licht- und Geräuschdisziplin gänzlich vergessen wurde.</p> <p>Um Mitternacht setzten wir den Marsch weiter fort, jedoch in trockener Uniform...</p> <p style="text-align: center;">V. Ausfliegen durch Hubschrauber</p> <p>Im Raum BAUMGARTENFELD erhält der Zugskommandant folgenden Funkbefehl:</p> <p>Marschieren Sie unverzüglich in den Bereich freie Fläche nördlich BAUMGARTENFELD, wo Sie durch vier Hubschrauber AB. 212 aufgenommen und ausgeflogen werden. Vorbereitende Maßnahmen sind bis ... (Ende des Funkgespruches)</p>	
4. Übungstag – 1400 Uhr		<ul style="list-style-type: none"> – unverzügliches Beziehen der Aufnahmezone – Vorbereitung für Lufttransport (Ausgabe von Schwimmwesten durch Übungsleitung)

Zeit-anhalt	Einlagen der Übungsleitung	Verhalten der Truppe
	<p>VI. Hubschrauber erhalten Treffer und Besatzung springt ab</p> <p>Feindliche Sicherungskräfte bekämpfen die Hubschrauber im Raum Sperre Stausee THURNBERG. Durch einen Sprung aus 7 bis 10 m Höhe in das Wasser kann sich die Besatzung retten.</p> <p style="text-align: center;">VII. Übungsende</p> <ul style="list-style-type: none"> – Säuberung des Übungsraumes – Besprechung durch den Übungsleiter – Ausgabe warmer Verpflegung – Rückkehr nach Wr. Neustadt 	<ul style="list-style-type: none"> – Sprung auf Befehl des Hubschrauberpiloten – Sammeln gemäß Befehl des Zugskommandanten



Foto: Prehnagl

Zusammenfassung

Von 80 Militärakademikern erreichten 74 das Ausbildungsziel (sechs wegen Verletzungen ausgeschieden).

Nach Übungsende brachte vor allem das Durchstehen der physischen Anforderungen Stolz und Befriedigung: eine Marschleistung von etwa 30 Kilometern, insgesamt 6 bis 8 Stunden Schlaf, Verpflegung mit 2 896 Kilojoule, Großgepäck mit Alarmpackordnung immer am Rücken – während einer Zeit von 115 Stunden.

Eine Nachbereitung durch die Übungsleitung brachte die Erkenntnis, daß die rasch auftretende Belastung

durch die Alarmpackordnung folgendes bewirkte:

- die Kommandanten zeigten weniger Initiative (vermehrtes Einwirken durch die Lehrzugskommandanten am Ende der Übung);
- gefechtsmäßiges Verhalten läßt nach;
- oberflächliches Handeln bei ABC-Bedingungen und bei der Selbst- und Kameradenhilfe.

Zur Intensivierung der Kommandantenschulung wäre es sicherlich von Vorteil, nur eine gewisse Marschstrecke mit Alarmpackordnung festzulegen. Ebenfalls waren die eingeteil-

ten Kommandanten vor allem am Beginn der Übung durch das Verhalten der Lehrzugskommandanten verunsichert, da diese völlige Handlungsfreiheit ließen, sofern die gestellten Aufgaben unter Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen erfüllt wurden.

Die Trennung des Ausbildungsvorhabens von der sonstigen Gefechtsdienstausbildung wurde von der Übungsleitung als positiv beurteilt. Die gesteckten Ziele mußten nicht in eine Jagdkampfübung miteinbezogen werden, bei der sicherlich die wiederholte Durchführung von Aktionen gegen eine entsprechende Feinddarstellung im Vordergrund steht. ⑦

TRUPPENDIENST-TASCHENBÜCHER

Band 16: Gefechtsbeispiele aus dem Zweiten Weltkrieg

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft „Truppendienst“ 1971. 312 Seiten, 115 Skizzen, davon 28 mehrfarbige Lagen, S 68,-, DM 12,-, sfr 9,90.

Je weiter sich unser Kriegsbild vom atomar geführten Kampf entfernt, um so größeren Wert gewinnen wieder die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges. Die Weiterentwicklung von Bewaffnung und Taktik macht ein bloßes Übertragen von Kriegserlebnissen in die Gegenwart unmöglich. Kriegserfahrungen müssen erarbeitet werden.

Die 18 ausgewählten Gefechtsbeispiele dieses „Truppendienst“-Taschenbuches schildern vor allem den Kampf der Infanterie in der zweiten Kriegshälfte.

Zu beziehen über jede Buchhandlung

Herold Druck- und Verlagsges. m. b. H., Wien

Allgemeine Berichte

Österreich:

Bundesheerreform – Vorschläge der Truppenkommandanten

Im Rahmen einer Truppenkommandantentagung hatten die Bataillons-, Regiments- und Waffenschulkommandanten des Bundesheeres – einschließlich der Milizkommandanten – die Gelegenheit, ihre Vorstellungen über die Reform des Bundesheeres vorzubringen und dem Bundesminister für Landesverteidigung zu übergeben. Die Auswertung der dabei vorgebrachten Vorschläge liegt nunmehr als Orientierungshilfe vor.

Die Truppenkommandanten fordern demnach, daß die *Aufgaben/Ziele des Bundesheeres*, welche in der Verfassung, im Wehrgesetz und im Landesverteidigungsplan verankert sind, durch die politische Führung und die oberste militärische Führung nachhaltig und eindeutig vertreten werden und die Stärke des Heeres, seine Organisation und die notwendige Ausbildung vom Bedrohungsbild abgeleitet und keine Veränderungen funktionierender Strukturen und des Wehrsystems vorgenommen werden.

In Hinsicht auf das *Bedrohungsbild* habe sich ein immerwährend neutraler Staat stets nach der potentiellen und nicht nur nach der aktuellen Bedrohung auszurichten.

Bezüglich *Wehrdienstzeit* wird festgestellt, daß die derzeitige Dienstzeit bereits den untersten Rahmen darstelle, der für die Ausbildung zur Aufrechterhaltung der Einsatzorganisation erforderlich sei. Um die Weiterentwicklung der Miliz und die Verfügbarkeit von ständig einsatzbereiten Verbänden zur Aufgabenerfüllung gemäß Wehrgesetz sicherzustellen, dürfe daher keine Verkürzung der Gesamtdienstzeit erfolgen.

Für die Durchführung der Ausbildung wird für Kader und Grundwehrdiener eine einheitliche *Tagesdienstzeit* gefordert. Bei Wegfall des Samstagdienstes müßte die Gesamtdienstzeit um eine entsprechende Anzahl von Ausbildungstagen erhöht werden, eine Beibehaltung der *Wochendienstzeit* durch Verlängerung der Tagesdienstzeit an den anderen Wochentagen sei für den Kader aus finanziellen und für die Grundwehrdiener aus pädagogischen Gründen untragbar. Ebenso wäre die Verlagerung des kadersparenden Dienstes an Samstagen auf die übrigen Wochentage kontraproduktiv.

Zur Lösung des „*Systemerhalterproblemes*“ werden der schrittweise Ersatz der Systemerhalter durch Zivilbedienstete sowie die Einführung von Sicherheitsdiensten statt Grundwehrdienerwachen und von Hundeführern statt Streifen vorgeschlagen.

Im Sinn der ungeteilten Verantwortung gehören *Verantwortung* und *Kompetenz* in eine Hand. Dazu müßte die Personalhoheit dem jeweiligen Verantwortungsträger zugeordnet werden und das Führen durch Auftrag in allen Bereichen Eingang finden. Die Truppenkommandanten fordern damit die Kompetenz zurück, die sie brauchen, um der übertragenen Verantwortung auch gerecht werden zu können.

Die erforderliche Dienstaufsicht sollte in Form ergebnisorientierter Kontrollen durch vorgesetzte Führungsebenen sichergestellt werden.

Eine Stärkung der *Ausbildung*, der zentralen Aufgabe des Bundesheeres im Frieden, sollte durch folgende Maßnahmen erfolgen:

- die besten Männer in die Ausbildung;
- finanzielle Anreize für alle im Ausbildungsdienst stehenden Soldaten, um Leistungen auch zu honorieren;

- Schaffung flexibler, auf die Bedürfnisse des Dienstes – insbesondere aber auf die Ausbildung – bezogener personal- und dienstrechtlicher Voraussetzungen, z. B. durch ein „Lebensarbeitszeitmodell“, die Schaffung gesunder, leistungsfördernder Altersstrukturen (Austritts- und Umstiegsmöglichkeiten, Abfertigungen);
- Förderung und Honorierung von Kreativität, Einfallsreichtum und Flexibilität;
- Beistellung von ausreichenden Ausbildungsmitteln, wie Überstunden, Munition, Kraftfahrzeuge, Simulatoren;
- Anhebung der Ausbildungszeiten für alle Kadernsoldaten der Miliz.

Durch Maßnahmen im Bereich *Personalstruktur/Laufbahnbild* werden für die Kadernsoldaten aller Führungsebenen das Leistungsprinzip und eine der Verwendung und Leistung angepaßte Bezahlung gefordert. Durch die Schaffung von besseren Laufbahnbildern müßten leistungsfähigen und leistungswilligen Soldaten Aufstiegsmöglichkeiten geboten werden, das erfordert eine größere Durchlässigkeit zwischen den Führungsebenen und Verwendungen.

Auch *sozialrechtliche, existenzsichernde* und *familienfreundliche Maßnahmen* werden gefordert, unter anderem in Form eines „Soldatenanstellungsgesetzes“.

Ebenso müßten für Grundwehrdiener Maßnahmen gesetzt werden, welche ihnen als Bürger in Uniform mit der damit verbundenen Verantwortung auch in der Öffentlichkeit die erforderliche, ihnen zustehende Anerkennung zuteil werden lassen, z. B. in Form

- einer den gesellschaftlichen Bedürfnissen angepaßten finanziellen Entschädigung,
- von Freifahrten auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln,
- von attraktiven, zeitgemäßen Uniformen, die gern außerhalb des Dienstes getragen werden (Truppenkörper-, Waffengattungsabzeichen, Barett für alle),
- von menschenwürdigen Unterkünften in allen Garnisonen und durch
- zeitgemäße Freizeiteinrichtungen.

In Hinsicht auf die *Verwaltung* wird eine Vereinfachung, Verkürzung und Verringerung der Abläufe gefordert; die Ebene der Einheit müßte von der Verwaltung freigehalten werden. Zur Vereinfachung müßte die Elektronische Datenverarbeitung bis auf die Ebene des Truppenkörpers eingeführt und durch Schaffung von Informationssystemen die rasche Abfrage und Weitergabe von Informationen ermöglicht werden. Die Friedensverwaltung müßte der Einsatzverwaltung entsprechen.

Für die Truppenkörper wird Budgethoheit gefordert („selbständiger Wirtschaftskörper“), um nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen führen zu können. Eine derartige Gebarung der *finanziellen Mittel* würde zu einer Verwaltungsvereinfachung, zu echter Sparsamkeit und zu zweckgebundener Dienstaufsicht führen.

Durch eine *Reform der Zentralstelle* wird die Schaffung einer klaren und einfachen Führungsstruktur erwartet, welche den Truppenkommandanten die Erfüllung ihrer Aufträge und die Wahrnehmung der Führungsverantwortung erleichtern würde. Die Truppenkommandanten erwarten auch, daß sie nur von ihrem unmittelbar vorgesetzten Kommando umgesetzte Befehle erhalten (keine Durchläufer, keine Zusätze in Befehlen).

Für *Zeitsoldaten* wird eine Besserstellung

- durch eine höhere und leistungsgerechtere Bezahlung,
- durch finanzielle Aufwandsentschädigungen bei Mehrleistungen bei Kursen, Übungen, Dienstzuteilungen und bei

Einteilung als Dienste vom Tag, Wache und Offizier vom Tag sowie

– durch existenzsichernde Maßnahmen

gefordert. Auch eine Abänderung der derzeitigen Modalitäten zur vorzeitigen Auflösung des Dienstverhältnisses durch die Zeitsoldaten und der kommentarlosen Zustimmung durch die Dienstbehörde wird aufgezeigt. An *sonstigen Forderungen* enthält die Auswertung:

- Heraushalten des Bundesheeres aus dem parteipolitischen Tagesstreit;
- Verbot der parteipolitischen Tätigkeit im und des Einflusses auf das Bundesheer (dies müßte auch für die Personalvertretung gelten);
- keine Abschaffung der Zivildienstkommission bzw. eine Verlängerung des Zivildienstes bei Abschaffung der Zivildienstkommission einschließlich militäradäquater Übungspflicht;
- Einbindung der Truppenkommandanten in alle die Reform betreffenden Angelegenheiten.

-Red-

Österreich:

Soldatenvereinigungen: Einklang bei der Bundesheerreform

Zu Fragen einer Bundesheerreform nahmen am 10. Mai 1990 im Presseclub Concordia Vertreter der Österreichischen Offiziersgesellschaft, der Österreichischen Unteroffiziersgesellschaft, der Bundesvereinigung der Milizverbände und des Österreichischen Kameradschaftsbundes gemeinsam Stellung. Die vier Organisationen, die sich gegen einen „politischen Kuhhandel“ zur „endgültigen Zerschlagung der österreichischen Landesverteidigung“ zusammengeschlossen haben und immerhin einen Stand von rund 400 000 Mitgliedern repräsentieren, übten vor allem an der Forderung, die Wehrdienstzeit zu verkürzen und den Alternativdienst einzuführen, Kritik.

In dem gemeinsam erarbeiteten Papier ließen sie verlauten, daß man über eine Wehrdienstverkürzung prinzipiell erst nach der Bundesheerreform diskutieren könne. „Eine Verkürzung



Die Soldatenvereinigungen repräsentieren einen Stand von rund 400 000 Mitgliedern.

der Wehrdienstzeit zugleich mit einer Bundesheerreform könne nur bedeuten, daß man die Bundesheerreform nicht ernst nimmt.“ An die SPÖ war der Vorwurf gerichtet, daß sie nicht glaubhaft wirke, „wenn ihr eigenes Konzept, das mangels der notwendigen flankierenden Maßnahmen Stückwerk bleiben müßte, durch Verkürzung verbessert werden soll“.

Die seitens der ÖVP in einigen Papieren angegebene Anzahl von rund 1 000 Stunden im Grundwehrdienst (sechs Monate) sei unverständlich. Es werde nämlich vergessen, daß auch die Zeiten dazuzuzählen sind, die neben eventuellen Übungen bzw. Nachtübungen vor allem der „Vorbereitung auf den Dienst und der Nachbereitung dienen“. Dazu zählen alle Aktivitäten wie Ausfassen, Reinigen und Abgeben von Waffen und Geräten, so daß die tatsächliche Stundenanzahl wesent-

lich höher ist und mit etwa 1 400 bis 1 500 Stunden anzusetzen sei. In diesem Zusammenhang kritisierten die vier Organisationen die hohe tägliche Belastung der Wehrpflichtigen und verwiesen darauf, daß eine Erhöhung der Tagesdienststundenanzahl dazu führe, daß „spätestens nach einem Jahr die erhöhte Tagesstundenzahl wieder reduziert“ werden müsse.

Von einer Wehrdienstzeitverkürzung und demnach Erhöhung der Tagesstundenanzahl betroffen wäre vor allem das Kaderpersonal, und damit zusammenhängend die Kadergewinnung und Kaderausbildung. Eine zusätzliche Ausbildungsleistung des Kaderpersonals und daraus abgeleitet eine längere Dauer der Kaderausbildung ziehe ein Nachlassen des Interesses an der Kaderausbildung nach sich. Eine Vergrößerung des Fehlbestandes an Kaderpersonal wäre die Folge.

Der Präsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Dipl.-Ing. Malzacher, erklärte zum Punkt Wehrdienstzeitverkürzung, daß es innerhalb einer kürzeren Zeit als bisher nicht möglich ist, Soldaten heranzubilden. Er betrachtet die von der SPÖ geplante Wehrdienstzeitverkürzung als „Menschenrechtsverletzung“, denn ein unzureichend ausgebildeter Soldat „gefährde beim Umgang mit einer Waffe sich und die Mitmenschen“.

Der ehemalige Präsident der Österreichischen Unteroffiziersgesellschaft, Vizeleutnant Theurer, stellte sich ebenfalls gegen jede Wehrdienstzeitverkürzung und verwies darauf, daß für eine gediegene Ausbildung, sei es für den Einsatz bei der UNO oder bei Umweltkatastrophen, acht Monate kaum reichen. In dieselbe Kerbe schlug auch der Präsident der Bundesvereinigung der Milizverbände, Dr. Schaffer, für den sechs Monate Wehrdienstzeit den „Tod des Milizheeres“ bedeuten. Das neue Bedrohungsbild ansprechend, meinte er noch, daß „ein Mindeststandard erforderlich ist, um Soldat zu werden“; deswegen, weil es weniger brennt, könne es nicht weniger Feuerwehren geben. Der Generalsekretär der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Oberstleutnant Wallner, nahm auch zum „4+2-System“ Stellung und stellte fest, daß diese kurze Ausbildungszeit „für einen Milizsoldaten zu wenig“, aber für einen Systemhalter noch immer zu viel sei. Die Verkürzung der Wehrdienstzeit würde zwangsläufig eine Erhöhung der Tagesdienststundenanzahl auf mindestens zehn bis zwölf Stunden mit sich bringen, was sich aber andererseits mit der Forderung der SPÖ, die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden zu reduzieren, nicht vereinbaren ließe.

Der geplante Wegfall der Zivildienstkommission wird prinzipiell begrüßt, allerdings unter der Voraussetzung, daß „auch in Österreich wie in allen anderen europäischen Staaten die freie Gewissensentscheidung auf der Basis eines im Vergleich zum Wehrdienst längeren Zivildienstes durch den einzelnen selbst getroffen werden müsse“.

Einmütig ist man auch der Meinung, daß eine Reform notwendig sei, wobei der Vertreter des Österreichischen Kameradschaftsbundes, Rieser, betonte, daß es nur eine Reform des Bundesheeres geben dürfe, wenn auch die Mitsprache von Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten in die Verhandlungen eingeplant sei. Dipl.-Ing. Malzacher hob in diesem Zusammenhang das von einer Kommission um Kanzleramtsminister Ettl erstellte Reformpapier hervor und brachte dabei zum Ausdruck, daß er diesem in nahezu allen Punkten vollinhaltlich zustimmen könne, aber leider sei dieses „abrupt und mit starker Hand eliminiert“ worden.

Einen außergewöhnlichen Vorschlag hinsichtlich der Bezahlung des Kaderpersonals brachte Dr. Schaffer ein. Aufgrund des unterschiedlichen Preisniveaus in den Bundesländern schlug er vor, eine Teuerungszulage bei der Bezahlung des Kaderpersonals entsprechend dem Preisindex in den jeweiligen Regionen – das heißt eine Angleichung der Lebenshaltungskosten – einzuführen. Damit könne eine Anpassung der Bundeseinkommen an das Preisniveau des jeweiligen Bundeslandes oder der Region erreicht werden. Somit werde vermieden, daß Berufssoldaten mit ihren Familien an der Armutsgrenze lebten.

-PRI-

Österreich:

Die Reformvorschläge der „Bürgerinitiative Landesverteidigung“

„Uns ist das Bundesheer zu wichtig, um es den Linken zu überlassen“, hatte der Sprecher der neugegründeten „Bürgerinitiative Landesverteidigung“, Dr. Peter Fender, in einer Presseaussendung erklärt. Am 23. April 1990 stellte sich die überparteilich, basisdemokratisch organisierte Bewegung im Presseclub Concordia vor und gab ihre Zielsetzungen bekannt.

Die von mehreren Organisationen, diversen Milizverbänden und der Offiziersgesellschaft unterstützte Bürgerinitiative begründete ihr Eintreten für das Bundesheer damit, daß sich ihrer Ansicht nach „die schweigende Mehrheit, die laut Umfragedaten für die Beibehaltung der Militärischen Landesverteidigung eintritt, nun auch endlich artikulieren muß“.

Die Kernpunkte des Forderungspaketes liegen in einer Ablehnung der geplanten Verkürzung der Grundwehrdienstzeit auf vier Monate und in einer Verbesserung der Ausbildung wie auch der Ausrüstung des Heeres durch eine Aufstockung des Verteidigungsbudgets auf 1,5 Prozent (bisher etwa 0,9 Prozent) des Bruttoinlandsproduktes.

Ferner sieht man die Lösung des Motivationsproblems junger Präsenzdiener in der ersatzlosen Abschaffung des derzeitigen Systemhalter-Modells. Daraus resultiert auch die Forderung: sechs plus zwei Monate für alle.

Neben einer durchgreifenden Reform zwecks „Abbau der Kompetenzüberschneidungen“ will die Bürgerinitiative eine Lösung in der Frage des Zivildienstes durchsetzen. Dabei lehnt man sich weitgehend an das Heeresreformkonzept der ÖVP an und tritt für die Beibehaltung der Überprüfung von Gewissensgründen in einer zu diskutierenden Form sowie für eine Verlängerung der Zivildienstzeit auf zwölf Monate ein.

Als nächsten Schritt planen die Proponenten der Bürgerinitiative eine Petition an den Nationalrat sowie den raschen Aufbau einer bundesweiten Organisationsstruktur. Man wolle damit verhindern, daß die Sicherheit Österreichs durch parteipolitischen Opportunismus beeinträchtigt werde, und sich dafür einsetzen, daß die Beseitigung von bestehenden Mängeln im Verteidigungsbereich eingeleitet werde. Fender meinte dazu lakonisch: „Sonst haben wir – und das wollen wir verhindern – anstelle einer wirksamen Verteidigungsvorsorge bald nur noch einen ineffizienten Trachtenverein in Uniform.“

-PRI-

Österreich:

Disput um den Ankauf von Fliegerabwehr- lenk Waffen

Eine Meldung im österreichischen Rundfunk ließ am 20. April 1990 die Debatte um die Anschaffung von Fliegerabwehr- lenk Waffen wieder aufflammen. In zum Teil scharfen Tönen nahmen SPÖ-Klubobmann Heinz Fischer und der Abgeordnete der Grün-Alternativen, Peter Pilz, gegen den von ÖVP-Generalsekretär Helmut Kukacka unterstützten Verteidigungsminister Dr. Robert Lichal Stellung.

Der Minister dementierte eine im Rundfunk verbreitete Mitteilung, wonach er noch vor den Wahlen die Entscheidung über den Ankauf von Fliegerabwehr- lenk Waffen durchsetzen wolle. Der Ankauf eines derartigen Waffensystems „sei derzeit nicht spruchreif und komme vor den Wahlen nicht in Frage“, erklärte Dr. Lichal. Die zum Zweck einer adäquaten und angemessenen Ausstattung des Bundesheeres mit Verteidigungswaffen erforderlichen Planungen umfassen wohl auch laufend Gespräche und Kontakte mit den verschiedenen Produktionsfirmen sowie Präsentationen derartiger Geräte. Dies habe aber nichts mit einer endgültigen Beschaffungsent- scheidung zu tun, bestätigte der Minister.

Kritik erntete Dr. Lichal vom SPÖ-Klubobmann, der versicherte, daß seine Partei einem Ankauf von Boden-Luft-Raketen im Wert von mehreren Milliarden Schilling nicht zustimmen werde. „Minister Lichal trägt die Verantwortung für Angriffsflächen, die für die Koalition daraus entstehen“, zog Dr. Fischer den Schluß.

Von einem „Chaos in der SPÖ-Wehrpolitik“ sprach der Verteidigungsminister nach den Äußerungen Dr. Fischers. Allein die bevorstehende Präsentation der Fliegerabwehr- lenk Waffen werde von der SPÖ zum Anlaß genommen „querzuschießen“, um den linken Parteiflügel zufriedenzustellen. Der Minister erinnerte auch daran, daß eine Beschaffung von Boden-Luft-Raketen sowohl im einvernehmlich beschlossenen Landesverteidigungsplan vorgesehen ist als auch diese Waffen Bestandteil des Beschaffungsprogrammes des Bundesheeres seien. Da sie auch im „Marizzi-Papier“ zum Bundesheer enthalten seien, staune er über die Haltung des SPÖ-Klubobmannes umso mehr.

Unterstützung erhielt der Verteidigungsminister von ÖVP-Generalsekretär Kukacka, der die SPÖ und ihren Klubobmann beschuldigte, den angeblichen Ankauf von Fliegerabwehr- lenk Waffen zu einem Wahlkampfthema zu machen. Im Zusammenhang mit den Beschaffungsplanungen und Präsentationen von Geräten unterstrich Kukacka, daß auch die Wehrsprecher der SPÖ an solchen Vorführungen teilnehmen, und Fliegerabwehr- lenk Waffen auch im SPÖ-Konzept gefordert werden.

Auch den grünen „Abrüstungsexperten“ Peter Pilz, der die ganze „eigenartig hektische Debatte als potemkinsches Sandkastenspiel“ bezeichnete, lockte die Debatte um die Fliegerabwehr- lenk Waffen hinter dem Berg hervor. „So hat es Lichal gerne, wenn alle über die Anschaffung neuer Waffensysteme für das Bundesheer diskutieren und dabei das Scheinbild produzieren, das Bundesheer würde nicht schon längst als Ganzes in der politischen Requisitionskammer stehen“, war aus dem Munde des Grün-Abgeordneten zu hören. „Es wird zu keiner Anschaffung neuer Waffensysteme kommen“, so der selbstsichere Pilz, „zur Diskussion steht nur noch die kompromißlose Abrüstung des Bundesheeres“. Pilz und Genossen dürften übersehen wollen, daß trotz Abrüstungseuphorie fast alle Staaten Europas auch in Zukunft ein großes Rüstungspotential bewahren werden und dieses sogar zunehmend modernisieren. Das gilt für alle unsere Nachbarn, gleichgültig ob sie Pakt-Mitglieder oder bündnisfrei sind.

-PRI-

Österreich:

Parteienverhandlungen zur Bundesheer- reform

Ende April 1990 informierte der Generaltruppeninspektor (GTI) des österreichischen Bundesheeres, General Othmar Tauschitz, die an den Parteiengesprächen über eine Reform des Bundesheeres teilnehmenden Verhandlungsteams von ÖVP und SPÖ über „das europäische Lagebild und die Abrüstung aus österreichischer Sicht“.

Anfänglich wies der General darauf hin, daß in jüngster Zeit vermehrt eine gewaltsame Austragung von innerstaatlichen Nationalitätenkonflikten zu beobachten sei. Inwieweit derartige Konflikte in Zukunft auch grenzüberschreitenden Charakter haben werden, kann heute noch nicht vorhergesagt werden.

Danach erinnerte General Tauschitz an den Einsatz österreichischer UN-Kontingente auf den Golan-Höhen, auf Zypern, im Iran, Irak, Libanon und in Afghanistan, wo die mühsame Aufrechterhaltung von Waffenstillstandsvereinbarungen durch UN-Schiedsrichterdienste verfolgt wird. Daß ein derartiges Engagement auch Kosten bedinge, wird leider nur zu leicht und zu schnell vergessen, betonte der Generaltruppeninspektor.

Ferner stellte er die Frage, wie weit Westeuropa heute abrüsten könne, um seiner fast ein halbes Jahrhundert andauernden „waffenstrotzenden Erstarrung“ zu entkommen. General Tauschitz verwies weiters auf die Tatsache, daß selbst bei erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen, wie im Fall des INF-Vertrages, die Realisierungsphase länger zu veranschlagen sei, als dies üblicherweise in der Öffentlichkeit getan wird. Waren durch den 1987 unterzeichneten INF-Vertrag rund vier Prozent aller nuklearen Sprengköpfe betroffen, so ist die Vernichtung dieser landgestützten Mittelstreckenwaffen mit



Ende April 1990 informierte der Generaltruppeninspektor die an den Parteigesprächen teilnehmenden Verhandlungsteams über das europäische Lagebild.

einer Reichweite von 500 bis 5 000 Kilometern erst zur Hälfte von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vollzogen worden. Das heißt, daß für die Vernichtung von Waffensystemen und deren Kontrolle lange Zeiträume in Betracht gezogen werden müssen. Sehr schwierig gestalten sich auch jene Abrüstungsverhandlungen über komplizierte Materien wie bei START in Genf oder den KSE-Verhandlungen in Wien – selbst dann, wenn der politische Druck, wie vor dem Gipfeltreffen Bush/Gorbatschow, sehr hoch ist.

General Tauschitz skizzierte sodann die wesentlichen Kennzahlen der in Wien im Rahmen der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa diskutierten Obergrenzen für konventionelle Waffensysteme. Dabei ging er auf einige der komplizierten Probleme bei den Verhandlungen nur kursorisch ein: Einbeziehung der bewaffneten Schulflugzeuge bzw. der landgestützten Marineflugzeuge, Ausklammerung der strategischen Luftstreitkräfte usw.

Auch die politischen Veränderungen in den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation sowie die Frage der deutschen Einheit können für den Verhandlungsablauf und Verhandlungserfolg der VKSE noch zu großen Stolpersteinen werden.

Wandel des Bedrohungsbildes

Der Generaltruppeninspektor begrüßte den Abzug der sowjetischen Truppen aus der Tschechoslowakei (ZGT) sowie aus Ungarn (SGT) und betonte, daß für Österreich damit deutlich längere Vorwarnzeiten gegeben seien.

Verglichen mit den verbleibenden militärischen Kräften im Umfeld Österreichs verfügt die Republik weiterhin über eine vorbildhafte Defensivarmee (vom Potential und vom Umfang her), wie dies auch im Rahmen des Militärdoktrinenseminars im Jänner 1990 in Wien von internationaler Seite betont worden ist: „Das Bundesheer, welches im Frieden unsere Kasernen befüllt, befindet sich in Ausbildung und ist nur zu einem Bruchteil das Bundesheer des Einsatzes.“

Der ranghöchste Offizier des Bundesheeres plädierte ausdrücklich gegen die Beschneidung bzw. Auflösung eines „idealen Defensivsystems“ in einer sicherheitspolitischen Umbruchphase in Europa. So sollten auch die Nachrichtendienste „eher eine Intensivierung“ und nicht eine „Reduzierung oder gar Auflösung zur Folge haben“. Dabei wandte er sich auch gegen eine Dienstzeit von vier Monaten mit 60 Tagen Waffenübungen, weil Österreich schon heute eine kürzere Dienstzeit als alle seine Nachbarstaaten aufweist. „Wer also vier Monate Grundwehrdienstzeit fordert, wird in Wahrheit das Heer auflösen“, meinte der General.

Abschließend forderte der General eine zügige und sachliche Reformarbeit auf der Grundlage gesicherter Tatsachen.

Daß die Veränderungen in Europa aber manchmal doch schneller als erwartet vorangehen, ist aus dem beigelegten Zahlenmaterial des Generaltruppeninspektors noch nicht zur Gänze abzulesen: So wird die personelle Stärke der Nationalen Volksarmee (NVA) der Deutschen Demokratischen Republik noch mit 168 000 Mann angegeben, wenngleich sie in

Wirklichkeit kaum mehr als 100 000 Mann umfaßt. Hingegen sind die kanadischen Luftstreitkräfte noch nicht aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen worden, wie man nach dem Lesen des Truppenvergleiches in Zentraleuropa anzunehmen geneigt sein könnte.

-HF-

Österreich:

BAe 146 – Transportflugzeugpräsentation in Langenlebarn

In der Zeit vom 17. bis zum 20. April waren auf dem Fliegerhorst Brumowski zwei zivile Luftfahrzeuge des Typs BAe 146 für die Erprobung und Präsentation beim österreichischen Bundesheer stationiert. Die BAe 146 ist eine von mehreren zur Auswahl stehenden Typen von Transportflugzeugen der 5- bis 10-t-Klasse, deren Ankauf zur Zeit geprüft wird.

Bei den vorgestellten Mustern handelte es sich um eine von der ungarischen Luftfahrtgesellschaft TNT/Malev betriebene BAe 146-QT („Quiet Trader“) und um den Prototyp BAe 146STA („Sideloadling Tactical Airlifter“), der eine militärische Variante der BAe 146-QT darstellt und auf der BAe 146 Serie 100 basiert. Er wird von British Aerospace als spezieller Demonstrator betrieben und ist mit einer Luftbetankungs- sonde und einem Tarnanstrich versehen.

Die BAe 146 ist ein in der ursprünglichen Konzeption für den Regionalluftverkehr ausgelegtes vierstrahliges Passagier- und Transportflugzeug mit hoch angesetztem Tragwerk mit leicht negativer V-Stellung und T-förmigem Leitwerk. Bei den vier Textron Lycoming-Turbofantriebwerken, die an Auslegern unter den Tragflächen montiert sind, wurde auf eine geringe Geräusentwicklung größter Wert gelegt. Die BAe 146 gilt als das leiseste Flugzeug ihrer Klasse und beeindruckte auch bei der Vorführung in Langenlebarn durch ihre „Flüsterjet“-Eigenschaften.



Mit insgesamt fünf Flügen hätte die Maschine sämtliche Ausrüstungs- und Hilfsgüter nach Armenien transportiert.

Neben Be- und Entladeübungen wurden auch der Einsatz unter schwierigen Pistenbedingungen in Wr. Neustadt sowie die Landung in Zeltweg, wo die höhere Lage und die gebirgige Umgebung mit auftretenden Fallwinden geänderte Rahmenbedingungen schaffen, geprobt. Bei der Typenauswahl der Transportflugzeuge, die als Lufttransportsystem der Bundesverwaltung bezeichnet werden, wird die Mehrfachnutzungskapazität ein wesentliches Kriterium darstellen. Der Einsatzbereich soll sich dabei vom multifunktionalen Katastrophenhilfseinsatz über Verlegung und Versorgung österreichischer UN-Einheiten bis hin zum Transport von Mitgliedern der Bundesregierung erstrecken. Eine Studie unter Zugrundelegung der Erfahrungen der ABC-Abwehrschule im Zuge des Armenieneinsatzes zeigt, daß mit einer BAe 146STA fünf Flüge mit einer Gesamtdauer von 41,5 Stunden zur Verlegung der Katastrophenhilfseinheit mit sämtlicher Ausrüstung und sämtlichen Hilfsgütern nötig gewesen wären.

Aus militärischer Sicht kann gesagt werden, daß der taktische Wert dieser ausschließlich über die seitliche Frachtluke belad-



Foto: Simperl

Die BAe 146STA („Sidelading Tactical Airlifter“).

baren Version beschränkt ist, da der Aufwand für den Be- bzw. Entladevorgang beträchtlich ist und zuviel Zeit erfordert, womit ein Einsatz als Kampfzonentransporter ausscheidet. Eine Version mit hydraulisch betriebener Heckladerampe, die BAe 146M („Military Rear Loader“), befindet sich zur Zeit erst im Projektstadium.

Die BAe 146 wird bereits in größeren Stückzahlen von verschiedenen Luftfahrtgesellschaften geflogen.

Technische Daten (BAe 146-100STA):

Besatzung	2 bis 3 Mann
Spannweite	26,21 m
Länge	26,20 m
Höhe	8,61 m
Flügelfläche	77,30 m ²
Leermasse	22 479 kg
Startmasse max.	42 184 kg
Nutzlast	80 Mann (60 Fallschirmspringer) bzw. 18 liegende, 26 sitzende Verwundete plus 4 Sanitäter oder 10 319 kg Fracht
Marschgeschwindigkeit in 8 840 m Höhe	669 bis 767 km/h (Mach 0,63 bis 0,72)
Reichweite mit max. Zuladung	1 733 km
mit max. Treibstoff	3 096 km (mit Reserven)
Start-/Landestrecke	1 174/1 067 m
Antrieb	4 × Textron Lycoming ALF 502R MR-Turbofantriebwerke mit je 31,0 kN Schub

-Si-

Österreich:

Personeller Verwaltungsaufwand in Streitkräften

Die regelmäßig wiederkehrenden Behauptungen, der personelle Verwaltungsaufwand beim österreichischen Bundesheer sei ungleich höher als bei den Streitkräften anderer neutraler Staaten und gleich groß wie in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Behauptung, das BRD-Verteidigungsministerium fände mit der gleichen Anzahl an militärischen und zivilen Bediensteten sein Auslangen wie das Verteidigungsministerium in Wien, sind schlicht und einfach unrichtig.

So stehen etwa 1 600 Beschäftigten im Bundesministerium für Landesverteidigung/Zentralstelle in Wien etwa 5 600 Bedienstete im Bundesministerium der Verteidigung in Bonn gegenüber. Dem BRD-Verteidigungsminister sind unter anderem auch zwei parlamentarische und drei beamtete Staatssekretäre beigegeben, die jeweils über politische, administrative und militärische Stäbe verfügen.

Das BRD-Grundgesetz sieht eine Bundeswehrverwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau zur Deckung des Personal- und Sachbedarfes der BRD-Streitkräfte vor. Die Bundeswehr verfügt daher insgesamt über rund 186 000 zivile Mitarbeiter. Diesen stehen ungefähr 64 000 Berufssoldaten, 208 000 Soldaten auf Zeit und 222 000 Wehrpflichtige gegenüber. Das heißt, der zivile Verwaltungsbereich beträgt etwa 38,5 Prozent der Friedensstärke der Bundeswehr.

Das österreichische Bundesheer verfügt über etwa 22 000 Berufssoldaten bzw. Soldaten auf Zeit sowie durchschnittlich etwa 43 000 Wehrpflichtige pro Jahr, von denen rund 33 000 gleichzeitig eingerückt sind. Diesen, etwa 55 000 Mann, stehen 8 500 zivile Mitarbeiter gegenüber, das sind nicht einmal 15,5 Prozent der Präsenzstärke. Geht man beim österreichischen Bundesheer aber davon aus, daß schon die administrative Friedensorganisation auf ein Milizheer in der Stärke von etwa 200 000 Mann angelegt ist, beträgt der gleichbleibende Anteil – weil ja die Erfordernisse des Heeres nach Mobilmachung berücksichtigt wurden – der zivilen Heeresverwaltung nur 4,25 Prozent.

Diese Zahlenangaben erfolgen im Bewußtsein, daß unterschiedliche Systeme von Streitkräften nicht 1 : 1 vergleichbar sind. Die grundsätzlichen Verwaltungsnormen der einzelnen Staaten und der Stellenwert der Streitkräfte sind so verschieden, daß eine Gegenüberstellung nur fiktiv möglich erscheint und somit auch nicht sehr aussagekräftig ist.

Doch wenn schon in der öffentlichen Diskussion zum Mittel dieses unvollkommenen Vergleiches gegriffen wird, dann soll auch der Vergleich ohne einseitige Verkürzungen und ohne möglicherweise bewußt in Kauf genommene Mißverständnisse erfolgen.

Ein seriöser Vergleich zwischen dem personellen Verwaltungsaufwand beim Bundesheer und der schweizerischen Armee müßte nicht nur erfassen, daß dem Eidgenössischen Militärdepartement für Führung und Verwaltung/Zentralstelle etwa 450, einschließlich direkt unterstellter Organisationseinrichtungen etwa 2 000 Planstellen zur Verfügung stehen, sondern auch, daß insgesamt etwa 15 000 Bundesbedienstete in den Streitkräften beschäftigt sind. Darüber hinaus muß – zur Entlastung des Bundes – bei einer Reihe von Bereichen eine administrative Verantwortlichkeit der Kantone und Gemeinden berücksichtigt werden.

So nehmen die kantonalen Militärbehörden das Ergänzungs- und Mobilmachungswesen wahr, stellen die Truppenkörper der Infanterie sowie teilweise die Einheiten des Landsturmes und die Einheiten und Detachments der Hilfsdienste, beschaffen Bekleidung und Ausrüstung für die gesamte Armee, besorgen den Unterhalt der Korpsausrüstung der kantonalen Verbände und erheben den Militärflichtersatz. Die Gemeinden sind administrativ in die Evidenzhaltung der Transportmittel sowie die Bereitstellung der Verpflegung und der Unterkünfte für die Truppe eingebunden.

Die Anzahl der bei den kantonalen Militärbehörden bzw. den Gemeinden tätigen Personen zur Erfassung des tatsächlichen Verwaltungsanteiles für die schweizerische Landesverteidigung ist in der laufenden Debatte um den Verwaltungsaufwand des österreichischen Bundesheeres noch niemals berücksichtigt worden, geht aber sicher in die Tausende.

Die Führungsstruktur in der schwedischen Armee umfaßt wiederum eine Reihe von Ebenen, die für eine Bewertung des Verwaltungsaufwandes in seiner Gesamtheit zu erfassen sind. Neben einem zugegeben „schlanken“ Verteidigungsministerium, das etwa 80 Bedienstete aufweist, von denen wohl niemand die gesamte Administration der bekanntlich sehr großen schwedischen Streitkräfte (Mobilmachungsvolumen realistischweise etwa 600 000 Mann) erwartet, steht dem militärischen Oberbefehlshaber, einem Generalstabschef, ein Verteidigungsstab von etwa 200 Mann zur Verfügung. Eine Reihe von personalstarken Ämtern ist sowohl dem Minister als auch dem militärischen Oberbefehlshaber unterstellt.

Dem Oberbefehlshaber unmittelbar unterstehen die Befehlshaber von Heer, Flugwaffe und Marine, die ihrerseits wieder über je einen eigenen Führungs- und Verwaltungsstab unterschiedlicher Größe verfügen. Diese drei Stäbe sind als administrative Elemente für Organisation, Ausrüstung und Ausbildung der Teilstreitkräfte zuständig. Die militärische Führung der Verbände und Einheiten aller drei Teilstreitkräfte liegt nämlich sowohl im Frieden als auch im Krieg ausschließlich bei den in der Hierarchie auf der nächstniedrigen Stufe angesiedelten Befehlshabern der sechs Militärbereiche, in die Schweden eingeteilt ist, und deren Stäben.

Durch diesen Stufenbau der Führung und Verwaltung sowie

die dem Ministerium bzw. Verteidigungsstab des Oberbefehlshabers nachgeordneten Ämter ergibt sich sicherlich eine stark dezentralisierte Administrationsstruktur. Der Verwaltungsaufwand an sich bleibt jedoch erhalten und drückt sich darin aus, daß in Schweden, das etwa eine Million mehr Einwohner als Österreich hat, doppelt soviel Personal als in Österreich, nämlich etwa 60 000 Personen, als Berufssoldaten und Zivilbedienstete bei den Streitkräften fest angestellt sind.

Wie unterschiedlich der Anteil an Soldaten (nicht Zivilbediensteten) in den Spitzenorganisationen zur Gesamtstärke der jeweiligen Streitkräfte sein kann, zeigt ein internationaler Vergleich (NATO) aus einer Publikation der Bundeswehr. Demnach schlüsseln sich diese Vergleichswerte in Prozentzahlen folgendermaßen auf:

Bundesrepublik Deutschland	0,33 Prozent
Dänemark	0,28 Prozent
Frankreich	2,69 Prozent
Großbritannien	0,79 Prozent
Italien	1,87 Prozent
Niederlande	3,19 Prozent
Vereinigte Staaten	0,39 Prozent

Da von den etwa 1 600 Bediensteten, die in Österreich im Bundesministerium für Landesverteidigung/Zentralstelle beschäftigt sind, etwa zwei Drittel Zivilisten und ein Drittel, das heißt etwa 530 Personen, Soldaten sind, liegt bei rund 200 000 Mann Mobilmachungsstärke der Prozentanteil für Österreich bei 0,265 Prozent und damit hinter Dänemark mit dem niedrigsten NATO-Wert.

Zusammenfassend darf wiederholt werden, daß Systemvergleiche grundsätzlich problematisch sind und pauschale, unspezifische Vergleiche des Verwaltungsaufwandes in verschiedenen Armeen ohne vorhergehende Definition dessen, was Verwaltung im herkömmlichen bzw. militärischen Sinn bedeutet, wenig Relevanz haben. Eines ist allerdings sicher nicht der Fall, nämlich, daß der Verwaltungsaufwand beim österreichischen Bundesheer 13mal so hoch ist wie jener in der Schweiz, zehnmal so hoch wie jener in Schweden und gleich groß wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Solche falschen Argumente sollten in einer seriösen Diskussion über eine Reform der Verwaltung des Bundesheeres keinen Platz mehr haben.

- PID -

Österreich:

Das System Werkstattshelter

Trotz guter infrastruktureller Voraussetzungen in Österreich kann auf eine mobile Instandsetzungsmöglichkeit im Einsatz zumindest in einem Mindestausmaß nicht verzichtet werden.

Zur Abdeckung dieser Erfordernisse wurde im Rahmen eines Projektplanungsverfahrens das System Werkstattshelter entwickelt. In Verbindung mit einem Zweiachsanhänger/Werkstattshelterträger ist ein mobiler Einsatz gegeben, gleichzeitig wird dadurch die permanente Bindung eines Trägerfahrzeuges vermieden, die Verlastung für den Eisenbahntransport durch entsprechende Lademaße berücksichtigt und, nach Aufstellung des Shelters auf seinem Hilfsrahmen, die zusätzliche Nutzung des Anhängers für andere Zwecke ermöglicht.

Werkstattshelter

Um eine größtmögliche logistische Einfachheit und universelle Einsatzbarkeit zu erreichen, wurde trotz voneinander abweichender Verwendungszwecke nur eine Sheltertype vorgesehen. Bei gleicher Raumaufteilung und Einrichtung mit einem variablen Schranksystem (einheitliche Schrankgehäuse) werden die voneinander abweichenden Erfordernisse lediglich in der Detailsausstattung durch verschiedene Ladeneinschübe und eine variabel gestaltete Ladeneinteilung berücksichtigt. Dabei wird nach Mech- und FM-Sheltereinrichtung unterschieden.

Durch die Beschaffung von jeweils zwei Schrankkästengarnituren, eine für die Verwendung in der ortsfesten Instandsetzungseinrichtung und eine für den Shelter selbst, müssen im Einsatzfall nur noch die bereits im laufenden Dienstbetrieb



Foto: Mooslechner

System Werkstattshelter.

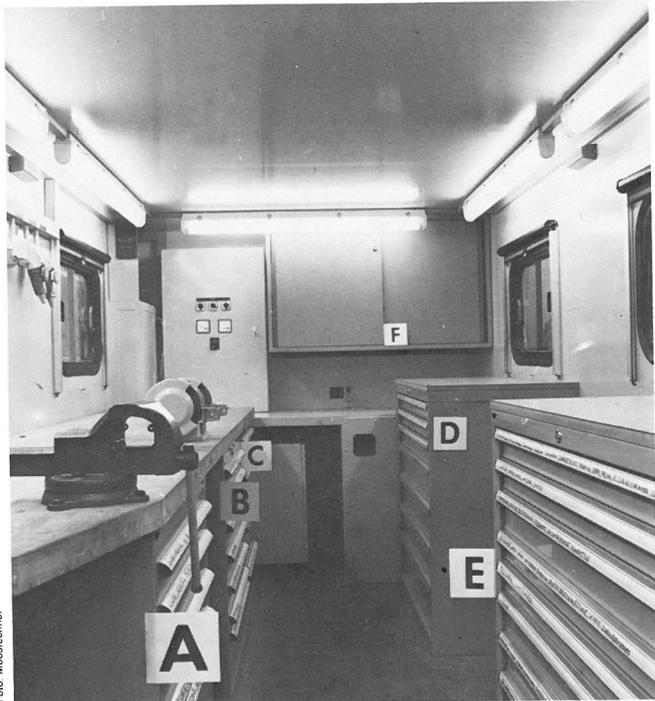


Foto: Mooslechner

Inneneinrichtung mit variablem Schranksystem.



Foto: Mooslechner

Werkstattshelter auf Hilfsrahmen abgestellt.

verwendeten Laden in den Shelter verbracht und dort in die Schrankgehäuse eingeschoben werden.

Für die Energieversorgung ist der Shelter mit elektrischen Anschlüssen versehen, die einen Anschluß an das öffentliche Stromnetz (220 und 380 Volt) ermöglichen, und zusätzlich mit einem 8-10-KVA-Stromaggregat ausgestattet, das einen netzunabhängigen Betrieb ermöglicht.

Für die interne Stromversorgung ist der Shelter mit Batterien

ausgestattet, die über ein im Zubehör enthaltenes Ladegerät wieder aufgeladen werden können.

Trägeranhänger

Als Shelterträger wird ein 4-t-Zweiachsanhänger mit Zwillingsbereifung verwendet, der, in Hinsicht auf die Lademaße für den Eisenbahntransport mit aufgesetztem Shelter, im Bereich der Drehschemellenkung eine gekröpfte Ladefläche aufweist.



Zweiachsanhänger ohne Shelter, für Transportaufgaben voll aufgeplant.



Zweiachsanhänger, teilweise abgeplant mit Laderampen.

Für die Verlastung des Shelters, gleichzeitig als Transportsicherung und als Schutz vor Überlastung bei Geländefahrt, wurde ein Hilfsrahmen vorgesehen, dessen höhenverstellbare Stützfüße ein Absetzen des Shelters vom Anhänger ermöglichen.

Ein Planengestell, eine große Plane für den hinteren Teil des Anhängers, eine kleine Plane für den Anhängerteil über der Kröpfung, Auffahrtrampen und ein Stahlseil für das Aufschleppen von Fahrzeugen auf den Anhänger ergänzen die Ausrüstung.

Einsatzmöglichkeiten

Das Gesamtsystem ermöglicht

- die rasche Herstellung der Einsatzbereitschaft durch ein doppeltes Schranksystem,
- die Anpassung der Einrichtung an die speziellen Erfordernisse durch verschiedene Ladeneinschübe und Ladenteilungen,
- den mobilen Werkstattbetrieb mit externer oder netzunabhängiger Energieversorgung bei verlastetem oder am Hilfsrahmen abgestelltem Shelter,
- den Sheltertransport auf dem systemzugehörigen Anhänger oder auf anderen Transportmitteln,
- die zusätzliche Nutzung des Anhängers für Transportzwecke nach Abstellung des Shelters auf dem Hilfsrahmen (mit oder ohne Bordwände bzw. mit oder ohne Plane über dem gesamten Anhänger oder nur über dem vorderen oder dem hinteren Teil der Plattform),
- das Aufschleppen von Fahrzeugen auf den leeren Anhänger mittels Rampen und Zugseil.

Oberst dhmtD Dipl.-Ing. Hermann Mooslechner

Österreich/Finnland/Schweden/Schweiz:

Landesverteidigungsbudgets 1990 von neutralen Staaten in Europa

Das Budget des *schweizerischen Eidgenössischen Militärdepartements* für das Jahr 1990 beläuft sich auf rund 5,1 Milliarden Franken (etwa 42 Milliarden Schilling). Davon fallen 20 Prozent auf Personalausgaben, 25 Prozent auf Sachausgaben, 7 Prozent auf Bauten, 3 Prozent auf Forschung, Entwicklung, Erprobung und 45 Prozent auf Ausrüstung und Bewaffnung. Damit setzt der Bund in diesem Jahr rund 19 Prozent seiner Finanzmittel für Aufgaben der Landesverteidigung ein. Davon entfallen 95 Prozent auf die militärische und 5 Prozent auf die zivile Landesverteidigung. Der Anteil der staatlichen Militärausgaben liegt bei etwa 1,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Unter Berücksichtigung der durch die Volkswirtschaft direkt getragenen Lasten dürfte sich dieser Betrag auf gegen 3 Prozent erhöhen.

In *Schweden* hat das Verteidigungsministerium für das Jahr 1990 rund 33 Milliarden schwedische Kronen (etwa 64 Milliarden Schilling) zur Verfügung (Gesamtbudget 400 Milliarden Kronen). Das sind etwa 7 Prozent des Gesamtbudgets. Davon entfallen 2 Milliarden Kronen auf die zivilen Bereiche der Landesverteidigung. Der Anteil des Verteidigungsbudgets am Bruttoinlandsprodukt liegt etwa bei 3 Prozent.

In *Finnland* werden 1990 rund 7,2 Milliarden Finnmark (etwa 23 Milliarden Schilling) für die Landesverteidigung ausgegeben; das sind etwa 5 Prozent des Gesamtbudgets und 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Im Verteidigungshaushalt entfallen bei den Hauptausgaben etwa 33 Prozent auf Neuanschaffungen für Rüstung und Gerät, 29 Prozent auf Besoldung, 16 Prozent für Betrieb und Instandhaltung und 9 Prozent für den Unterhalt von Wehrpflichtigen.

Das *österreichische Verteidigungsbudget* beträgt 18,008633 Milliarden Schilling für 1990. Das sind 3,28 Prozent des mit 549 Milliarden vorgesehenen Gesamtbudgets. Das entspricht 1,015 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Für Personalausgaben sind 10,075 Milliarden (56 Prozent), für Betriebsaufwand 4,315 Milliarden (23,9 Prozent) und für Investitionen 3,618 Milliarden (20,09 Prozent) vorgesehen.

-Red-

Schweiz:

Gasteyger zu den Grundsätzen einer neuen Sicherheitspolitik

Prof. Dr. Curt Gasteyger, einer der einflussreichsten sicherheitspolitischen Denker der Schweiz, nahm in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 22. Mai 1990 zu Grundproblemen einer zukünftigen Schweizer Sicherheitspolitik Stellung.

Kernpunkt seiner Ausführung sind zehn „richtungsweisende Grundsätze“, die im folgenden wiedergegeben werden:

1. Vornehmste Aufgabe jeder Sicherheitspolitik muß bleiben, ein Maximum an militärischer Glaubwürdigkeit zu bewahren, ohne daß wir damit Gefahr laufen, politisch nicht mehr ernst genommen zu werden.
2. Es gilt, den Wandel sowohl im europäischen und weltpolitischen Umfeld als auch im Inneren in seiner Vielfalt und Wechselwirkung zu erkennen und mit operationell wirksamer Politik zu bewältigen. Dazu bedarf es eines möglichst breit und langfristig angelegten Zusammenwirkens aller betroffenen Stellen.
3. Mit ihrer bisherigen Sicherheitspolitik hat die Schweiz zur Stabilität in Europa beigetragen und wird es auch weiterhin tun. Denn nur Stabilität erlaubt geordneten Wandel.
4. Dieser schweizerische Beitrag wird angesichts des vielfachen Wandels noch breiter gefächert sein müssen. Der von militärischer Seite hiebei zu leistende Beitrag besteht einerseits im Bewahren des militärisch Notwendigen, andererseits in einem Angebot des politisch Nützlichen (sei es im Bereich von Abrüstung und Vertrauensbildung, sei es in friedenserhaltenden Missionen und dem Angebot zur Ausbildung ausländischer Sicherheitsexperten). Ge-

rade das Eidgenössische Militärdepartement hat hier in letzter Zeit mehr getan, als der breiten Öffentlichkeit bewußt ist.

5. Wandel ohne Kontinuität verunsichert. Reformen sind nötig und im Rahmen einer sie stützenden Kontinuität möglich. Es gibt eine kritische Masse, unterhalb der eine Armee nicht nur ihre militärische Wirksamkeit verliert, sondern politisch unglaubwürdig wird. Es sind damit Lösungen zu finden, die, falls es die Lage verlangt, auch ein Zurückgreifen auf bewährte Strukturen erlauben.
6. Politisch unausweichlich und finanziell notwendig wird gerade im militärischen Bereich ein noch viel gezielterer Übergang von der Quantität zur Qualität sein.
7. Auch wenn heute keine Notwendigkeit zur Aufgabe der Neutralität besteht, wird über ihren Inhalt, ihre Dauer und Zweckmäßigkeit nachzudenken sein. Wir dürfen nicht damit rechnen, daß unsere Sicherheitspolitik unbegrenzt und unverändert auf die Neutralität in ihrer jetzigen Form abzustützen ist. Es lassen sich durchaus neue Formen europäischer Zusammenarbeit denken, an denen die Schweiz sich beteiligen will, die aber eine Überprüfung ihrer Neutralitätspolitik bedingen.
8. Schweizerische Sicherheitspolitik wird, bei aller Bewahrung ihrer Eigenheiten, als europäische Sicherheitspolitik zu konzipieren sein. Sie wird sich aktiv für eine europäische Sicherheitsstruktur engagieren müssen. Dies allein schon, um der durchaus realen Gefahr einer Marginalisierung unseres Landes vorzubeugen.
9. Die Sicherheitspolitik soll von einem möglichst großen Teil der Bevölkerung angenommen und gestützt werden. Der Preis hierfür darf aber nicht sein, ihr Aufgaben zuzuweisen, die sie nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand zu bewältigen vermag. Meinungen wechseln ebenso wie Bedrohungen. Das manchmal fast schon verzweifelte Aufspüren neuer Bedrohungen – die keineswegs leicht zu nehmen sind – sollte nicht zu einer beliebigen Ausdehnung, ja beinahe „Totalisierung“ der Sicherheitspolitik verleiten. Sicherheitspolitik kann nicht „Mädchen für alles“ sein.
10. Die derzeitige sicherheitspolitische Diskussion müßte Teil einer viel umfassenderen staatspolitischen Standortbestimmung werden. Für diese besteht ein erhebliches (Nachhol-)Bedürfnis. Wir werden uns über uns selbst, unsere Stellung als Kleinstaat in Europa und in der Welt von morgen viel intensiver als bisher befragen müssen. Das kündigt einen langen, möglicherweise schmerzlichen, aber auch heilsamen Prozeß an. Ein Bericht wie jener über die Sicherheitspolitik wird darin nur eine Etappe sein können. Er hätte aber bereits seine wichtigste Aufgabe erfüllt, wenn er als erste Orientierungshilfe die Weichen für die weiteren Etappen richtig stellt.

Gasteygers Grundsätze stehen vor einem vielschichtigen Hintergrund: Zuerst ist da der vom Bundesrat zu erstellende neue Bericht zur Sicherheitspolitik: anders als der erste Bericht aus 1973, fällt dieser in eine Zeit des Umbruchs und der sicherheitspolitischen Veränderungen. Dann ist auf den sicherheitspolitischen Aspekt einer europäischen Vereinigung mit all ihren derzeitigen Ungewißheiten hinzuweisen, letztlich auf die innerschweizerische Diskussion um Wert und Sinn einer Armee, respektive deren Umfang und Ausrichtung.

Diese Fragen finden in den „Grundsätzen“ ihren Widerhall; wie weit damit die künftige Linie des Berichtes zur Sicherheitspolitik vorgegeben wurde, ist ungewiß. Eine Divergenz zwischen Gasteygers Aussagen und dem zu erstellenden Bericht erscheint aber nur in wenigen Punkten wahrscheinlich – etwa dem Punkt 9 hinsichtlich des Begriffs- und Aufgabenumfanges der Sicherheitspolitik. Daß die Schweiz seit einiger Zeit bestrebt ist, ihren Handlungsspielraum in Sachen Neutralität und Europäische Gemeinschaft zu erweitern, ist bekannt. Letztlich wird diese in Punkt 7 vorläufig auf eine „Überprüfung der Neutralitätspolitik“ reduziert, kratzt demnach nicht am völkerrechtlich engen Pflichtenkreis der dauernden Neutralität. Augenfällig ist das wiederkehrende Mahnen zu Augenmaß und Kontinuität, auch und gerade in Zeiten sicherheitspolitischen

Wandels, dessen Zielrichtung niemand derzeit genau angeben kann. Hier wird eine sicherheitspolitische Fragestellung auf einem Niveau erörtert, das angesichts der österreichischen Trivialdebatten bemerkenswert ist.

-GLA-

Schweiz:

Vorstellung des Aufklärungsdrohnensystems ADS 90

Unbemannte Flugkörper finden auf dem modernen Gefechtsfeld ein immer breiter werdendes Einsatzspektrum. Im allgemeinen unterscheidet man zwischen RPVs („Remotely Piloted Vehicles“), die durch Bedienungspersonal ferngesteuert werden, und Drohnen, die vorprogrammierte Routen fliegen. Gegenüber bemannten Fluggeräten haben beide Systeme drei entscheidende Vorteile:

- den Vorteil der Einsparung von Menschenleben: dadurch können RPVs und Drohnen auch dort eingesetzt werden, wo aufgrund der Gefährlichkeit der Einsatz bemannter Systeme unverantwortlich wäre;
- den Kostenvorteil: er entsteht durch die relativ geringen Produktionskosten, die niederen Betriebs- und Wartungskosten, einer drastisch reduzierten Infrastruktur sowie letztlich in der Einsparung der hohen Ausbildungskosten für Piloten.

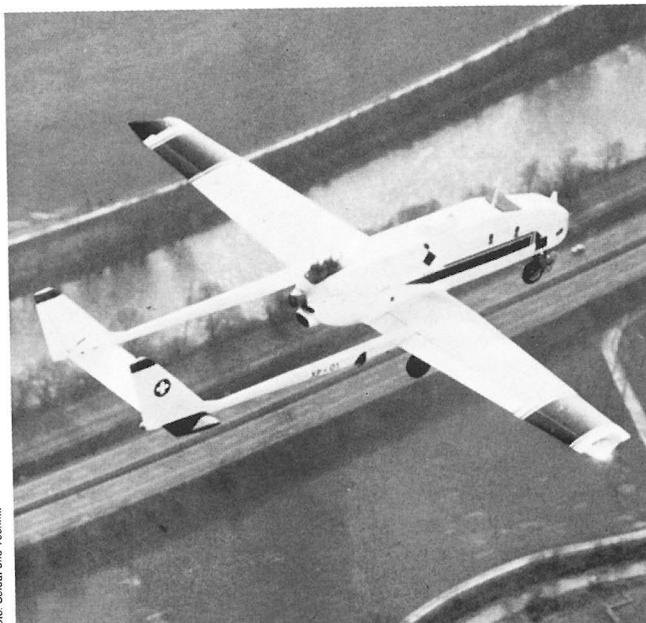


Foto: Saldar und Technik

Der „Ranger“-Flugkörper des ADS 90-Systems bei einem Erprobungsflug über der Schweiz.

Mitunter ist der Abschub eines unbemannten Flugkörpers mit einer Lenkwaffe teurer als der Flugkörper selbst;

- den „Stealth“-Vorteil: durch die meist sehr kleine Bauweise und die verwendeten Materialien können die Radarsignatur sowie die Schall- und Wärmeemission minimiert werden.

Die Anwendungsmöglichkeiten reichen dabei von der Fernmeldeübertragung und Aufklärung über Echtzeitüberwachung, ECM-Maßnahmen, Artillerieerfassung/Artillerieleitung und der Laserzielbeleuchtung bis hin zum direkten Angriff.

Trotz dieser Vorteile und Möglichkeiten dürfen RPVs und Drohnen niemals ausschließlich als Ersatz von bemanntem Fluggerät gesehen werden. Auch beim heutigen Stand der Technik können sie lediglich eine Ergänzung darstellen. In der Schweiz wurde im vergangenen Jahr das Aufklärungsdrohnensystem 90 (ADS 90) mit dem Flugkörper „Ranger“ der Öffentlichkeit vorgestellt.

Es handelt sich dabei um eine an das europäische Klima und Landschaftsbild angepaßte Weiterentwicklung des RPV „Scout“ von Israel Aircraft Industries (IAI), welches bereits im Libanon-Krieg mit großem Erfolg eingesetzt wurde. Dennoch

entsprach es, wie Versuche vor einigen Jahren zeigten, nicht den Schweizer Forderungen. Daraufhin wurde vom Eidgenössischen Flugzeugwerk Emmen gemeinsam mit IAI als Generalunternehmer mit Beginn des Jahres 1988 der „Ranger“-Flugkörper entwickelt. Neben der Erhöhung der Flugleistungen wurde dabei auf eine Dämpfung des Fluglärms besonderer Wert gelegt. Auch das Führungssystem („Ground Control Station“) und das Startkatapult wurden neu entwickelt, die Gesamtentwicklungskosten betragen umgerechnet etwa 280 Millionen Schilling. Das Gesamtsystem betreut die Schweizer Gruppe für Rüstungsdienste (GRD) gemeinsam mit IAI, für die Auslandsvermarktung ist Contraves in Gemeinschaft mit einem Schweizer Industriekonsortium zuständig.

Das ADS 90 besteht aus sechs „Ranger“-Flugkörpern (vier mit Fernseh- und zwei mit Infrarotsensoren) sowie aus einem mobilen hydraulischen Startkatapult, einer mobilen Einsatzkontrollstation und einem Gefechtsfeld-Bildempfänger. Die mögliche Maximalflugdauer des RPV von fünf Stunden wird in Friedenszeiten nicht voll ausgenutzt, weil ein mitgeführter Notfallschirm, der im Einsatz durch einen zusätzlichen Treibstofftank ersetzt wird, die Flugdauer einschränkt.

An die Entwicklung des Systems, die in der ersten Hälfte 1990 abgeschlossen sein soll, schließen sich Truppenversuche der Schweizer Armee an. Für 1992 ist die Beschaffung von vier ADS 90-Systemen vorgesehen, die bei der Flugwaffe und beim Truppennachrichtendienst eingesetzt werden sollen. Bisher haben sich die Bundesrepublik Deutschland, Finnland, die Niederlande, aber auch Österreich an dem neuen System interessiert gezeigt, doch wird erst die Zukunft zeigen, ob das ADS 90 sich auf dem ständig wachsenden Markt der unbemannten Flugkörper bewähren kann.

Technische Daten:

Nutzlast	50 kg
Spannweite	5,70 m
Länge	4,70 m
Höhe	1,00 m
Startmasse	220 kg
Höchstgeschwindigkeit	220 km/h
Marschgeschwindigkeit	90 km/h
max. Flugdauer	5 Stunden
Dienstgipfelhöhe	4 500 m
Antrieb	2-Takt-2-Zylinder-Motor mit 28 kW
max. Lärmentwicklung
(Höhe 300 m, max. Geschwindigkeit)	< 65 db (A)

-Si-

Schweiz:

„Armee 95“

Schlagzeilen zufolge bedeutet „Armee 95“ eine verkleinerte, verjüngte Armee; zwar keinen verringerten, immerhin aber einen sinnvoll neugeordneten Wehrdienst; ein neues „Armeeleitbild“. Fraglos eine „angenehme“ Nachricht, verspricht sie doch weniger Aufwand, weniger Lasten, weniger Kosten.

Zur „Armee 95“ gehören jedoch auch, ob als Folge oder als Ziel steht offen, veränderte Planungsleitlinien.

Im einzelnen kommt es darauf an,

- zur Abwehr verdeckt kämpfender Kräfte den Schutz kriegs- und lebenswichtiger Anlagen landesweit vorzubereiten,
- gegenangriffsfähige brigadestarke Heeres- und Korpsreserven aufzustellen („Teilbrigadisierung der Armee“) sowie außerdem die Heerestruppen zu befähigen, eine bataillonsstarke Reserve hubschrauberbeweglich zu verlegen,
- durch Verbessern von Zielaufklärung, Feuerleitung und Munitionswirkung die operativen Führungsebenen zu befähigen, einen „operativen Feuerkampf“ zu führen,
- den „Bestandsrückgang“ der im Mittelland eingesetzten Feldarmekorps durch Kräfte des Gebirgsarmekorps aus-

zugleichen, dafür aber Feuerkraft und Beweglichkeit des verminderten Gebirgsarmekorps zu erhöhen,

- Flieger- und Fliegerabwehrkräfte zu befähigen, tief- und tiefstfliegenden Feind abzuwehren,
- ein zügiges, auf verkürzte Warnzeiten abgestimmtes Herstellen der Führungs- und Einsatzbereitschaft zu gewährleisten sowie den verteidigungsgünstigen Grenzraum künftig für Anfangsoperationen von Heeres- und Korpsreserven auszunutzen.

Spätestens jetzt fällt auf, daß alle in jüngerer Zeit eingeleiteten Aufstellungs- und Rüstungsmaßnahmen einem neuen Führungsdenken folgen.

Verteidigung galt jahrzehntelang als *taktische Frage*; verkürzt: grenznahes Halten, ergänzt durch sparsame taktische Bewegungen, mehr zum Zweck des Verstärkens oder Auffangens denn zum Gegenangriff oder Gegenschlag. Vor kurzem gelang es jedoch, die „Operation“ wiederzuentdecken. Folglich heißt es, als Grundlage *operativer Führung* operativ nutzbare Mittel bereitzustellen. Wieder verkürzt ausgedrückt: auch operative Führung wirkt durch Feuer, Sperrern und Bewegung und braucht darüber hinaus weitreichendes Feuer, Sperrern „auf Abruf“, neben der geistigen Beweglichkeit im Vorausdenken auch operative Beweglichkeit, um überlegene Kräfte kurzfristig zur Entscheidung zusammenzufassen.

Auf den Punkt gebracht geht es darum, die Voraussetzungen für die Auftrags Erfüllung zu schaffen. Doch Streitkräfteplanung unterliegt längst nicht mehr ausschließlich streitkräfteüblichen Maßstäben. Sie richtet sich nicht nur nach Auftrag und Lage; nicht denkbare Bedrohungen, sondern empfundene, mehr noch, vermittelte Bedrohungsgefühle bestimmen Richtung, Umfang und Ablauf der Streitkräfteentwicklung. Nachdem die Rechnung „Verteidigung und Entspannung“ aufzugehen scheint, bleibt abzuwarten, was Bern seinen Stimmbürgern abzufordern wagt, was diese Staatsbürger für ihre Armee noch zahlen. Ob schlechte Beispiele jenseits ihrer Grenzen nicht gute Sitten verderben?

-Er-

Bundesrepublik Deutschland:

Erhöhung der Durchhaltefähigkeit im Gefecht

Die Durchhaltefähigkeit im Gefecht wird wesentlich von der Verfügbarkeit der Reserve an Personal und Material, der Motivation der Soldaten, dem technologischen Stand der Waffensysteme und der Bevorratung und Verfügbarkeit an Ersatzteilen für Großgerät beeinflusst. Von wesentlicher Bedeutung sind die Möglichkeit der Bergung und Verwundetenversorgung auf dem Gefechtsfeld, die Maßnahmen der Not- und Behelfsinstandsetzung und die Reduzierung der Verwundbarkeit der kampftscheidenden Gefechtsysteme beim Einwirken gegnerischer Munition. Ohne den Einsatz moderner Technologien hat heute kein Gefechtsystem mehr eine Überlebenschance. Führungs- und Waffensysteme ohne oder mit nur geringem Schutz sind für den Einsatz untauglich, weil die Verbindungen nicht mehr gehalten und Bewegungen nicht eingeleitet und durchgeführt werden können. Darüber hinaus können Geräte schon bei geringer Waffeneinwirkung zu einem „Haufen Schrott“ werden und damit unwiederbringlich verlorengehen. Die Führer und Besatzungen verlieren das Vertrauen zu ihrem Material.

Konstruktionsmerkmale

Entsprechend dem Grad der Bedrohung und ihrer Bedeutung für die Führung sind daher Fahrzeuge und Kabinen hinsichtlich der Panzerung unterschiedlich auszulegen. Die Industrie bietet eine Vielzahl unterschiedlichster Ausführungen von Panzerungen an, wie zum Beispiel

- die konventionelle Stahl- oder Aluminiumpanzerung,
- die Verstärkung des konventionellen Panzerschutzes durch eine auf Distanz aufgeschraubte Zusatzpanzerung,
- die zusätzliche Verstärkung des Schutzes durch Integration von Panzerschutzpaketen in die Frontpanzerung,
- die zurüstbare Reaktivpanzerung im Front- und Turmbereich

sowie die kostenintensive und gewichtsaufwendige Stahlummantelung von abgereichertem Uran.

All diesen Panzerungsgruppen liegt die gleiche Schutzauffassung zugrunde: Die Panzerung soll durch die Munition der sie bedrohenden gegnerischen Waffensysteme möglichst nicht durchschlagen werden.

Derzeit ist jedoch bei keinem der eingeführten Serienpanzer eine Panzerungsart anzutreffen, die jeder Munition widersteht und den Panzer zu einer sicheren und nahezu unzerstörbaren Festung macht.

Munitionswirkung

Bei der Auslegung des Schutzes muß die Wirkung der Munition auf Personal und Material im Vordergrund stehen. Zur Erhöhung der Durchhaltefähigkeit gilt es, diese Wirkung auszuschalten oder zumindest so weit zu minimieren, daß nur partielle Ausfälle auftreten können.

Durchschläge durch Panzerungen bilden im Innenraum scharfkantige, sehr heiße Splitter aus, die meist von geringer Größe sind. Diese Splitter, aus der Panzerung oder vereinzelt auch vom Geschöß herrührend, breiten sich trichterförmig im gesamten Kampfraum aus.



Der „Leopard“ 2: was die Durchhaltefähigkeit anlangt, ist er ein richtungsweisender Kampfpanzer.

Trifft das Geschöß auf der gegenüberliegenden Seite wieder auf die Turminnenwand, werden weitere Splitter erzeugt, die sich erneut, jedoch mit weniger Energie, trichterförmig im Kampfraum ausbreiten. Das Geschöß selbst, wenn es nicht mehr die Energie hat, um den Turm nochmals zu durchschlagen, kann durch Ablenkung bei unkontrollierter Flugbahn weitere Schäden im Kampfraum anrichten, indem es durch den Raum wirbelt.

Für die Instandsetzung sind Zerstörungen meist kein Problem, soweit sie mit dem Auge zu erfassen sind. Tückisch sind die heißen Mikrosplitter, die unsichtbar und oft nicht fühlbar in die Kabelbäume eindringen und dort Kurzschlüsse hervorrufen, die lokal nicht oder nur nach zeitaufwendiger Fehlersuche zu orten sind.

Bei aluminiumgepanzerten oder mit Aluminiumaufbauten versehenen Waffenträgern hat sich gezeigt, daß durch die Ausbildung eines Aluminiumnebels eine Explosion eingeleitet werden kann, die dann zum Totalschaden führt. Eine weitere, sich auf die Besatzung negativ auswirkende Begleiterscheinung ist der hohe Lärmpegel beim Auftreffen eines Geschößes, der bei einer Kurzzeitbelastung von 145 bis 185 dB(A) und darüber, je nach Art der Primärpanzerung, erhebliche Gesundheitsschädigungen momentaner bis bleibender Art hervorrufen kann.

Zusätzlich folgt bei Beschuß mit Hohlladung dem Splitterkegel eine sich durch den gesamten Kampfraum ausbreitende Feuerfront, die zu schweren Verbrennungen führt.

Schutzmaßnahmen

Aus all den aufgezeigten Gefahren ist zu ersehen, daß eine Panzerung, die mit einer Metallwand nach innen den Kampfraum abgrenzt, nur so lange wirksam ist, wie diese Wand

nicht zerstört wird. In der Ergänzung des Primärschutzes kann es folglich nur darum gehen, durch eine weiche, hochwirksame und zugleich feuerhemmende Innenauskleidung (Inliner) die bei dem Durchschlag eines Geschößes dargestellten Explosionsmöglichkeiten auszuschalten. Auf diese Weise reduziert sich durch den Inliner die hochkinetische Masse, die ohnehin nicht aufzuhalten ist, in der Wirkung zum Pfeil. Zerstörungen und Ausfälle sind dann nur noch lokaler Art.

Inliner für Panzerungen sind aus Aramidfasern gefertigte, viellagige Matten, die in geringem Abstand im Inneren eines Kampfraumes installiert werden und aufgrund der hohen Zugfestigkeit und der feuerhemmenden Eigenschaft eine wirksame, schutzbietende Ergänzung zur Primärpanzerung darstellen. Inliner ersetzen also nicht die Primärpanzerung, sondern sie ergänzen diese.

Sie sind bei wesentlich geringerer Eigenmasse, guter Nachrüstungsmöglichkeit, hoher Flexibilität und richtiger Anpassung an die Primärpanzerung das Mittel, das die Wirkung der Splitter, des Feuers und der Explosion ausschaltet, ohne dabei selbst giftige Gase zu erzeugen, wie dies bei Gummi oder Schaumstoffen jeglicher Art der Fall ist.

-Gi-

Bundesrepublik Deutschland:

Leistungsbewertung in der Gefechtsausbildung

Die Einsatzbereitschaft der eigenen Kräfte ist eine entscheidende Komponente in der Beurteilung der Lage. Numerisch relativ leicht zu bewerten ist die Frage, ob die materielle und personelle Ausstattung der eigenen Kräfte dem aktuellen Bedrohungsbild angepaßt sind. Die materielle und personelle Ausstattung sind als die von der politischen Führung direkt steuerbare Größen anzusehen, da jener die diesbezügliche Budgethoheit zukommt.

Neben dieser Einsatzbereitschaft in logistischer Hinsicht (Logistik im weitesten Sinn des Begriffes) muß auch die Ausbildung der Soldaten aller Dienstgrade und Funktionsebenen in der nötigen Graduierung Einsatzbereitschaft erreichen.

Die Kampfkraft, also das Leistungsvermögen einer Truppe im Kampf, wird eben durch personelle und materielle Stärke, Art und Qualität der Ausrüstung, Grad der Beweglichkeit, Zustand der Versorgungsdienste (= Logistik im weitesten Sinn); Stand der Ausbildung sowie Kampferfahrung, Leistungsfähigkeit der Führungsmittel, Qualität der Kommandanten und durch den psychischen Zustand bestimmt (= Ausbildung im weitesten Sinn). Um eine klare Aussage über die Kampfkraft machen zu können, muß insbesondere auch der Stand der Ausbildung, im konkreten der Gefechtsausbildung, bewertbar sein und in weiterer Folge bewertet werden.

Der Anforderungskatalog an die Leistungsbewertung in der Gefechtsausbildung ist daher wie folgt zu definieren:

- Die Ausbildungsergebnisse müssen den aktuellen Ausbildungsstand repräsentieren.
- Die Ausbildungsergebnisse müssen nach objektiven und einheitlichen Maßstäben bewertet werden.
- Die Auswertung muß sowohl die verbale als auch die notenmäßige Einschätzung der in der Gefechtsausbildung erbrachten Leistungen beinhalten.
- Tendenzen (mittel- und langfristige) im Ausbildungsstand müssen erkennbar sein.

Dieser Anforderungskatalog wurde insoweit umgesetzt, als die Bewertung nach drei Aspekten erfolgt:

1. Die Handlungen des Kommandanten und seines Führungsorgans (Teilnote A).
2. Die taktischen Handlungen der Kräfte (Teilnote B).
3. Die Ergebnisse des Waffeneinsatzes (Teilnote C).

Die daraus resultierende Gesamtnote („Sehr gut“, „Gut“, „Befriedigend“, „Ungenügend“) liegt nur dann im positiven Bereich, wenn keine der drei Teilnoten „A“ bis „C“ als „ungenügend“ qualifiziert wird.

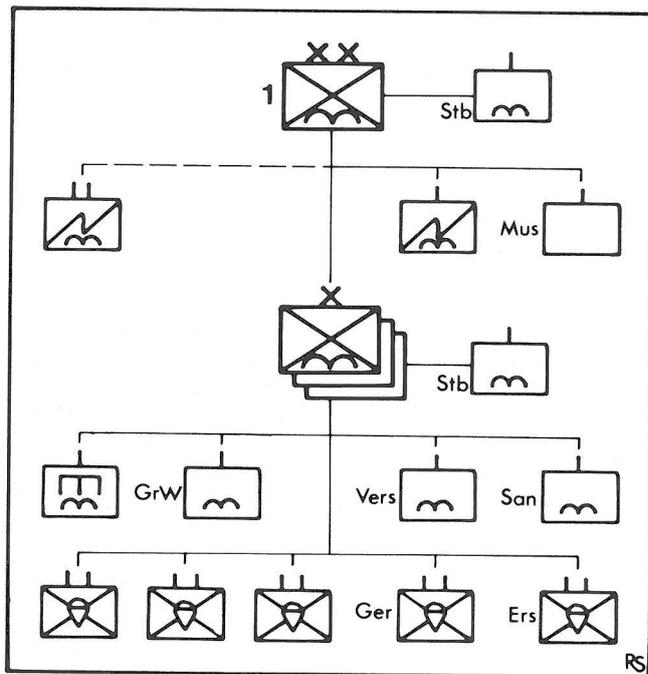
Kritische Analyse dieser Leistungsbewertung in der Gefechtsausbildung: Da taktische Handlungen sich stets in einer

konkreten taktischen Lage vollziehen, erfordert dies eine varianten- und ideenreiche Gestaltung der taktischen Ausbildung, die daher frei von jedem Schema und jeder Schablone sein muß. Gerade diese Kreativität und Komplexität verlangt ausgezeichnete Führer und Unterführer, aber auch hochqualifiziertes Schiedsrichterpersonal. Ob in diesem sensiblen Bereich jegliche Subjektivität, wie zu fordern wäre, auszuschließen ist, bleibt fraglich. Über den Umweg der oben zitierten Bewertungsrichtlinien wird jedoch sicher dazu beigetragen, daß die Anforderungen des Gefechtes in der Ausbildung um- und durchgesetzt werden.

-MKF-

Bundesrepublik Deutschland:

Die 1. Luftlandedivision



Ab 1982 hat die Division die Gliederung im Zuge der „Heeresstruktur 4“ eingenommen (siehe Abbildung), die auch heute noch in ihren wesentlichen Zügen Gültigkeit besitzt.

Damit gewinnt die Panzerabwehrfähigkeit der Division eine besondere Bedeutung. Mit insgesamt 84 Panzerabwehrsystemen „Milan“ und TOW pro Luftlandebataillon sind diese für das Auffangen eingebrochener oder durchbrechender gegnerischer Angriffsgruppierungen besonders ausgerüstet – auch ein Zeichen für die eindeutig defensive Ausrichtung von Organisation und Ausrüstung der Division.

Nunmehr verfügt jede der drei Luftlandebataillone neben drei gemischten Fallschirmjägerbataillonen (je zwei Fallschirmjägerkompanien, zwei Panzerabwehrkompanien) und einem reinrassigen Fallschirmjägerbataillon (Geräteeinheit) über die Luftlandegranatwerferkompanie als Brigadeeinheit. Es kommen dazu eine Sanitätskompanie, eine Versorgungskompanie sowie eine Pionierkompanie, die den Luftlandebataillonen unmittelbar unterstellt werden. Damit sind diese Brigaden besonders für den luftbeweglichen Panzerabwehr- und Sperreinsatz ausgerüstet.

Bereits 1986 war die Division um eine Artilleriekomponente verstärkt worden: Das Luftlandeartillerieregiment 9 (Geräteeinheit). Im Rahmen der Umstrukturierungen, Umorganisationen und neu anfallenden Aufgaben bei Verwirklichung der „Heeresstruktur 2000“ ist die 1. Luftlandedivision gefordert, ihre jahrelange Erfahrung auf diesem Gebiet auch in die erforderlichen Versuche für diese Weiterentwicklung einzubringen. Die Einführung des „Wiesel“ stellt dabei für die Division eine entscheidende Steigerung ihrer Verteidigungskraft dar: Sie erhöht die Beweglichkeit der Fallschirmjäger nach Luftlandung am Boden und befähigt sie insbesondere zum schnellen Bilden

von Panzerabwehrschweren. Gleichzeitig gibt sie aber den Fallschirmjägern die Möglichkeit, größere Räume zu überwachen und zu sichern und ihre Aufklärungsfähigkeit zu verbessern.

Die Luftbeweglichkeit der Truppenteile der Division wird so gewissermaßen durch die erforderliche „Landbeweglichkeit“, also die Fähigkeit, die Abwehr gegen einen mechanisierten Gegner mit der notwendigen Beweglichkeit und mit wenigstens einem leichten Schutz zu führen, wirkungsvoll ergänzt.

-Gi-

Dänemark:

Effizienzsteigerung und Gesundheitschumpfen

Der dänische Verteidigungsminister, Knud Enggaard, äußerte sich in einem Interview zu aktuellen Fragen seines Ressorts. Er stellte zunächst klar, daß das nordatlantische Bündnis den Ausgang der Wiener Verhandlungen über einen Abbau der konventionellen Streitkräfte in Europa abwarten müsse, ehe es grundlegende Entscheidungen über Umschichtungen und etwaige Kürzungen in den Verteidigungsbudgets der einzelnen Mitgliedsstaaten treffen könne.

Aus der Sicht des Ministers läuft die Entwicklung in Osteuropa auf eine Erfüllung des zweiten Teils des Bündniszweckes der NATO hinaus, wonach auch in Osteuropa auf einen Zustand hingewirkt werden sollte, der den Menschen die Ausübung ihrer Grund- und Freiheitsrechte ermöglicht. Westliche Sicherheitspolitik müsse jedoch die Möglichkeit des Scheiterns und der Umkehrung der positiven Entwicklung einkalkulieren. Es sei Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft, durch Wirtschaftshilfe einen Beitrag zu leisten, um dieser Gefahr entgegenzutreten.



Foto: Nato's Sixteen Nations

In Dänemark wird die F-16 bis über das Jahr 2000 im Dienst sein.

Im weiteren sprach Minister Enggaard über die „Umfassende Landesverteidigung Dänemarks“ („Total Defence“), welche die militärische, die zivile und die wirtschaftliche Landesverteidigung umfaßt und den österreichischen Leser schon im Hinblick auf bestehende Parallelen interessiert. Gleichfalls interessant – und beneidenswert aus österreichischer Sicht – ist die im dänischen Parlament mit Drei-Viertel-Mehrheit beschlossene Vorgabe für den Verteidigungshaushalt, die sich auf die nächsten drei Jahre bezieht und insbesondere die Beschaffungsplanung wesentlich erleichtert.

Im Hinblick auf Struktur und Ausrüstung der dänischen Streitkräfte ging es dem Minister um Effizienzsteigerung und – wo nötig – um Gesundheitschumpfen: weniger, aber modernere Schiffe in moderneren Marinestützpunkten, weniger Kasernen und drei Regimenter weniger für das Heer, Entbürokratisierung.

Abschließend ging der dänische Verteidigungsminister auf konkrete Rüstungsvorhaben seines Landes ein:

– Unlängst lief den dänischen Luftstreitkräften das letzte von 70 beschafften F-16-Kampfflugzeugen zu. Trotz der modernen und verlässlichen Technik dieses Geräts und im Hinblick auf dessen geplante Verwendung weit über das Jahr 2000 hinaus werden wohl die fünf Staaten, die es beschafft haben – neben Dänemark auch Belgien, die Niederlande, Norwegen und die Vereinigten Staaten – nicht umhinkommen, im Laufe der neunziger Jahre Maßnahmen zur Kampfwertsteigerung dieses Flugzeuges durchzuführen.

- Kampfwertsteigerung von „Leopard“-Kampfpanzern – die teilweise gebraucht beschafft wurden – von 1A3 auf 1A5.
- Kampfwertsteigerung von „Centurion“-Kampfpanzern.
- Seeminenprojekt SGM-80 (gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland).
- Ersatz des „Draken“.
- Lenkwaffen für die Marine.
- Mehrzweckpatrouillenboote „Flex“ 300.

-AH-

Großbritannien:

Vorsichtiges Verteidigungsweißbuch 1990

Das Weißbuch über den britischen Verteidigungshaushalt wurde am 2. April veröffentlicht.

Das diesjährige Weißbuch konzentriert sich auf die dramatischen Veränderungen in Osteuropa und die Aussichten auf Reduzierungen der Rüstungsarsenale von Ost und West als Ergebnis der Abrüstungsverhandlungen. Es bekräftigt die Notwendigkeit, die Verteidigungskapazität erneut zu überprüfen, und stellt fest, daß in einigen Bereichen Kürzungen möglich sind. Gleichzeitig konstatiert es die Notwendigkeit für die NATO, die Grundelemente ihrer erfolgreichen Verteidigungsstrategie beizubehalten, um in der Lage zu sein, jedweden Entwicklungen in einem in schnellem Wandel befindlichen Europa zu begegnen. Das schließt das Erfordernis ein, als Abschreckung vor jedem möglichen Krieg starke Streitkräfte, einschließlich eines modernen und effektiven atomaren Elementes, aufrechtzuerhalten.

Das zweibändige Weißbuch ist teilweise ein Diskussionsdokument, in dem die wichtigen Aspekte der Sicherheitspolitik der britischen Regierung dargelegt werden, und teils ein Bericht über die Verteidigungsaktivitäten und Verteidigungserrungen während des vergangenen Jahres. Großbritanniens Beitrag zur NATO – mit sowohl nuklearen als auch konventionellen Streitkräften – ist groß und umfassend. In allen Bereichen werden wichtige Modernisierungsprogramme durchgeführt, und die britische Regierung bleibt bei ihrem Plan, als Ersatz für die „Polaris“ die strategische Abschreckungswaffe „Trident“ einzuführen. Großbritannien unterstützt die Abrüstungsprioritäten des Bündnisses, wie sie in dem von der NATO im Mai 1989 angenommenen umfassenden Rüstungskontroll- und Abrüstungskonzept dargelegt sind. Das Weißbuch setzt den Verteidigungshaushalt auf über 21 Milliarden Pfund plus die für die kommenden zwei Jahre vorgesehenen Ausgabenerhöhungen fest. Diese Erhöhungen bieten einen festen Rahmen für die Planung des Verteidigungsprogrammes. Ferner erläutert es das vom Verteidigungsministerium weiterzuführende Programm zur Erhöhung der Managementleistung und der Kosteneffizienz.

Das erste Kapitel legt die Verteidigungspolitik der NATO auf der Grundlage der Abschreckung durch Vorneverteidigung und flexible Reaktion dar; es folgt das Thema Rüstungskontrolle mit einem Bericht über die im vergangenen Jahr erzielten Fortschritte und einer Erläuterung der künftigen Prioritäten der NATO. Bei den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa sind erhebliche Fortschritte erzielt worden, und Großbritannien hofft, daß in diesem Jahr ein Vertrag unterzeichnet werden kann. Auch die Fortschritte in den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sowie Abrüstung in Europa werden dargelegt, wobei die Vorschläge des Bündnisses bei beiden Verhandlungen aufgeführt werden. Dieses Kapitel enthält ferner einen Beitrag über die Fortschritte in Richtung auf eine Konvention zum Verbot chemischer Waffen sowie über die START-Verhandlungen. Des weiteren werden die Rüstungskontrollprioritäten wiederholt, die in dem umfassenden Konzept angeführt sind und auf die man sich auf dem NATO-Gipfel im Mai 1989 einigte. Abschließend wird auf die Änderungen in der sowjetischen Verteidigungsindustrie, die Bedrohung durch die Weiterverbreitung von Fertigungs-Know-how für ballistische Flugkörper und die weitergehenden Kontakte der NATO mit den Warschauer-Pakt-Ländern eingegangen.

Kapitel 2 behandelt die Aufgaben und Aktivitäten der Streitkräfte. Nach der Darlegung von Großbritanniens vier Hauptverteidigungsaufgaben in der NATO – der Bereitstellung eines nuklearen Potentials, der Verteidigung Großbritanniens selber, der Verteidigung Kontinentaleuropas und der Bereitstellung von Seestreitkräften – werden die anderen Aufgaben und Verpflichtungen der Streitkräfte beschrieben, vor allem in Nordirland und außerhalb des NATO-Bereiches. Dargelegt werden ferner die Maßnahmen, die ergriffen werden, um den Weggang gut ausgebildeten Militärpersonals zu reduzieren sowie die Absicht, mehr Frauen bei den Streitkräften zu beschäftigen. Dazu gehört auch die Entscheidung, weiblichen Angehörigen der Seestreitkräfte den Dienst auf See zu erlauben und damit die Änderung einer lange verfolgten Politik, Frauen nicht bei Kampfeinheiten zu beschäftigen. Ferner wird das Ziel dargelegt, mehr Angehörige ethnischer Minderheiten für die Streitkräfte zu interessieren. Der britische Beitrag zu den internationalen Friedenstruppen, die verfügbaren Reservetruppen und der Katastropheneinsatz der Streitkräfte nach dem Hurrikan Hugo auf den Westindischen Inseln im vergangenen Jahr werden ebenfalls behandelt.

Kapitel 3 berichtet über die Fortschritte der britischen Beschaffungspolitik im Verteidigungssektor, einschließlich der Bemühungen, für die verfügbaren Finanzen einen besseren Gegenwert durch kommerzielle Orientierung zu bekommen, insbesondere durch Wettbewerb und durch Zusammenarbeit mit den Verbündeten. Ferner enthält das Kapitel den üblichen Jahresbericht über neubeschaffte Ausrüstungen für die Streitkräfte. Schließlich wird über Fortschritte bei der Errichtung einer Institution für Verteidigungsforschung berichtet.

In Kapitel 4 geht es um das Management der Verteidigungsressourcen. Es legt den Verteidigungshaushalt 1990/91 dar, der 21,223 Milliarden Pfund umfaßt, sowie die geplanten Ausgaben für die beiden nächsten Jahre – 22,36 Milliarden Pfund für 1991/92 und 23,43 Milliarden Pfund für 1992/93. Da die Inflationsrate stärker als erwartet angestiegen ist, fällt der Haushalt in diesem Jahr real niedriger aus als im Vorjahr. In den beiden kommenden Jahren wird er sich jedoch erholen. Die Haushaltsansätze bieten einen festen Rahmen für die weitere Planung des Verteidigungsprogrammes. Das Kapitel befaßt sich auch mit Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz im Umgang mit Menschen und Material.

-Red-

Europa:

Europäischer Sicherheitsrat

Der ehemalige Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium, Lothar Rühl, skizzierte Mitte Juni in einer Analyse für die Tageszeitung „Die Welt“ folgende „realitätskonforme Strukturen europäischer Sicherheit“, die sich in naher Zukunft herauskristallisieren könnten.

Für Rühl gab es in letzter Zeit mehrere Hinweise, daß auch die Sowjetunion immer stärker in Richtung auf ein neues „gesamteuropäisches Sicherheitssystem und ein einheitliches Europa des Friedens und der Zusammenarbeit“ zustrebt.

So wurde beim jüngsten Treffen der Warschauer Vertragsorganisation der Auftrag an eine gemeinsame Regierungskommission aller Vertragsstaaten akzeptiert, „Charakter, Funktionen und Tätigkeiten des Warschauer Vertrages“ zu überprüfen und Vorschläge für „seine Umwandlung in einen Vertrag souveräner gleichberechtigter Staaten, der auf demokratischen Prinzipien beruht“, bis November 1990 vorzulegen. Die neue, möglicherweise konsensfähige, europäische Sicherheitsstruktur wird nach Rühl folgende Elemente aufweisen.

Umwandlung der Bündnisse

Die Militärorganisation der NATO unterhält Streitkräfte in einem stark reduzierten Umfang mit einer kleinen Reserve lokal verfügbarer Nuklearwaffen. Auch der Warschauer Vertrag wird – soweit dies seine Mitglieder weiterhin wollen – eine defensive geopolitische Schutzfunktion in Osteuropa östlich von Deutschland ausüben. Ganz Deutschland wird Mitglied der

atlantischen Allianz sein: im Westen im Rahmen der Militärintegration der NATO, im Osten mit einer Territorialverteidigung „unter der politischen Autorität der deutschen Regierung in einer einheitlichen nationalen Armee“.

Beide Bündnisse wirken gemeinsam an der Rüstungskontrolle im Rahmen der KSZE mit. Sie schließen einen KSZE-Vertrag ab und erweitern das KVAE-Schlußdokument von Stockholm aus dem Jahr 1986.

Neue Verträge

Alle 22 Allianzstaaten schließen einen Nichtangriffsvertrag, der sich auf die gesamten Bündnisgebiete erstreckt. Sie schließen einen kollektiven Beistandspakt, der sie zur „gemeinsamen Abwehr von Aggressionen in Europa“ verpflichtet. Neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten wird ein Beitritt freigestellt.

Im Rahmen der KSZE wird ein Europäischer Sicherheitsrat, eine Rüstungskontrollbehörde sowie ein Informationszentrum über militärische Daten und Vorgänge in Europa geschaffen. Zu ihrem Aufbau wird ein Zeitraum von etwa fünf Jahren veranschlagt; vertraglich sollen diese Institutionen in einen Europäischen Sicherheitsvertrag auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki eingebracht werden.

In offensichtlicher Analogie zu den Vereinten Nationen sieht Rühl für diesen Sicherheitsrat neun ständige Mitglieder vor: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, Schweden, Sowjetunion, Spanien und Vereinigte Staaten, die dem Rat Sanktionsmittel zur Verfügung stellen.

Die rasante politische Entwicklung wird noch 1990 zeigen, inwieweit sich diese Strukturen in die Realität umsetzen lassen.

-HF-

Großbritannien:

Erprobung des Minenräumergerätes RACE

Zur Deckung des Bedarfes an Minenräumergeräten gegen Streuminen wurde durch die zuständigen Stellen der britischen Armee unter anderem das Minenräumergerät RACE („Rapid Area Clearance Equipment“) erprobt.

Dieses kann an geländegängige Lastkraftwagen oder leichte Kampffahrzeuge rasch montiert werden. Seine Arbeitsweise beruht auf dem Dreschflügelprinzip. Es verfügt über zwei 1,52 Meter breite, durch je einen Motor unabhängig angetriebene Rotoren. Damit kann eine drei Meter breite Spur geräumt werden.



Das Minenräumergerät RACE („Rapid Area Clearance Equipment“).

Die Köpfe der 60 Zentimeter langen Dreschflügelketten können in Anpassung an die Type der zu räumenden Minen und der Betriebsbedingungen ausgewechselt werden. Das Gerät kann Minen mit einer Sprengladung bis zu zwei Kilogramm von allen Arten des Untergrundes, einschließlich bebauter Felder, Grabenränder und Erdaufwürfe, räumen.

Marschbewegungen können auch mit dem am Fahrzeug montierten Gerät erfolgen, ohne dieses zu behindern. Hierzu wird es nach oben geschwenkt und an der Fahrzeugfront verriegelt. In dieser Transportstellung überragt es die Breite des Fahrzeuges nicht.

Die Räumgeschwindigkeit soll im Gelände je nach Geländegegebenheiten 8 km/h und mehr, auf hartem Boden 15 km/h betragen.

-EH-

Italien:

Luftstreitkräfte – Planungen

Die Aeronautica Militare Italiana (AMI) steht nicht zuletzt wegen der geopolitischen Veränderungen und der noch immer sehr hohen Bedeutung des Mittelmeerraumes in einem Umstrukturierungs- und Modernisierungsprozeß.

Das Ziel der künftigen Gliederung und Ausstattung liegt in der Erhaltung rasch reaktionsfähiger Luftverteidigungskräfte und einer Schlagfähigkeit gegen erkannte Ziele aus der Luft. Gemäß der politischen Entscheidung, keine präventiven Angriffe zu führen, wird folgerichtig der Luftverteidigung höchste Priorität eingeräumt.

Die Planungen beziehen sich vor allem auf sieben Staffeln mit F-104S, die trotz umfassender Kampfwertsteigerungs- und Lebenszeiterhaltungsmaßnahmen in den neunziger Jahren noch das Betriebslebensende erreichen und durch 165 EFA („European Fighter Aircraft“) ersetzt werden sollen (einschließlich 15 bis 20 Doppelsitzer).

Eine zeitliche Lücke zur Beschaffung der EFA wäre äußerst unangenehm und müßte zur zwischenzeitlichen Beschaffung gebrauchter Flugzeuge führen.

100 „Tornado“ für die Luftangriffskräfte wurden ausgeliefert, die Beschaffung von 15 ECR („Electronic Combat and Reconnaissance“-)Versionen ist eingeleitet.

Zur Sicherstellung der Luftverteidigung wird die Radarluftraumüberwachung ebenfalls erneuert bzw. ergänzt. Geplant sind auch OTH- („Over the Horizon“-) Stationen (Überhorizontradar mit mehr als 900 Kilometern Reichweite) etwa in Sizilien und Sardinien sowie die Beschaffung von vier Stück E-3A „Sentry“ Frühwarnradarflugzeugen, wie sie in Frankreich und Großbritannien in Verwendung sind.

Als weitere echte Kampfwertsteigerungsmaßnahme läuft derzeit die Beschaffung von vier Boeing 707-Flugzeugen einer zivilen Fluglinie und ihre Ausrüstung zu Luft-Lufttankern und Transportern.



Die F-104S werden trotz umfassender Kampfwertsteigerungs- und Lebenszeiterhaltungsmaßnahmen in den neunziger Jahren das Betriebslebensende erreichen.

Die Abfangjagd und das Luftraumüberwachungssystem sind aber nur zwei Säulen der Luftverteidigung.

Bezüglich der Fliegerabwehrkräfte wurde entschieden, die „Nike“ durch 160 „Patriot“-Feuereinheiten mit 1 280 Raketen und durch die Einführung des Selenia/„Spada“-Tief-fliegerabwehrsystems zu ersetzen (vier Bataillone, je vier Batterien zu je vier Feuereinheiten). Zusätzlich werden tragbare Lenk Waffen zur Fliegerabwehr beschafft, vermutlich Matra „Mistral“ und ein Kanonensystem Breda 40 mm „Guardian“ eingeführt.

Die Luftangriffskräfte, nach den Kräften zur Luftverteidigung in zweiter Priorität stehend, setzen sich aus dem harten Kern mit drei „Tornado“ IDS- („Interdictor/Strike“-)Staffeln zusammen (54 Flugzeuge). Die restlichen Flugzeuge dienen der Schulung

und bilden Reservestaffeln. Ihre Hauptaufgaben bestehen in der Gefechtsfeldabriegelung, der Durchführung von Luftangriffen in die Tiefe und der Luftaufklärung.

Ein Zwischenkampfwertsteigerungsprogramm für diese Flugzeuge ist angelaufen und umfaßt bessere EW- („Early Warning“-)Möglichkeiten, GP- und ML-Systeme („Global Positioning“ und „Micro-wave Landing“), verbessertes Bordradar und FLIR- („Forward Looking Infra Red“-)Pods.

Die vierte Staffel soll zumindest 15 „Tornado“ ECR erhalten. Weiters werden 187 AMX (aus italienisch-brasilianischer Produktion) vier Staffeln mit veralteten G.91 (R, Y), eine Staffel F-104S-Jagdbomber und zwei Staffeln F-104RF ersetzen.

Die Seeüberwachung und U-Bootbekämpfung wird von zwei Staffeln mit 18 „Atlantic“ (Ersatz derzeit geplant) durchgeführt. Besondres anzumerken ist, daß der Marine seit 1989 per eigenem Gesetz zugestanden wurde, trägergestützte Flugzeuge („Harrier“) einzusetzen.

Ausbildung und Transport werden von der Hubschrauberschule in Frosinone mit NH-500 sowie Agusta HH-3F sowie durch die SF.260/MB-339 für Flugzeugführer sichergestellt. Der Ersatz der G.91T durch 51 AMX-Doppelsitzer beginnt ab 1991. Aufgrund der Auslegung können diese Schulflugzeuge aber auch in Zweitrolle als voll geeignete Kampfflugzeuge eingesetzt werden.

Drei Staffeln mit C-130 „Hercules“ und Fiat G.222 bilden ein Transportgeschwader in Pisa.

Traditionelle Schwachpunkte bilden in der AMI die Luft-Luft- und Luft-Boden-Waffen. Besonders im Licht rasanter technologischer Entwicklungen und bevorstehender Typeneinführungen kann darüber zur Zeit keine ausreichend fundierte Aussage gemacht werden. Letztlich ist dies auch ein europaweites Problem, das nur multinational gelöst werden kann.

Eine hohe Anzahl qualifizierter Waffen steht zur Auswahl zur Verfügung und mehrere bedeutende Projekte sind im Laufen. Die AMI leidet wie alle Luftstreitkräfte an chronischem Personalmangel. Von maximal 86 410 Luftwaffenangehörigen fehlen 2 033 Offiziere und über 5 000 Unteroffiziere, vorwiegend hochqualifizierte Piloten und Techniker. Die Abgänge in die Zivilluftfahrt sind entsprechend hoch (vom Jahr 1983 bis zum Jahr 1987 haben allein 3 600 Mann, davon 160 Piloten, 45 Ingenieure und etwa 2 000 qualifizierte Techniker die italienischen Luftstreitkräfte verlassen). Allein die Bereitstellung eines „Tornado“ zur Einsatzbereitschaft mit zwei Mann Besatzung dauert fünf Jahre, kostet neun Milliarden Lire und erfordert dabei mindestens 500 Flugstunden! Für die Beschaffung der 165 EFA klafft derzeit ein Loch von elf Milliarden Lire im Planungsbudget.

Da eine Verlängerung des Grundwehrdienstes für Italien nicht in Frage kommt, werden vermutlich um 30 000 Mann mehr Berufssoldaten für die Armee bereitgestellt sowie ein freiwilliger Dienst für weibliche Soldaten eingeführt.

Aber einen großen Vorteil hat Italien – eine sehr leistungsfähige eigene Industrie mit höchstem Standard in der Luftfahrt und eigener Technologie, und damit gute Voraussetzungen, die Zukunft im eigenen Land zu bewältigen.

-PK-

Europa/Bundesrepublik Deutschland:

Neue Sicherheitsstrukturen

Die IAP (Informationen, Argumente, Perspektiven) Publizistische Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte in Bonn konstatiert in ihrem Schwerpunktheft „Sicherheit 2000“ vom März 1990, daß zumindest vier Veränderungsprozesse die grundsätzliche politische Entwicklung im West-Ost-Verhältnis bestimmen. Daher sei es an der Zeit, „diese Prozesse mit ihren Auswirkungen auf die sicherheitspolitische Lage zu beurteilen und in einer Gesamtperspektive zusammenzuführen, ... um vorschnelle Urteile und falsche Folgerungen zu vermeiden, ... um Chancen, die sich bieten, nicht ungenutzt zu lassen“.

Vier Prozesse der Veränderung

Welches sind nun die Prozesse, die die politische Veränderung bestimmen und eine grundlegende sicherheitspolitische und strategische Lageänderung in Europa erwarten lassen?

Der IAP-Dienst zählt dazu

- die Veränderungen in der Sowjetunion,
- den Wandel in den osteuropäischen Staaten,
- die Entwicklung in Deutschland und
- die Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa (VKSE).

Wie bei allen Umbruchsituationen sind auch hier alle Entwicklungen im Fluß, die zeitliche und inhaltliche Bewertung möglicher Ergebnisse und Folgerungen ist von vielen Ungewißheiten belastet. Wird es beispielsweise noch 1990 gelingen, bei den Wiener Verhandlungen Obergrenzen für die fünf Hauptwaffensysteme festzulegen, oder sind die Verhandlungen durch die internen Veränderungen der Warschauer Vertragsorganisation „gefährdet“?

Dennoch kann bereits heute festgestellt werden, daß sich die sicherheitspolitische Lage in Europa im Jahr 1995 grundlegend von der heutigen Lage unterscheiden wird.

Die Veränderungen in der Sowjetunion

Heute kann davon ausgegangen werden, „daß in der Sowjetunion als Folge einer neuen Kursbestimmung der Außenpolitik“ ein Wechsel der Militärstrategie stattgefunden hat. Die bisherige Offensivstrategie wurde durch eine defensive Strategie abgelöst, die es der Sowjetunion ermöglicht, sich auf strategischer und konventioneller Ebene auf ein Gleichgewicht der Kräfte zu beschränken und auf das Streben nach Überlegenheit zu verzichten.



Die bisherige Lage.

Die von Präsident Gorbatschow im Dezember 1988 vor den Vereinten Nationen angekündigte einseitige Streitkräftereduzierung um weltweit 500 000 Mann (etwa 12 Prozent der bisherigen Stärke) ist ein erstes Indiz für die Umwandlung der Streitkräfte in ein defensives Instrument. Werden aber die in Wien diskutierten zahlenmäßigen Obergrenzen für die Streitkräftestärken von der Sowjetunion akzeptiert, dann kann „in der Tat von einem Abbau der Überlegenheit und von einem Verzicht auf Invasionsfähigkeit ausgegangen werden“. Mit der Realisierung des Vertrages (mindestens fünf Jahre) kann mittelfristig von einer tatsächlich vollzogenen Strategieänderung gesprochen werden.

Wandel in Osteuropa

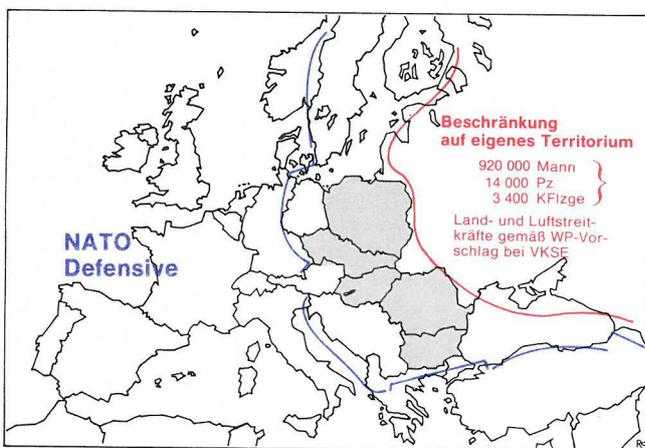
Die in unterschiedlicher Geschwindigkeit in Osteuropa ablaufenden Demokratisierungsprozesse brachten neben der Abschaffung der kommunistischen Einparteieregierungen auch erste außenpolitische Neuorientierungen. So konnten die ČSFR und Ungarn innerhalb von kurzer Zeit bilaterale Verträge mit

der Sowjetunion aushandeln, die einen Abzug der sowjetischen Truppen bis zur Mitte des Jahres 1991 vorsehen.

Viele der Staaten suchen eine Annäherung an die Europäische Gemeinschaft, auch über einen Austritt aus der Warschauer Vertragsorganisation wird in Ungarn und in der ÖSFR schon manchmal laut nachgedacht. Auch im Rahmen der internationalen Abrüstungskonferenzen kommt es immer öfter vor, daß die Sowjetunion ohne das Einverständnis ihrer sechs Bündnismitglieder bzw. gegen deren politische Vorstellungen auftreten und verhandeln muß.

Alles in allem ergibt dies einen Befund, der in der Warschauer Vertragsorganisation kein funktionsfähiges Bündnis mehr sieht. „Daß sie ihre bisherige militärische Funktion als Instrument der sowjetischen Strategie nicht mehr erfüllen kann, steht außer Zweifel.“

Zweifel sind auch an dem Vorhaben angebracht, die Warschauer Vertragsorganisation in ein überwiegend politisches Bündnis umzuwandeln, weil ja gerade durch die innenpolitischen Entwicklungen der „politische Zusammenhalt“ fraglich geworden ist. Während politische Beobachter und militärische Analytiker ursprünglich davon ausgegangen sind, daß sich die strategische Lage in Europa nach dem Abschluß eines VKSE-Vertrages wie folgt darstellt:



Die Lage nach Abschluß eines VKSE-Vertrages.

So zeichnet sich nach den grundlegenden politischen Änderungen in Osteuropa vielmehr das folgende Zukunftsszenario ab: Doch gerade bei den innenpolitischen Reformvorhaben in Osteuropa sind Rückschläge nicht auszuschließen, womit die Wahrscheinlichkeit dieses mittelfristigen Szenariums mit zusätzlichen Ungewißheiten versehen wird.

Die Entwicklung in Deutschland

Nach den Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik und dem Wirksamwerden der Wirtschafts- und Währungsunion mit dem 1. Juli dieses Jahres hat der Prozeß der deutschen Vereinigung zusätzliche Dynamik erfahren. Während über die „inneren Aspekte“ der deutschen Einheit rasch Einigung erzielt werden konnte, sind bei den „äußeren“, sicherheitspolitischen, Aspekten der deutschen Einheit noch einige Hürden zu meistern. Während die Westbindung in der Europäischen Gemeinschaft auch für ein vereintes Deutschland unumstritten ist, zeigen sich in der Frage einer künftigen Bündniszugehörigkeit die größten Auffassungsunterschiede: Der „Westen“ geht davon aus, daß ein vereintes Deutschland der NATO angehören müsse, die Sowjetunion lehnt dies ab und hat bisher Neutralisierungs- und Entmilitarisierungsvorschläge eingebracht.

Vorstellbar und verhandlungsfähig wäre auch die Definition einer „Übergangszeit“, während der der Sowjetunion eine Stationierung ihrer Truppen auf dem Gebiet der bisherigen Deutschen Demokratischen Republik zugestanden wird. Die Truppen werden zu einem späteren Zeitpunkt schrittweise abgebaut, während sich die NATO ihrerseits dazu verpflichtet, auf dem ehemaligen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik keine Bündnisstreitkräfte zu stationieren und für die Streitkräfte eines vereinten Deutschlands eine Obergrenze ausgehandelt und vertraglich festgelegt wird.

Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte (VKSE) in Wien

Seit März 1989 wird in Wien über einen Vertrag zur konventionellen Rüstungsreduktion in einem Europa vom Atlantik bis zum Ural zwischen den 23 Allianzstaaten verhandelt. Sollten die dort verhandelten Obergrenzen für Personal, Kampfpanzer, Schützenpanzer, Artilleriegeschütze, Kampfhubschrauber und Kampfflugzeuge trotz aller Differenzen im Detail (Definitionen, Überprüfungsvorkehrungen usw.) heuer noch in Vertragsform zur Unterschrift vorliegen, dann wird das Potential der Warschauer Vertragsorganisation „um mehr als die Hälfte des bisherigen Umfangs zu verringern sein“.

Hier verweist der IAP-Dienst nachdrücklich darauf, daß die Realisierung eines Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa mehrere Jahre dauern wird, dabei können sich Schwierigkeiten und Probleme in der Sowjetunion ergeben – „sowohl unter dem Gesichtspunkt der Machterhaltung nach außen als auch unter dem Gesichtspunkt der mit der Streitkräftereduzierung verbundenen Schwierigkeiten“ wirtschaftlicher und sozialer Art.

Wie letztendlich die europäische Sicherheitsstruktur im Jahr 2000 aussehen wird, ist heute noch nicht absehbar. Dies ist abhängig von den Fortschritten der innersowjetischen und osteuropäischen Reformprozesse, dem Abschluß eines KSE-Vertrages, dem neuen sicherheitspolitischen Status Deutschlands sowie der Entwicklung der Bündnisse in Ost und West.

-HF-

Europa:

Fliegerabwehrk Waffen

Der massive Einsatz von Fliegerkräften ist zu einem bestimmenden Faktor der modernen Kriegführung geworden. Jedem potentiellen Aggressor steht heute ein gewaltiges Potential an Kampfflugzeugen zur Verfügung, die er zum Angriff, zur direkten Unterstützung seiner Erdtruppen, zum Erringen und Behaupten der Luftherrschaft über dem Gefechtsfeld, zur Aufklärung und zur Verteidigung seines eigenen Luftraumes einsetzt. Daneben haben aber auch Kampfhubschrauber zur direkten Luftunterstützung, Transporthubschrauber und Kampfzonentransporter für die Durchführung von Luftlandungen sowie Transportflugzeuge generell eine entscheidende Bedeutung erlangt.

Der Fortschritt im Bereich der Elektronik und Optronik sowie immer bessere Mittel zur Fliegerleitung erlauben heute den fast uneingeschränkten Einsatz von Fliegerkräften, so daß auch Nacht und unsichtiges Wetter ihre Schutzfunktion immer mehr verlieren. Ein breites Spektrum von Waffen und Kampfmitteln ermöglicht den Lufteinsatz gegen Ziele aller Art, in vielen Fällen sogar aus einer Abstandsposition.

Kann ein angegriffener Staat diesem Potential nichts entgegenstellen, werden seine Kräfte ohne Möglichkeit zur Gegenwehr aus der Luft zerschlagen.

Jede Verteidigung muß daher durch aktive und passive Maßnahmen der Fliegerabwehr diesem entscheidenden Faktor Rechnung tragen.

Neben dem Einsatz von Abfangjägern ist eine Fliegerabwehr heute nur noch durch das Zusammenwirken verschiedenster Waffensysteme zur Fliegerabwehr möglich. Fliegerabwehrkanonen und Fliegerabwehrlenk Waffen ergänzen einander dabei in Reichweite, Reaktionsgeschwindigkeit und Todzone, also dem Bereich, in dem Lenk Waffen aus technischen Gründen am Anfang ihrer Flugbahn noch nicht wirken können. Ebenso sind die Waffensysteme zur Fliegerabwehr auch den spezifischen Anforderungen für Raumschutz, Objektschutz und Begleitschutz anzupassen. In bezug auf Europa und die in Europa stationierten Kräfte anderer Staaten, haben alle Staaten mit Ausnahme von Luxemburg und Österreich diesem Umstand Rechnung getragen und neben Fliegerabwehrkanonen auch Fliegerabwehr lenk Waffen eingeführt. Die beigefügte Übersicht zeigt den derzeitigen Stand.

-RK-

Übersicht der Fliegerabwehrlenk Waffen

Mobilität	Waffen- system / Herkunftsland	eingeführt in																												
		Vereinigte Staaten (US)	Türkei (TK)	Spanien (SP)	Portugal (PO)	Norwegen (NO)	Niederlande (NL)	Kanada (CA)	Italien (IT)	Großbritannien (UK)	Griechenland (GR)	Frankreich (FR)	Dänemark (DA)	Bundesrepublik Deutschland (GE)	Belgien (BE)	Ungarn (HU)	Sowjetunion (SU)	Rumänien (RU)	Polen (PL)	Deutsche Demokratische Republik (GD)	Tschechische und Slowakische Föderative Republik (CS)	Bulgarien (BG)	Schweiz (CH)	Schweden (SW)	Jugoslawien (JU)	Irland (IF)	Finnland (SF)	Albanien (AL)		
tragbare Systeme	SA-7 (GRAIL) / SU															x	x	x	x	x	x	x					x			
	SA-14 (GREMLIN) / SU ⁷⁾															x?	x	x?	x?	x?								x		
	SA-16 „Iglu“ / SU ⁷⁾																x	x?												
	„Stinger“ / US ¹⁾	x					x		x															x						
	„Redeye“ / US	x	x								x		x	x											x					
	„Blowpipe“ / UK				x				x		x																			
	„Javelin“ / UK										x																			
	„Mistral“ / FR											x																		
RBS-70 / SW ¹⁾						x																		x		x				
Systeme auf Selbstfahrlafette	SA-4 (GANEF) / SU															x	x		x	x	x	x								
	SA-6 (GAINFUL) / SU															x	x	x	x	x	x					x				
	SA-8 (GECKO) / SU															x?	x		x	x	x?					x?				
	SA-9 (GASKIN) / SU															x	x	x?	x	x	x	x?				x				
	SA-10 (GRUMBLE) / SU																x													
	SA-11 (GADFLY) / SU ⁴⁾																x		x?											
	SA-12a (GLADIATOR) / SU ⁵⁾																x													
	SA-12b (GIANT) / SU ³⁾																x													
	SA-13 (GOPHER) / SU ⁶⁾																x?	x		x	x	x	x							
	SA-19 / SU																	x												
	„Roland“ 1/2/3 / GE	x		x								x		x																
	„Chaparral“ / US	x		x							x																			
	ADATS / CH	x							x																					
„Crotale“ / FR											x																			
verlegbare Systeme	„Rapier“ / UK ¹⁾	x	x							x															x					
	„Patriot“ / US	x						x					x																	
	„Aspide“ / IT			x					x										x?											
	„Sparrow“ / US										x																			
	HAWK/1HAWK / US	x	x	x				x		x	x	x	x	x											x					
	SA-1 (GUILD) / SU																	x												
	SA-2 (GUIDELINE) / SU																x	x	x	x	x	x	x				x		x	
SA-3 (GOA) / SU																x	x		x	x	x	x				x		x		
ortsfeste Systeme	SA-5 (GAMMON) / SU																	x												
	„Nike Hercules“ / US		x	x			x			x					x															
	„Bloodhound“ / UK										x														x					

Legende:

¹⁾ Auch auf Selbstfahrlafette. ²⁾ In Erprobung, Einführung vorgesehen. ³⁾ In Entwicklung. ⁴⁾ Ersetzt SA-4/-6. ⁵⁾ Ersetzt SA-4. ⁶⁾ Ersetzt SA-9. ⁷⁾ Ersetzt SA-7/bzw. SA-7/-14.

erforderlich. Bei den vorhandenen Kapazitäten des Schienennetzes benötigt man dazu etwa 400 Tage. Ende 1990 sollen 70 Prozent der Verbände abgezogen sein, Ende Februar 1991 90 Prozent der Kampftruppen. Für Verladearbeiten und Wachaufträge sollen zwei Schützenregimenter in Ungarn verbleiben (4 000 bis 5 000 Soldaten).

Die ersten zur Verlegung bestimmten Truppen sind solche mit Angriffscharakter, wie Raketen- und Panzertruppen, heißt es.

-WN-

Naher Osten:

Konfrontation hält an

Die große Koalition in Israel zwischen Likud und Arbeiterpartei ist an der Frage von Friedensverhandlungen mit den Palästinensern/Arabern zerbrochen. Wer mit wem eine arbeitsfähige Regierungskoalition bilden wird, und wie weit anstehende Probleme in Israel und zwischen Israel und den arabischen Nachbarn gelöst werden, bleibt eine offene Frage.

Sichtbare Veränderungen gab es in und zwischen den arabischen Staaten – Veränderungen, die auf die Nahost-Lage wesentliche Auswirkungen haben werden.

ISRAEL	SYRIEN	IRAN
100 Atomsprengköpfe 12 „Lance“ „Jericho“ 1 (400 Meilen) „Jericho“ 2 (900 Meilen)	18 FROG-7, 18 SS-21, 18 SCUD-B keine Atomsprengköpfe	50 SCUD 50 Eigenentwicklungen („Oghab“, „Nazeat“, „Shahin“ 2) keine Atomsprengköpfe



LIBYEN 30 FROG-7 75 SCUD-B keine Atomsprengköpfe	ÄGYPTEN 12 FROG-7 9 SCUD-B (300 Meilen) „Badr“ 2000 mit Irak keine Atomsprengköpfe	IRAK 30 FROG-7, 36 SCUD-B „Al Abbas“ (560 Meilen) „Al Husayn“ (425 Meilen) „Badr“ 2000 mit Ägypten „Tammons“ (1 250 Meilen) chemische Waffen Atomsprengköpfe in Entwicklung
SAUDIARABIEN 9 CSS-2 (1 500 Meilen) keine chemischen Waffen keine Atomsprengköpfe	JORDANIEN keine chemischen Waffen keine Raketen keine Atomsprengköpfe	

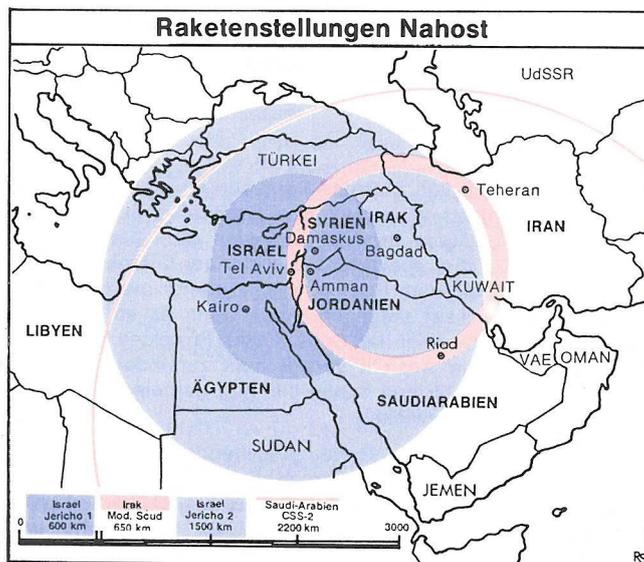
Irak

Im Jahr 1981 zerstörten israelische Flugzeuge den irakischen Atomreaktor. In Fachkreisen wurde angenommen, daß damit die irakischen Pläne für die Produktion von Atomwaffen für mehr als zehn Jahre verzögert seien.

Der – gescheiterte – Versuch, in England Zündvorrichtungen für Atombomben zu kaufen, mag der Versuch gewesen sein, das letzte Stück für eine einsatzbereite Atombombe zu besorgen; genauso gut aber kann die Atombombenentwicklung noch im Anfangsstadium sein und eine einsatzbereite Atombombe noch in ferner Zukunft liegen.

Aufhorchen ließ vielmehr, daß der Irak – gemäß Äußerungen von Staatspräsident Saddam Hussein – chemische Waffen in ausreichendem Maß habe, um gegen Israel Vergeltungsschläge zu führen, und daß vor allem einsatzbereite Trägersysteme vorhanden seien, um vom Irak aus Israel zu treffen: die Vorstellung, der See von Tiberias, der größte Süßwasservorrat Israels, könne chemisch verseucht und auf Jahrzehnte ungenießbar werden, zeigt die Verwundbarkeit Israels auf. Israel

kann mit den – wahrscheinlich vorhandenen – 100 Atombomben und ihren Trägersystemen den gesamten arabischen Raum erreichen; kann aber der Irak die angekündigte Vergeltung mit chemischen Waffen durchführen und halb Israel „mit Feuerkraft auffressen“ (Saddam Hussein), dann entsteht auf dieser Ebene der Waffensysteme eine Patt-Stellung bzw. eine gegenseitige Vernichtungskapazität, die über die bisherige regionale Kriegsgefahr weit hinausreicht.



Die Versuche des Irak, mittels weittragender Kanonen (etwa 600 kg schwere Geschosse etwa 1 500 Kilometer weit oder in eine Erdumlaufbahn von über 350 Kilometer Höhe zu verschieben) überregional einsetzbare Waffensysteme zu entwickeln und zu installieren, führt über eine Bedrohung Israels hinaus.

Ägypten

Dem ägyptischen Präsidenten Mubarak ist es in langjährigem Bemühen gelungen, nicht nur aus der Isolation herauszutreten und wieder normale Beziehungen zu den anderen arabischen Staaten aufzubauen, sondern auch als Vermittler anerkannt zu werden, z. B. zwischen Syrien und dem Irak.

Syrien

Der syrische Präsident Assad mußte bei seiner letzten Moskauer-Reise erkennen, daß die innerstaatlichen Veränderungen in der Sowjetunion sich auch auf den Nahen Osten auswirken: einerseits sollen 1990 etwa 250 000 und 1991 etwa 500 000 sowjetische Juden nach Israel auswandern, andererseits ist Syrien nicht mehr ein „vorgeschobener Posten“ (mit entsprechender Unterstützung) der Sowjetunion; Assad scheint sich daher wieder stärker in die arabische Staatengemeinschaft zu integrieren.

Arabische Kooperationen

Da Libyens Ghaddafi in seiner Politik gemäßiger wurde und Jordaniens König Hussein auch wieder stärker gesamtarabische Interessen berücksichtigt, hat ein arabisches Gipfeltreffen stattgefunden; neben dem Libanon-Konflikt und der Produktion chemischer Waffen in Libyen und im Irak standen die drei regionalen arabischen Bündnisse (Golf-Kooperationsrat, Maghreb-Union und Arabischer Konsultationsrat) im Vordergrund; die palästinensischen Themen waren zweitrangig!

„Legt an den Ostraum des Mittelmeeres nicht die Elle der Rationalität an!“ – dieser Ausspruch eines arabischen Analytikers dürfte stimmen: ob die arabischen Staaten ihre politische Annäherung weiterführen und zu einem gemeinsamen Handeln gegen Israel kommen, ist höchst ungewiß; verglichen mit den vergangenen Jahren hat sich aber die Lage im Nahen Osten bei anhaltender Konfrontation bezüglich arabischer Zusammenarbeit und Bewaffnung wesentlich verändert.

-BE-

Zeitschriften und Bücher

Österreich:

Österreichische Militärische Zeitschrift Heft 3/1990

Die Bundesheerdebatte zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Der eigentliche Grund für die Akzeptanzkrise des Bundesheeres liegt nicht in dessen bestehenden und durchaus nicht zu leugnenden Schwächen, sondern in der mangelnden Einsicht in seine Notwendigkeit. Hauptursachen dafür sind:

- Versagen der politischen Eliten, die sich mit dieser wichtigen Staatsaufgabe zu wenig beschäftigen; Regierung und Parlament haben ein zu geringes Wissen darüber, worum es bei der Sicherheitspolitik eigentlich geht.
- Chronische Unterdotierung der Landesverteidigung – was jeder Grundwehrdiener und auch die Menschen außerhalb des Heeres erkennen können; eine Institution, der man bekanntermaßen die nötigen Mittel verweigert, kann in den Augen der Öffentlichkeit nicht wichtig sein.
- Mißtrauen in die Effizienz der Landesverteidigung, weil die Aufgabenstellungen weitgehend unbekannt sind; im Zusammenhang mit den beiden anderen Punkten ergibt sich für den gewöhnlichen Betrachter der Eindruck: Wir können ohnehin nichts tun.

Die derzeitigen „Reform-Manöver“ der Parteien zäumen das Pferd beim Schwanz auf. Doch eine Übereinstimmung von Anspruch und Wirklichkeit hat es seit 1955 nicht gegeben. Schon der erste Generaltruppeninspektor, General Fussenegger, hatte in seiner Abschiedsrede vom 16. Dezember 1970 darauf hingewiesen, weil er die Unehrllichkeit der österreichischen Politik gegenüber der Landesverteidigung durchschaut hatte. Ein Beweis für den krassen Unernst, den die Politik der Landesverteidigung entgegenbringt, ist es, daß zwar ein Landesverteidigungsplan beschlossen wird, andererseits aber weitgehende Übereinstimmung darin besteht, ihn nicht zu erfüllen. Dies führte zum Stop des Heeresaufbaues und zum Ende der noch vorhandenen Dynamik im Heer. Die Hoffnung, daß eines Tages Anspruch und Wirklichkeit übereinstimmen könnten, mußte schwinden.

Der Artikel geht sodann auf die Ereignisse seit 1989 ein – Noricum-Skandal, „Bundesheerlight“, Schweizer Heeresreferendum, Munitionsaffäre, Forderung nach Vier-Monate-Heer, angebliches Ende der Bedrohung – und skizziert dann die heutige Lage. Er begnügt sich dabei nicht mit einer kritischen Bestandsaufnahme, sondern fordert zu einer Grundsatzdebatte über Sinn und Aufgaben der Landesverteidigung auf. Denn selbst wenn dabei die Feststellung herauskäme, daß die Landesverteidigung durch die österreichische Politik und Bevölkerung abgelehnt werde, wäre der Zustand würdiger als das Bestehen einer solchen, die in Wirklichkeit gar nicht ernst gemeint ist. Wesentlich für die Diskussion ist die Frage nach der tatsächlichen Aufgabenstellung des Heeres. Ebenso ist eine nüchterne Beurteilung der Auswirkungen der neuen Situation in Europa und ihrer Konsequenzen für Österreich erforderlich. Die Entwicklungen in Osteuropa beweisen, daß die Geschichte jederzeit für Überraschungen gut ist, und niemand wissen kann, was morgen oder übermorgen sein wird. Der Staat darf deshalb nicht leichtfertig seine Verteidigung aufgeben oder sie soweit abbauen, daß sie nur auf dem Papier besteht.

Wehrpolitik und Mobilmachungssystem des Bundesheeres

Aus der Darstellung der allgemeinen politischen Rahmenbedingungen und der militärischen Neutralität leitet der Beitrag die Anforderungen an die Mobilmachung ab. Ihre Bedeutung ist deshalb so groß, weil das österreichische Wehrsystem im Frieden nur geringfügige Präsenzverbände kennt. Der Landesverteidigungsplan und die „Heeresgliederung 87“ sind die Basis für alle Maßnahmen. Der Artikel zeigt weiters die Abläufe vom Erkennen der Bedrohung über die durch die Regierung und den Landesverteidigungsrat ausgelöste Entschließung des Bundespräsidenten bis zum Anlaufen des außerordentlichen Präsenzdienstes auf. Er schildert sodann die wesentlichen Merkmale des Mobilmachungssystems. Abschließend stellt er fest, daß nur eine zeitgerechte, vorsorgliche Aufbietung der Kräfte eines neutralen Staates Stabilität erzeugt.



Foto: ONZ

Die wirtschaftliche Dimension der Sicherheit

Der Artikel befaßt sich mit der Wirtschaftlichen Landesverteidigung und der österreichischen Wirtschaftspolitik. Er zeigt die Wirtschaftsbeziehungen mit der Europäischen Gemeinschaft auf und geht auch auf die sicherheitspolitische Dimension der Integrationsdebatte ein.

Die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit

Wesentliche Aspekte: Gründe für die Intensivierung der Zusammenarbeit; Sorge um die Westbindung der Bundesrepublik; gemeinsame Konzeptionen; Absprachen und Organisationsformen; deutsch-französische Brigade; der nukleare Faktor; Probleme der Zusammenarbeit; Frankreich wird von der Geschichte eingeholt – und überholt?

Die deutsche Offensive an der Westfront im Mai und Juni 1940 – ein Überblick

Die Ereignisse vor 50 Jahren sind Gegenstand einer militärhistorischen Darstellung. Sie schildert Vorbereitung und Aufmarsch des deutschen Heeres und verfolgt den Verlauf der Operationen mit ihren zwei Phasen: den über Holland, Belgien und Luxemburg führenden Vorstoß bis Dünkirchen und an die Somme (10. Mai bis 4. Juni 1940) und den Weitermarsch in die Tiefe Frankreichs bis zur Kapitulation am 22. Juni. Eine Kräftegegenüberstellung und eine Lageskizze ergänzen die Schilderung.

Der Kampf auf niederländischem Territorium im Mai 1940

Dieser Detailausschnitt aus dem im vorstehenden Artikel geschilderten Geschehen vor 50 Jahren ist nicht zuletzt deshalb von besonderem Interesse, weil er auch die Verteidigung eines neutralen Kleinstaates gegen einen übermächtigen Gegner schildert. Immerhin eine Woche dauerte der ungleiche Kampf, und wenn auch das Ende unausweichlich war, war es nur ein vorläufiges. Der Widerstand seiner Streitkräfte und dessen Fortsetzung von England aus ermöglichte es den Niederlanden, 1945 in der Reihe der Sieger des Zweiten Weltkrieges zu stehen.

Die amerikanische Sicherheitspolitik

Schluß der Artikelserie, die sich mit dem Thema anhand der Geschichte des „National Security Councils“ befaßt.

Die chinesischen Ausgaben des Werkes „Vom Kriege“ von Carl von Clausewitz

Manöver „GRANIT 90“

Bericht über die Gefechtsübung der Panzergrenadierdivision des Bundesheeres im Waldviertel im Februar 1990.

Sowjetunion: Nationalitätenkonflikt im Kaukasus und in Zentralasien

Das ehemalige „Ministerium für Staatssicherheit“ der Deutschen Demokratischen Republik

Polen: Umgliederung der Streitkräfte und Verteidigungsdoktrin

-KL-

Bundesrepublik Deutschland:

Military Technology Heft 3/1990

ASEAN Armies into the 1990s

(Die Streitkräfte der ASEAN-Staaten auf dem Weg in die neunziger Jahre)

Die ASEAN-Gruppe umfaßt Thailand, Singapur, Malaysia, Indonesien, die Philippinen und Brunei und stellt kein militärisches Bündnis dar. Vorrangiges Ziel ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Entwicklung in Verbindung mit der Gewährleistung einer Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität.

In dem erfaßten Raum dominiert jedoch die amerikanische Präsenz. Diese wird zwar einerseits als Garant für die Stabilität, andererseits aber auch als hinderlicher Faktor auf dem Weg zur vollen Souveränität etwa der Philippinen angesehen.

Neben den militärischen Funktionen der Vereinigten Staaten gibt es ein Verteidigungsabkommen zwischen fünf Mächten (Australien, Großbritannien, Malaysia, Neuseeland und Singapur), das vor allem die Sicherheit Malaysias und Singapurs garantieren soll.

Aber auch Vietnam, die Volksrepublik China und die Sowjetunion entwickeln strategische Interessen in diesem Raum und versuchen, einen Einfluß auszuüben.

Gleichmaßen „vorsichtig“ werden aber auch die Intentionen Indiens zwischen Suez und Singapur beobachtet und als möglicher Störfaktor im ASEAN-Bereich angesehen.

Auf den Philippinen wird der Kampf in 63 der 73 Provinzen gegen die neue Volksarmee intensiv fortgesetzt, wobei auch die Unabhängigkeitsbewegung auf Mindanao mehr und mehr an militärischer Stärke zu gewinnen scheint. Die philippinische Armee umfaßt rund 62 000 Mann, hat nur eine unzureichende Ausrüstung mit Hubschraubern und Kampffahrzeugen und soll in den nächsten Jahren 150 Schützenpanzer GKN „Simba“ 4.4 erhalten.



Foto: Military Technology

Schützenpanzer GKN „Simba“.

NATO:

NATO's Sixteen Nations Heft 2/1990

The Training Value of Military Operations in Peacetime

(Der Ausbildungswert militärischer Operationen in Friedenszeiten)

In seinem Artikel führt der Generalstabschef Großbritanniens zunächst jene Weltgegenden an, in denen britische Truppen im „Frieden“ nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt waren (Falkland-Inseln, Namibia, Zypern, Beirut, Halbinsel Sinai). Als Grundlage all dieser Einsätze wird körperliche Fitness betrachtet, gefolgt von der Schießausbildung und der Führung auf allen Ebenen, welche besonders in Form von „Abenteuerausübung“ auf der unteren Ebene zur Teambildung führt, die als unerlässlich betrachtet wird. Dazu werden Teams nach Grönland oder Australien geschickt oder anderswo in der Welt eingesetzt, wo sie sich allein durchschlagen müssen. Die einzelnen Einsatzgebiete stellen jeweils eigene Anforderungen an die Truppe, die Falklands etwa an den Nachschubsektor, Namibia an den Fernmeldesektor, die UNO-Einsätze wie etwa auf Zypern hinsichtlich des Verhaltens jedes einzelnen, oder in Nordirland bei der Entschärfung von Munition und Handhabung von Nachtsichtgeräten. Personen, die solchen Verhältnissen ausgesetzt waren, so der Autor, sind sicher besser in der Lage, lange Zeit unter ABC-Bedrohung zu kämpfen, und werden nach dem Abrüsten aufgrund der erworbenen Fähigkeiten und der so geförnten Persönlichkeit von der Wirtschaft sehr geschätzt.



Spähpanzer der britischen Armee durchqueren Beirut.

Zusätzlich dazu sind es Manöver, die Einsatznähe vermitteln, und so besonders auf unterer Ebene zu einem hohen Standard geführt haben, der im ausschließlichen Friedensbetrieb nie zu erreichen gewesen wäre, weil es an Gelegenheit, sich unter Streß und widrigen Umständen zu bewähren, gefehlt hätte.

Education and Training in the Royal Netherlands Army

(Bildung und Ausbildung in der königlich-niederländischen Armee)

Auch in den Niederlanden ist das Hauptgewicht der Ausbildung auf den Jungmann gerichtet, der hochmoderne Waffensysteme bedienen können muß, etwa den „Leopard“ 2-Kampfpanzer oder den Schützenpanzer YPR-765, den MLRS-Werfer und andere. Von der Grundausbildung des Wehrmannes bis zum Generalstabskurs wird die Ausbildungsorganisation beschrieben sowie die Verbandsausbildung der Einsatzverbände erläutert. Breiten Raum nimmt auch der Einsatz von zumeist rechnergestützten Ausbildungshilfen ein, der in fünf Ebenen erfolgt und von der Einzelausbildung bis zu rechnergestützten Kriegsspielen reicht. Der Stabschef der königlich-niederländischen Armee wertet sowohl die Führung als auch die Ausbildung der Ausbilder als Schlüssel zum Erfolg.

Fulfilling the Army Tasks in Today's Rapidly Changing Environment – A Belgian View

(Erfüllung der Aufgaben der Armee in der heutigen, sich schnell ändernden Lage – aus der Sicht Belgiens)

-GL-

Schweiz:

Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift Heft 4/1990

Elemente einer menschenorientierten Führung

Heutzutage besteht die Gefahr, daß sich die Führung auf materielle Erfolge ausrichtet und dabei den Menschen kaum wahrnimmt. Es ist daher das Bedürfnis nach einer individuellen, menschenorientierten Führung ständig im Wachsen begriffen.

Menschenorientierte Führung ist die optimale Nutzung der psychologischen Erkenntnisse aus dem Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen und ihrem Umfeld im Rahmen der Planung und Realisierung aller Aktivitäten, die ein oder mehrere Ziele erreichen sollen.

Eine zentrale Rolle spielt dabei das Vertrauen. Die Schaffung von Vertrauen verlangt Vorleistungen. Wichtig dabei ist das Vertrauen in sich selbst, zu den eigenen Stärken und Fähigkeiten. Vertrauen kommt oft nur dann zustande, wenn man bei anderen Menschen innere Selbständigkeit voraussetzen kann. Vertrauensbildende Faktoren sind Loyalität, Vorbild, Offenheit, Ausgeglichenheit und Gerechtigkeit.

Ein bewährtes Mittel, um zwischenmenschliche Spannungen abzubauen oder sie erst gar nicht entstehen zu lassen, ist das Gespräch. Die entscheidende Voraussetzung dafür ist aber die Fähigkeit, zuhören zu können.

Weitere wesentliche Elemente einer menschenorientierten Führung sind die Fürsorge für den Mitarbeiter und zeitgerechte sowie umfassende Information der anvertrauten Menschen. Gerade letzteres bietet die Chance zur Aufrechterhaltung der Motivation.

Menschenorientierte Führung ist kein neues Führungsmodell, sondern die bewußte Berücksichtigung der menschlichen Komponente im Führungsablauf. Führung heißt, mit Menschen Ziele zu erreichen, menschenorientierte Führung aber heißt auch, Ziele mit Menschen erreichen. Das Individuum soll aus der Anonymität der allgemeinen, unpersönlichen Prinzipien herausgeholt werden. Die Fähigkeiten jedes einzelnen sollen erkannt und in die Führung integriert, Wünsche und Vorstellungen wenn immer möglich berücksichtigt, zwischenmenschliche Spannungen gelöst oder vermindert werden.

Jedem Vorgesetzten, dem es gelingt, menschenorientiert zu führen, darf gratuliert werden. Das Funktionieren der zwischenmenschlichen Beziehungen garantiert Vertrauen, gibt Sicherheit und schafft vor allem Motivation. Motivation ist eine wesentliche Bedingung für Leistung und Zufriedenheit; sie setzt Energie und Kreativität frei.

-STR-

International Defense Review

Heft 3/1990

Portugal's Armed Forces – Facing the 1990s

(Die portugiesischen Streitkräfte – Aufbruch in die neunziger Jahre)

Dem NATO-Gründungsmitglied Portugal obliegt einerseits der Schutz des See- und Luftraumes des strategischen Dreiecks Portugal, Madeira und den Azoren und andererseits die Unterstützung der NATO, speziell Italiens, bei der Vorverteidigung. Dabei wird es finanziell von den Vereinigten Staaten als Kompensation für die Benützung des Luftwaffenstützpunktes Lajes auf den Azoren unterstützt. Auch Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland leisten, wenn auch bescheidenere, Beiträge. Zur Zeit werden die Streitkräfte einer dreistufigen Reform unterzogen, die man als die „3 Rs“ („Restrukturieren, Redimensionieren und Reausrüsten“) bezeichnet. Das Heer ist in sechs Militärbezirke – vier im Mutterland und je einer auf Madeira und den Azoren – eingeteilt und verfügt über 50 455 Mann, davon 4 830 Offiziere. Rüstung, Ausrüstung und Ausstattung sind hoffnungslos veraltet. Die einzigen Elitetruppen sind die 1.



Foto: International Defense Review

selbständige gemischte Brigade und die Jagdkommandobrigade, die aus dem Jagdkommandoregiment hervorgegangen ist. Durch Truppenzusammenlegungen soll jeder Militärbezirk im Mutterland mit Ausnahme von Lissabon eine neue Infanteriebrigade aufstellen.

Die Marine hat die Seewege für den NATO-Nachschub und für Verstärkungen offenzulhalten. Darüber hinaus führt sie Küstenschutz durch. Dazu verfügt sie über drei U-Boote der „Daphne“-Klasse, vier 2 250-t-Fregatten, zehn 1 380-t-Fregatten, zehn Patrouillenboote, sechs Küstenschutzboote und vier Minenräumboote, die von 15 000 Mann, davon 1 700 Offizieren, betrieben werden. Die 2 800 Mann Marineinfanterie gehören ebenfalls zu diesem Stand. Der Anteil an Wehrpflichtigen, die 18 bis 20 Monate dienen müssen, beträgt 38 Prozent. Auf ihren sieben Stützpunkten haben die Luftstreitkräfte 13 700 Mann, darunter eine Luftlandebrigade mit 2 700 Fallschirmjägern, eingesetzt. Dazu kommen noch 2 600 Zivilbedienstete. Die drei Luftraumüberwachungsradarstationen werden auf NATO-Kosten modernisiert. Auch in Portugal leiden die Luftstreitkräfte unter der Abwanderung von Piloten zu zivilen Linien, wo sie das Doppelte verdienen.

Die wichtigsten Beschaffungsprogramme umfassen den Ankauf von 20 F-16 für die Luftstreitkräfte, von Lenk Waffen der Typen „Chaparral“, „Stinger“ und „Milan“ für das Heer, von fünf „SuperLynx“-Hubschraubern für die U-Bootjagd und die Nachrüstung der Fregatten der „Vasco da Gama“-Klasse mit neuen Sonar- und Fernmeldesystemen.

-PGH-

Schweizer Soldat

Heft 4/1990

Mao Zedong, 1893 – 1976

Zu den erfolgreichsten Strategen und Staatsmännern des 20. Jahrhunderts gehört ohne jeden Zweifel Mao Zedong (Mao Tse-tung). Ihm ist es gelungen, ein jahrzehntlang zerstrittenes Land zu einigen, am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik auszurufen und anschließend die Einigung Chinas in die Wege zu leiten. Sein Ansehen ist indessen nicht unangefochten geblieben. Neuerdings ist seine Person als ehemaliger Machthaber des volkreichsten Staates sehr umstritten. Vor allem in der Volksrepublik China, und dort insbesondere innerhalb der kommunistischen Partei, ist nach seinem Tod ein Prozeß in Gang gebracht worden, der zu einer Neubeurteilung des langjährigen Parteivorsitzenden und Staatschefs geführt hat.

Mao war der älteste Sohn eines Bauern aus der Provinz Hunan. 1918 schloß er eine Ausbildung als Lehrer ab und ging nach Peking, wo er neue revolutionäre Strömungen



Foto: Schweizer Soldat

kennenlernte und an den Marxismus glaubte. Im Juli 1921 fand in Shanghai der erste Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas statt; und Mao war dabei.

Verantwortlich für den Erfolg der Kommunisten war nicht zuletzt Mao, der während des berühmten „Langen Marsches“ vom Oktober 1934 bis Oktober 1935 faktisch als Führer der Kommunistischen Partei Chinas anerkannt wurde. 1945 wurde er formell als Parteichef bestätigt. Drei Gründe waren dafür vor allem maßgebend:

Erstens hat Mao frühzeitig erkannt, daß die chinesischen Kommunisten ihre Revolution nicht allein mit Hilfe des relativ unbedeutenden städtischen Industrieproletariats durchführen konnten, sondern auf die Mitwirkung der Bauern angewiesen waren. Zweitens kam er zur Einsicht, daß die Kommunistische Partei Chinas ohne Waffengewalt keine Zukunft haben würde. Drittens hat Mao den Widerstandskrieg gegen Japan (1937 bis 1945) außerordentlich geschickt geführt und im Verlauf dieser Zeit den Einfluß und das Ansehen der Kommunistischen Partei Chinas beträchtlich erweitern können.

Mao wollte das arm und schwach gewordene China in neuem Glanz erstrahlen lassen. Zugleich sollte das neue China klassenlos werden, bewohnt von neuen, sozialistisch gesinnten Menschen, die selbstlos sein würden und eines Tages nach ihren Bedürfnissen leben können sollten. Mao hat dieses Ziel mit all seinen Kräften zu erreichen versucht, letztlich aber doch nicht erreichen können, weil seine Vorstellungen Utopie waren. Er ist an der Natur des Menschen gescheitert.

-STR-

Vereinigte Staaten:

Army

Heft 3/1990

Army Takes Brunt of '91 Budget Cuts

(Das Heer trägt die Hauptlast der Kürzung der Verteidigungsausgaben für 1991)

Im Vergleich mit den anderen Diensten trifft die Wucht der Budgetkürzungen für 1991 das Heer am stärksten, nämlich von 77,6 Milliarden auf 75,8 Milliarden Dollar, das heißt, anteilmäßig von 26,6 Prozent für 1990 auf 25,7 Prozent, während die Marine nur 0,5 Prozent verliert und die Luftstreitkräfte sogar um 0,2 Prozent anteilmäßig zulegen.

Gleiches gilt auch für die Personalstärke, wo ebenfalls das Heer die größten Kürzungen – von 744 000 auf 728 000 Mann – erleidet.

An Mitteln für Beschaffung erfährt das Heer eine Kürzung um 25 Prozent; aufgrund der Verhandlungen über die Truppenreduzierung in Europa wird die Anzahl der aktiven Divisionen 1991 um zwei auf 26 und Mitte der neunziger Jahre auf 24 reduziert.

Auswirkungen der Budgetkürzungen ergeben sich auch auf die Forschung und auf verschiedene Beschaffungs- und Modernisierungsprogramme.

The German Airborne Invasion of Crete

(Die deutsche Luftlandeinvasion auf Kreta)

Nach einer Darstellung der Besetzung Kretas, die trotz schwerster deutscher Verluste letztlich zum Erfolg führte, kommt der Autor zum Schluß, daß Hitler durch diese Verluste das



Deutsche Luftlandtruppen auf Kreta.

Vertrauen in derartige Unternehmen verlor, während es für die Alliierten der Anstoß zur Schaffung schlagkräftiger Luftlandetruppen war.

Heft 4/1990

C³I: New Dimensions

(Command, Control, Communications and Intelligence: neue Dimensionen)

Das Schwergewicht des April-Heftes ist den C³I-Systemen gewidmet, wobei nach einer Darstellung derzeit bereits vorhandener Führungssysteme unter Einbeziehung von Satellitensystemen gefordert wird, mehr allgemein zugängliche und flexiblere Systeme für eine in Zukunft kleinere Armee zu schaffen, eine Armee, die global für alle Arten von Konflikten vorbereitet und ausgerüstet sein muß. Das Hauptproblem bei der Einführung dieser Tech-

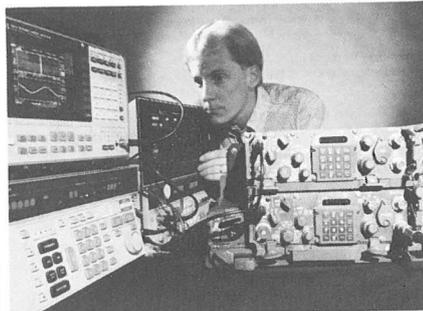


Photo Army

nologien ist der rasche Fortschritt, der ständig dazu führt, daß heute noch modernste Systeme im folgenden Jahr technisch hoffnungslos überholt sind.

-AF-

Infantry

Heft 2/1990

Load Carrying Ability Through Physical Fitness Training

(Erhöhung der Tragebelastbarkeit durch Körperausbildung)

Die durchschnittliche Traglast des Infanteristen beträgt laut Untersuchungen 40 kg und erreicht bei den stärksten 63 kg. Nach einer Anleitung der Infanterieschule soll der Soldat, um kampffähig zu bleiben, bei Märschen nicht mehr als 30 bis 45 Prozent und im Gefecht nicht mehr als 20 bis 30 Prozent seines Körpergewichtes zu tragen haben. Demgegenüber stehen die Zahlen 50 bis 80 Prozent und bis 60 Prozent in der Realität.

Da die Lösungen leichteres Gerät, spezielle Traggerüste und bessere Lastverteilung nicht den erwünschten Erfolg gebracht haben, wurde von der U.S. Army Physical Fitness School ein neues Körperausbildungsprogramm entwickelt, das insbesondere auf die Erhöhung der Tragebelastbarkeit abgestimmt ist.

Dieses Programm, das in sieben Tabellen detailliert dargestellt ist, dauert neun Wochen mit täglich mindestens einer Stunde Körperausbildung und zusätzlichen Märschen bei steigender Belastung im Hinblick auf Gewichtsbelastung und Marschleistung und gipfelt in einer Marschleistung von 16 km mit einem 32 kg schweren Rucksack.

Infantry News

(Infanteristische Neuigkeiten)

- Einführung eines optischen Visiers für M-16A2 und für das leichte Maschinengewehr M-249 (3 bis 4fache Vergrößerung, beleuchtetes Absehen).
- Ersatz der Maschinenpistole durch den Karabiner M-4 bis 1994 (kürzere, leichtere Version des M-16A2 mit Klappkolben)
- Einführung des automatischen 40-mm-Granatwerfers mit Gurtzuführung.
- Vom 120-mm-Granatwerfer Tampella, der bis 1992 den 107-mm-Granatwerfer (2 606 Stück) ersetzen soll, werden wegen Budgetkürzungen vorerst nur 338 Stück bestellt.

-AF-

Buchbesprechungen

Vladimir PANKOV

Die Sowjetunion zwischen Marx und Markt

Eine Herausforderung für den Westen?

264 Seiten, Leinen, S 298,-

ISBN 3-8000-3351-8

Verlag Carl Ueberreuter Gesellschaft m.b.H., Wien 1990

Der Autor des vorliegenden Sachbuches ist Westeuropaforscher – vor allem BRD-Experte – und Sektorenleiter des Institutes für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion. Mit einer derartigen Sachkompetenz ausgestattet, beantwortet er in dem auf Deutsch geschriebenen – nicht aus dem Russischen übersetzten – Buch offene Fragen, wenn auch nicht alle, und gibt dem Leser einen fundierten Überblick über den heutigen Stand der Perestrojka. Darüber hinaus versucht er, deren Perspektiven zu vermitteln.

In vier Kapiteln beschäftigt er sich mit der „Wirtschaft im Umbruch“, mit der „innenpolitischen Erneuerung“, mit der „sowjetischen Außenpolitik“ im Zeichen des „neuen Denkens“ und mit der „Zukunft der Ost-West-Beziehungen“. Er will somit eine komplexe Analyse der Perestrojka geben und unterscheidet zwei Schwerpunkte: die radikale Wirtschaftsreform – einschließlich der Umgestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen – und die grundlegende politische Demokratisierung. Denn beide Bereiche stehen in enger Wechselwirkung miteinander und können nur in Abstimmung aufeinander erfolgreich durchgeführt werden. Diese Interdependenz der wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Aspekte der „zweiten russischen Revolution“ bemüht sich der Autor aufzudecken. Dabei kommen die bremsenden Faktoren, wie die Nationalitätenkonflikte oder die Leute des Partei- und Staatsapparates, ebenso zur Sprache wie das Bemühen um ein „gesamteuropäisches Haus“. Auch Ratschläge für den Westen bezüglich seines Verhaltens gegenüber der sich im Umbruch befindlichen Sowjetunion hat Pankov parat: Weder eine direkte Hilfe noch eine direkte Einmischung sind ratsam. Am förderlichsten wäre eine positive, konstruktive „Neutralität“ gegenüber den Reformvorgängen. Denn sonst könnten die konservativen Kräfte in der Sowjetunion möglicherweise neuen Auftrieb erhalten oder der Nationalstolz eines Volkes verletzt werden. Der Autor sieht die Perestrojka insgesamt als ein „positives Angebot, eine Einladung an den Westen zu einem friedlichen Zusammenleben und zu einem konstruktiven Wettbewerb“. Das könnte es vielleicht sein, ist man geneigt, eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Insgesamt bietet dieses populärwissenschaftliche Buch einen wirklich fundierten Überblick über den Stand der Perestrojka zum Ende des Jahres 1989, bietet eine Fülle von Wirtschaftsdaten und stellt komplexe Zusammenhänge einfach und verständlich dar.

-DM-

Uwe-Jens HEUER

Marxismus und Demokratie

492 Seiten, gebunden, DM 39,-

ISBN 3-7890-1739-6

Nomos Verlag, Baden-Baden 1989

Im Mittelpunkt des vorliegenden Buches steht das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie. Uwe-Jens Heuer, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik, legt damit eine Untersuchung vor, die durch die jüngsten Ereignisse in allen osteuropäischen Staaten – insbesondere jedoch in der Deutschen Demokratischen Republik – enorm an Aktualität und Brisanz gewonnen hat. Seine Analyse, entstanden zu einem Zeitpunkt, zu dem die Dynamik dieser politischen Entwicklung in keiner Weise voraussehbar war, bezieht sich jedoch genau auf jene Fragenbereiche, die für die Zukunft der sozialistischen Gesellschaftssysteme von enormer Wichtigkeit und Bedeutung sind. In seinem

theoretischen Ansatz wird die sozialistische Demokratie als Verhältnis des Volkes zum eigenen Staatsapparat charakterisiert. Damit versucht Heuer zugleich eine Diskussion unter den Marxisten sozialistischer Länder, aber auch zwischen Gesellschaftstheoretikern aus sozialistischen und westlichen Ländern in bezug auf ein neues Verständnis des Verhältnisses von Sozialismus und Demokratie in Gang zu setzen.

Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist eine Betrachtung der Grundlagen der marxistischen Demokratietheorie. In einer politischen Ideengeschichte werden die Inhalte und Bedeutungsfelder des Demokratiebegriffs bei Marx, Engels, Lassalle, Bakunin, Rosa Luxemburg und anderen dargelegt und die Erfahrungen von Marx und Engels aus den Ereignissen der „Pariser Kommune“ analysiert. In einem zweiten Schritt wird dann das Zusammenspiel von marxistischer Demokratietheorie und sozialistischer Praxis im 20. Jahrhundert beschrieben, wobei dies in der Form einer theoretischen Auseinandersetzung erfolgt, die sich auf eine ökonomische Analyse ebenso abstützt wie auf eine sozial-historische und politische.

In bezug auf die gegenwärtige Diskussion über die Zukunft Europas und die möglichen bzw. wünschenswerten Wege einer gesellschaftlichen Neugestaltung in Ost und West bietet dieses Buch zweifellos einen wichtigen Beitrag, der auch zu einer geistigen Befruchtung des Dialoges zwischen Marxisten und Nichtmarxisten über das Verhältnis von Marxismus und Demokratie beitragen kann.

-Ke-

Christopher F. FOSS und Terry J. GANDER (Hrsg.)

Jane's Military Logistics 1990

11. Auflage (in englischer Sprache)

862 Seiten, Großformat, zahlreiche Abbildungen und Skizzen, Leinen, £ 110,-

ISBN 0-7106-0901-9

Jane's Information Group Limited, Coulsdon/Surrey 1990



Nun ist bereits die elfte Ausgabe des für jeden Spezialisten unverzichtbaren Standardwerkes „Jane's Military Logistics“ erschienen. Die neu überarbeitete Auflage weist keine wesentlichen neuen Entwicklungen im Fahrzeugbau und in der Ausrüstung auf. Veränderungen sind hauptsächlich bei den Illustrationen zu finden. Das Kapitel über die Beschreibung von Fahrzeugaufbauten war schon in der letzten Ausgabe (1989) zu finden.

Dem jeweiligen Herstellerland zugeordnet werden erfaßt: gepanzerte Pionierfahrzeuge, Bergfahrzeuge und Bergeausrüstung (gepan-

zerte und ungepanzerte Berge- und Instandsetzungsfahrzeuge), Brückensysteme (Brückenleger, Schwimmbrücken, Fähren, Festbrücken, Motorboote für den Brückenbau); Ausrüstung für den Minenkampf (Minen, Minenverlege-, Minensuch-, Minenräum- und Minenfeldmarkierungsausrüstung); Transportausrüstung (Kleinfahrzeuge, Lastkraftwagen, Panzertransporter, Amphibien, Zugmaschinen, Transportfahrzeuge und gepanzerte Versorgungsfahrzeuge auf Kettenfahrgestell); Überschneefahrzeuge; Anhänger, Ausrüstung für den Materialumschlag, Baumaschinen und Baufahrzeuge; Maschinen für den Stellungsbau, Fertigbauteile und Systeme für den Stellungsbau; Fahrzeuge und Einrichtungen für die Treibstoffversorgung, Fahrzeuge und Einrichtungen für die Wasserförderung und Wasseraufbereitung; Tarnausrüstung; Fahrbahnmatten; Startbahnmatten und Startbahnschnellinstandsetzungsausrüstung; Shelter und Container; Fahrzeugsonderaufbauten.

In den einzelnen Abschnitten werden alle Fahrzeug-, Geräte-, Ausrüstungsgruppen usw. zusammengestellt, die entweder bereits eingeführt oder produktionsreif sind bzw. sich schon in einem konkret erfaßbaren Entwicklungsstand befinden, wobei jeweils der Status angeführt wird. Dabei werden die Entwicklung, eine genaue Beschreibung und die technischen Daten erfaßt und durch Bild und/oder Skizze illustriert.

-Red-

Der Mittler-Brief

8 Seiten, DIN A4, Jahresabonnementspreis DM 21,60

(zuzüglich Versandkosten)

Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, Herford

Dieser Informationsdienst bringt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung vierteljährlich aktuelle Beiträge zur Sicherheitspolitik, nicht nur trockene Fakten und Zahlen, sondern gründlich recherchierte Hintergrund-Informationen.

Im ersten Quartal 1990 wird im Anfangsbeitrag eine Rede des Generalinspektors der Bundeswehr, Admiral Dieter Wellershoff, wiedergegeben, in der er zum Auftrag der Bundeswehr, die in der NATO neben ihrer militärischen Einsatzfunktion vor allem wichtige politische Funktionen zu erfüllen hat, zu den Folgerungen für das Selbstverständnis der Soldaten und zur Legitimation der Sicherheitspolitik des Staates als Schlüssel zum Verständnis für den Dienst der Soldaten sowie zum Dienst der Soldaten in den neunziger Jahren Stellung nimmt. Ein zweiter Beitrag ist den Wiener Verhandlungen über die Abrüstung konventioneller Waffen gewidmet, wobei sich Beobachter um die rechtzeitige Unterzeichnung des Vertrages – noch in diesem Jahr – bereits Sorgen machen.

-Red-

John WILLIAMSON (Hrsg.)

Jane's Military Communications 1990-91

11. Auflage (in englischer Sprache)

918 Seiten, zahlreiche Abbildungen und Skizzen, kartoniert, £ 100,-

ISBN 0-7106-0900-0

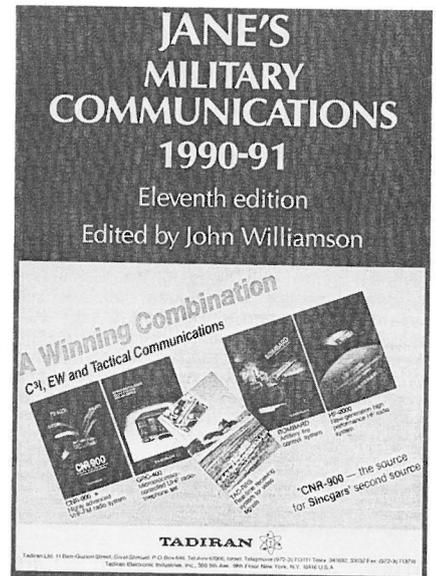
Jane's Information Group Limited, Coulsdon/Surrey 1990

Bereits in elfter Auflage erschien jetzt die auf dem neuesten Stand gebrachte Ausgabe über militärische Verbindungsmittel und Verbindungssysteme. Der Umfang des Nachschlagewerkes weist auf die Vielfalt der Geräte hin, nur einzelne Kapitel wurden geringfügig erweitert, die Aufnahme neuer Geräte hielt sich im Rahmen. Auch die Ausrüstung der Streitkräfte des Warschauer Paktes ist miteinbezogen. Die einschlägigen Geräte und Systeme sind jeweils mit Beschreibungen, technischen Daten, Hersteller und derzeitigem Status erfaßt und reichhaltig illustriert.

Das Nachschlagewerk erfaßt im Abschnitt Ausrüstung folgende Bereiche:

- Funkgeräte (land-, schiff-, luft- und satellitengestützt);
- Gerät zur Herstellung und Schaltung von Fernmeldeverbindungen, Bordsprechgeräte, Feldfernsprecher, Vermittlungsgeräte;

- Gerät zur Datenübertragung, Modulatoren, Demodulatoren, Terminals;
- Schlüssel- und sonstige Geräte zum Schutz von Nachrichteninhalten;
- Gerät zur Elektronischen Kampfführung (Überwachung, Signalanalyse, Funkpeilung, Störung);
- Gerät zur Faksimile-(Bild-)Übertragung;
- Fernmelde-Zusatzausrüstung;
- Antennen, Antennenmaste;
- Test- und Meßgeräte sowie Simulatoren;
- Laser, optische Übertragungsmittel (Glasfaserkabel) und Videogeräte.



In einem eigenen Kapitel wird auf Fernmelde-netze sowie auf Führungs-, Kontroll-, Verbindungs- und Informationssysteme eingegangen.

Die Anordnung der im letzten, zur besseren Übersicht vorgezogenen Orientierungshilfen wie das Akronym, das Abkürzungsverzeichnis, das Glossar für wichtige Fachbegriffe und die Übersichten über die Bezeichnung der einzelnen Frequenzbänder, Bandbreiten und Übertragungsarten wurde beibehalten. Ein alphabetisches Namens- und Sachverzeichnis, nach Herstellern und nach der Geräte-(System-)Bezeichnung geordnet, ergänzt dieses unverzichtbare Standardwerk.

-Red-

Richard WOFF (Hrsg.)

Soviet High Command

355 Seiten, Grundwerk, Loseblattform im Ringordner, £ 600,-

ISBN 0-7106-0557-9

Jane's Information Group Limited, Coulsdon/Surrey 1988

Der durch seine militärischen Editionen bekannte Verlag bietet nun eine neue informative Dienstleistung an, durch die der interessierte Leser wichtige Einzelheiten über maßgebende Personen im Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte erfährt. So enthält diese in einem Ringordner angelegte Loseblattausgabe die wichtigsten Daten über die höheren Offiziere im Verteidigungsministerium und Generalstab Moskau, über die Leiter in der Politischen Hauptverwaltung und führende Personen im administrativen Bereich, über die Oberbefehlshaber und höheren Offiziere der Teilstreitkräfte, über die Befehlshaber der Militärbezirke und über die Kommandanten und höheren Offiziere an den Akademien und Schulen. Neben den Biographien, Berufslaufbahnen und Verantwortungsbereichen wird auch Aufschluß über die Infrastruktur des sowjetischen Oberkommandos gegeben, wobei historische, gegenwärtige und zukünftige Aspekte beleuchtet werden.

Bedingt durch die Umwälzungen in der Sowjetunion und die laufenden Veränderungen in der Personalstruktur der Streitkräfte werden nun statt dem seit 1988 herausgegebenen

Band mit jährlich drei Ergänzungslieferungen drei Lieferungen an Ergänzungsblättern pro Jahr mit monatlichen Rundschreiben, die zwischen den Ergänzungsblättern ausgeliefert werden, herausgegeben. Dem Herausgeber untersteht ein Team von Sowjet-Experten, die den Großteil der hier veröffentlichten Fakten aus öffentlichen Quellen entnehmen.

-Red-

Richard WOFF (Hrsg.)

Jane's Warsaw Pact High Command

260 Seiten, Grundwerk, Loseblattform im Ringordner, £ 550,-

ISBN 0-7106-0585-4

Jane's Information Group Limited, Coulsdon/Surrey 1989

Nachdem Jane's Information Group bereits 1988 eine detaillierte Darstellung über die wichtigsten Personen im Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte herausgegeben hat, erfolgte 1989 die Neuauflage eines Sammelbandes mit der gleichen Zielsetzung, jedoch mit der analytischen Beschreibung der Oberkommandierenden der nicht-sowjetischen Warschauer-Pakt-Staaten.



In aufgliederter und detaillierter Form werden die Land-, Luft- und Seestreitkräfte Bulgariens, der Deutschen Demokratischen Republik, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei und Ungarns durchleuchtet. Dieser in einem Ringordner zusammengefaßte Loseblattband enthält über 100 Biographien der Befehlshaber und wichtigsten höheren Offiziere und beschreibt deren Karrierewege. Außerdem werden die Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten – außer der Sowjetunion – „unter die Lupe“ genommen und die Kommandostrukturen der einzelnen Land-, Luft- und Seestreitkräfte genau beschrieben. Ein historischer Querschnitt durch die Mitgliedstaaten ergänzt das für den Bearbeiter dieser Thematik unersetzliche Nachschlagewerk, das alle drei Monate durch Ergänzungsblätter auf den neusten Stand gebracht werden soll.

-Red-

Beate KOHLER-KOCH (Hrsg.)

Regime in den internationalen Beziehungen

439 Seiten, broschiert, DM 66,-

ISBN 3-7890-1870-8

Nomos-Verlag, Baden-Baden 1989

Die Herausgeberin, Professorin an der Technischen Hochschule Darmstadt, stellt mit dem vorliegenden umfassenden Sammelband zum Regime-Phänomen eine längst überfällige Leistung deutschsprachiger Politikwissenschaft vor. In den Vereinigten Staaten werden internationale Regime schon seit gut einem Jahrzehnt diskutiert und definiert: nämlich als von Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren gekennzeichnete Interaktionsfelder in den internationalen Beziehungen.

Besonders hoch ist Kohler-Koch anzurechnen, daß sie für eine klare Übereinstimmung beim Regime-Begriff, als eine „Conditio sine qua non“ der 13 Einzelbeiträge, gesorgt hat. Immerhin handelt die umfangreiche Studie nicht allein von der (theoretischen) Bereicherung durch den neuen Ansatz, sondern auch von der (empirischen) Darlegung unterschiedlichster Interaktionsformen und Interaktionsfelder. Diese reicht von den internationalen Wirtschafts- und Umweltbeziehungen (z. B. Technologie-Exportkontrolle „CoCom“) über die sicherheitspolitische Regimeanalyse (KSZE, VSBM, Nonproliferation) bis „zur institutionellen Dynamik der Europäischen Gemeinschaft“.

Manche Autoren gehen zwar auf unterschiedliche Definitionskriterien ein, die in der Diskussion über Regime bisher aufgetaucht sind, beachten zugleich jedoch die von Kohler-Koch herausgestellte theoretische Basis der Analyse, also die amerikanisch inspirierte Denkweise von Regimes. Freilich kommen da theorie-spezifisch-„forschungskulturelle“ Unterschiede dennoch zum Vorschein. So wird im grundlegenden theoretischen Beitrag darauf hingewiesen, daß in den Vereinigten Staaten Regime vorwiegend in der Richtung von Wirtschaftsbeziehungen ge- und untersucht werden; im deutschsprachigen Raum stehe hingegen oft ein Interesse hinter der Regimeanalyse, das „der Tradition der Friedensforschung verbunden ist“. Maßgeblich ist hier also die Vorstellung, daß „Formen des geregelten Konfliktaustrags dem regellosen Konfliktaustrag vorzuziehen sind“. Von dieser bevorzugten Form zur Bejahung des Ausbaus von Regimen ist es dann nur ein kleiner Schritt.

Hier beginnt das Dilemma dieser Regimeforschung: soll man etwa die politische Abschottung der Hochtechnologie – also das „CoCom-Regime“ – ausbauen, um Frieden und Gerechtigkeit zu stärken? Eine Frage, die der „CoCom“-Artikel dieses Bandes nicht beantwortet und gar nicht beantworten will; wie überhaupt der Anspruch, „Regime zu einem wichtigen Gegenstand der politikwissenschaftlichen Friedensforschung“ (Kohler-Koch) zu machen, kaum eingelöst werden kann. Aber wenn der Nachweis friedenspolitischer Fruchtbarkeit auch noch in weiter Ferne liegt, so wird in dem vorliegenden Band doch gezeigt, daß die Regimetheorie einen Beitrag zur Analyse politischer Institutionalisierung in den internationalen Beziehungen leistet.

-HF-

Hans-Adolf JACOBSON (Hrsg.)

Friedenssicherung durch Verteidigungsbeziehung

Deutsche Sicherheitspolitik 1949 bis 1989

Dokumente

400 Seiten, kartoniert, DM 64,-

ISBN 3-7758-1210-5

v. Hase & Koehler Verlag, Mainz 1990

In fünf Kapiteln wurden die wesentlichen Aussagen und Dokumente bundesdeutscher Sicherheitspolitik (Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1949 bis 1955, Aufbau der Bundeswehr 1956 bis 1963, Strategie im Umbruch 1964 bis 1968, Sicherheit im Zeichen der Entspannung 1969 bis 1979, Auf der Suche nach Stabilität und Abrüstung 1980 bis 1989) im Sinn der von den amtierenden Bundesregierungen verfolgten Regierungspolitik zusammengefaßt. Fast alle Kapitel folgen der gängigen inhaltlichen Dreiteilung: „Aspekte europäischer Sicherheit“, „Die Sicherheitspolitik der Bundesregierungen“ und „Zur inneren Entwicklung der Bundeswehr“.

Ein detailliertes Namens-, Länder- und Sachregister sowie eine übersichtliche Jahreschronik über die relevanten Ereignisse und Entscheidungen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik ergänzen den Dokumententeil vorteilhaft. Abschließend sind noch einige Passagen der entsprechenden Weißbücher angeführt.

Da die „äußeren Aspekte“ der deutschen Einheit, das ist die sicherheitspolitische Stellung eines vereinten Deutschlands, wohl zum schwierigsten Problem der 2+4-Gespräche

gehören, lohnt sich ein Blick in diese Dokumentensammlung, um über das Warum und Woher der bundesdeutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik besser Bescheid zu wissen.

Was der Leser aber nicht erwarten darf, ist ein Verweis auf oppositionelle Kritik an der Regierungspolitik; denn dies war und ist nicht die Aufgabe dieser informativen Zusammenschau, dafür müssen andere Veröffentlichungen zur Hand genommen werden.

-HF-

Erich REITER und Heinrich SCHNEIDER (Hrsg.)

Sicherheits- und Wehrpolitik Europas im Umbruch

Konsequenzen für die österreichische Verteidigungspolitik?

134 Seiten, 2 Kartenskizzen, einige Tabellen, broschiert, S 175,-

ISBN 3-9500004-0-2

Herold Druck- und Verlagsges. m. b. H., Wien 1990

Die „Sicherheitspolitische Arbeitsgemeinschaft beim Europäischen Forum Alpbach 1989“ hat die (überarbeiteten) Referate der Arbeitsgruppe 13 „Sicherheits- und Wehrpolitik Europas im Umbruch“ mit gleichem Titel als Buch herausgegeben.

Europas Sicherheit wird wieder zum Thema mit Vorrang: Alte Positionen müssen überdacht werden, weil neue Bedingungen sichtbar werden – und dieser „Sicherheit Europas“ wird von zehn Autoren mit ihren Beiträgen von verschiedenen Ansätzen her Rechnung getragen: Heinrich Schneider: Sicherheitspolitik Europas im Umbruch; Heinz Magenheimer: Konventionelle Rüstungskontrolle und Stabilität; Lutz Unterseher: Perspektiven sicherheitspolitischer Stabilität und konventioneller Abrüstung in Europa – die besondere Rolle Österreichs; Albert A. Stahl: Europa im Umbruch – Konsequenzen für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Schweiz; Jürgen Reichardt: Bedingungen westeuropäischer Sicherheit im nächsten Jahrzehnt; Mieczyslaw Tomala: Europa befindet sich im Umbruch; Dieter Senghaas: Die Zivilisierung des Ost-West-Konfliktes; Christian Clausen: Militärische Aspekte der sicherheitspolitischen Lage Österreichs; Erich Reiter: Österreichs Neutralität und europäische Integration; Robert Lichal: Staat und Sicherheit.

Vieles bei der europäischen Sicherheitspolitik ist in Bewegung geraten; Positionen, die im Sommer 1989 in Alpbach bezogen wurden, scheinen durch die Entwicklung überholt zu sein. „Überholt-sein“ heißt aber nicht, daß Sicherheitspolitik nicht mehr notwendig ist, sondern vielmehr, daß sie entsprechend den neuen Umständen und flexibel gestaltet werden muß. Keiner der Autoren glaubt an ein friedliches Europa ohne Anstrengungen und militärische Vorsorgen, alle aber betonen die Notwendigkeit, daß man sich für den Frieden und für friedensfördernde Strukturen einsetzen muß.

Es wäre zu wünschen, daß die Inhalte dieser Referate von vielen an der Sicherheitspolitik Interessierten gelesen werden, damit die Diskussion in Österreich von einer reinen Nabelschau („X-Monate sind genug!“ „x-2-Monate sind genug!“ Nichts ist auch genug!) zu den Notwendigkeiten einer internationalen Sicherheitspolitik hingelenkt und begriffen wird, daß Österreich dann sehr wohl Mitgestaltungsmöglichkeiten am „Haus Europa“ hat – sofern das eigene Haus glaubwürdig und effektiv gebaut ist.

-BE-

Jürg Martin GABRIEL

Schweizer Neutralität im Wandel

Hin zur EG

120 Seiten, broschiert, sfr 29,80

ISBN 3-7193-1031-0

Buchverlag Huber & Co. AG., Frauenfeld 1990

In dem vorliegenden Buch weist der Autor, Professor Gabriel, historisch nach, daß sich die von der Schweiz gehandhabte Neutralität

tätspolitik in diesem Jahrhundert gewandelt hat. Wirtschaftliche, nicht militärische Gründe, waren dafür maßgebend: In zwei Weltkriegen, im Völkerbund und im „kalten Krieg“ kam die Schweiz unter Druck, an politisch motivierten Wirtschaftssanktionen der Großmächte teilzunehmen. Damit verletzte die Schweiz ihre eigene Konzeption einer „integralen“ (umfassenden) Neutralität. Sie mußte das Prinzip des „courage normal“ (man beschränkt sich während eines Krieges auf das bisherige, normale Handelsvolumen und handelt nicht mehr als zuvor) und den Gleichbehandlungsgrundsatz aufgeben. Es kam zur „qualifizierten“ Neutralität, das heißt, zu einer auf den Kern beschränkten, bewaffneten Neutralität.

Der Wandel sei aber auch im Bereich des Neutralitätsrechts ersichtlich, meint Gabriel, und verweist auf das UNO-Recht, welches im Prinzip, nicht aber in jedem Detail, mit dem Neutralitätsrecht unvereinbar sei. Als Beispiele nennt er erstens, daß es der Schweiz nicht gelang, für einen möglichen UN-Beitritt eine Anerkennung der neutralen Sonderstellung zu erlangen, sondern sie sich mit der Abgabe einer bloßen Neutralitätserklärung begnügen mußte. Zweitens verweist Gabriel auf die Tatsache, daß es weltweit seit 1945 fast keine Fälle der Anwendung von Neutralitätsrecht gegeben habe. Deshalb meint er, „daß die Neutralität immer mehr eine politische Konzeption geworden“ sei.

Im Hinblick auf einen möglichen EG-Beitritt meint Gabriel, daß man auch von der EG gezwungen werden könnte, in Zukunft an politisch motivierten Wirtschaftssanktionen teilzunehmen. Das aber wäre nichts Neues. Denn es bedeutete lediglich die Anerkennung des Status quo und die offizielle Rückkehr zur qualifizierten Neutralität, deren Kern aus der bewaffneten Neutralität besteht. Sie besitzt auch heute noch Glaubwürdigkeit für die Schweiz, weil man ihr zubilligt, die neutralitätsrechtlichen Pflichten wahrzunehmen.

Die Überlegungen bieten interessante, nicht allgemein beachtete Aspekte für Staaten mit ähnlichen Problemen.

-RT-

Ludwig SCHULTE

Trumpf der Verteidigung

Mehr Stabilität durch moderne Technologien

176 Seiten, broschiert, DM 28,-

ISBN 3-7890-1880-5

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1990



SA-10 (GRUMBLE).

Durch den Aufbruch in Osteuropa und durch die Vereinigung Deutschlands wird die westliche Sicherheitspolitik häufig durch zwei Ziele bestimmt sein: Fortsetzung des Abrüstungsprozesses und Schaffung einer europäischen Friedensordnung. Es kann nicht nur eine der vorrangigen Aufgaben der Sicherheitspolitik sein, über mögliche Kriegsszenarien nachzudenken, es ist vielmehr notwendig, die Angriffsfähigkeit auf beiden Seiten weiter auszubauen. „Eine Sicherheitspolitik, die die Vision von Streitkräften, die nur noch zur Verteidigung fähig sind, für politisch und militärisch realisierbar hält, kann mit der vollen Akzeptanz der Menschen rechnen“, meint der Autor. Dabei ist ihm voll zuzustimmen.

Die Einführung moderner Technologien in die Streitkräfte kann dazu beitragen, das Bedrohungspotential zu vermindern. Andererseits haben moderne Hochtechnologien die Ent-

wicklung von Defensivwaffen ermöglicht, die im Vergleich mit Offensivwaffen erheblich kostengünstiger sind. Dies verstärkt den Anreiz, Angriffspotentiale abzubauen und die Streitkräfte auf defensive Strukturen umzustellen.

Es ist die These der vorliegenden Studie, daß mit der konsequenten Einführung von hochtechnisierten Defensivwaffensystemen volkswirtschaftlich nicht nur Kosten eingespart werden, sondern auch die Fähigkeit zur Verminderung von Krisen gestärkt wird.

-RT-

Walter LOCH und Dirk SOMMER

Das Bündnis: Chancen für den Frieden

128 Seiten, kartoniert, DM 9,80

ISBN 3-8132-0312-2

Verlag E.S. Mittler & Sohn, Herford-Bonn 1989

Die beiden Autoren erklären auf leicht verständliche Art und Weise Entstehungsbedingungen, Entwicklungslinien und Gegenwart der Atlantischen Allianz (NATO) aus bundesdeutscher Sicht und Interessenlage. Dabei konnte auch das Geschehen in den internationalen Beziehungen bis Mitte 1988 (Moskauer Gipfeltreffen) berücksichtigt werden. Ausschnittsweise wurden die wesentlichsten Akteure, Strukturen, Vertragsbestimmungen und politischen Entscheidungen dargestellt (NATO-Vertrag, Harmel-Bericht, INF-Vertrag usw.).

Daß das abschließende Kapitel „Visionen“ schneller als erwartet zur zu bewältigenden Realität heutiger Sicherheitspolitik in Europa geworden ist und daher eine ausführlichere Bearbeitung verdient hätte, kann den Autoren nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Wer also in eine „volksbildnerisch“, unkritisch kurze Übersicht zu Fragen der NATO und der Zukunft des europäischen Sicherheitssystems aus westlicher Sicht Einblick nehmen will, der mag zu diesem Büchlein greifen. Für den Fachmann werden sich aus der Lektüre keine neuen Erkenntnisse gewinnen lassen.

-HF-

Edmund A. van TROTSENBURG (Hrsg.)

Militärpädagogik

Band 1: 212 Seiten, kartoniert, DM 52,-

ISBN 3-631-40445-X und 09334-3687

Verlag Peter Lang GmbH, Frankfurt/Main 1989

Den Autoren ist an der Entwicklung der Pädagogik des Führens, Ausbildens und Erziehens in den Streitkräften nach dem jeweiligen Stand der Sozialwissenschaften gelegen. Sie präsentieren in diesem Band die Ergebnisse eines ersten Werkstattgesprächs über Verteidigungspädagogik (Zusammenfassung von Friedens- und Militärpädagogik), das an der Universität Klagenfurt 1987 stattgefunden hat. Paul Klein referiert „Zur Situation der sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Forschung im militärischen Bereich“, Wolfgang Royl schreibt „Zur erziehungswissenschaftlichen Rekonstruktion der Militärpädagogik“, Franz Pöggeler analysiert die „Probleme der Ausbildung in demokratischen Armeen“, Hermann Jung berichtet über „Methoden der Erziehung im Praxistfeld“, Heinz Vetschera untersucht „Probleme im Dialog zwischen Wissenschaft und Militär“ und van Trotsenburg geht auf die Frage „Braucht die militärische Landesverteidigung die Sozialwissenschaften?“ ein.

Militärpädagogik ist unverzichtbar. Ihre Theorie ist auf den Begründungszusammenhang gerichtet, der es dem Wehrpflichtigen erlaubt, sich mit seinen Pflichten in den Streitkräften zu identifizieren und diese als Teil kollektiver Identität zu akzeptieren.

Es ist für die Autoren eine Notwendigkeit, die militärischen Führungskader davon zu überzeugen, daß ihnen Sozialwissenschaftler bei der Lösung militärpädagogischer Probleme eine wirkliche Hilfe sein können. Deshalb kann das vorliegende Buch nur ein Anfang sein, um in der Armee die Führung von Menschen (im Zustand des relativen Friedens und im Einsatzfall) als Voraussetzung für das

Führen von Truppen im Gefecht überhaupt zu ermöglichen. Das Erkennen, daß der Mensch und nicht die Waffe das Zentrum des Geschehens im Militär sein muß, und das „Handwerkzeug“ für das Bewältigen auftretender Probleme müssen viel mehr zum Allgemeingut der agierenden Personen in Theorie und Praxis werden.

-RT-

Dr. Anton SCHÖTTLER

Zivil-militärische Zusammenarbeit

Ein Handbuch für Kommandeure und Hauptverwaltungsbeamte

144 Seiten, 11 Tabellen, broschiert DM 24,90 (gebunden DM 34,-)

ISBN 3-8029-6362-8

Walhalla u. Praetoria Verlag, Regensburg 1986

Dieses Handbuch stellt einen bedeutenden Beitrag zu einem besseren Verständnis der zivil-militärischen Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland dar. Beispiele aus der Praxis und für die Praxis erleichtern die Kooperation zwischen militärischen und zivilen Dienststellen.

Drei Themenkreise werden in dieser konstruktiven Arbeit besonders herausgestellt: Argumentation für einen effektiven Zivilschutz, die Erläuterung der Zuständigkeiten der zivil-militärischen Zusammenarbeit für zivile und militärische Dienststellen und ein Vergleich des Entwicklungsstandes der zivilen Verteidigung am Beispiel von acht europäischen Staaten, darunter auch Österreich.

Insgesamt ist dieses Buch kein wissenschaftliches Nachschlagewerk. Es beabsichtigt, übersichtlich und verständlich Informationen zu vermitteln. Es wendet sich damit auch an den Staatsbürger, mehr Initiative und Engagement für die Zivilverteidigung aufzubringen. In den Anhängen A bis C gibt es dafür gute Argumente. Dieser Leitfaden ist alles in allem ein Sachbuch, aber trotzdem nicht unpolitisch. Wer für Zivilverteidigung in Staat und Gesellschaft Aufmerksamkeit und Akzeptanz erreichen will, muß politisch, nicht parteipolitisch, argumentieren.

Jeder, der auf irgendeine Weise mit der Problematik der zivil-militärischen Zusammenarbeit zu tun hat, sollte dieses anregende, richtungweisende Werk gelesen haben.

-Gi-

Dr. Thomas PALASCHEWSKI

Geographie und Sicherheit

Herausforderungen und Antworten für den Frieden

248 Seiten, kartoniert, DM 34,80

ISBN 3-8029-6510-8

Walhalla u. Praetoria Verlag, Regensburg 1989

Der Autor legt in diesem Buch die aktualisierte und in einigen Teilen geänderte Fassung einer geographischen Dissertation vor, die 1986 von der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg angenommen wurde. Sie ist ein Neuausgangspunkt einer modernen Wehrgeographie, die fern den Inhalten der alten „Geopolitik“ ist, die – früher fast zum Mythos hochstilisiert – vor allem nachhaltigen Einfluß auf die Nationalsozialisten hatte. Diese unglückliche geographisch-politische Lehre fand nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges ihr Ende.

Unabhängig davon steht außer Streit, daß die Geographie eines Staates eminent große politische Bedeutung besitzt. Dies gilt vor allem für wirklich existentielle Fragen, die Sicherheit, die Souveränität sowie für sein Verhältnis zu anderen Staaten.

Heute stellt die Wehrgeographie im Sinn von Abwehr, Verteidigung und Sicherung staatlicher Existenz nicht mehr eine kriegsorientierte, sondern eine friedensorientierte Disziplin dar. Mit einer modernen wehrgeographischen Konzeption wird im vorliegenden Buch eine Systematik vorgestellt, die im Rahmen der politischen Bildung wesentliche Hilfestellung gibt: mit ihr können die Herausforderungen staatsgeographischer Faktoren unter-

sucht werden, um sicherheitspolitische Antworten zu verstehen. Diese haben die Regierungen von Staaten zu geben, damit sie die friedliche Existenz ihrer Staatsvölker gewährleisten können.

Das vorliegende Buch weist ein hohes Niveau auf und hilft, eine seit langem bestehende Lücke in der sicherheitspolitischen Diskussion zu schließen.

-RT-

Horst Michael HANIKA

Bundeswehr für Anfänger

202 Seiten, 134 Zeichnungen, DM 14,80

ISBN 3-524-89006-7

Report Verlag, Frankfurt am Main 1989

„Wird in der Bundeswehr zu wenig gelacht?“ fragt der Autor im Vorwort und gibt auch gleich die Antwort. Es wird in der Bundeswehr viel gelacht – es wird nur zu wenig darüber geschrieben. Das Buch, in Aufmachung, Form und Inhalt einer „ZDv“ (Zentrale Dienstvorschrift) nachempfunden, liefert dann auch auf jeder einzelnen Seite den Beweis dafür. Es ist ein humorvoller Wegweiser, der dem außenstehenden Leser hilft, sich in dem Truppenalltag der Bundeswehr zurechtzufinden. Der Inhalt scheint die landläufige Meinung, daß jemand, der zur Armee muß, nichts zu lachen hat, Lügen zu strafen. Am besten lacht es sich auch hier über vorgesetzte Dienststellen – etwa über das Heeresamt. Es ist die Klärung des Heeres: Bei jeder Anfrage bekommt man die Antwort: „Das muß noch geklärt werden.“ Oder: Bei den vorgesetzten NATO-Dienststellen ist es wie mit einer Klosettbrille – da macht man was durch!

-AKE-

Heribert KRISTAN

Der Generalstabdienst im Bundesheer der Ersten Republik

200 Seiten, broschiert, S 268,-

ISBN 3-215-07453-2

Österreichischer Bundesverlag Ges.m.b.H., Wien 1990

Der Autor schließt mit seiner Dissertation eine weitere Lücke in der Geschichtsschreibung über das Bundesheer der Ersten Republik. Eine Lücke, die dazu geführt hat, daß Gilbert Aue in der Zeitschrift „Wehrkunde“ (Heft 1/1965) festgestellt hat, daß es im Bundesheer der Ersten Republik aufgrund des Verbotes durch den Friedensvertrag von St. Germain keinen Generalstab gegeben hat. Das ist absolut unrichtig. Der Generalstab war zwar tatsächlich durch den Friedensvertrag von St. Germain verboten, aber Österreich hat diese Bestimmung des Vertrages damit umgangen, daß es den „Höheren militärischen Dienst“ geschaffen hatte. Bis 1936 wurde die Ausbildung unter dem Titel „Prüfungskommission Schärer“ durchgeführt. Ab 1936 gab es wieder einen offiziellen österreichischen Generalstab. Als man 1956 gleichfalls den Ausdruck „Generalstab“ vermeiden mußte, wurden die Generalstabsoffiziere als „Offiziere des höheren militärischen Dienstes“ bezeichnet. Voraussetzungen zur Zulassung, Dauer und Themen der Generalstabsausbildung im Bundesheer der Ersten Republik waren den heutigen diesbezüglichen Bestimmungen sehr ähnlich. Überhaupt kann man feststellen, daß sich die Probleme des Generalstabes im Ersten und Zweiten Bundesheer in vielen Bereichen gleichen. Auch im Ersten Bundesheer hatten die Generalstabsoffiziere sehr wenig Truppenpraxis. So stellte General Schiebel fest, „daß ein Großteil der übernommenen Generalstabsoffiziere höchstens Züge, aber nicht einmal Kompanien kommandiert hätte“ (S. 76).

Als man die Generalstabsoffiziere als Truppenkommandanten einteilen wollte, sprachen sich die Truppenoffiziere dagegen aus, weil diese nach der Dauer ihrer Verwendung als Kommandanten entlohnt wurden. So konnte dieses Problem nicht gelöst werden.

Im Friedensvertrag von St. Germain war die Gesamtstärke des Heeres auf 30 000 Mann beschränkt. Um dieser Beschränkung zu entgegen, übertrug man viele Aufgaben Zivilbediensteten. So wurden die Aufgaben der

heutigen Militärkommanden den Landesmilitärämtern übertragen, in denen als Beamte getarnte Generalstabs- und Truppenoffiziere Dienst versahen. Allerdings wurde die im Staatsvertrag festgelegte uniformierte Truppenstärke infolge Geldmangels bis 1936 nicht erreicht. Sie schwankte zwischen rund 21 000 Mann im Jahr 1926 und 23 000 Mann im Jahr 1930. Nach der Wirtschaftskrise von 1929 erreichte sie 1932 mit 1 340 Offizieren, 1 383 Unteroffizieren und 16 860 Wehrmännern ihren Tiefstand.

Die geringe Truppenstärke zwang die Generalstabsoffiziere dazu, sich vor allem mit theoretischen Studien zu befassen und die Truppenoffiziere gleichfalls theoretisch zu schulen. Für den drückenden Geldmangel ist ein Beispiel signifikant: Die hohen Offiziere reisten zu ihren Vorträgen in die verschiedenen Garnisonen in Zivil, damit sie die neuen Wagenklasse der Bundesbahn benutzen konnten. Aus dieser Not ergab sich als Tugend der hohe Stand der theoretischen Ausbildung der österreichischen Offiziere im gesamten. Unter der Federführung von Oberst Wiktorin erschien die österreichische Vorschrift „Führung und Gefecht“. Sie wurde auch in Deutschland beachtet und in der Zeitschrift „Deutsche Wehr“ (Nr. 33/30) sehr gut beurteilt.



Foto Archiv

Generaltruppeninspektor, General der Infanterie Sigmund Schilhawsky (links vorne), Staatssekretär für Landesverteidigung, General der Infanterie Wilhelm Zehner (Mitte), Chef des Generalstabes, Feldmarschalleutnant Alfred Jansa (rechts vorne).

Die intellektuelle Stärke blitzt aus der Bemerkung heraus, mit der General Schiebel diese Vorschrift kommentierte: „Je mehr Waffen mechanisiert werden, desto weniger mechanisch darf der Geist sein, der sie führt. Vorschriften und Regeln aufzustellen, die blind eingehalten werden müssen, lähmen den Geist der Truppe. Der Zufall kennt keinen Zwang und Bindungen hemmen den Verstand und die Eigenart“ (S. 124).

Große Leistungen erbrachte die Zentrale Evidenzstelle, die etwa dem heutigen Heeresnachrichtenamt und Abwehramt entsprach.

Trotz des Geldmangels ging Generalmajor Löhr daran, eine Luftwaffe aufzubauen. Er brachte ihre Notwendigkeit auf die knappe Formel: „Im Krieg der Vergangenheit starben die Vorposten, um dem Volk Zeit zu geben, Friedensversäumnisse nachzuholen. Im Krieg der Zukunft wird der Schlag aus der Luft ins Herz des Landes fallen. Wehe dem, der nicht bei Zeiten vorgesorgt hat“ (S. 139).

Eine relative Besserung trat 1935 ein, als Feldmarschalleutnant Jansa die Führung der Sektion III übernahm und damit offiziell Generalstabschef wurde. Man erstellte einen Ausbauplan, der im Jahr 1935 ein ordentliches Budget von 170 Millionen Schilling und ein Sonderbudget von 240 Millionen Schilling erforderte hätte. Das war der Wunsch – die Realität war ein Budget von 116 Millionen Schilling. Trotzdem war es ein großer Fortschritt, denn damit gelang es, das Verhältnis von Personal- zu Sachaufwand auf 43 : 57 Prozent herzustellen (S. 150).

Die finanzielle Besserstellung ergab sich aus der Aufrüstung in Deutschland unter Adolf Hitler und der bedrohlichen Politik, die er gegenüber Österreich führte. Feldmarschall-

leutnant Jansa bereitete einen Verteidigungsplan vor, der alle Ansätze unserer heutigen Raumverteidigung enthält: „Jansa verglich Österreich mit einer großen Festung, deren vorderster Gürtelrand die Grenze bildete. Er dachte aber nicht an eine Gürtellinie, sondern an einen tief gegliederten, befestigten Gürtelraum, den die in diesem Raum stationierten Verbände, auch die Gendarmerie, die Polizei, die Zollwache und vor allem die Standmiliz, rasch besetzen und verteidigen sollten. Als Rückhalt für die Verteidigung des Grenzraumes hätten motorisierte Kräfte bereitzustehen, um einen überraschenden Einbruch schnell bereinigen zu können. Dazu hätte von Anfang an eine starke aktive und passive Luftabwehr zu treten, die, durch Eingreifreserven verstärkt, abgesetzte feindliche Luftlandtruppen unschädlich zu machen hätte“ (S. 154).

So überzeugend der theoretische Plan war, so mußte man an der Realisierung aus mehreren Gründen zweifeln.

Die Stärke des Bundesheeres betrug im Jahr 1938 rund 60 000 Mann. Der Munitionsvorrat für die schweren Waffen reichte für drei bis viereinhalb Kampftage, wobei ein Munitionsausfall durch feindliche Waffenwirkung, vor allem die Luftwaffe, unberücksichtigt blieb.

Politisch mußte man nicht nur mit einem Feind von außen, sondern unter Umständen mit inneren Unruhen durch die Nationalsozialisten rechnen. Es blieb daher unsicher, welche Truppenstärke zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Inneren bzw. gegen den Aggressor von außen eingesetzt werden konnte. Diese Zweifel quälten auch den damaligen Staatssekretär für Landesverteidigung, General Zehner: „Wir würden aufmarschieren, hätten nach zwei Tagen die Munition verschossen und könnten nach Hause gehen“ (S. 170).

Dazu kam, daß auch über die Frage des militärischen Oberbefehls keine feste Regelung vorhanden war. Zwar war bestimmt, daß der Generaltruppeninspektor das Kommando über die Truppen übernehmen sollte, aber Feldmarschalleutnant Jansa hatte darüber hinaus vorgeschlagen, daß der Bundespräsident den militärischen Oberbefehl tatsächlich ausüben sollte. Der Bundespräsident hätte sich bei seiner Befehlshandlung auf den Generalstabschef zu stützen. Diese Konstruktion ließ sich nur damit erklären, daß sich Feldmarschalleutnant Jansa nicht dem Generaltruppeninspektor General der Infanterie Schilhawsky unterordnen wollte. Man stelle sich vor, daß im Einsatzfall der Generalstabschef, der bis dahin alle Planungen und Anordnungen getroffen hatte, den Befehl an den Generaltruppeninspektor hätte übergeben müssen, dessen Einfluß auf die operative Führung bis zu diesem Zeitpunkt sehr gering gewesen war. Nun hätte er die Verantwortung, diese Pläne durchzuführen. Aber der Mann, der sie erstellt hatte, konnte nun auf dem Wege über den Bundespräsidenten wieder auf die Operationsführung Einfluß nehmen. Nach militärischen Grundsätzen muß aber der Kommandant selbstverständlich für die Planung und Durchführung verantwortlich sein, denn diese beiden Elemente stellen eine untrennbare Einheit dar.

Wie Erwin A. Schmidl in seinem Buch „März 1938“ feststellt, hat das Bundesheer 1938 in der entscheidenden Phase des deutschen Einmarsches von der Zentralstelle nur den vagen Befehl erhalten, sich vor den deutschen Truppen nach Osten abzusetzen. In einer Zeit, da die Frage der Spitzengliederung des Bundesheeres wieder aktuell ist, wäre diese geschichtliche Erfahrung zu beachten.

Mit dem Buch wird der Nachweis erbracht, wie die militärische Tradition unter den verschiedensten Voraussetzungen fortwirkt. Die Generalstabsoffiziere im Bundesheer der Ersten Republik waren von einer hohen Pflichterfüllung beseelt. Sie waren militärischwissenschaftlich hervorragend gebildet, aber es fehlte ihnen das Instrument, um ihr Wissen und Können in die Tat umzusetzen. Es wurden viele Pläne und Organisationsformen entworfen, aber keine annähernd wirklich realisiert. Und man klagte, daß man zu wenig Generalstabsoffiziere hatte. Im Jahr 1938 waren im Bundesheer 158 Generalstabsoffiziere tätig (S.

165). Das war nach internationalen Maßstäben ein hoher Stand, da das Bundesheer im gleichen Jahr einen Ist-Stand von etwa 60 000 Mann aufwies. (Erwin A. Schmidl, „März 1938“, S. 44).

Wenn man das Buch von Heribert Kristan gelesen hat, wird man an den Satz von Lidell Hart denken müssen: „Wer aus der Geschichte nichts lernt, ist dazu verurteilt, ihre Fehler zu wiederholen.“

-KKK-

György BALÁZS und Károly SZELÉNYI

Die Magyaren

Geburt einer europäischen Nation

92 Seiten, 100 Farb- und 10 Schwarzweißfotos, Leinen, S 160,-

ISBN 3-215-07088-X

Österreichischer Bundesverlag, Wien 1989

Die Ungarn traten erstmals in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts in Europa in Erscheinung. Sie eroberten das Donaubecken und das benachbarte Siebenbürgen. Vor ihnen war dieses Gebiet von Kelten, Römern, Hunnen, Slawen, Germanen und Awaren bewohnt worden.

Im vorliegenden Band erzählen der Historiker György Balázs, Verfasser eines erfolgreichen Romans über das Leben von Ungarns König Stephan dem Heiligen, und der Fotograf Károly Szelényi, dessen Landschaftsaufnahmen in zahlreichen Bildbänden erschienen sind, die Geschichte der Niederlassung der Ungarn in Mitteleuropa. Das Buch endet mit dem Jahr 1301, dem Aussterben des ersten ungarischen Herrscherhauses, der Arpaden. Arpad war noch ein heidnischer Stammesführer, doch fünf seiner Nachfahren wurden nach der Bekehrung der Ungarn zum Christentum heiliggesprochen.

Der Band wird durch Abbildungen von Kunstgegenständen, Handschriften und mittelalterlichen Baudenkmalern ergänzt.

Vor allem jenen, die die Entwicklungen in unserer Nachbarschaft nicht spurlos an sich vorbeiziehen lassen wollen, ist dieses Buch ein wertvoller Helfer zur geistigen Aufarbeitung der Geschehnisse.

-AKE-

Hildegard LEITGEB und Leopold TOIFL

Ostösterreich im Bocskay-Aufstand 1605

Heft 63 der „Militärhistorischen Schriftenreihe“, herausgegeben vom Heeresgeschichtlichen Museum Wien

64 Seiten, 12 Schwarzweißabbildungen, 2 Kartenskizzen, Leinen, S 98,-

ISBN 3-215-07428-1

Österreichischer Bundesverlag, Wien 1990



Stephan Bocskay de Kis Maria.

Der neue Band der Militärhistorischen Schriftenreihe geht auf die detailliert aufgearbeiteten historischen Ereignisse des im Jahre 1604 begonnenen und von Stephan Bocskay de Kis Maria, im April 1605 zum Fürsten von Siebenbürgen gewählt, angeführten Aufstandes gegen das Habsburgerreich unter Kaiser Rudolf II. ein. Diese durch soziale und politische Spannungen hervorgerufene Erhebung, deren

Ereignisse und handelnde Personen nahezu vollständig aus dem historischen Bewußtsein verschwunden sind, lag nicht nur für zeitgenössische Historiographen im Interesse für kriegsgeschichtliche Forschungen. Geht man den Darstellungen der Ereignisse auf den Grund, so muß die Geschichtsschreibung auf zwei verschiedene, aber ineinander übergreifende Kriegshandlungen Bedacht nehmen: auf den zum Raubkrieg eskalierenden nationalen Freiheitskampf Stephan Bocskays und auf die zwischen dem Habsburgerreich und den Türken von 1593 bis 1606 ausgebrochene bewaffnete Auseinandersetzung.

Nachdem die Türken und Bocskays Anhänger, von Zeitgenossen auch als „Haiduken“ bezeichnet, Ungarn zu großen Teilen in ihre Hand bekamen, drangen die Horden Bocskays im Laufe des Jahres 1605 plündernd, mordend und brandschatzend in Niederösterreich, Burgenland und der Steiermark ein. Der Sieg der Kaiserlichen Ende 1606 gegen die Aufständischen, ein Waffenstillstand und die Unterzeichnung des „Wiener Friedens“ im Juni 1606 konnten die Ordnung wieder herstellen.

Kurzbiographien, Zeitdokumente, eine Spitzengliederung der Aufständischen, eine Kommandostruktur der kaiserlichen Truppen, Skizzen, Abbildungen und ein Verzeichnis der gedruckten Quellen und Literatur vervollständigen diese lokalhistorische Darstellung.

-PRI-

Klaus AMANN und Hubert LENGAUER (Hrsg.)

Österreich und der Große Krieg 1914 – 1918

Die andere Seite der Geschichte

272 Seiten, 126 Abbildungen und Karten, broschiert, S 480,-

ISBN 385447-296-X

Verlag Christian Brandstätter, Wien 1989

Eingeleitet mit einem Zitat von Sigmund Freud aus „Die Enttäuschung des Krieges“ (1915) als Prolog, lassen die Herausgeber 40 Autoren in den drei Hauptabschnitten des systematisch angelegten Sammelwerkes „Vorkrieg“ (literarische und ideologische Aufrüstung), „In dieser großen Zeit“ und „Was blieb vom Doppeladler“ (Blick von innen und von außen) durch sachbezogene Einzelaufsätze zu Wort kommen.

Dabei wird der nach dem Ersten Weltkrieg entscheidend eingeengte Rahmen für die österreichische Kultur zugleich auch in größere Zusammenhänge gestellt, indem die Literatur der sogenannten „Nachfolgestaaten“ exemplarisch miterücksichtigt wird; inwiefern nämlich in der Literatur Jugoslawiens, Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns der Zerfall der Monarchie reflektiert und bewertet wird. Belegt wird diese interessante Schilderung durch eine Fülle von Bilddokumenten, die jene in den Beiträgen beschriebene „andere Seite der Geschichte“ auch optisch wirkungsvoll gestalten.

Kurzbiographien der Autoren, ein Personenregister und ein Bildquellennachweis erleichtern den Zugang zu diesem inhaltlich anspruchsvollen Sammelband.

-Gi-

Zvonimir GRBAŠIĆ und Velimir VUKŠIĆ

Die große Zeit der Kavallerie

278 Seiten, 120 Farbzeichnungen und 80 Schwarzweißabbildungen, Karton, DM 69,-

ISBN 3-613-01303-7

Motorbuch Verlag, Stuttgart 1989

Vertrieb in Österreich: Fa. Morawa, Wien

Jahrhundertlang bildeten berittene Soldaten das Rückgrat der größten Armeen der Welt. Mit dieser Geschichte der Kavallerie wurde ein faszinierender Zweig des Militärwesens in seiner ganzen Vielfalt dargestellt. Beginnend beim Pfälzischen Erbfolgekrieg im Jahr 1688, stellt „Die große Zeit der Kavallerie“ alle wichtigen Kriege und Schlachten vor, in denen der Kavallerie eine entscheidende Rolle zukam. Das Buch schließt mit den letzten Gefechten, in denen Anfang des Zweiten Weltkrieges noch die Kavallerie zum Einsatz kam. Die historische Schilderung wird durch die

Beschreibung der verschiedenen Arten der Kavallerie bereichert, wie der Garde, der Dragoner, Husaren usw. Auch die Verbände, in denen sie organisiert waren, wie die Schwadron, das Regiment, die Brigade usw., werden erläutert. Zahlreiche, über das gesamte Buch verteilte Farbillustrationen vermitteln dem Leser einen hervorragenden Eindruck von dieser Elitekampftrope.

Von folgenden wichtigen militärischen Unternehmungen wird berichtet:

- Pfälzischer Erbfolgekrieg (1688 bis 1697);
- Spanischer Erbfolgekrieg (1701 bis 1713);
- Amerikanischer Unabhängigkeitskrieg (1775 bis 1783);
- Napoleonische Kriege (1804 bis 1815);
- Krim-Krieg (1853 bis 1856);
- Amerikanischer Bürgerkrieg (1861 bis 1865);
- Erster Weltkrieg (1914 bis 1918);
- Russischer Bürgerkrieg (1917 bis 1922).

Sowohl dem Fachmann als auch dem interessierten Laien bietet dieses Buch viele Fakten über diese heute nicht mehr aktuelle Form der Kriegführung, der sowohl strategisch als auch in bezug auf den Ausgang der Schlachten in allen maßgeblichen Kriegen der Weltgeschichte eine wesentliche Rolle zukam.

-Red-



Werner SCHACHINGER

Die Bosniaken kommen

Elitetruppe in der k.u.k. Armee 1879 – 1918

360 Seiten, zahlreiche Fotos und Abbildungen, broschiert, S 358,-

ISBN 3-7020-0574-9

Stocker-Verlag, Graz 1989

Von den Truppen der k.u.k. Armee haben in den letzten Jahren nur wenige ausführlichere Darstellungen erfahren. Zum einen waren es die Regimenter, die als Gebirgstruppen in Südtirol Verwendung gefunden haben, und schon an zweiter Stelle sind die Bosniaken zu nennen. Während aber bei der Darstellung des Gebirgskrieges die nach wie vor bestehenden mentalen Verbindungen zu dem Raum und den dort eingesetzten Truppen ausschlaggebend waren, ansonsten aber nicht spezifiziert wurde, fällt dieser Beweggrund bei den Bosniaken weg. Sie sind dafür jene Truppe, die wegen ihres orientalischen Äußeren und der vielleicht noch immer sentimentalen Bindung an ein Gebiet der Monarchie, das nur Jahrzehnte, wenn nicht überhaupt nur Jahre zum Habsburgerreich gehörte, nämlich von der Okkupation 1878 bzw. der Annexion 1908 bis zum Zerfall des Reiches in Erinnerung geblieben ist.

„Die Bosniaken kommen“ wurde vor und während des Ersten Weltkrieges sicherlich

anders verstanden als heute, wenn auf eine Gastarbeiter- oder Flüchtlingsproblematik aufmerksam gemacht werden soll. Wenn die Bosniaken kamen, wurde damit gerechnet, daß besonders schlagkräftige und manchmal wilde Truppen eingriffen.

Werner Schachinger widmet das Hauptaugenmerk seines erzählerisch gestalteten Buches der Zeit des Ersten Weltkrieges. Er deutet für die Zeit davor lediglich an, daß sich mit den Bosniaken auch alle möglichen Krawalle und deutsch-nationale Ressentiments verbunden haben, doch für den Krieg hatte das kaum mehr Bedeutung. Die Bosniaken waren während der Feldzüge gegen Serbien, in Rußland, am Isonzo und an der Südtirol-Front eingesetzt. Sie kämpften in Albanien und bei der letzten österreich-ungarischen Offensive. Schachinger geht es am wenigsten um eine kriegsgeschichtliche Würdigung, sondern um das Festhalten von Schicksalen und Impressionen. Vielleicht sollte man noch erwähnen, daß sich auch das Bundesheer der Bosniaken angenommen und ihnen in der Traditionspflege des Landwehrstammregimentes 54 eine Heimat gegeben hat. Auch dabei sind es am wenigsten die konkreten Bezüge als das Bemühen, diese mittlerweile exotisch scheinenden Soldaten der alten Armee im Bewußtsein des heutigen Österreich zu erhalten.

-Rau-

Laurent MIROUZE

Infanteristen des Zweiten Weltkrieges

Band 2 der Reihe „Euro Militaria“

66 Seiten, 64 Farbfotos, broschiert, DM 23,80

ISBN 3-924753-27-X

Verlag Dissberger, Düsseldorf 1990

Erstmals werden die Uniformen und die Ausrüstung der Infanteristen aller am Zweiten Weltkrieg beteiligten Nationen in Farbfotos und mit erklärendem Text vorgestellt. Neu ist auch, daß hiezu die originalen Uniformen, Ausrüstungsgegenstände und Waffen aus verschiedenen Privatsammlungen zusammengetragen wurden, um diese vergleichbar „am Mann“ zu dokumentieren. Jeder der 31 Soldaten – Amerikaner, Belgier, Briten, Deutsche, Franzosen, Italiener, Japaner, Polen und Russen – wird auf zwei großformatigen Fotos, jeweils von vorne und hinten, gezeigt. Anhand einer Zeichnung werden alle Uniformteile erklärt.

Der vorliegende Band ist der erste einer Serie, die in zweimonatigem Abstand erscheinen soll. Die Bände werden getrennt in vier Sprachen herausgebracht; dadurch konnte auch ein für ein derartiges Werk wirklich niedriger Preis pro Band erreicht werden.

Angekündigt sind demnächst zwei weitere Bände: Band 1 – „Paras, die 11. französische Fallschirmjägerdivision“; Band 3 – „Infanteristen des Ersten Weltkrieges“.

Ein Muß für Uniformkenner und Modellbauer.

-RMU-

Anton HOPFGARTNER

Kurt Schuschnigg

Ein Mann gegen Hitler

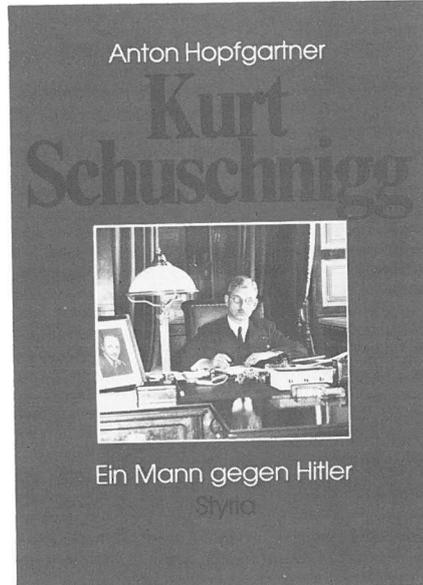
379 Seiten, 14 Schwarzweißabbildungen, Leinen, S 350,-

ISBN 3-222-11911-2

Verlag Styria, Graz-Wien-Köln 1989

Mit dieser ersten, nach dem Zweiten Weltkrieg erschienenen Biographie über Kurt Schuschnigg versucht der Autor, die im politischen Alltag eher nüchtern wirkende Persönlichkeit in ein neues Licht zu rücken.

Der im privaten Kreis als geisteswissenschaftlich-humanistisch gebildete und musisch begabte, durch seine Herkunft aus einer altösterreichischen Familie und die Erziehung an einer von Jesuiten geführten Eliteschule geprägte Mensch, der in der österreichischen Bundespolitik als Minister und schließlich Bundeskanzler (1934 bis 1938) wirkte, gehört wohl zu den umstrittensten, aber auch markantesten Persönlichkeiten der Ersten Republik. Einerseits wirft man ihm vor, durch den Plan einer Volksbefragung Österreich in die Hände des Deutschen Reiches gespielt zu



haben, andererseits wird er als aufrechter Patriot, dem man auch nachsagt, sich Hitler einige Jahre widersetzt zu haben, gewürdigt.

Auch wenn sich dieses Buch seinem Umfang nach vorwiegend seiner politischen Tätigkeit in der Zeit von 1924 bis 1938 widmet – nach der Ernennung zum Abgeordneten 1927 wurde er 1932 Justizminister und übernahm nach der Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß 1934 dessen Funktion –, lag der Schwerpunkt der Arbeit für den Autor in der aufwendigen und mühsamen Erforschung der Perioden, bevor und nachdem Schuschnigg politisch tätig war. Mit dem in „Hülle und Fülle“ zur Verfügung stehenden Quellenmaterial aus der Zeit, in der Schuschnigg als Minister und Kanzler wirkte, versucht der Autor, dessen Haltung und Entscheidungen in der Politik in Beziehung zu seinen Neigungen und Charaktereigenschaften, seinen Ansichten und Handlungen zu bringen.

So versteht sich diese Biographie als eine Darstellung der Person Kurt Schuschnigg, die den Politiker nicht nur als Handelnden, sondern auch als Mensch und Persönlichkeit charakterisiert.

-PRI-

Rainer BINDER und Walter SCHENK

Rache am Alltag!

Mörderisch heitere Kurzgeschichten

96 Seiten, gebunden, DM 19,80

ISBN 3-89009-112-1

Verlag Frieling & Partner GmbH, Berlin 1989

Ein „Schmunzelband“ besonderer Art. Die Autoren nehmen in ihren Kurzgeschichten die kleinen Widrigkeiten des Alltags und das menschliche Gemüt auf's Korn, wobei ein kräftiger Schuß Ironie, aber auch der notwendige Charme nicht fehlen.

Ein kleines Buch zum Mitbringen, dessen Lektüre so manches eigene Problem vergessen läßt.

-RK-

Peter HOFBAUER

Insel der Fröhlichen

Humor, Witz und Satire in Österreich

264 Seiten, 38 Karikaturen, Karton, S 298,-

ISBN 3-8000-3338-0

Verlag Carl Ueberreuter, Wien 1989

Dieser ansprechende Band, reich illustriert mit treffenden Karikaturen von Dieter Zehentmayr, bietet dem Leser eine breite Palette echt österreichischen Humors aus der Gegenwart und der Vergangenheit: Ländliches und Urbanes, Volksbelustigung und Satire sowie Stammtischwitz und bürgerliche Komödie.

Der Verfasser verfolgt, unterstützt von Josef Sills, die Spuren der vielseitigen spezifisch

österreichischen Humorbegabung bis zurück zur Symbollfigur des „Lieben Augustin“.

Alles in allem ein Psychogramm aus den bemerkenswertesten Blüten österreichischen Humors, welches einem nicht nur Schmunzeln entlockt.

Ein umfassendes, vielsagendes Quellenverzeichnis, bei dem – aus welchen Gründen auch immer – leider Roda Roda fehlt, läßt auf die Herkunft der sorgfältig zusammengetragenen, erlesenen und humorvollen „Köstlichkeiten“ schließen.

-Gi-

Gerhard WÜNSCH und Rudolf WANDEL

Ernährungssicherstellung für die Bundeswehr und verbündete Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland

Band 5 der Schriftenreihe „Zivile Verteidigung“

130 Seiten, mehrere Organigramme, Ablaufschemata, gesetzliche Bestimmungen und Formblätter, kartoniert, DM 19,80

ISBN 3-8029-6695-3

Walhalla u. Praetoria Verlag, Regensburg 1989

Im ersten Abschnitt „Die Versorgung der Bundeswehr mit Verpflegung in Friedenszeiten“ wird überblicksartig die bei der Bundeswehr praktizierte Trennung zwischen Militär- und territorialer Bundeswehrverwaltung, bezogen auf das Verpflegswesen, dargestellt.

Gemäß Erlaß des Bundesministeriums der Verteidigung über „Abgrenzung und Wahrnehmung von Verwaltungs- und Versorgungsaufgaben“ sind bei der Truppe sogenannte Verpflegswirtschaftstruppenteile eingerichtet, deren Aufgabe in der Anforderung, dem Empfang und dem Nachweis von Lebensmitteln sowie der Zubereitung und Ausgabe der Tageskost besteht.

Die laufende Beschaffung von Lebensmitteln und Ausgabe derselben an die Verpflegswirtschaftstruppenteile obliegt den Standortverwaltungen. Das Wehrbereichsverpflegsam ist mit seinen Außenstellen und Lagern für den Verteidigungsvorrat (Bevorratung von Lebensmitteln) zuständig.

Besondere Bedeutung kommt dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in den Bereichen bundeswehrspezifische Entwicklungen, Erlassung von Grundsätzen für die Beschaffung und Feldbäckerei zu. Der einvernehmlich mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forste erstellte Verpflegungsplan berücksichtigt insbesondere die neuesten ernährungsphysiologischen Erkenntnisse.

Interessant ist, daß „Verdachtsproben“ je Mahlzeit für 48 Stunden aufbewahrt werden müssen.

Die Sätze des Verpflegungsgeldes sind den österreichischen vergleichbar und liegen je nach Umrechnungskurs bei S 36,- bis 41,- (DM 5,15) pro Tag.

Vorteilhaft erscheint die bereits im Frieden bestehende zivile Militärverwaltung. Diese kann im Verteidigungs- bzw. Spannungsfall nahtlos mit der diesbezüglichen zivilen Verwaltung zusammenarbeiten.

Das auf Art. 80 a GG basierende Ernährungssicherstellungsgesetz einschließlich der Ernährungsbewirtschaftungsverordnung kann in Analogie zur österreichischen Lenkungssetzunggebung gesehen werden.

Die o.a. Gesetzgebung ist im Vergleich zur österreichischen wesentlich präziser. Als wesentliche Vorgaben sind insbesondere hervorzuheben:

- Die Ablieferungspflicht der Erzeuger auf der Grundlage von Bezugsbescheinigungen.
- Die Befristung des Abgabeverbotes im Fall der Umstellung auf die Lebensmittelbewirtschaftung mit 48 Stunden (mit Ausnahmebestimmungen für das Heer).
- Die jährliche „Bedarfsmitteilung/Bedarfsanmeldung“ an die zivilen Behörden zwecks Auffüllung des für vier Wochen vorgesehenen „Verteidigungsvorrates“. Aufgrund dieser Meldungen werden unter Berücksichtigung der Versorgungssicherung für den

zivilen Bereich dem Militär konkrete Lieferanten und damit auch die Versorgungswege zugeordnet.

Innerhalb des Verteidigungsvorrates gibt es die sogenannte „Truppenbeladung“, die offenbar analog der Erstausrüstungsverpflegung bei der Truppe ausgelagert ist und von dieser mitgeführt wird.

Im Rahmen der Wirtschaftlichen Landesverteidigung erscheint es erforderlich, das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz in Analogie zum Ernährungssicherstellungsgesetz zu präzisieren.

-GE-

Richard Lawrence WILSON

Colt

Eine amerikanische Legende

406 Seiten, 308 Farb- und 115 Schwarzweißbilder, gebunden, DM 98,-

ISBN 3-613-01301-0

Motorbuch Verlag, Stuttgart 1989

Vertrieb in Österreich: Fa. Morawa, Wien

Ein Prachtband! Dieser erste Eindruck verstärkt sich noch beim Studium der Dokumentation des weltweit anerkannten Colt-Experten Richard Lawrence Wilson, herausgegeben anlässlich des 150jährigen Jubiläums von Colt-„Firearms“.

Das Buch bietet nicht nur eine Augenweide für Waffenfreunde und Historiker, sondern ist auch ein umfassendes Nachschlagewerk für Sammler, Händler und Auktionshäuser. Geschichte, Entwicklung und die heutige Bedeutung eines jeden Colt-Modells werden klar und detailliert aufgezeigt. Da der Band im Querformat – 229 mm breit – angelegt ist, sind zahlreiche Waffen in Originalgröße abgebildet, wobei die Beschaffenheit des Materials, Ziselierungen und Gravuren gestochen scharf abgebildet sind. Alle Waffen werden zum Schluß noch in einem 45seitigen Tabellenteil zusammengefaßt.

-Wid-

Josef GERNER

Information aus dem Weltraum

Die neue Dimension des Gefechtes

Band 7 der Reihe „Libertas optima rerum“

367 Seiten, 10 Skizzen, broschiert, DM 49,80
ISBN 3-8132-0336-0

Verlag E.S. Mittler & Sohn, Herford-Bonn 1990

Die rasante Entwicklung der Weltraumtechnologie führt zu einer ständig steigenden zivilen und militärischen Nutzung des Weltraums. Das in den nächsten Jahrzehnten zu erwartende Informationsangebot der Satelliten wird neue Dimensionen der Navigation, Kommunikation, Erkundung und Aufklärung erschließen.

Das in Form einer sachlichen Studie gestaltete Buch erläutert die zukünftigen Unterstützungsleistungen der Informationssatelliten und analysiert deren mögliche Auswirkungen auf die militärische Führungs- und Aufklärungsfähigkeit, Beweglichkeit, Feuerkraft und militärisch-politische Handlungsfähigkeit.

-Red-

Manfred GRIEHL und Joachim DRESSSEL

Heinkel He 177-277-274

Eine luftfahrtgeschichtliche Dokumentation

226 Seiten, zahlreiche Fotos und Skizzen, gebunden, DM 49,-

ISBN 3-613-01299-5

Motorbuch Verlag, Stuttgart 1989

Vertrieb in Österreich: Fa. Morawa, Wien

Der einzige echte schwere Bomber der Luftwaffe hatte keinen guten Start, weder von den Vorgaben, dem Bau, dem verwendeten Material noch vom Einsatz her. Die Forderung nach Sturzfähigkeit – daher die Auslegung mit zwei Doppelmotoren –, geboren aus den ersten Erfolgen des Blitzkrieges, dazu Mangel an qualitativen Materialien und Stoffen, letztlich auch der Mangel an Treibstoff und die gegen-

rische Luftüberlegenheit ließen bemerkenswerte Fortschritte und Erfolge nicht zu.

Dieses Buch liefert in seiner Gesamtheit ein Beispiel, wie man ohne Konzept, ohne taktisch-technischer/logistischer Einheit bereits von Beginn an ein System zum Scheitern bringen kann. Die erste Attrappe wurde bereits am 5. November 1937 auf He 177 getauft. Bis der Lieferpreis pro Flugzeug von 1 357 000,- Reichsmark im Februar 1940 festgesetzt wurde, vergingen bereits Jahre ohne echte Problemlösungen. Die Triebwerksprobleme waren letztlich auch schuld an vielen Verlusten, die nichts mit Feindeinwirkung zu tun hatten.

Dennoch stellte die He 177 einen Rekord auf. Sie war die erste einsatzfähige Plattform als Lenkwaffenträger. Seit 1939 die Gleitbombe HS 293 entwickelt worden war, wurde an einer draht- und/oder funkgesteuerten Bombe gearbeitet (Ersteinsatz 21. November 1943 mit He 177 der II./KG 40).

Die weiteren Entwicklungen der He 177-277-274 werden dann auch der Vollständigkeit halber im Buch dem sogenannten „Amerika Bomber“ (Me 264 mit vier und sechs Motoren) gegenübergestellt. Alles in allem damals weder von den Ressourcen noch von den Voraussetzungen her realisierbar.

Ein umfangreicher Anhang mit einem kompletten Baureihen-Versuchsmuster- und Verbleibregister ergänzt die Darstellungen. Um endgültige Urteile zu fällen, sollte man allerdings weiterführende Literatur, beispielsweise „Die Luftwaffe 1933 – 1945“ von Matthew Cooper, heranziehen. Denn dazu reicht auch ein ausgezeichnetes Buch über ein Flugzeugschicksal im Vordergrund der damaligen Zeit nicht.

-PK-

Hartmut NÖLDEKE

Die Fregatte „Friedrich Wilhelm zu Pferde“ und ihr Schiffs-Chirurg

Reihe „Schiff und Zeit Spezial“

63 Seiten, 16 Abbildungen, broschiert, DM 24,80

ISBN 3-7822-0489-1

Koehlers Verlagsgesellschaft, Herford 1990

Die Fregatte „Friedrich Wilhelm zu Pferde“ wurde 1680/81 als größtes Schiff der kurbrandenburgischen Flotte auf der Werft in Pillau erbaut und war 39,2 Meter lang und 10,4 Meter breit. Bei 4,6 Meter Tiefgang dürfte die Fregatte rund 1 150 Tonnen verdrängt haben, verfügte über insgesamt 74 Geschützstände und Geschützluken und hatte rund 250 Mann Besatzung an Bord.

1692 lief diese Fregatte nach Westindien aus, erfüllte ihre Aufgaben und trat am 29. August 1693 von St. Thomas aus die Rückreise an. Dabei traf die Fregatte am 30. Oktober 1693 im Seegebiet vor Cadix auf einen französischen Linienschiffsverband und wurde nach kurzem Gefecht mit den drei Schiffen genommen.

Die beschädigte Fregatte konnte aber nicht eingbracht werden, wurde daher von den Franzosen in Brand gesteckt und sank. Die Besatzung wurde nach Brest gebracht.

Dieser Band schildert kurz die Ausrüstung und schiffbautechnischen Eigenheiten dieser Fregatte, gibt einen Überblick über ihre Einsätze und beschreibt anhand des Tagebuches des Schiffs-Chirurgen Johann Peter Öttinger eingehend diese große und letzte Unternehmung der Fregatte. Dabei werden außerordentliche Einblicke in Leben und Treiben an Bord eines Schiffes dieser Zeit geboten, wodurch erkennbar wird, welche außerordentlichen Leistungen bei einer derartigen Reise erbracht werden mußten.

-HP-

Frank BINDER und Hans H. SCHLÜNZ

Schwerer Kreuzer „Blücher“

215 Seiten, Leinen, 74 Abbildungen, zahlreiche Skizzen, DM 44,-

ISBN 3-7822-0487-5

Koehlers Verlagsgesellschaft, Herford 1990

In den frühen Morgenstunden des 9. April 1940 sank der deutsche schwere Kreuzer „Blü-

cher“ an der engsten Stelle des Oslo-Fjordes in der Dröbak-Enge nach einem einseitigen Gefecht gegen die dortigen Anlagen der norwegischen Küstenverteidigung unter großen Menschenverlusten.

Dieses Ereignis bildete den Kulminationspunkt des deutschen Vorstoßes zur norwegischen Hauptstadt im Rahmen des Unternehmens „Weserübung“, der deutschen Operation zur Besetzung Norwegens.

Der Band gibt einen kurzen Überblick über die Einsätze des schweren Kreuzers „Blücher“, der als Flaggschiff am Vorstoß in den Oslo-Fjord teilnahm, und behandelt überaus eingehend die wenigen Stunden des Vormarsches in diesem Fjord, des Gefechtes gegen die Küstenverteidigung und den Untergang des Kreuzers. Zahlreiche Überlebende schildern im Detail ihre Erlebnisse und Eindrücke und vermitteln so ein deutliches Bild des Schreckens einer derartigen Ausnahmesituation.

Die in späterer Folge erhobenen Vorwürfe gegen die Schiffs- und Verbandführung werden kurz zusammengefaßt eingebracht. Besondere Beachtung wird den kritischen Stellungnahmen geschenkt.

Mit diesem Band wird die Reihe der Einzeldarstellungen zu den Schicksalen der schweren Überwasserschiffe der deutschen Kriegsmarine mehr oder weniger „abgerundet“, nachdem gerade das nur kurze „Dasein“ des Kreuzers „Blücher“ bisher noch nicht in diesem Umfang und mit dieser Detailgenauigkeit dem interessierten Leser zur Verfügung stand.

-HP-

Kurt GERDAU

Kampfboot M 328

Von der Selbstverständlichkeit der Pflicht

200 Seiten, 38 Schwarzweißfotos, 32 Dokumente und Schiffsrisse, DM 39,80

ISBN 3-7833-0477-8

Koehlers Verlagsgesellschaft mbH, Herford 1989

Eingebettet in den Rahmen der Aufgaben der 25. Minensuchflottille der Deutschen Kriegsmarine im Zweiten Weltkrieg wird die Geschichte des Minensuchbootes M 328 und seiner Besatzung dargestellt. Dieses Minensuchboot vom Typ 40, erbaut von der Werft Oderwerke in Stettin, in Dienst gestellt am 18. August 1944, umgerüstet zum Kampfboot, nahm ab Mitte Oktober 1944 den verantwortungsvollen und gefährlichen Einsatz des Geleitdienstes für Transportschiffe aller Art nach Kurland, Litauen und Memelland auf.

Der Autor gliedert die Geschichte des Kampfbootes, entsprechend den drei Kommandanten, in drei Hauptkapitel, denen kurze Zusammenfassungen über den Minensuchboot-Typ 40, die Funkmeßortung, die Geschichte der 25. Minensuchflottille sowie über die Stettiner Oderwerke ergänzend angefügt sind. Im Bemühen für eine wirklickeitsnahe Schilderung bedient sich der Autor teilweise der direkten Rede und gibt dem nicht fachkundigen Leser einige Rätsel mit seemännischem Vokabular auf. Drei, den Hauptkapiteln jeweils angefügten Chroniken entnimmt der Leser den großen Zusammenhang des Aufgabenbereiches des Kampfbootes: die erfolgreiche Mitwirkung am größten Rettungswerk der Seegeschiechte, die Flucht über die Ostsee von vielen hunderttausend Flüchtlingen, Verwundeten und Soldaten sowie im Gegenzug den noch funktionierenden Nachschub für die eingeschlossene Kurland-Armee.

Das Buch will sich als bisher unterbliebener Dank an die Männer auf den Geleitdienstbooten verstehen sowie als eine Erinnerung an Einsatzbereitschaft, Verantwortung und Pflicht. Die Geschichte des Kampfbootes endet nicht mit dem Waffenstillstand im Mai 1945, sondern setzt sich fort mit den Aufgaben als Minenräumdienstboot im Rahmen der vom British Naval Commander-in-Chief Germany veranlaßten Aufstellung des Deutschen Minenräumdienstes (GMSA) bis hin zur Übergabe des Bootes am 9. April 1947 an die U.S. Navy.

-Pir-

Meine Meinung

In der Heeresreformdiskussion in Österreich werden immer wieder zum Teil scheinbare Probleme angeführt. Einige der realen Fakten, die es zu berücksichtigen gibt, nennt der Chefredakteur in seiner Kolumne.

Ist uns die Bedrohung abhanden gekommen?

Gedanken in Hinsicht auf ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, in dessen Rahmen Österreich nicht die Rolle eines „Sicherheitsparasiten“ spielen könne, zeigen neue Aspekte für die Militärische Landesverteidigung auf.

Die politisch-militärische Situation in Europa und die Konsequenzen für uns

In seiner Festansprache anlässlich des Partnerschaftsseminars 1990 geht der Generaltruppeninspektor auf die jüngsten Entwicklungen in Europa ein und leitet davon die sicherheitspolitische Situation und die sich daraus für Österreich ergebenden Konsequenzen ab.

Aus der Truppe

Bei der Kürze der Wehrdienstzeit geht jeder Einsatz zu Lasten der Ausbildung. Will man nicht die Wehrdienstzeit verlängern oder in Form einer Mobilmachung voll ausgebildete Kräfte bereitstellen, führt dies zum „Arbeitsersatz“ von nicht oder nur teilausgebildeten Soldaten, die aufgrund ihrer dann für andere Zwecke verbrauchten Wehrdienstzeit nie einen vollen Ausbildungsstand erreichen.

Gedanken zur Reformdiskussion um das Bundesheer

Der Leiter der Ausbildungs- und Vorschriftenabteilung versucht, die in der Reformdiskussion angesprochenen Problemstellungen zu relativieren und geht dabei unter anderem auf Fragen wie Größenordnung, Struktur, Führungshierarchie, Ausrüstung, Aufgabenstellung, Ausbildung, tägliche Dienstzeit, Dauer der Wehrdienstzeit und Systemerhalterproblem ein.

Mit einfachen Worten...

Die zentrale Aufgabe eines Heeres ist dessen Schutzfunktion. Daß dafür bereitgestellte Kräfte und Mittel auch für andere Erfordernisse genutzt werden können, ist selbstverständlich. Das Problem liegt in der Kürze der Wehrdienstzeit, die zur Gänze für die Erreichung des erforderlichen Ausbildungsstandes benötigt wird und keine „Nutzungsphase“ enthält.

Militärische Sicherheitspolitik unter Reformdruck (II)

Im zweiten Teil seines Beitrages wirft der Autor Kritikpunkte am derzeitigen System auf und schließt mit Fragen zur strukturellen Reform des Bestehenden.

Aktuelles Weltgeschehen

Der Autor meint, daß als Folge der politischen Erosionen im Ostblock Österreich zwar nicht das „Bedrohungsbild“, aber das traditionelle „Rollenverständnis“ abhanden gekommen ist. Die „Brücken- und Drehscheibenfunktion“ Österreichs geht verloren.

My Opinion

Time and again, part of the discussion on a military reform in Austria deals with only seeming problems. Some of the real facts worth considering are pointed out by the editor.

Has the Threat Vanished?

Ideas pertaining to a pan-European security system that does not give Austria a free ride open up new aspects for military national defence.

The Political and Military Situation in Europe and its Impact on Us

In his speech on the occasion of the Partnership Seminar 1990, the Inspector General of the Austrian Armed Forces elaborated on the latest developments in Europe and their effects on the situation of Austria in the field of security policy as well as on the actions to be taken.

From the Forces

Performing these tasks in the all too short time of national service will be to the detriment of training time. Unless the duration of national service is extended or already trained forces are provided through mobilization, untrained or insufficiently trained soldiers have to perform a job during the time in which they should have been trained, and therefore their training will remain incomplete because their time has been spent otherwise.

Ideas about the Reformation of the Austrian Armed Forces

The head of the Training and Manuals Department in the MoD dwells on the problems highlighted during the discussions on the reformation of the Austrian Armed Forces and, amongst others, outlines size, structure, command and control hierarchy, equipment, tasks, training, daily duty hours, duration of the national service, and problems of maintaining the system.

In Simple Words...

The elementary task of an Army is to protect. It is quite natural that the resources put aside for this task can be used for other requirements as well. The problem lies in the short duration of the national service, all of which is needed to obtain the skills required, excluding any utilization period.

Military Security Policy Under Pressure to Reform (II)

In the second part of his contribution the author highlights areas of the present system that are under criticism and concludes the article with questions concerning the reform of the present structures.

Topical Events

The author thinks that it is not a threat scenario, but the understanding of the traditional roles to be played which has been lost in Austria due to the political process of erosion in the Eastern Bloc. Austria is about to lose the function of a meeting place.

Mon avis

Au cours de la discussion portant sur la réforme de l'Armée en Autriche sont toujours de nouveau cités en partie de faux problèmes. Dans sa colonne le rédacteur en chef présente certaines données dont il faut réellement tenir compte.

N'existe-t-il plus de menace pour nous?

Des réflexions en vue d'un système de sécurité paneuropéen, dans le cadre duquel l'Autriche ne pourra pas jouer le rôle d'un „parasite en matière de sécurité“, mettent en évidence de nouveaux aspects pour la Défense Nationale Militaire.

La situation politico-militaire en Europe et les conséquences qui en résultent pour nous

Dans son discours de fête à l'occasion du „séminaire de jumelage 1990“ le Général Inspecteur général des troupes traite des évolutions récentes en Europe et en déduit la situation qui se présente dans le domaine de la politique de sécurité ainsi que les conséquences qui en résultent pour l'Autriche.

De la troupe

À cause de la courte durée du service national c'est l'instruction qui fait les frais de tout emploi non militaire. Si l'on n'a pas l'intention de prolonger la durée du service national ou d'engager, sous forme d'une mobilisation militaire, des soldats ayant reçu une formation militaire complète, ceci conduira à la „mobilisation pour le travail“ d'appelés sans formation militaire ou n'ayant reçu qu'une formation militaire partielle, qui dans la suite ne pourront plus jamais atteindre le niveau d'opérationnalité requis parce qu'on les a employés pour d'autres tâches au cours de leur service national.

Réflexions sur la discussion portant sur la réforme de l'Armée fédérale

Le directeur de la Section „Ausbildung und Vorschriften“ (Instruction et TTA au sein de l'Inspektorat général des troupes) tente de relativiser les problèmes soulevés dans le cadre de la discussion sur la réforme en traitant entre autres des questions telles que l'ordre de grandeur, la structure, la hiérarchie de commandement, les équipements, les missions, la formation militaire, la journée de service, la durée du service national et le problème des appelés servant huit mois en bloc comme „employés“ dans l'organisation du temps de paix.

Parlons tout simplement...

La mission centrale d'une armée est sa mission de protection. Il va de soi que les forces et les moyens disponibles à cet effet peuvent également être employés pour d'autres besoins. C'est la brièveté du service national qui pose des problèmes, vu que le temps disponible doit être épuisé à fond pour pouvoir acquérir le niveau d'opérationnalité requis et qu'aucune „phase d'exploitation“ n'y est prévue.

L'exigence de réformes pèse sur la politique de sécurité militaire (II)

Dans la deuxième partie de cette série l'auteur met en évidence des points de critique concernant le système actuel et termine par des questions portant sur la réorganisation structurelle de celui-ci.

Actualités mondiales

L'auteur estime que pour l'Autriche la conséquence des érosions politiques au sein du bloc oriental n'est pas la disparition du „potentiel de menaces“ mais celle de la „compréhension des rôles“ traditionnelle. C'est „la fonction de pont et de plaque tournante“ de l'Autriche qui se perd.

Indirekte Strategie

Der Autor glaubt, im konkreten Handeln Gorbatschows sowie aus dessen vor allem für den Westen publizierten Werk „Perestrojka“ die Verfolgung einer indirekten Strategie zu erkennen, mit der Gorbatschow sein Ziel – ein gemeinsames Haus Europa sowjetischer Provenienz – zu erreichen versucht.

Modernste leichte Waffen für das Bundesheer?

In einem Interview mit dem Direktor der Steyr Mannlicher Ges.m.b.H. werden die Vorteile des Ersatzes des Maschinengewehres 74 durch zwei leichte Maschinengewehre (5,56-mm-Sturmgewehr 77 mit schwerem Lauf und Zweibein) sowie die Neuentwicklungen IWS 2000 und die Maschinenpistole TMP angesprochen.

Die Ungarische Volksarmee 1947 bis 1955

Massive Veränderungen in der Personalstruktur und Säuberungsmaßnahmen brachten militärische Führer an die Macht, die ihren Führungsanspruch eher von ihrer parteipolitischen Stellung als von gediegener Führungsausbildung ableiteten.

Lage „PILGERSDORF“ (I) – Lösungsvorschlag

Mit dem Lösungsvorschlag – einer ausführlichen Beurteilung der Lage – wird die Lage „PILGERSDORF“ fortgesetzt. Der gefaßte Entschluß samt Plan der Durchführung und Truppeneinteilung bilden die Basis für den weiteren Aufbau der Lage, die in die Besonderheiten der Kampffart „Hinhaltender Kampf“ einfließen wird.

Die ABC-Abwehrorganisation der Armee – Ultima ratio bei Zivilisations- und Umweltkatastrophen

Die Menschen in der hochtechnisierten Industriegesellschaft werden in zunehmendem Maß von technischen Katastrophenfällen bedroht. Damit hat die ABC-Abwehrtruppe neben ihren Aufgaben in einem möglichen militärischen Konflikt schon heute ein breites Betätigungsfeld im Frieden.

Gefechtsnahe Ausbildung – Einsatznaher Gefechtsdienst

Der Autor zeigt ihre Bedeutung und ihr Zusammenwirken auf und gibt damit wichtige theoretische Hinweise für die Ausbildungsge- staltung in den Einheiten.

Reformeiferer

Eine Milizarmee lebt vom breiten Mitgehen der Bevölkerung mit den Problemen der Soldaten. Aus gutem Grund kann in einer Armee in heiklen Situationen nur die Führung das Sagen haben.

Gedanken zum Waffendrill am Granatwerfer

Die Auslieferung der Exerziergranaten für die 8,1-cm- und 12-cm-Granatwerfer ist Anlaß, den Waffendrill an diesem Gerät näher zu betrachten. Die Neugestaltung der Vorbereitung auf das Scharfschießen und eine Übungsschießbahn stehen im Mittelpunkt dieses Beitrages.

Durchhalteübung

Eine Durchhalteübung stellt hohe psychische und physische Anforderungen an die Teilnehmer. Es wird aufgezeigt, daß sich die Offiziersanwärter diesen Belastungen gern aussetzen. Ein gutes Beispiel dafür, wie eine harte, ergebnisreiche Ausbildung angenommen wird.

Rundschau, Allgemeine Berichte

Blick in andere Zeitschriften

Buchbesprechungen

Leserforum

Indirect Strategy

The author thinks he can see a strategy of an indirect nature in Gorbachev's actions and in his book entitled "Perestrojka" to reach his aim of creating a Soviet-dominated "common house of Europe".

The Latest Light Weapons for the Austrian Armed Forces?

An interview with the director of the Steyr Mannlicher Ges.m.b.H. reveals the advantages of substituting the machine gun 74 with two light machine guns (5.56 mm AUG with heavy barrel and bipod) and of the newly developed TWS 2000 and the submachine gun TMP.

The Hungarian People's Army 1947 to 1955

Massive changes in the personnel and purges produced military leaders whose legitimation was their position within the party rather than their profound leadership training.

Situation "PILGERSDORF" (I) – Model Solution

The model solution is an extensive estimate of the situation. The decision taken, the plan of operations, and the allocation of resources form the basis of a further development of the situation, leading towards the more subtle points of delaying actions.

The NBC Protection Organization of the Army – Last resort in Technical and Environmental Disasters

Dangers caused by technical failure are an increasing threat in highly industrialized civilizations. Thus the NBC forces have, in addition to their tasks in a possible military conflict, a wide field of action.

Realistic Training and Combat Training

The author points out their importance and their combined effects, thus giving important theoretical hints how training could be conducted in the units.

Zealots in the Field of Reformation

A militia force relies on a widespread understanding of the public with regard to the problems of the soldiers. There is good reason that commanders are those to decide in critical situations.

Ideas on Weapons Drill for Mortars

The deliveries of exercise mortar bombs for both the 80 mm and 120 mm mortars give reason to scrutinize weapons drill for these mortars. New procedures for the preparation of live firing and a training range are discussed.

Endurance Exercise

An endurance exercise strains participants to the utmost, both psychologically and physically. Officer aspirants, however, like to tackle this challenge, and this is a good example how tough and challenging training is accepted by the participants.

Review, General News

Other Journals

Book Review

Feedback

Stratégie indirecte

L'auteur croit reconnaître, à travers la manière d'agir de M. Gorbatchev et son ouvrage „Perestroïka“, s'adressant en premier lieu à l'Ouest, la mise en oeuvre d'une stratégie indirecte devant permettre à M. Gorbatchev d'atteindre son objectif – à savoir la réalisation d'une „maison commune européenne“ selon les idées soviétiques.

Des armes légères ultramodernes pour le „Bundesheer“?

Dans une interview avec le directeur de la S.A.R.L. Steyr Mannlicher sont traités les avantages du remplacement de la mitrailleuse „MG 74“ par deux mitrailleuses légères (FAM „StG 77“ de 5,56 mm avec canon lourd et bipied) ainsi que les derniers-nés, l'IWS 2000 et le pistolet mitrailleur TMP.

L'Armée Populaire Hongroise de 1947 à 1955

Des changements massifs dans le domaine de la structure de personnel et des mesures d'épuration amenèrent des chefs militaires au pouvoir, dont les prétentions de diriger furent plutôt fondées sur leurs positions au sein du parti que sur une formation au commandement solide.

Exercice „PILGERSDORF“ (I) – Proposition d'une solution type

L'exercice „PILGERSDORF“ se poursuit avec la proposition d'une solution type – une analyse détaillée de la situation. Le développement de la situation, introduisant aux particularités de la forme de combat „défense mobile“, est basé sur la décision prise incluant le plan de manoeuvre et l'articulation des forces en présence.

L'organisation de défense NBC de l'Armée – Ultima ratio lors de catastrophes d'origine technique ou naturelle

Les hommes de la société industrielle hautement technisée sont de plus en plus menacés par des catastrophes techniques. Ainsi les unités de défense NBC trouvent – ils dès maintenant, c'est à dire déjà en temps de paix, un large champ d'activité s'ajoutant à leurs missions au cours d'un éventuel conflit militaire.

Instruction en ambiance opérationnelle – Formation au combat réaliste

L'auteur met en évidence leur importance et leur concours, donnant ainsi d'intéressants renseignements théoriques pour l'organisation de l'instruction au sein des unités élémentaires.

Des zéloteurs de la réforme

L'existence d'une armée de milice dépend de ce qu'une majorité de la population suive et comprenne les problèmes des soldats. Dans les situations délicates ce n'est que le commandement de l'armée qui devrait prendre les décisions.

Réflexions sur l'instruction-armement à base de drill sur mortier

La livraison des obus d'exercice pour les mortiers de 80 et de 120 mm donne lieu à un examen plus approfondi de l'instruction à base de drill sur ces armes. En premier lieu sont traités la réorganisation de la préparation au tir réel et un polygone de tir d'exercice.

Un exercice d'endurance

Les contraintes psychiques et physiques imposées aux participants d'un exercice d'endurance sont grandes. On montre que les aspirants-officiers se soumettent volontiers à cette rude épreuve, ce qui prouve qu'une instruction exigeante et riche en expériences vécues est pleinement acceptée.

Revue, Informations générales

Vu dans d'autres journaux

Critiques de livres

Forum des lecteurs

TRUPPENDIENST-TASCHENBÜCHER

Lieferbare Bände:

Band 1: Kriegsvölkerrecht für die Truppe

DDr. Nikolaus Krivinyi
3. Auflage, Wien 1977
64 Seiten
S 35,-, DM 7,50, sfr 6,20

Band 2A: Die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten

– Organisation, Militärdoktrin,
Führungs- und Einsatzgrundsätze
Dr. Friedrich Wiener (†)
8. Auflage, Wien 1990; 528 Seiten,
210 Fotos und 94 Skizzen
ISBN 3-7008-0381-8
S 190,-, DM 28,20, sfr 24,10

Band 2B: Die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten

– Waffen, Gerät, Uniformen
Dr. Friedrich Wiener (†)
8. Auflage, Wien 1990; 384 Seiten,
482 Fotos und 112 Skizzen
ISBN 3-7008-0382-8
S 115,-, DM 17,20, sfr 15,20

Band 3: The Armies of the NATO Nations

Arbeitsgemeinschaft TRUPPENDIENST
1. englische Ausgabe, Wien 1987
704 Seiten, etwa 860 Bilder und Skizzen
S 195,-, DM 29,80, sfr 24,80

Band 7: Der Erste Weltkrieg

Oberst iR Anton Wagner
2. Auflage, Wien 1981
420 Seiten, 95 Bilder und Skizzen
S 95,-, DM 15,80, sfr 13,20

Band 10: Fremde Heere – Die Armeen der neutralen und blockfreien Staaten Europas

Dr. Friedrich Wiener (†)
4. Auflage, Wien 1986
448 Seiten, 773 Bilder und Skizzen
S 145,-, DM 23,-, sfr 18,80

Band 16: Gefechtsbeispiele aus dem Zweiten Weltkrieg

Arbeitsgemeinschaft TRUPPENDIENST
Unveränderter Nachdruck, Wien 1986
312 Seiten, 115 Skizzen
S 68,-, DM 12,-, sfr 9,90

Band 19: Geschichte des europäischen Kriegswesens (I)

Major a. D. Theodor Fuchs
Unveränderter Nachdruck, Wien 1985
272 Seiten, 130 Bilder und Skizzen
S 68,-, DM 12,-, sfr 9,90

Band 22: Die Nachkriegszeit 1918–1922

Arbeitsgemeinschaft TRUPPENDIENST
Wien 1973; 448 Seiten,
95 Bilder und Skizzen
S 90,-, DM 14,80, sfr 12,50

Band 23: Taktische Übungen für Kompanie und Zug

Oberst dG Engelbert Lagler
2. Auflage, Wien 1983
208 Seiten, 130 Skizzen
S 80,-, DM 13,80, sfr 11,30

Band 24: Geschichte des europäischen Kriegswesens (II)

Major a. D. Theodor Fuchs
Unveränderter Nachdruck, Wien 1986
312 Seiten, 165 Bilder und Skizzen
S 90,-, DM 14,80, sfr 12,50

Band 26: Partisanenkampf am Balkan

Dr. Friedrich Wiener (†)
Wien 1976; 240 Seiten,
110 Bilder und Skizzen
S 90,-, DM 14,80, sfr 12,50

Band 27: Schwere Infanteriewaffen

Dipl.-Ing. Franz Kosar
Wien 1977; 208 Seiten,
185 Bilder und Skizzen
S 90,-, DM 14,80, sfr 12,50

Band 29: Handbuch für Soldaten im Dienst der Vereinten Nationen

Arbeitsgemeinschaft TRUPPENDIENST
Wien 1985; 192 Seiten,
173 Bilder und Skizzen
S 80,-, DM 13,80, sfr 11,30

Band 30: Kommandantenhandbuch

Divisionär Engelbert Lagler
Wien 1987; 296 Seiten,
237 Bilder und Skizzen
S 80,-, DM 13,80, sfr 11,30

Vergriffene Bände – bitte nicht bestellen:

2/engl. Ausgabe, 3/deutsche Ausgabe, 4, 5, 6, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 20, 21, 25 und 28

In Bearbeitung:

Band 18: Ausbildungspraxis

3. Auflage

Zu beziehen über jede Buchhandlung

Verlag Herold, Wien

P. b. b.

Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt 1080 Wien